



Geschäftsbericht des Ostalbkreises

2006 – 2007



Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

mit dieser Broschüre halten Sie den dritten Geschäftsbericht des Ostalbkreises in Folge in den Händen. Wir wollen Sie auch dieses Mal wieder im Zeitraffer durch die vergangenen beiden Jahre führen und Sie darüber informieren, welche Aufgaben und Projekte uns beschäftigt haben.

Während 2005 noch völlig unter dem Eindruck der Verwaltungsreform stand, konnten wir in den Jahren 2006 und 2007 nach einer geglückten Integration der neuen Geschäftsbereiche mit einem Mitarbeiterstab von weit über 1.600 Beschäftigten in den Bereichen Gesundheitswesen, Bildung und Kultur, aber auch im Sozialbereich, bei der Abfallwirtschaft und im Nahverkehr neben unseren Pflichtaufgaben viele neue und zukunftsweisende Projekte angehen.

Schwerpunkte waren die weitere bauliche Entwicklung unserer drei Kliniken und der Berufsschulzentren in Aalen, Ellwangen und Schwäbisch Gmünd ebenso wie Veränderungen im Bereich der Abfallwirtschaft. Im öffentlichen Personennahverkehr konnten wir OstalbMobil, unsere kreisweite Fahrpreiskooperation, starten und der Limes als Weltkulturerbe, der mehr als 50 km lang durch den Ostalbkreis führt, stellt uns vor neue Herausforderungen. Nach wie vor aktuell ist der Bereich Hartz IV, denn trotz der positiven Konjunkturlage erfordert die nach wie vor große Zahl von Alg II-Empfängern immer wieder neue Ideen und Ansätze wie z. B. unsere Beschäftigungsinitiative, die Mitte 2008 gestartet wird.

Ich hoffe, dass unser Geschäftsbericht bei den Mitgliedern des Kreistags, den Städten und Gemeinden sowie deren Gemeinderäten, bei den Vertretern unserer regionalen Medien und bei allen kreispolitisch interessierten Bürgerinnen und Bürgern auf reges Interesse stößt. Naturgemäß konnten wir die vielfältigen Themen nur schlaglichtartig beleuchten. Zur Vertiefung stehen umfangreiche Informationen im Internet unter www.ostalbkreis.de und auf den Homepages der Kliniken, der Schulen, der GOA oder der abo zur Verfügung.

Ich wünsche Ihnen nun viel Vergnügen bei der Lektüre!

A handwritten signature in blue ink, which appears to read 'Klaus Pavel'. The signature is fluid and cursive.

Klaus Pavel
Landrat des Ostalbkreises

3	Vorwort
6	Kreispolitik
6	Der Kreistag
8	Kommunalaufsicht
9	Wahlen
9	Landtagswahl 2006
10	Bürgermeisterwahlen
11	Die Landkreisverwaltung als Arbeitgeber
13	Information und Kommunikation
14	Gebäudemanagement
14	Betreute Investitions- und Baumaßnahmen
17	Energiemanagement
18	Kreisarchiv und Öffentlichkeitsarbeit
19	Finanzen
19	Haushalt des Ostalbkreises
22	Rechnungsprüfung
23	Wirtschafts- und EU-Strukturförderung
23	Zahlen – Daten – Fakten
25	Initiativen und Projekte
36	Soziale Sicherung
36	Soziales
38	Jugend und Familie
40	Integration und Versorgung
40	Beratung, Planung, Prävention
45	Jugendarbeit
46	Gleichstellung von Mann und Frau
49	Bildung
49	Aus- und Fortbildung
50	Allgemein bildende Schulen und Sonderschulen im Ostalbkreis
52	Kunst und Kultur
54	Tourismus
55	Partner in Europa

56	Gesundheitswesen
56	Dienstleister Geschäftsbereich Gesundheit
62	Ostalb-Klinikum Aalen
64	St. Anna-Virngrund-Klinik Ellwangen
67	Klinikum Schwäbisch Gmünd
71	Veterinärwesen und Verbraucherschutz
74	Vermessung und Geoinformation
78	Straßen und Verkehr
78	Straßenbau
81	Straßenverkehr
84	Nahverkehr
85	Baurecht und Naturschutz
87	Umwelt und Gewerbeaufsicht
87	Gewerbeaufsicht
88	Immissionsschutz
90	Bodenschutz und Altlasten
91	Fachkräfte für Arbeitssicherheit
91	Flurneuordnung und Landentwicklung
93	Wasserwirtschaft
96	Wald und Forstwirtschaft
96	Pilotprojekt zur Rundholzmobilisierung im Ostalbkreis
97	Die Bopfinger Wertholzsubmission 2007
99	„Waldtag statt Alltag!“
100	Landwirtschaft
102	Sicherheit und Ordnung
104	Feuerwehr und Katastrophenschutz
105	Abfallwirtschaft

DER KREISTAG

Der derzeit amtierende Kreistag wurde am 13. Juni 2004 gewählt und besteht aus 73 Mitgliedern. Er setzt sich wie folgt zusammen:



In den Jahren 2006 und 2007 sind insgesamt vier Mitglieder aus dem Kreistag ausgeschieden. Als Nachrücker für Bettina Zerzer (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) wurde Ulrich Zumhasch festgestellt. Für Hans Deeg und Ilse Schmelzle (Fraktion Freie Wähler Ostalbkreis) rückten Dr. Marie-Luise Högerle und Johannes Thalheimer nach. Für Johannes Birkhold (CDU) trat Manfred Häußler in den Kreistag ein.

Für herausragende Verdienste wurde sowohl an Kreisrat Edelbert Krieg (CDU) als auch an Kreisrat Reinhold Mayer (CDU) das Bundesverdienstkreuz am Bande verliehen.

AUS DER ARBEIT DES KREISTAGS

Der Kreistag trat in den beiden Berichtsjahren jeweils zu neun Sitzungen zusammen. Zusätzlich fanden zahlreiche Ausschusssitzungen statt, in denen sowohl wegweisende Entscheidungen vorberaten als auch eigenständig Beschlüsse gefasst wurden. Ferner machte sich der Krankenhausausschuss in zwei Klausurtagungen eingehend Gedanken über die Krankenhauspolitik im Ostalbkreis und die Weiterentwicklung der drei Kreiskliniken. Die umfangreichen Investitionsmaßnahmen für die Kliniken des Ostalbkreises stellten wiederum einen Schwerpunkt der

Kreistagsarbeit dar:

Im Juli 2006 erteilte der Kreistag die Baufreigabe für die **Integration des Margaritenhospitals in die Stauferklinik in Mutlangen**. Die baulichen Maßnahmen für dieses Großprojekt mit einer Investitionssumme von rund 37 Mio. Euro wurden alsbald begonnen und sollen spätestens im Jahr 2009 beendet sein. Für die Folgenutzung des Margaritenhospitals als Gesundheits- und Dienstleistungszentrum wurde nach einem entsprechenden Beschluss des Kreistags am 14. Dezember 2007 der Kaufvertrag mit der FLEX-Fonds-Gruppe unterzeichnet.

Am **Ostalb-Klinikum** in Aalen entsteht derzeit eine der modernsten **Strahlentherapieeinrichtungen** Deutschlands, mit der die onkologische Versorgung der Patienten im Ostalbkreis verbessert werden soll. Nach dem Baufreigabebeschluss des Kreistags am 30. Januar 2007 konnte bereits im Oktober 2007 Richtfest für diesen Neubau gefeiert werden. Für die an diesem Klinikum noch ausstehende Sanierungsmaßnahme, die Runderneuerung der Aalener Frauenklinik, wurde im Krankenhausausschuss im Jahr 2007 bereits ein Grundsatzbeschluss gefällt.

Der 40 Mio. Euro teure Betten- und Behandlungsbau für die operativen

Fachbereiche an der **Virngrund-Klinik** in Ellwangen wurde am 15. Dezember 2006 offiziell eröffnet. Zum Jahreswechsel 2007 erfolgte die organisatorische und personelle Eingliederung der bisher selbstständigen St. Anna-Klinik. Das Ellwanger Klinikum firmiert seit diesem Zeitpunkt als St. Anna-Virngrund-Klinik. Die Baumaßnahmen zur Rundumerneuerung sind weiterhin in vollem Gange. Zügig gilt es nun, den vierten und letzten Bauabschnitt für die Innere Medizin auf den Weg zu bringen.

Auch das Thema **Bildung** nahm im Berichtszeitraum einen breiten Raum ein. Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung mit massiv rückläufigen Schülerzahlen wurde dem Kreistag im Juni 2006 umfassend über die Schülerzahlen an Grund- und Hauptschulen im Ostalbkreis berichtet. Die Situation für ausbildungswillige Jugendliche entwickelte sich insbesondere im Jahr 2007 positiv. Nahezu alle Bewerber konnten in diesem Jahr mit einem Ausbildungsplatz versorgt werden.

Parallel hierzu wurden die Investitionen im Bildungsbereich fortgeführt. So wurde das **Berufsschulzentrum Ellwangen** für rund 2,2 Mio. Euro um das Technische Gymnasium erweitert. Bereits nach sechsmonatiger Bauzeit konnten die neuen Räume im November 2007 ihrer Bestimmung

übergeben werden. Am 16. Oktober 2007 stimmte der Kreistag den Planungen für das nächste Projekt zu, der Erweiterung des **Kreisberufsschulzentrums Schwäbisch Gmünd** für den Metzgerei- und Bäckereibereich, so dass der Kreis auch hier die Grundlagen für eine solide Ausbildung von Fachkräften schafft. Zum Schuljahr 2007/2008 wurde außerdem im **Aalener Berufsschulzentrum** das Kompetenzzentrum Hauswirtschaft und Erziehung eingerichtet. Mit diesem Zentrum soll dem Verlust von Kompetenzen junger Erwachsener in den Bereichen Ernährung, Haushaltsführung etc. entgegen gewirkt werden.

Ein Manko ist und bleibt der Lehrermangel. Nach einem dringenden Appell des Kreistags im Jahr 2006 an das Land konnte die Situation zwar verbessert werden, doch fehlen im Ostalbkreis weiterhin rund 35 Lehrkräfte – besonders in technischen Fächern.

Mit der Erklärung zum Weltkulturerbe im Juli 2005 hat das Interesse am Limes stark zugenommen. Aufgrund der besonderen Bedeutung des **Dalkinger Limestors** soll zum Schutz gegen die Verwitterung eine Schutzhauskonstruktion erstellt werden, die gleichzeitig den einstigen Ehrenbogen in seiner Größe visualisieren soll. Verschiedene Fördermittel des Landes wurden bereits zugesagt. Unterdessen wird versucht, die noch bestehende Finanzierungslücke von 1 Mio. Euro durch einen Förderantrag für die Leader-Plus-Kulisse zu verringern, damit die Baufreigabe für dieses einmalige Projekt gewährt werden kann. Währenddessen konnte der baufällige **Limesturm bei Rainau-Buch** abgerissen und durch die Aktion Jugendberufshilfe Ostalb (AJO) in Zusammenarbeit mit verschiedenen Handwerksfirmen neu errichtet werden. Richtfest hierfür wurde im Dezember 2007 gefeiert.

Neben dem Dauerthema **Hartz IV** und der ständigen Sorge über die Kostenentwicklung wurde versucht, im Ostalbkreis eine Beschäftigungsoffensive zu bilden. Die Kosten für Hartz IV sind währenddessen im Jahr 2007 um rund 1,66 Mio. Euro zurückgegangen – nicht zuletzt wegen der Erhöhung des Bundesanteils an den Kosten für Unterkunft und Heizung im Jahr 2007 auf 35,2 %. Doch steht bereits fest, dass der Anteil des Bundes im Jahr 2008 wieder auf 32,6 % gekürzt wird.

Die **Sozialplanung** für Menschen mit Behinderungen, die Wege und Entwicklungsachsen insbesondere für Wohnformen und Betreuungsangebote aufzeigt, wurde dem Kreistag im Oktober 2006 vorgestellt.

Der Ostalbkreis wurde als einer von zwei Standorten für das Modellprojekt **„Guter Start ins Kinderleben“** ausgewählt. Ziel des Projektes ist es, belastete Eltern, wie etwa sehr junge und allein erziehende Mütter, durch Kooperationsformen und Vernetzungsstrukturen früh zu unterstützen. Für diese optimale Unterstützung sollen interdisziplinäre Kooperationsformen und Vernetzungsstrukturen erprobt und entwickelt werden.

Zu Beginn des Jahres 2007 wurde das Abfallsystem im Ostalbkreis auf ein Chip-System mit elektronischer Erfassung der Leerungen umgestellt. Weitere Veränderungen im Bereich der **Abfallwirtschaft** wurden vielfach und kontrovers diskutiert. Verschiedenen Umfragen in der Bevölkerung zufolge konnte sich die Einführung einer Bio-Tonne nicht durchsetzen. Der Kreistag hat sich aufgrund dessen mehrheitlich für die Beibehaltung der Bio-Beutel ausgesprochen. Um das Defizit im Abfallgebührenhaushalt zu verringern, mussten die Müllgebühren erhöht werden.

Im Bereich **Nahverkehr** setzte sich die Erfolgsstory des fiftyFifty-Taxis fort. Zahlreiche Spenden von Unternehmen tragen jährlich dazu bei, dieses Taxiangebot für junge Menschen in den Nachtstunden zu ermöglichen. Eine weitere Verbesserung im Nahverkehr trat ab dem 9. Dezember 2007 in Kraft. OstalbMobil, die kreisweite Fahrpreiskooperation des Ostalbkreises, der Deutschen Bahn AG und 20 Verkehrsunternehmen ging an diesem Termin an den Start. Durch diese Kooperation ist es nun möglich, mit einem Fahrschein alle öffentlichen Verkehrsmittel im Ostalbkreis zu benutzen. Dafür wurden die unterschiedlich hohen Tarife der Verkehrsunternehmen auf einen kreiseinheitlichen Abgabepreis angeglichen.

Breiten Raum nahm das im Sommer 2006 auf Teilen der B 25 in Bayern verhängte **Lkw-Nachfahrverbot** und die Verkehrsbelastungen im östlichen Teil des Ostalbkreises ein. Umfangreiche Verkehrszählungen wurden durchgeführt, um Verkehrsverlagerungen feststellen zu können. Nach einem Gespräch über die Verkehrsprobleme im Ostalbkreis mit Regierungspräsident Dr. Andriof wurde in der Sitzung des Kreistags am 27. Februar 2007 vereinbart, sich einer großen Verkehrsuntersuchung des Landes Baden-Württemberg anzuschließen, deren Durchführung für das Jahr 2008 vorgesehen ist.

Durch das Projekt **„Rundholzmobilisierung im Ostalbkreis“** sollen vor allem Kleinprivatwaldbesitzer in die Lage versetzt werden, anfallendes Rundholz in vermarktungsfähigen Angebotsmengen zu bündeln und am Markt zu angemessenen Konditionen zu platzieren. Die Vorbereitungen für die Bildung eines forstwirtschaftlichen Zusammenschlusses im Ostalbkreis sind am Laufen. Der Zusammenschluss kann voraussichtlich im ersten Halbjahr 2008 vollzogen werden.

Veränderungen im **Energiebereich** werden spürbar. Während aus der Mitte des Kreistags im November 2006 ein Antrag gestellt wurde, zukünftig einen Anteil von 15 % des Strombezugs der Landkreisverwaltung aus Ökostrom zu beziehen, diskutierte der Kreistag in seiner Sitzung am 24. Juli 2007 ausführlich über Maßnahmen der Landkreisverwaltung zur Energieeinsparung und CO₂-Minderung. Zusätzlich wurden im

Haushalt 2008 für die Behandlung von verschiedenen Themen rund um den Bereich Energie 100.000 Euro bereit gestellt.

In zahlreichen Berichten wurde der Kreistag über die Umsetzung der **Verwaltungsreform** informiert. Nachdem der Kreistag die Stellungnahme des Ostalbkreises zur Evaluierung der Verwaltungsreform am 22. Mai 2007 beschlossen hatte

und seine Forderungen mit einer Resolution untermauerte, wurde er im Dezember über die Ergebnisse informiert. Als einschneidendstes Ergebnis kann festgehalten werden, dass die Schulaufsicht wieder aus den Landkreisverwaltungen herausgelöst werden soll. Falls die erforderliche Gesetzesänderung bis Mitte 2008 abgeschlossen ist, könnten die geplanten Änderungen zum 1. Januar 2009 in Kraft treten.

KOMMUNALAUF SICHT

AUFSICHT UND BERATUNG

Der Geschäftsbereich Kommunalaufsicht ist als Untere Verwaltungsbehörde für 39 kreisangehörige Städte und Gemeinden – ohne die Großen Kreisstädte Aalen, Ellwangen und Schwäbisch Gmünd – zuständig. Weiter unterstehen dieser Aufsicht fünf Gemeindeverwaltungsverbände, zehn Zweckverbände und 224 Verbände nach dem Wasserverbandsrecht (davon 52 Abwasserverbände, drei Hochwasserverbände und schließlich derzeit 159 Drainageverbände). Neben den typischen Aufsichtsfunktionen im weisungsfreien Aufgabenbereich stand und steht der Beratungsauftrag im Vordergrund der Arbeit. Dies gilt bei den haushaltsrechtlichen und kommunalverfassungsrechtlichen Themen und Aufgabenstellungen der Kommunen ebenso wie bei nach der Gemeindeordnung vorläge- bzw. genehmigungspflichtigen Geschäften.

Als Widerspruchsbehörde insbesondere in abgaberechtlichen Streitigkeiten prüft die Kommunalaufsicht die Rechtmäßigkeit des gemeindlichen Handelns und versucht – soweit möglich – die Angelegenheiten rechtlich innerhalb des Widerspruchsverfahrens nach der Verwaltungsgerichtsordnung zu klären und zu schlichten, ohne

dass der Verwaltungsrechtsweg und damit oft lang andauernde Verfahren vor den Verwaltungsgerichten erforderlich werden. Oft geht es um hohe Geldbeträge, und unterschiedliche Standpunkte sind so gut wie vorprogrammiert.

INVESTITIONEN IN DIE ZUKUNFT – DER AUSGLEICHSTOCK MACHT'S MÖGLICH

Nach äußerst schwierigen Haushaltsjahren spiegelte sich 2006 und 2007 die konjunkturelle Erholung auch bei den Gemeindefinanzen – teils in Rekord-Gewerbesteuereinnahmen – wider. Die Haushaltsjahre

stocks. Dieser ist ein wirkungsvolles Instrument, um insbesondere finanzschwache Kommunen in die Lage zu versetzen, eine sowohl notwendige als auch attraktive Infrastruktur für ihre Bürgerinnen und Bürger zu schaffen und auch zu erhalten. Die Förderung durch den Ausgleichstock, die bei der Mittelbewilligung die finanzielle Leistungsfähigkeit der Städte und Gemeinden im Einzelfall entsprechend gewichtet, bildete bei der Investitionstätigkeit vieler Kommunen eine unverzichtbare Voraussetzung.

Der Ostalbkreis schnitt bei der Mittelbewilligung auch in den Jahren 2006 und 2007 überdurchschnittlich gut ab.

Ausgleichstock 2006 und 2007 im Ostalbkreis – ohne Große Kreisstädte Aalen, Ellwangen und Schwäbisch Gmünd						
Jahr	Zahl der Maßnahmen	Gesamtkosten	Bewilligte Investitionshilfen Ausgleichstock	Komplementärförderung (ELR, ZFeu, GVFG, ...)	öffentliche Förderung gesamt	öffentliche Förderung in v.H.
in Tausend Euro						
2006	31	21.235	6.530	4.145	10.675	50,27%
2007	25	18.230	4.905	2.756	7.661	42,02%

2006 und 2007 standen bei einem Großteil der Städte und Gemeinden im Ostalbkreis im Zeichen von Investitionen.

Als eine Kernaufgabe sieht der Geschäftsbereich Kommunalaufsicht die Unterstützung der Kommunen bei der Antragsstellung für Investitionshilfen des kommunalen Ausgleich-

Gefördert wurden dadurch wichtige Infrastrukturmaßnahmen wie der Neubau bzw. die Sanierung von Gemeinde- und Mehrzweckhallen, die Sanierung schadhafter Gemeindeverbindungsstraßen, die Schaffung von Dorfgemeinschaftshäusern oder auch der Bau bzw. die Sanierung von Sportplätzen, Schulgebäuden, Feuerwehrgerätehäusern oder Rathäusern.

WAHLEN IM OSTALBKREIS 2006/2007

Die Jahre 2006 und 2007 standen auch im Zeichen von Wahlen. In diese Zeit fielen die Landtagswahl 2006 und insgesamt zehn Bürgermeisterwahlen. Bei all diesen Wahlen war das Team des Geschäftsbereichs Kommunalaufsicht als koordinierende, als organisierende und auch als durchführende Stelle aktiv, bei den Bürgermeisterwahlen auch als Wahlprüfungsbehörde. Bei der Landtagswahl fungiert der Geschäftsbereich als Kreiswahlbehörde.

LANDTAGSWAHL 2006

Am 26. März 2006 wurden in insgesamt 70 Wahlkreisen Baden-Württembergs die Mitglieder des

neuen Landtags gewählt. Bei der Kommunalaufsicht des Ostalbkreises liefen die Fäden für zwei Landtagswahlkreise mit jeweils 21 Städten und Gemeinden zusammen. Zum einen der Wahlkreis 25 Schwäbisch Gmünd und zum anderen der Wahlkreis 26 Aalen. Rund 230.000 Bürgerinnen und Bürger des Ostalbkreises, darunter viele junge Menschen, waren wahlberechtigt und aufgerufen, über die zukünftige Entwicklung Baden-Württembergs mit zu bestimmen.

Für die beiden Wahlkreise wurde unter Leitung von Landrat Klaus Pavel in seiner Funktion als Kreiswahlleiter ein gemeinsamer Kreiswahlausschuss gebildet, der im Vorfeld der Wahl über die Zulassung der Kreiswahlvorschläge und nach der Wahl über die Feststellung der

endgültigen Wahlkreisergebnisse zu entscheiden hatte.

In der Folge wurden für die rund 103.000 Wahlberechtigten in den Kommunen des Wahlkreises 25 und für die rund 127.000 Wahlberechtigten in den Städten und Gemeinden des Wahlkreises 26 die Stimmzettel gedruckt und an die Bürgermeisterämter verteilt. Die Vorbereitung als auch die Durchführung der Wahl am Wahltag selbst lief reibungslos.

Demzufolge vertreten folgende gewählten Abgeordnete die Wahlkreise 25 und 26 und damit auch den Ostalbkreis im 14. Landtag von Baden-Württemberg, dessen Legislaturperiode von 2006 bis 2011 läuft:



Dr. Stefan Scheffold MdL
WK 25 Direktmandat

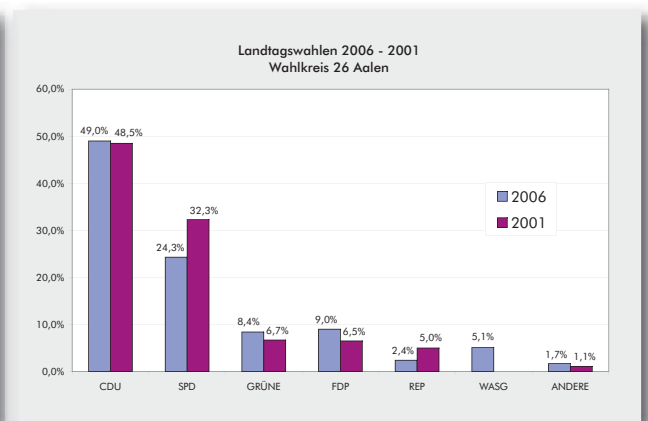
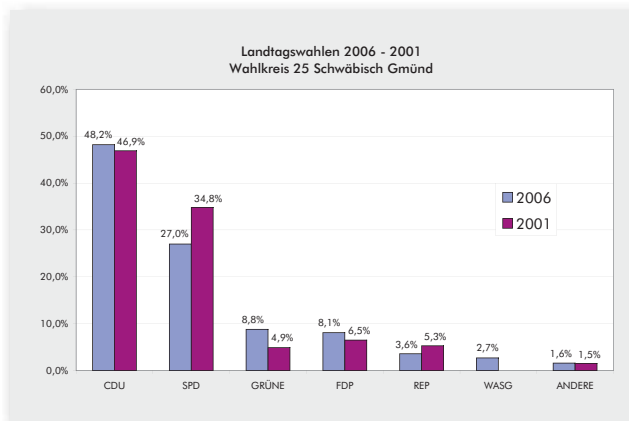


Winfried Mack MdL
WK 26 Direktmandat



Ursula Haussmann MdL
WK 26 Zweitmandat

Nachfolgend die Ergebnisse in den Wahlkreisen (mit Vorwahlergebnissen):



BÜRGERMEISTERWAHLEN

2006 und 2007 fanden in den Städten und Gemeinden, die der Kommunalaufsicht des Ostalbkreises unterstehen, insgesamt zehn Bürgermeisterwahlen statt. Davon im Jahr 2006 drei und im Jahr 2007 sieben Wahlen.

2006

Wiedergewählt wurden:



am 29. Januar 2006
Ottmar Schweizer
Mögglingen
mit 95,4 % der
abgegebenen Stimmen



am 26. März 2006
Manfred Haase
Tannhausen
mit 58,5 % der
abgegebenen Stimmen

Erstmals gewählt wurde:



am 9. April 2006
Ralph Leischner
Leinzell
mit 52,7 % der
abgegebenen Stimmen
(im zweiten Wahlgang)

2007

Wiedergewählt wurden:



am 28. Januar 2007
Jochen Renner
Täferrot
mit 85,9 % der
abgegebenen Stimmen



am 4. März 2007
Günther Neumeister
Riesbürg
mit 97,2 % der
abgegebenen Stimmen



am 11. März 2007
Werner Kowarsch
Lauchheim
mit 86,3 % der
abgegebenen Stimmen



am 16. September 2007
Peter Kühnl
Ruppertshofen
mit 76,7 % der
abgegebenen Stimmen



am 11. März 2007
Achim Krafft
Rainau
mit 97,3 % der
abgegebenen Stimmen



am 17. Juni 2007
Georg Ruf
Abtsgmünd
mit 97,4 % der
abgegebenen Stimmen



am 2. Dezember 2007
Walter Weber
Göggingen
mit 99,5 % der
abgegebenen Stimmen

VERWALTUNGSREFORM

ZIEL DER REFORM IM OSTALBKREIS ERREICHT

Nach dem Inkrafttreten der Verwaltungsreform zum 1. Januar 2005 kann nach den ersten Jahren der Aufgabenerfüllung in kommunaler Trägerschaft eindeutig festgestellt werden, dass das Ziel, eine fortschrittliche und effektive Verwaltung „aus einem Guss“ zu schaffen, erreicht wurde. Der Dienstleistungsservice und die Verwaltungsabläufe in den eingegliederten Bereichen wurden effektiver, schlanker und transparenter gestaltet und das Angebot wurde optimal auf die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger sowie der Wirtschaft ausgerichtet.

Die erzielten Fortschritte schlagen sich insbesondere auf die Verfahrensabläufe und die jeweilige Verfahrensdauer nieder. So ist es der Landkreisverwaltung durch die Verwaltungsreform möglich geworden, mit fachübergreifender Koordination auch komplexe Genehmigungsentscheidungen, die zum Teil mit erheblichen Problemlagen verbunden sind, zu beschleunigen. Durch die Mitwirkung aller Bereiche wurden die notwendigen Abwägungsprozesse perfektioniert und die Verfahren durch kurze Wege innerhalb des Landratsamtes ganz erheblich beschleunigt. Auch die Bürgerinnen und Bürger im Ostalbkreis schätzen die Tatsache, dass nun einheitliche, klar definierte Anlaufstellen vor Ort geschaffen wurden. So war es im Ostalbkreis Anfang 2007 beispielsweise möglich, ein sehr komplexes Genehmigungsverfahren mit einer Investitionssumme von 75 Millionen Euro und 250 neuen Arbeitsplätzen innerhalb von weniger als drei Monaten zu erledigen. Dies wäre vor der Verwaltungsreform so nicht möglich gewesen.

Trotz der erzielten Erfolge ist es notwendig, bei derart großen Reformvorhaben eine Evaluierung durchzuführen, die als Grundlage für weitere Änderungen und Verbesserungen dient. So war das Jahr 2007 geprägt von der Evaluierung der Verwaltungsreform. Hierzu hat die Landkreisverwaltung in der Sitzung des Kreistags am 22. Mai 2007 ausführlich Bericht erstattet. Diese umfassende Stellungnahme, die auch von allen Personalräten mitgetragen wurde, hat der Kreistag einstimmig beschlossen.

KREISTAG UND BÜRGERMEISTER VERABSCHIEDEN RESOLUTION ZUR EVALUIERUNG

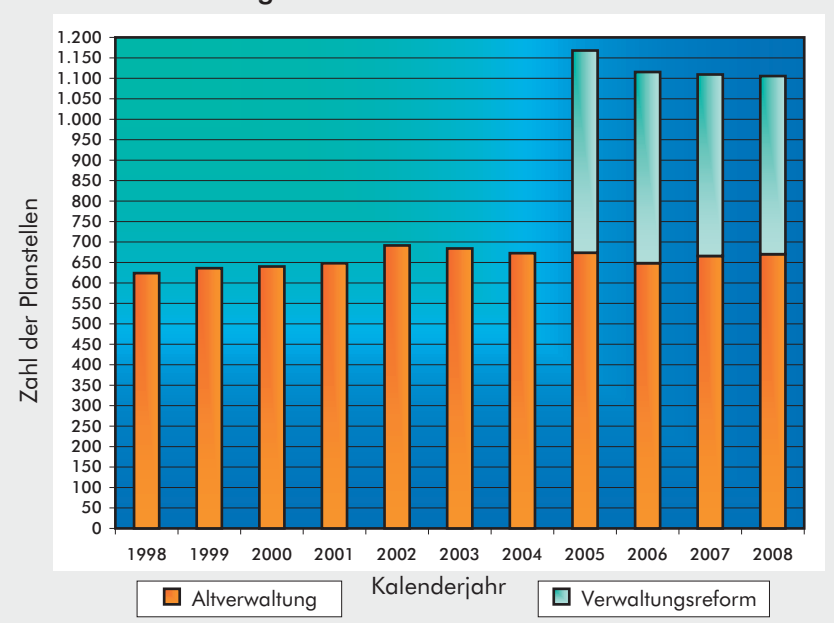
Ergänzend hat der Kreistag in seiner Sitzung am 24. Juli 2007 die gemeinsame Resolution des Kreistags des Ostalbkreises und der Ober-

bürgermeister und Bürgermeister im Ostalbkreis zur Evaluierung der Verwaltungsreform verabschiedet. In dieser Resolution wurde vor allem eine ergebnisoffene Evaluierung und eine konstruktive kritische Weiterentwicklung der nunmehr bewährten und erfolgreichen Strukturen sowie die Beseitigung der noch bestehenden „Konstruktionsfehler“ der Verwaltungsreform gefordert. Nochmals wurde eine massive kontinuierliche und weitgehende Aufgabenkritik seitens des Landes angemahnt und die Anerkennung der engagierten Leistung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gefordert.

NEUES EINKAUFSSYSTEM

Ab 1. Juli 2006 wurde ein individuell gestaltetes Konzept zum elektronischen Einkauf (e-Procurement) zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit und des Servicegedankens für 1.700

Entwicklung der Planstellen von 1998 bis 2008



Das Diagramm spiegelt wider, dass sich die Zahl der Planstellen laufend den Aufgabenveränderungen anpasst. In den Jahren 1998 bis 2001 sind die Stellenzuwächse vor allem im Sozialbereich und Umweltschutz zu verzeichnen.

Im Jahr 2002 schlug die Rückdelegation der Sozialhilfe mit insgesamt 35,5 Mehrstellen zu Buche. 2005 war die Verwaltungsreform für einen enormen Stellenzuwachs verantwortlich. Die Stellenzuwächse in der Altverwaltung in den Jahren 2006 bis 2008 sind insbesondere auf die notwendige Sicherstellung der Aufgabenerfüllung im Jugendhilfebereich zurückzuführen.

Es ist auch aus der Darstellung zu erkennen, dass nach den außerordentlichen Stellenzuwächsen insgesamt wieder ein Stellenabbau eingetreten ist.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Kreisverwaltung eingeführt. Zur Versorgung aller 20 Dienststellen mit Büromaterial, Papier, Tinten- und Tonerkartuschen sowie sonstigen Büroartikeln befand sich im Landratsamt zuvor ein zentrales Lager in vier Büroräumen, in dem alle Artikel bis zur Auslieferung an die Geschäftsbereiche aufbewahrt wurden.

Dieses System hatte einige schwerwiegende Nachteile: Neben einer ständigen Kapitalbindung in Höhe von konstant ca. 40.000 Euro fielen in diesem Lager viele kostenintensive Tätigkeiten an – beispielsweise sei hier nur die jedes Jahr wiederkehrende Inventur, aber auch das Aus- und Einräumen des Lagers sowie die Verbuchung der einzelnen Artikel auf die Geschäftsbereiche genannt. Auch galt es, bei den Bestellerinnen und Bestellern in den Sekretariaten das Kostenbewusstsein zu schärfen.

Zusammen mit einem externen Service-dienstleister, der Firma TEK Service in Lörrach, wurde ein Einkaufssystem konzipiert, das konsequent auf folgende Ziele ausgerichtet war:

- Senkung der Einkaufskosten durch maximale Ausnutzung von Mengenvorteilen
- Senkung der internen Prozesskosten durch einfache Abwicklung der Beschaffung
- Förderung des Kostenbewusstseins bei den Bestellerinnen und Bestellern
- Herstellung von Transparenz, da einfach nachvollziehbar sein muss, welche Kostenstellen welchen Aufwand verursachen
- Serviceverbesserung durch „Just-in-time-Belieferung“: diese sollte schneller, effizienter und kostengünstiger als bisher erfolgen

Gut eineinhalb Jahre nach dem Start des neuen Systems zeigt sich, dass die gesteckten Ziele in beeindruckender Weise erreicht worden sind: So konnten die Kapital- und Prozesskosten (Auflösung des Lagers, Reduzierung des Personalaufwands, frei werden von insgesamt vier Räumen) deutlich gesenkt werden. Transparenz und Planungssicherheit wurden wesentlich verbessert, ebenfalls der Service für die Bestellerinnen und Besteller im Hause. Nach einer Hochrechnung wird es möglich sein, durch das neue System eine voraussichtliche Nettoersparnis von 80.000 bis 100.000 Euro pro Jahr zu erzielen. Besonders positiv ist hervorzuheben, dass hierbei die regionalen Lieferanten beibehalten wurden und damit auch Arbeitsplätze in der Region gesichert werden konnten.

EINFÜHRUNG DER LEISTUNGSORIENTIERTEN BEZAHLUNG NACH § 18 TVÖD

Die Regelungen des § 18 TVöD sehen vor, dass für die Beschäftigten der Landkreisverwaltung ein Leistungsentgelt eingeführt wird. Diese leistungsorientierte Bezahlung soll dazu beitragen, die öffentlichen Dienstleistungen zu verbessern sowie Motivation, Eigenverantwortung und Führungskompetenzen zu stärken. Das Leistungsentgelt wird zusätzlich zum Tabellenentgelt gewährt, und zwar in der Regel als Leistungsprämie. Der auszuschüttende Betrag ist durch den Tarifvertrag vorgegeben. Er beträgt derzeit 1 % der ständigen Monatsentgelte des Vorjahres. So beläuft sich beispielsweise im Jahr 2008 dieser Betrag für die Beschäftigten der Landkreisverwaltung auf rund 210.000 Euro.

Die Feststellung bzw. Bewertung von Leistung wird voraussichtlich ab 2008 über ein System der systematischen Leistungsbewertung erfolgen. Hier-

zu hat die betriebliche Kommission beim Landratsamt Ostalbkreis, die sich aus Vertreterinnen und Vertretern der Arbeitgeber- und der Personalratsseite zusammensetzt, am 25. September 2007 die Dienstvereinbarung zur Einführung leistungs- und/oder erfolgsorientierter Bezahlung nach § 18 TVöD und Vereinbarung eines betrieblichen Systems ausgearbeitet.

Diese Dienstvereinbarung definiert derzeit die Eckpunkte des künftigen Systems, beinhaltet jedoch beispielsweise noch keinen Fragebogen zur Bewertung der Leistung der einzelnen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Das Erstellen eines derartigen Fragebogens sowie die Entwicklung einer entsprechenden Auswertungssoftware wird ab Februar 2008 zusammen mit einem externen Berater in Angriff genommen.

Zur Ermittlung eines externen Beraters hat sich die Landkreisverwaltung mit dem Klinikum Schwäbisch Gmünd sowie der St. Anna-Virngrund-Klinik Ellwangen, beides kreiseigene Kliniken, zusammengeschlossen. Ziel ist es, den geeignetsten Berater für die genannten Betriebe zu ermitteln und für die Landkreisverwaltung so weit wie möglich eine einheitliche Lösung einzuführen.

VERWALTUNG IM WANDEL – QUALITÄTSWETTBEWERB Q 2006

Unter dem Motto „Verwaltung im Wandel – Qualitätswettbewerb Q 2006“ hatte im Frühjahr 2006 das Innenministerium Baden-Württemberg alle Behörden und Verwaltungen im Land zur Teilnahme aufgerufen. Im November 2006 wurden die Ergebnisse in Stuttgart vorgestellt – auch das Landratsamt Ostalbkreis erhielt eine Auszeichnung. Die Preisträger wurden im Rahmen einer großen Veranstaltung vor ge-

ladenen Gästen aus Verwaltung und Wirtschaft als hervorragende Beispiele für kundenorientierte und innovative Verwaltungsleistung in Baden-Württemberg ausgezeichnet. Zwar reichte es für das Landratsamt Ostalbkreis nicht zu einem der ersten Plätze. Dennoch sprach Innenminister Heribert Rech auch der Verwaltung des Ostalbkreises seine Anerkennung für die erreichte Leistungsqualität und das erfolgreiche

Integrationsmanagement im Zuge der Verwaltungsreform aus, wobei er auch auf die großen Verdienste aller Beschäftigten einging, die hieran Anteil hatten. „Sie haben mit Ihrem Handeln eine gute Grundlage für zukunftsweisendes Qualitätsmanagement geschaffen“, bekräftigte Innenminister Heribert Rech anlässlich der Urkundenübergabe an den Organisationschef der Landkreisverwaltung Martin Brandt, der in

Vertretung von Landrat Klaus Pavel nach Stuttgart gekommen war.



Innenminister Rech (r.) bei der Urkundenübergabe an Martin Brandt (l.)

Information und Kommunikation

DIENSTLEISTER FÜR DIE KREISVERWALTUNG

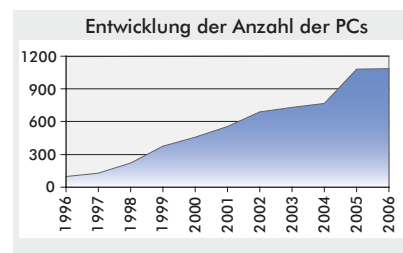
Die Aufgaben eines klassischen IT-Dienstleisters – und so muss auch der Geschäftsbereich Information und Kommunikation gesehen werden – hat sich in den letzten Jahren nochmals stark gewandelt. Sprach man früher von Client-Server, Datensicherung und Netzwerkgeschwindigkeit, so sind heute Begriffe wie WAN-Optimierung, Speichermanagement, Sicherheit und E-Government in den Vordergrund gerückt.

Dabei ist vor allem das Thema Speichermanagement von größtem Interesse. In Zeiten einer nahezu unendlichen Flut von Dokumentationspflichten nehmen digitale Bilder einen immensen Anteil des Datenvolumens ein. Innerhalb der Landkreisverwaltung wurden allein in den letzten drei Jahren 40 digitale Kameras beschafft. Die Speicherkapazität wurde von 200 Gigabyte auf 4 Terabyte erweitert.

Ohne Datenanbindung einzelner Standorte ist ein Arbeiten heute nicht mehr denkbar. So wurden in den letzten beiden Jahren neben allen 42 Revierleitern der Forstverwaltung auch die vier Naturschutzbeauftragten an das Datennetz angebunden. Das

Datennetz der Landkreisverwaltung umfasst zur Zeit 60 Standorte.

Die Gesamtzahl der im Einsatz befindlichen IT-Arbeitsplätze (PC, Drucker und Bildschirm) hat mit einem Stand von ca. 1.100 Arbeitsplätzen einen neuen Höchststand erreicht.



EDV-PROGRAMME 2006/2007

Beim Landratsamt Ostalbkreis sind neben der üblichen Standardsoftware (Textverarbeitung, Tabellenkalkulation, Präsentationsprogramme, Datenbanken, Bildbearbeitung, Kommunikation) aufgrund des breiten Aufgabenspektrums insgesamt 158 weitere spezielle EDV-Verfahren im Einsatz.

Bei 23 dieser Spezialprogramme handelt es sich um landeseinheitliche Verfahren, die von der Datenzentrale Baden-Württemberg entwickelt und über das regionale Rechenzentrum KIRU (Kommunale Informationsverarbeitung Reutlingen/Ulm) abgewickelt werden. Das

kommunale Rechenzentrum hat in den vergangenen Jahren mehrere Hauptanwendungen erneuert. So wurde das KFZ-Zulassungsverfahren durch ein moderneres Client-Server-Verfahren abgelöst. Ebenso wurde das Führerscheilverfahren modernisiert.

Weiter wurden auch einige der im Einsatz befindlichen 37 Spezialverfahren verschiedener Softwarefirmen erneuert bzw. durch andere Verfahren abgelöst. Nur so kann ein bestmögliches Arbeiten garantiert werden. Hierzu zählen beispielsweise das Sozialhilfeverfahren „Prosoz“ (die Erneuerung wird erst zum Ende des Jahres 2008 abgeschlossen) oder das Jugendamtsverfahren „Recos“, das durch das Verfahren „Prosoz14“ abgelöst wurde.

OPTIMIERUNG DATENNNetz

Die tägliche Datenverarbeitung innerhalb der 60 angeschlossenen Standorte erfordert ein schnelles und störungssicheres Datennetz. Ohne dieses Datennetz wäre eine Versorgung der einzelnen Mitarbeiter mit Daten aus dem Internet, der Fachverfahren, E-Mail oder einfachsten Office-Daten nicht möglich. In der Zukunft wird dieses Spektrum um den großen Bereich Telekommuni-

kation erweitert. Der reibungslose Betrieb ist nur mit einem sicheren und gleichzeitig schnellen Datennetz möglich. So wurde eine zweite Firewall als Ausfallsicherheit eingebaut. Zusätzlich wurde ein SPAM-Filter installiert. Dieser filtert täglich zwischen 1.000 und 3.000 SPAM-Nachrichten aus dem E-Mail-System aus. Die Leitungskapazitäten wurden durch den Einsatz von sogenannten WAN-Beschleunigern optimiert. So kann auf kostenintensive Bandbreitenerhöhungen verzichtet werden.

TELEKOMMUNIKATION

Der Ostalbkreis führt derzeit eine neue leistungsfähigere Telekommunikationsanlage ein. Diese Anlage basiert auf einer VOIP-Anlage (Voice over IP). Die Einführung soll Ende 2008 abgeschlossen sein. Mit der neuen Technologie ist es möglich, Gespräche innerhalb aller Standorte der Landkreisverwaltung über das vorhandene Datennetz zu führen. Der Bürger kann bei einem Anruf einer beliebigen Nebenstelle innerhalb der

gesamten Landkreisverwaltung (egal welcher Standort) weitervermittelt werden, ohne zusätzliche Kosten für den Bürger.

E-BÜRGERDIENSTE

Das begonnene Konzept der E-Bürgerdienste wird kontinuierlich ausgebaut. Dazu wird eine neue E-Governmentstudie erstellt.

Gebäudemanagement

Im Zuge der Verwaltungsreform zum 1. Januar 2005 wurde durch interne Organisationsänderungen die bisher dezentrale Verwaltung der kreiseigenen und der von der Landkreisverwaltung angemieteten bzw. vermieteten Liegenschaften in einer zentralen Organisationseinheit zusammengefasst. Es erfolgte eine Bündelung der Aufgaben des Hochbaus sowie der Gebäudebewirtschaftung im neuen Geschäftsbereich Gebäudemanagement.

In den Sachgebieten technisches, infrastrukturelles und kaufmännisches Gebäudemanagement als auch im Energiemanagement sind mit den Hausmeistern und Reinigungskräften insgesamt rund 80 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tätig.

Diese sind neben der planerischen Konzeption, der Kostenschätzung und der Projektbegleitung von Neubau-, Umbau- und Erweiterungsmaßnahmen für die technische, funktionale und optische Instandhaltung der Liegenschaften zuständig. Wirtschaftlichkeitsberechnungen, internes Controlling und die Ermittlung von Vergleichswerten (externes und internes Benchmarking) tragen unter anderem zu einer effizienten

Gebäudebewirtschaftung bei. Im Rahmen des Energiemanagements werden Konzepte zur Reduzierung des Energieverbrauchs und der Energiekosten als auch zur CO₂-Minderung entwickelt.

BETREUTE INVESTITIONS- UND BAUMASSNAHMEN

ERWEITERUNG UND UMBAU DES KREISBERUFSSCHULZENTRUMS AALEN (2004 – 2006)



Luftbild Kreisberufsschulzentrum (KBZ) Aalen



Justus-von-Liebig-Schule im KBZ

Nachdem der Neubau der Cafeteria und der Werkstattanbauten abgeschlossen war, konnte im März 2006 auch die Justus-von-Liebig-Schule eingeweiht werden. Nach dem Umzug der Justus-von-Liebig-Schule in den Neubau und nach Aufnahme des Betriebs der neuen Cafeteria, mussten die Räumlichkeiten der Technischen und Kaufmännischen Schule an deren Bedürfnisse im Hinblick auf aktuelle Anforderungen der Unterrichtsgestaltung und der dabei eingesetzten Technologien angepasst werden.



LKW-Werkstatt

Die Werkstätten wurden neu und zukunftsorientiert organisiert, was mit beachtlichen Umbauten verbunden war. Von den Bau-, Holz-, Metall- und KFZ-Werkstätten bis zu den Elektrolabors mit modernsten Geräten waren alle Abteilungen betroffen. Die Chemie- und Physiklabors wurden größtenteils gemäß den neuesten Anforderungen umge-

baut und ausgestattet. Ferner wurden drei Frisörsalons sowie ein Kosmetiksalon errichtet. Im Zusammenhang mit den Umbauten wurden zudem Brandschutzmaßnahmen an die aktuellen Vorschriften und Gegebenheiten angepasst. Die Durchführung der Arbeiten erfolgte in enger Zusammenarbeit mit den Schulen, um einen möglichst reibungslosen Schulbetrieb zu gewährleisten.

Insgesamt wurden für die Neubau- und Umbaumaßnahmen beim Kreisberufsschulzentrum Aalen Investitionen in Höhe von 25 Mio. Euro umgesetzt.

AUFSTOCKUNG DES TECHNISCHEN GYMNASIUMS IM KREISBERUFSSCHULZENTRUM ELLWANGEN



Zum Beginn des Schuljahres 2005/2006 genehmigte das Land in Ellwangen ein Technisches Gymnasium mit den Fachrichtungen Technik sowie Gestaltung und Medientechnik. Die Raumproblematik im vorhandenen Erweiterungsbau nahm derart zu, dass an der bereits eingeplanten Aufstockung kein Weg vorbeiführte.



Für 2,215 Mio. Euro wurden sechs Theorieräume sowie zwei EDV-Räume

und ein Lehrerzimmer mit über 900 m² Nutzfläche gebaut. Die Außenwände und das Dach sind in Stahlkonstruktion erstellt. Fassaden und Fensterelemente bestehen aus Aluprofilen. Die Wärmeversorgung wird unter Berücksichtigung ökologischer und ökonomischer Gesichtspunkte größtenteils über die vorhandene Holz hackschnitzel-Heizungsanlage bewerkstelligt.

Bei der Vergabe der 22 Gewerke für die Herstellung des Bauwerks konnten zehn Handwerksbetriebe aus dem Ostalbkreis berücksichtigt werden. Mit dem Bau des neuen Stockwerks wurde im März 2007 begonnen. Bereits Anfang November, nach nur sechsmonatiger Bauzeit, wurden die neuen Klassenräume bezogen. Bei der offiziellen Einweihung des TG am 26. November 2007 wurde der Erweiterungsbau, welcher zudem mit 667.000 Euro aus der Schulbauförderung des Landes bezuschusst wurde, seiner Bestimmung übergeben.

KREISBERUFSSCHULZENTRUM SCHWÄBISCH GMÜND – ANBAU BÄCKEREI/METZGEREI



Auf Grund der Veränderung der Schülerzahlen im Voll- und Teilzeitbereich, der Einführung des EDV-Unterrichts, der Neufassung der Lehrpläne und der Neufassung der Berufsfelder wurde in den Jahren 1991 und 1992 mit den Schulleitungen und dem damaligen Oberschulamt Stuttgart der Raumbedarf für das Kreisberufsschulzentrum Schwäbisch Gmünd neu berechnet. Das Ober-

schulamt hat eine Programmfläche von 4.254 m² anerkannt.

Der Kreistag hat die Landkreisverwaltung beauftragt, im Rahmen einer Gesamtkonzeption die Erweiterung des Kreisberufsschulzentrums Schwäbisch Gmünd planerisch darzustellen. Die Gesamtplanungskonzeption enthielt drei Bauabschnitte. Die ersten beiden Bauabschnitte wurden in den Jahren 1997 bis 2002 realisiert. Der 3. Bauabschnitt im Werkstattbereich ist nun in der Planungsphase. Die Realisierung soll in den Jahren 2008/2009 erfolgen.

Im Rahmen des Neubaus des Kreisberufsschulzentrums Schwäbisch Gmünd 1976 wurden Werkstätten für Metzger und Bäcker mit 260 m² eingerichtet. Mittlerweile findet der Theorieunterricht in anderen Teilen der Schule, außerhalb des Ernährungsbereiches, statt. Die Werkstätten sind an die hygienischen Anforderungen anzupassen. Eine Kühlung bzw. Klimatisierung fehlt, Lagerräume sind nicht ausreichend vorhanden und die Räume sind für die vorhandenen Schülerzahlen zu klein.

Deshalb sieht die Planungskonzeption für die Umsetzung des Raumprogramms einen Anbau im Norden der Werkstätten, mit einer Breite von 35 m und einer Länge von 46 m, vor. Die Gesamtprogrammfläche beläuft sich auf 744 m² und die Gesamtschulfläche auf 1.133 m². Der umbaute Raum beträgt rund 5.700 m³. Die Gesamtbaukosten sind mit 3,5 Mio. veranschlagt.

Die frei werdenden Werkstatt Räume werden umgebaut und künftig vom Fachbereich Metall als CNC-Werkstätten und Werkstoffprüfraum genutzt. Die Baukosten für die Umbaumaßnahme sind in den zuvor genannten Gesamtbaukosten enthalten.

**ABO BOPFINGEN
IN DER KLINIK AM IPF**

Die leerstehenden Räume im unteren Geschoss in der Klinik am IpF wurden umgebaut, so dass eine Nutzung durch die Arbeitsgemeinschaft zur Beschäftigungsförderung im Ostalbkreis (Abo) möglich wurde. Im Juni 2007 wurde die neue Bopfinger Geschäftsstelle eröffnet.

**HOLZPELLETSANLAGE IM
LANDRATSAMT SCHWÄBISCH
GMÜND**



Sozialdezernent Josef Rettenmaier (l.) und Landrat Klaus Pavel (r.) bei der ersten Pellets-lieferung

Am 21. November 2007 wurde die neue, umweltfreundliche Holzpelletsheizung im Gmünder Landratsamt in der Haußmannstraße offiziell in Betrieb genommen. 80 Tonnen Holzpellets ersetzen die 40.000 Liter Heizöl, die bisher jährlich für die Beheizung des Landratsamtsgebäudes erforderlich waren. Dadurch werden sich die CO₂-Emissionen um 120 Tonnen pro Jahr reduzieren. Außerdem werden durch diese Investition finanzielle Einsparungen bei den Brennstoffkosten erzielt. Durch den Bezug von Holzpellets ausschließlich aus dem Ostalbkreis wird zudem die heimische Forstwirtschaft unterstützt. Rund 210.000 Euro hat der Ostalbkreis in die neue Technik investiert, aus dem Förderprogramm Klimaschutz-Plus des Landes flossen 36.000 Euro Zuschuss.

LIMESTURM RAINAU-BUCH

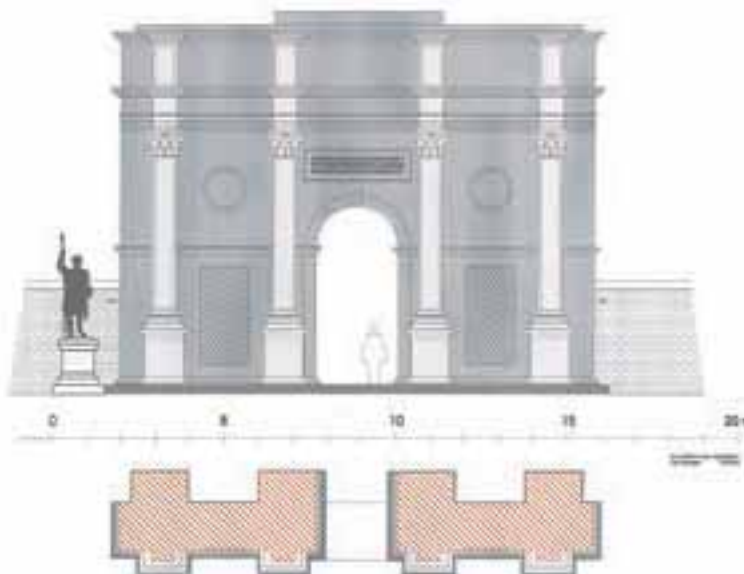


Am 15. Dezember 2007 wurde am neu errichteten, 36 Tonnen schweren Turm, Richtfest gefeiert. Geplant haben das rund elfeinhalb Meter hohe Werk die Architekten Huther + Karrawallis aus Rödermark in Zusammenarbeit mit dem Unterschneidheimer Architekten Günther Gregorius nach neuesten historischen Erkenntnissen. Die Besonderheit im Vergleich zum Vorgängerbau ist ein ca. drei Meter hoher Steinsockel auf dem eine Holzkonstruktion errichtet wurde. Im Inneren ist eine Wendeltreppe eingebaut. Aus vier großen Fenstern haben künftig Besucher den gleichen Ausblick wie die römischen Wachleute damals. 600 laufende Meter oder 13 Kubikmeter Holz wur-

LIMESTOR DALKINGEN

Im Juli 2005 wurde der obergermanische und der rätische Limes in die Liste der Weltkulturerbestätten aufgenommen. Damit wurde der Limes ganz offiziell zu einem kulturgeschichtlichen Zeugnis von Welt-rang erklärt. Der Ostalbkreis ist nicht nur der Landkreis mit dem längsten Anteil am rätischen Limes – auf ihn entfallen 59 km des 168 km langen rätischen Limes zwischen Lorch und Eining an der Donau – sondern kann darüber hinaus auch noch mit einer großen Zahl konservierter Ausgrabungsstätten, wie zum Beispiel dem Römerkastell bzw. Römerbad am Bucher Stausee und dem neuen Limesturm in Schwabsberg, aufwarten. An dem über 500 km langen von der Donau bis an den Rhein reichenden obergermanischen-rätischen Limes ist das Limestor bislang ein einmaliges Bauwerk.

Die Deutung als Toranlage war lange Zeit umstritten. Bis in den Jahren



Rekonstruktion Limestor Dalkingen

den für den Limesturm verarbeitet. Tatkräftig und mit großer Motivation unterstützt haben den Bau auch Jugendliche der Aktion Jugendberufshilfe im Ostalbkreis (AJÖ).

1973 und 1974 durch archäologische Ausgrabung, unter Leitung des heutigen Präsidenten des Landesamtes für Denkmalpflege, Prof. Dr. Planck, das 13 m x 12 m große

Steingebäude mit einer etwa 2,40 m breiten Tordurchfahrt und vorgeblendeter Prachtfassade vollständig freigelegt wurde.

In den letzten 28 Jahren hat das den wechselnden Witterungseinflüssen ausgesetzte Mauerwerk des Limestores stark gelitten. Über schadhafte Mauerwerksfugen, besonders in der Deckschicht des Mauerwerks, drang Wasser ein und verursachte bei nachfolgendem strengen Frost erhebliche Zerstörung an Mörtel und Steinmaterial des Mauerwerks.

Planung eines Schutzhauses



Um die einmalige Bausubstanz für die Nachwelt dauerhaft zu sichern und zu erhalten, ist ein geschlossener Schutzbau erforderlich. Nur so kann verhindert werden, dass weiterhin Feuchtigkeit in das Mauerwerk eindringen kann. Auch ist eine angemessene Präsentation dieses bedeutenden historischen Denkmals für die Öffentlichkeit, in Verbindung mit Didaktikelementen zur Wissensvermittlung und Darstellung des historischen Hintergrunds, im Zuge der Planung vorgesehen.

Der Schutzbau ist geplant in einer filigranen transparenten Stahl-Glas-Konstruktion mit einer Breite von 23,10m, einer Länge von 22,85m und einer Höhe von 7m bis 16m. Unter der höchsten Stelle der Dachkonstruktion ist im Inneren eine Rekonstruktion der ehemaligen 12m hohen historischen Toranlage vorgesehen. Auf diese Weise kann das ursprüngliche Aussehen des

Limestores im Maßstab 1:1 am Originalstandort visualisiert werden, ohne dass in den originalen Befund eingegriffen werden muss.

Die Baukosten belaufen sich auf 1,87 Mio. Euro. Feste Förderzusagen in Höhe von 838.000 Euro liegen bereits vor. Der Ostalbkreis rechnet mit einer weiteren Förderung aus dem Leader-Programm der EU in Höhe von 750.000 Euro.

ENERGIEMANAGEMENT

ENERGIETAG BADEN-WÜRTTEMBERG



„Zukunft erleben“ war landesweit das Motto des Energie-Erlebnistags, den das Land Baden-Württemberg am 22. September 2007 erstmals veranstaltete. Unter diesem Motto machte das Landratsamt Ostalbkreis das Energiesparen, die effiziente Energienutzung, erneuerbare Energien und das Thema Umweltschutz vor Ort zum Erlebnis.

Mit ihren Informationsständen boten engagierte Planer von Solaranlagen und Holzheizungen, die Glaser-, Zimmerer- und Stuckateurinnung, einzelne Handwerksbetriebe, die Bezirksschornsteinfeger, Ingenieurbüros, die Kreissparkasse und das Forstdezernat einem interessierten Besucherkreis eine hervorragende Plattform, um sich umfassend zu informieren. Ein hochwertiges Vortragsprogramm informierte über moderne Technologien, energiespa-

rendes Bauen und Renovieren und über öffentliche Förderprogramme. Ergänzt wurde dieses Angebot durch kulturelle und kulinarische Attraktionen sowie spezielle Angebote für Kinder und Junggebliebene – vom Treten in die Strompedale bis zum Energiespar-Quiz.

Der zweite Energietag des Landes Baden-Württemberg findet statt am 13. und 14. September 2008.

CO₂- MINDERUNG

Im Juli 2007 hatte das Gebäudemanagement dem Kreistag über Maßnahmen der Landkreisverwaltung zur Energieeinsparung und CO₂-Minderung berichtet. In den letzten Jahren wurden in diesem Bereich Investitionen mit einem Gesamtvolumen von 1,445 Mio. Euro getätigt. Durch optimiertes Nutzerverhalten und diese Investitionen konnten pro Jahr 1.779.000 KWh eingespart werden, was zu einer jährlichen CO₂-Einsparung von 1.187 Tonnen führt. Diese CO₂-Minderung entspricht dem CO₂-Ausstoß von umgerechnet 440 Vier-Personen-Haushalten.

PHOTOVOLTAIK

Seit dem Jahr 2006 vermietet die Landkreisverwaltung auf den Dächern der Kreisberufsschulzentren Aalen und Schwäbisch Gmünd rund 28.000 m² nutzbare Dachflächen zur Installation und zum Betrieb von Photovoltaikanlagen. Gemäß dem Dachnutzungsvertrag mit der Deutschen Solarkraftwerke GmbH aus Fürth werden 4% des jährlich erzielten Stromertrags als Miete im Kreishaushalt vereinnahmt. Bei einer Spitzenleistung von 950 KWp (Kilowatt Peak) können pro Jahr 1.300 Tonnen CO₂ eingespart werden.

KREISARCHIV

DIGITALISIERUNG DES ARCHIVS SCHREITET VORAN

Nach den von großen Sonderaufgaben geprägten Jahren 2004 und 2005, in denen die neue Kreisbeschreibung des Ostalbkreises und eine neue Imagebroschüre erstellt wurden, galt das besondere Augenmerk der Jahre 2006 und 2007 den umfangreichen Altaktenbeständen des Kreisarchivs. Hier liegt auch eine der großen Zukunftsaufgaben: Neben der Anfertigung diverser Findbücher bereiten vor allem alte Fotokopien und das sehr schlechte Papier der Nachkriegszeit Sorge, was bei der Begutachtung der Kreistagsprotokolle aus dieser Zeit sichtbar wurde.

Im Einzelnen wurden im Bereich der Altaktenbestände folgende Maßnahmen durchgeführt:

- Neuordnung und Umstrukturierung der sogenannten Ortsakten (Sammlungen zur Geschichte und Gegenwart der Kreisgemeinden). Digitalisierung der darin enthaltenen Zeitungsausschnitte durch einen Praktikanten.
- Beginn der Verzeichnung des Altaktenbestandes des Landratsamtes Schwäbisch Gmünd.
- Digitalisierung des Fotoarchivs des Landkreises.
- Vorbereitungen zur Begutachtung, Verzeichnung und Umlagerung des umfangreichen Altaktenbestandes des Landratsamtes Aalen und der Oberämter Aalen, Ellwangen und Neresheim. Im Vorfeld der Maßnahme wurde der für die Zeit geltende Aktenplan digitalisiert und in eine Datenbank integriert, so dass eine direkte Verzeichnung im PC durchgeführt werden kann.

Seit 4. September 2006 bildet das Kreisarchiv aus: Joachim Röhrle begann seine Ausbildung zum „Fachangestellten für Medien- und Informationstechnik“ der Fachrichtung Archiv, die drei Jahre dauern wird und neben der praktischen Ausbildung im Kreisarchiv auch Unterrichtsblöcke in der Berufsschule Calw umfasst.

Im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit fanden u.a. Exkursionen zum Limestor in Dalkingen, eine große Kreisrundfahrt für Journalisten aus Deutschland und Österreich sowie die Vergabe des „Preises für Heimatgeschichtliche Forschung der Ostalbstiftung“ statt. Zur Festschrift des Landkreistages Baden-Württemberg wurde ein Textbeitrag und Fotos zur Verfügung gestellt.

An Sonderaufgaben brachten die beiden Jahre die Neuauflage des Gestaltungshandbuches des Ostalbkreises, mehrere Aktivitäten um das Weltkulturerbe Limes und die Vorbereitungen für einen Bildband des Ostalbkreises, der 2008 erscheinen soll, verbunden mit einem Fotowettbewerb des Ostalbkreises.

PRESSESTELLE

Über die Pressestelle der Landkreisverwaltung werden im Ostalbkreis sechs Tageszeitungen, drei Rundfunksender, ein Fernsehsender sowie diverse regelmäßig erscheinende Zeitschriften mit Informationen und Berichten über die Arbeit des Landratsamtes informiert. Bedient werden je nach Ausstrahlungskraft eines Themas auch überregionale Medien. Weiterhin gehören zu den Aufgaben der Pressestelle die Erstellung des Amtsblatts des Ostalbkreises sowie die Betreuung des Internetauftritts www.ostalbkreis.de, der Mitarbeiter-Informationsplattform www.extranet.ostalbkreis.de sowie diverser Subwebs (z. B. Pflegeführer Ostalb).

Bedingt durch den Zuwachs an Geschäftsfeldern im Zuge der Verwaltungsreform stieg die Anzahl der Pressemitteilungen, die über die Pressestelle das Haus verlassen, auf jährlich rund 500 an. Neben deren Publikation in den Printmedien, via Rundfunk und Fernsehen sind alle Pressemitteilungen auch über den Internetauftritt des Ostalbkreises abrufbar. Der Internetauftritt wird nach seinem Relaunch vor rund vier Jahren kontinuierlich aktualisiert und ausgebaut. So wurden in den Jahren 2006 und 2007 mehrere virtuelle Museumsführer ergänzt, durch die sich der Besucher einen Vorgeschmack auf einzelne Museen im Ostalbkreis



holen kann. Außerdem wurde 2006 für den Internet- wie auch den Extranetauftritt ein völlig neues Design umgesetzt. In diesem Zuge wurde bei der Programmierung darauf geachtet, den Auftritt barrierefrei zu gestalten. Verbesserungen in der Funktionalität des Veranstaltungskalenders, wie z. B. die Möglichkeit für den Nutzer, einzelne Termine in seinen Outlook-Kalender zu übernehmen, oder ein virtueller Adventskalender in der Vorweihnachtszeit 2007 mit Gewinnspiel sorgten für erhöhte Zugriffsraten auf die Homepage.

Die Sichtung der Tagespresse und die händische Erstellung des Pressespiegels wurde in den Jahren 2006 und 2007 abgelöst durch einen elektronischen Pressespiegel, der Landrat, Dezernenten und Geschäftsbereichs- sowie Stabsstellenleitern über ein eigenständiges Modul als pdf-Datei täglich zur Verfügung steht.

HAUSHALT DES OSTALBKREISES

Der Haushaltsplan 2008, den der Kreistag in seiner Sitzung am 12. Dezember 2007 beschlossen hat, ist nach mageren Jahren, in denen der Landkreis finanziell nicht auf Rosen gebettet war, wieder auf dem Weg der Besserung.

Das Volumen des Gesamthaushalts des Konzerns Ostalbkreis für das Jahr 2008 beträgt rund 517 Mio. Euro. Davon entfallen auf den Verwaltungshaushalt des Landkreises rund 283 Mio. Euro, auf den Vermögenshaushalt rund 35 Mio. Euro und auf die Wirtschaftspläne der Kreiskrankenhäuser rund 199 Mio. Euro.

Trotz des 17. Sparhaushalts in Folge steigt das Gesamtvolumen gegenüber dem Vorjahr um über 5,9 %. Allein die Kreiskasse, ohne die Krankenhäuser, wickelt jährlich umsatzmäßig rund 1,8 Milliarden Euro ab.

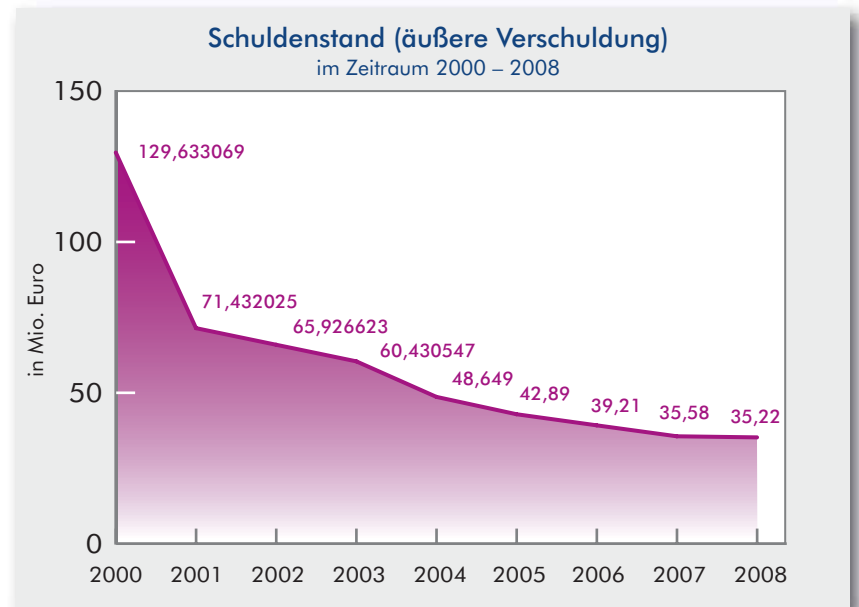
Der Ostalbkreis ist mit diesem Gesamthaushaltsvolumen ein modernes Dienstleistungs- und Serviceunternehmen, das sich zukunftsorientiert dem Wettbewerb stellt. Wichtige Schwerpunkte der Investitionen sind unter anderem der Ausbau der Kreiskliniken, der Kreisberufsschulzentren und des weitläufigen Kreisstraßennetzes.

Durch die Erlöse aus dem Verkauf des EnBW-Aktienpakets hat der Ostalbkreis in einem Investitionspaket von über 300 Mio. Euro seinen gewaltigen Investitionsstau abgebaut und gleichzeitig regionale Impulse für die Konjunktur gesetzt. Dennoch sind in den Jahren 2008 bis 2011 noch weitere Investitionen von rund 75 Mio. Euro zu schultern. Schwerpunkte der Investitionen in den kommenden Jahren sind die Bereiche Bildung (12,2 Mio. Euro), Kliniken (30,7 Mio. Euro), Kreisstraßen- und Radwegeausbau (25,2 Mio. Euro) sowie der Bau von Altenpflegeheimplätzen (1,7 Mio. Euro). Nach Abzug

der Zuweisungen und Zuschüsse verbleiben beim Ostalbkreis Kosten von rund 56 Mio. Euro.

Ein weiterer positiver Aspekt ist die Rückführung der Verschuldung.

Verbesserung der Konjunktur und in Folge höhere Steuerkraftsummen der Städte und Gemeinden und der damit verbundenen Mehreinnahmen bei der Kreisumlage sind bei den Pflichtaufgaben des Kreises im Bereich



Der Schuldenstand zum 1. Januar 2001 von 129,6 Mio. Euro ist bis Ende 2007 auf 35,58 Mio. Euro zurückgeführt worden und bis zum 31. Dezember 2008 werden insgesamt 97,6 Mio. Euro getilgt sein, so dass ein Restschuldenstand von 32,01 Mio. Euro verbleiben wird. Unter Berücksichtigung der zur Finanzierung der Investitionen im Jahr 2008 voraussichtlich erforderlichen Kreditaufnahme von 3,2 Mio. Euro wird der Schuldenstand auf Ende 2008 bei 35.218.804 Euro liegen. Seit 2000 wird damit die Verschuldung um nahezu 73 % reduziert. Mit einer Verschuldung von 111,74 Euro je Einwohner liegt der Ostalbkreis auch weiterhin unter dem Landesdurchschnitt. Die Grafik über die Entwicklung der Verschuldung macht den enormen Rückgang deutlich.

Bei aller Euphorie im Bereich der Investitionen kehrt, wenn man den Verwaltungshaushalt betrachtet, bald Ernüchterung ein. Trotz der

der sozialen Sicherung Steigerungen im Kreishaushalt erforderlich, die kaum mehr finanzierbar sind.

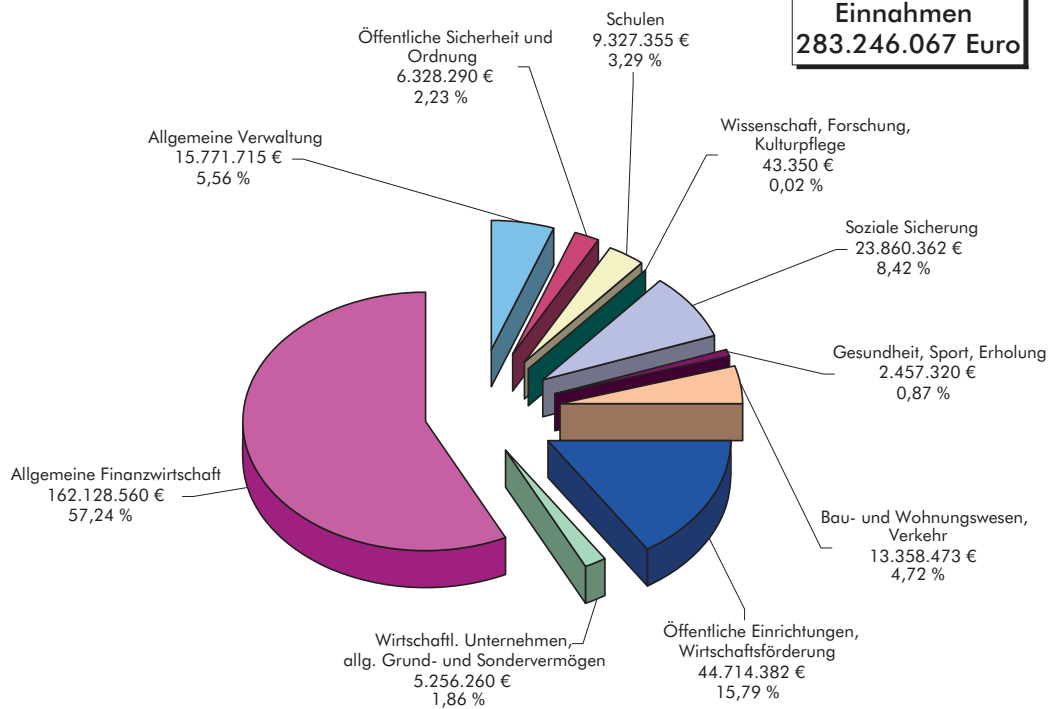
Allein für die soziale Sicherung hat der Ostalbkreis im Haushaltsplan 2008 129,7 Mio. Euro aufzubringen. Dem stehen Einnahmen von 25,5 Mio. Euro gegenüber. Der Zuschussbedarf 2008 beträgt voraussichtlich 104,2 Mio. Euro.

Damit sind rund 39,3 % des gesamten Volumens des Verwaltungshaushalts, ohne Innere Verrechnungen, für die soziale Sicherung erforderlich. Bei einem Umlagesatz von 35,5 % beträgt das Aufkommen der Kreisumlage 106,2 Mio. Euro und übersteigt damit erstmals wieder seit 1991 mit 101,9 % den Nettoaufwand der sozialen Sicherung.

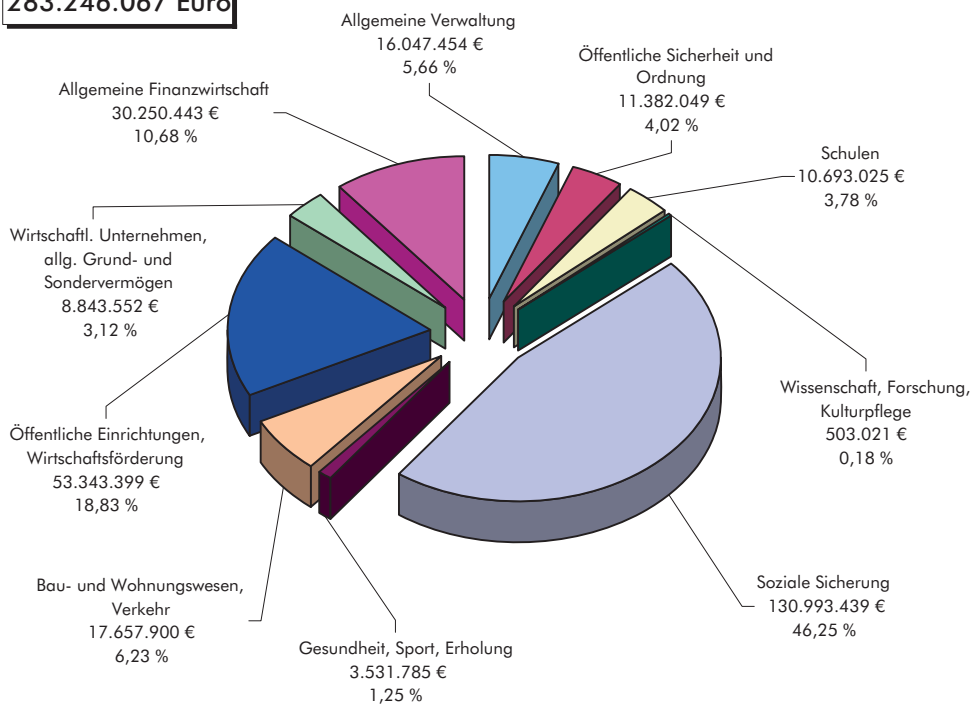
Die Grafiken über die Aufteilung des Verwaltungs- und des Vermögenshaushalts zeigen die Vielfalt der Aufgaben des Ostalbkreises.

DER VERWALTUNGSHAUSHALT DES OSTALBKREISES 2008

Einnahmen
283.246.067 Euro



Ausgaben
283.246.067 Euro



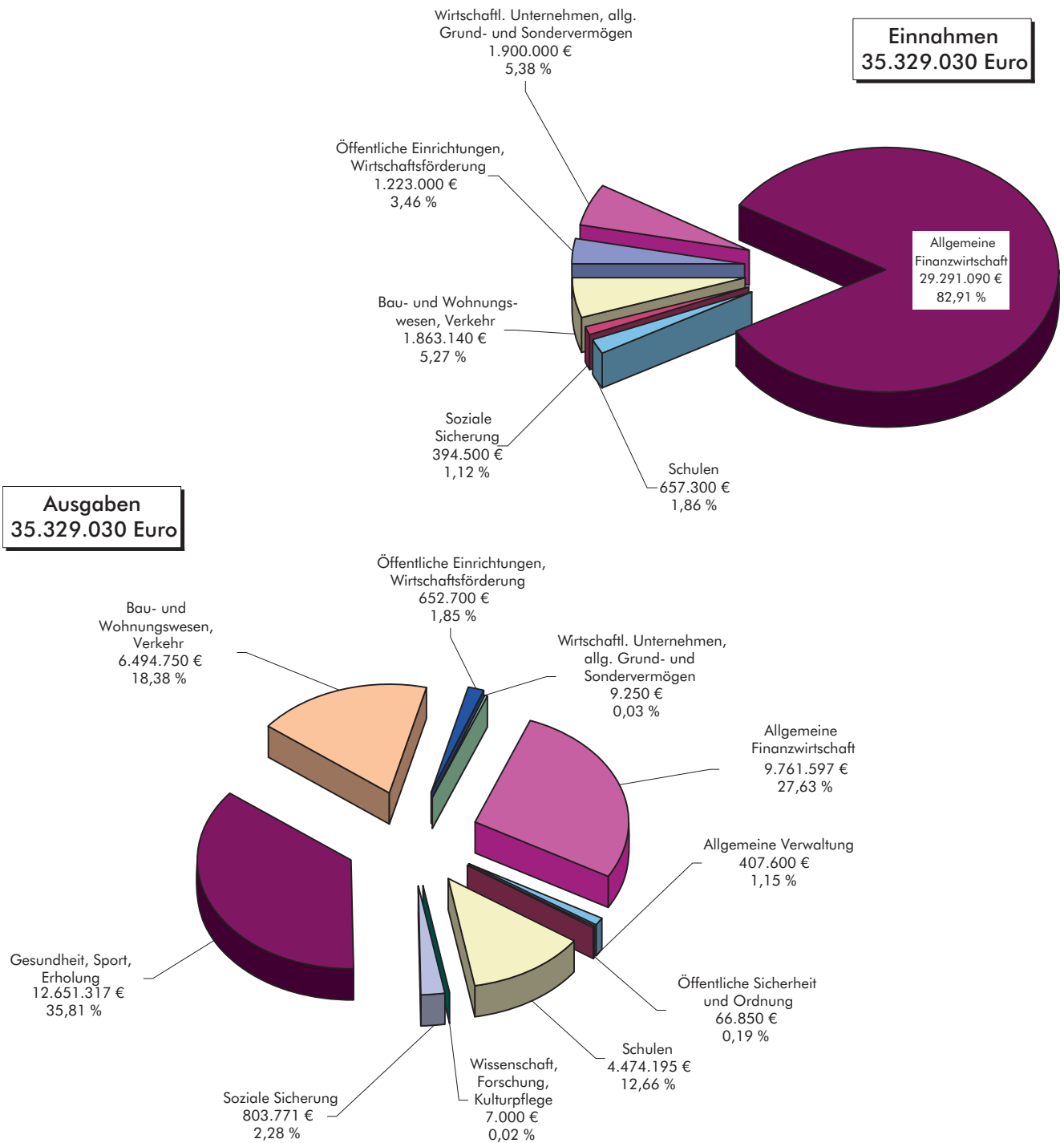
Nach Einführung der neuen Software „KIRP“ in der Buchhaltung hat der Ostalbkreis auch hier die besten Rahmenbedingungen für eine gute Entwicklung in der Zukunft und für eine positive Lebens- und Standortqualität geschaffen. In Vorbereitung auf den Umstieg von der Kameralistik auf die Doppik wurde im Jahr 2007

mit der einheitlichen Erfassung und Kennzeichnung aller Inventargüter des Ostalbkreises begonnen. Die anschließende Bewertung der Güter dient dem Aufbau einer Anlagenbuchhaltung und dem Nachweis des Ressourcenverbrauchs.

VERMÖGENSERFASSUNG UND -BEWERTUNG

Mit der Einführung des Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens (NKHR) in Baden-Württemberg wird die kameralistische Buchführung zukünftig durch die Doppik abgelöst. Die gesetzlichen

DER VERMÖGENSHAUSHALT DES OSTALBKREISES 2008



Grundlagen werden voraussichtlich zum 1. Januar 2009 in Kraft treten. Nach dem vorliegenden Gesetzesentwurf soll die kommunale Doppik innerhalb einer mehrjährigen Übergangsfrist eingeführt werden.

Eine der drei Säulen des NKHR stellt – neben der Ergebnis- und der Finanz-

rechnung – die Vermögensrechnung dar, in der die Kommunen und Landkreise ihr gesamtes Vermögen und ihre Schulden in Form einer Bilanz darstellen. Hierzu ist erforderlich, dass das gesamte Vermögen erfasst und bewertet wird.

Im Vorfeld der geplanten Änderungen

wurde von der Kämmerei die Inventarisierung des beweglichen Vermögens der Landkreisverwaltung organisiert. Nach der Grundlagenerarbeitung im 2. und 3. Quartal 2007 konnte mit der Erfassung im September im Ostalbkreishaus in Aalen begonnen werden. Alle Gegenstände werden mit Barcodeetiketten gekennzeichnet und

mittels der Inventarisierungssoftware „KAI – Kann Alles Inventarisieren“ erfasst. Zug um Zug wird die Erfassung auf die einzelnen Dienststellen im Ostalbkreis ausgedehnt.

Parallel wurde die Inventarisierung bei den Berufsschulzentren vorbereitet. Auf Grund der Vielfalt von Gegenständen in den Klassenräumen und Werkstätten wird die Etikettierung und Erfassung bei den Schulen intern organisiert.

Zeitgleich wird das KIRP-Modul Anlagenbuchhaltung von der Kämmerei eingerichtet. Dieses ermittelt die Höhe der Abschreibungen mit denen die einzelnen Unterabschnitte im Haushalt zu belasten sind. Die eigentliche Bewertung des vorhandenen Vermögens stellt dabei die größte Herausforderung dar. Dabei muss auch das gesamte unbewegliche Vermögen, wie Verwaltungsgebäude, Schulen, Straßen usw. bewertet werden. Da diese Informationen vorwiegend bei den Fachbereichen vorliegen, führen die jeweiligen Geschäftsbereiche die Vermögensbewertung selbständig durch. Die Kämmerei koordiniert diesen Prozess und pflegt den Datenbestand und auch zukünftige Änderungen.

RECHNUNGSPRÜFUNG

Zur Sicherstellung, dass ausreichende Kontrollen innerhalb der Verwaltung stattfinden, sind Landkreise zur Einrichtung eines Rechnungsprüfungsamtes verpflichtet. Damit soll auch gleichzeitig die Gemeindeprüfungsanstalt als überörtliche Prüfungsbehörde entlastet werden, da diese in der Regel nur in größeren Zeitabständen prüft.

ÖRTLICHE PRÜFUNG

Eine örtliche Prüfung hat den Vorteil, dass die örtlichen Verhältnisse bekannt

sind und vor allem eine zeitnahe und Aufgaben begleitende Kontrolle erfolgen kann. Wichtigste Aufgabe der örtlichen Prüfung ist es, die Jahresrechnung des Landkreises, die Jahresabschlüsse der Krankenhaus-Eigenbetriebe, der Hospitalstiftung zum Hl. Geist in Ellwangen sowie des Waldkrankenhauses Rainau-Dalkingen vor der Feststellung durch den Kreistag sachlich, rechnerisch und förmlich zu prüfen.

Außerdem sind regelmäßig die Kassen, die Sonderkassen sowie zahlreiche Zahlstellen und Handvorschuss-Kassen einer Kassenprüfung zu unterziehen. Dem Geschäftsbereich Rechnungsprüfung obliegt außerdem die Prüfung des Nachweises der Vermögensbestände und Vorräte des Landkreises und seiner Eigenbetriebe sowie die Prüfung laufender Kassenvorgänge.

Schwerpunktprüfung in den Jahren 2006 – 2007

Zur Vorbereitung der Prüfung der Jahresrechnung werden während des gesamten Jahres die Vorgänge der Verwaltung begleitend und nachgehend geprüft. Die verschiedenen Abteilungen des Geschäftsbereichs Rechnungsprüfung (Allgemeine Finanz-, Krankenhaus-, Personal-, Sozial- und Jugendhilfe-, Bau- und Überörtliche Prüfung) bilden bei der Auswahl der Prüfungsgebiete wechselnde Schwerpunkte.

So wurden in den Jahren 2006 – 2007 beispielsweise folgende Prüfungen durchgeführt:

- Kommunale Leistungen nach dem SGB II
- Eingliederungshilfe nach dem SGB XII
- Vereinbarungen mit Trägern der freien Jugendhilfe

- Verwendungsnachweise
- Abrechnungen mit dem Landeswohlfahrtsverband Württemberg-Hohenzollern
- Chefarzt- und Poolabrechnungen
- Stellenbewertung im Landratsamt Ostalbkreis und den Klinik-Eigenbetrieben
- Begleitung der Umsetzung des Verwaltungsstruktur-Reformgesetzes (VRG)
- Überprüfung und Umsetzung des TVöD
- Vergaben
- Architekten- und Ingenieurverträge

Neben der Prüfung abgeschlossener Vorgänge ist die begleitende Prüfung ein weiteres Tätigkeitsfeld des Geschäftsbereichs Rechnungsprüfung. Die Beratung in laufenden Verwaltungsvorgängen kann dazu beitragen, dass ein zu einem späteren Zeitpunkt angesetztes nachträgliches Prüfungsverfahren vermieden wird. Durch Auskünfte zu Einzelfragen wird außerdem ein Beitrag dazu geleistet, dass Fehler vermieden werden und Fehlentscheidungen vorgebeugt wird.

Die Rechnungsprüfung wirkt auch generell bei der Bewertung von Beschäftigtenstellen sowie der Beamtenstellenposten in der Landkreisverwaltung und den Krankenhaus-Eigenbetrieben mit.

ÜBERÖRTLICHE PRÜFUNG

Der Geschäftsbereich ist auch zuständig für die überörtliche Prüfung der Haushalts-, Kassen- und Rechnungsführung der 23 Gemeinden des Ostalbkreises unter 4.000 Einwohnern, von drei Verwaltungs- und Zweckverbänden, einer Stiftung sowie von zahlreichen Wasser- und Bodenverbänden.

DER OSTALBKREIS – INNOVATIONSSTANDORT

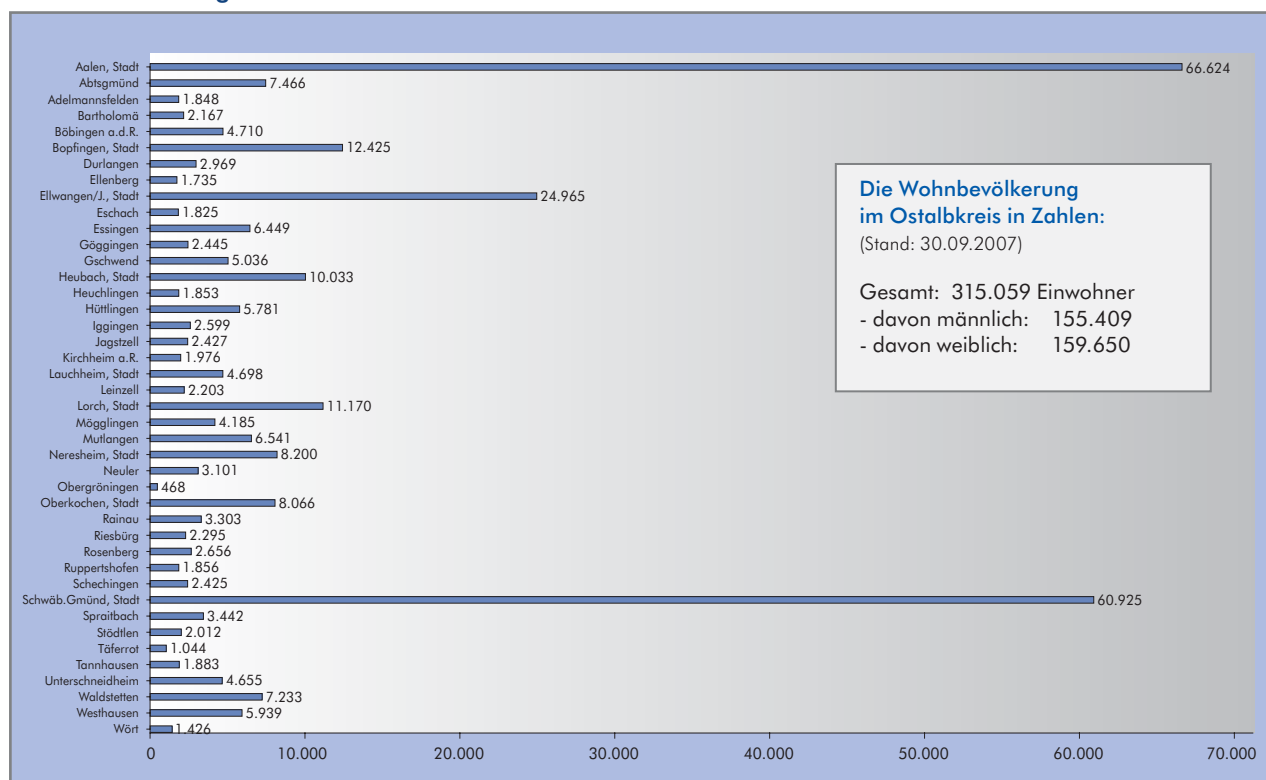
Im Ostalbkreis leben und arbeiten heißt, eingebunden sein in den Raum für Talente und Patente. Das Motto dieser Region ist Signet seiner überdurchschnittlichen Innovationskraft und gleichzeitig Ausdruck der Tatkraft und Dynamik von Unternehmern, Führungskräften und Mitarbeitern im ganzen Land Baden-Württemberg. Drei von vier Bundesinnovationspreisen als höchste Auszeichnungen der deutschen Wirtschaft gingen im Jahr 2007 an Unternehmen der Ostalb. Den Wettbewerbssiegern Carl Zeiss AG, Carl Zeiss SMT AG und VARTA Microbattery GmbH gelten auch an dieser Stelle nochmals herzliche Glückwünsche. Die stimulierende Mischung aus innovativem Mittelstand und Großunternehmen mit internationalem Ruf zeichnet den Wirtschaftsraum aus. Weltweit agierende Marktführer haben hier

ebenso ihre Wurzeln wie erfolgreiche Mittelständler oder junge dynamische Start-ups auf Erfolgskurs. Dieses entwicklungsfördernde Terrain begünstigt traditionell gewachsene Kompetenzfelder wie den Maschinen- und Anlagenbau oder die Fahrzeugherstellung genauso wie die Bildung von Wirtschaftsklustern in den Bereichen Photonik oder Oberflächentechnik. Zahlreiche Rankings bestätigen dem Ostalbkreis und der Wirtschaftsregion Ostwürttemberg eine „Eins-A-Ansiedlungsqualität“ für klassische Industriebetriebe und High-Tech-Unternehmen. Im Zukunftsatlas 2007 hatten das Handelsblatt und Prognos zuletzt 437 kreisfreie Städte und Landkreise untersucht und zählen dabei die Ostalb in punkto wirtschaftlicher Dynamik zu den zehn besten Standorten in Deutschland. Die stark aufstrebende Standortqualität spiegelt sich vor allem auch in beträchtlichen Standortinvestitionen zahlreicher Firmen deut-

lich wider: Alfing Kessler, Carl Zeiss SMT AG, C. & E. Fein GmbH, GEK, Mapal Dr. Kress KG, J. Rettenmaier & Söhne GmbH+Co.KG, Voith AG und Weleda AG sind nur einige plakative Beispiele aus jüngster Zeit. Die gute Zusammenarbeit der Landkreise und Kommunen mit der IHK, dem Regionalverband, der WiRO sowie den Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbänden stempelt dem Wirtschaftsraum ein dickes Plus auf und wurde auch in der Zukunftsinitiative Ostwürttemberg 2015 manifestiert. In einer Region mit steigenden Studierendenzahlen und glänzenden Berufsaussichten haben Bildung, Wissenschaft und Forschung in der Wissensgesellschaft des 21. Jahrhunderts klare Vorfahrt. Der Ostalbkreis ist damit in allen Lebensbereichen ein unverbrauchter Ideenstandort und nimmt sich aktiv den Menschen, Märkten und Möglichkeiten von heute und morgen an!

ZAHLEN – DATEN – FAKTEN

Wohnbevölkerung des Ostalbkreises



Landratsamt Ostalbkreis

Wirtschafts- und EU-Strukturförderung

Stuttgarter Straße 41
73430 Aalen

Rainer Fünfgelder
Wirtschaftsbeauftragter
☎ 07361 503-210
☎ 07361 503-96210
✉ rainer.fuenfgelder@ostalbkreis.de

Andrea Hahn
EU-Förderung
☎ 07361 503-208
☎ 07361 503-96208
✉ andrea.hahn@ostalbkreis.de

www.ostalbkreis.de

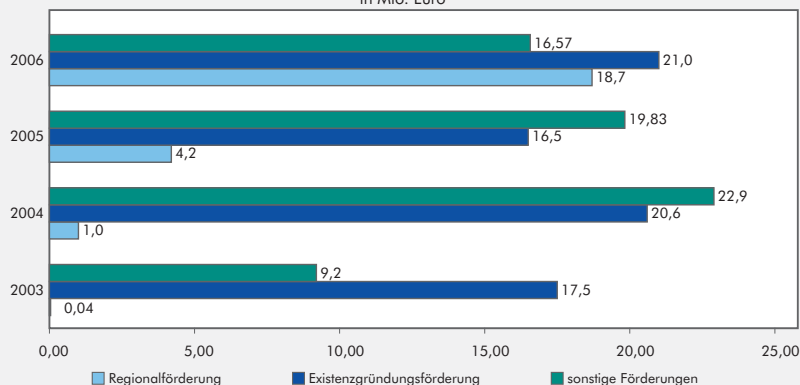
Strukturdaten	2006
Bevölkerung (31.12.2006)	315.661
Anteil Bev. < 25 Jahre	28,7 %
Anteil Bev. > 65 Jahre	18,6 %
Ausländeranteil	8,0 %
Bevölkerungsdichte	209 EW/qkm
Landkreisfläche	151.157 ha

Produktion & Dienstleistungen	2006
Beschäftigte (30.06.2006)	
Versicherungspflichtig Beschäftigte	99.430
davon in den Sektoren:	
Land- und Forstwirtschaft	0,7 %
Produzierendes Gewerbe	51,4 %
Handel/Verkehr	16,4 %
Dienstleistung	31,5 %
Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe	8.150 000 €
Exportquote im Verarbeitenden Gewerbe	43,8 %
Arbeitsmarkt	Ø 2006
Arbeitslose	9.893
Arbeitslosenquote	6,8 %

Unternehmensspiegel	2006
Unternehmen	
„Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe > 20 Beschäftigte“	269
Handwerksbetriebe	3.150
handwerksähnliche Betriebe	753
IHK-Betriebe	16.239
im HR oder GR eingetragen	3.628
Kleingewerbetreibende	12.611

Gewerbeförderung & Investitionshilfen

in Mio. Euro



INITIATIVEN UND PROJEKTE

DIE ZUKUNFT BEGINNT – OSTWÜRTTEMBERG AUF DEM WEG NACH 2015



Am 21. Oktober 2005 startete die Zukunftsinitiative Ostwürttemberg 2015 mit einer Auftaktveranstaltung unter dem Motto „Raum für Talente und Patente schafft Zukunft“. Der Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Günther H. Oettinger, war spontan bereit, die Schirmherrschaft für die Fortführung der Initiative zu übernehmen, weil „Baden-Württemberg ein international hoch geachteter Bildungs-, Wirtschafts- und Forschungsstandort ist, dessen Niveau gehalten und verbessert werden müsse“, so der Ministerpräsident.



Ministerpräsident Günther H. Oettinger beim Eröffnungsvortrag zur Zukunftsinitiative Ostwürttemberg 2015.

In der Folge wurden fünf Foren eingerichtet. Das Forum I unter der Federführung der IHK Ostwürttemberg beschäftigte sich am 15. November 2005 in Heidenheim in Anwesenheit des Wissenschaftsministers Professor Dr. Peter Frankenberg mit dem Themenfeld Technologie und Innovation.



Prof. Dr. Peter Frankenberg



Umweltministerin Tanja Gönner

Am 3. April 2006 tagte im Beisein von Umweltministerin Tanja Gönner das Forum II bei der VARTA Microbattery GmbH in Ellwangen zum Themenfeld Infrastruktur und Regionalentwicklung unter der Federführung des Regionalverbandes Ostwürttemberg. Das Forum III beschäftigte sich am 11. Mai 2006 in Giengen mit der Standortentwicklung und dem Strukturwandel. Die Landesregierung wurde bei diesem Dialog durch Wirtschaftsminister Ernst Pfister vertreten.



Wirtschaftsminister Ernst Pfister



Kultusminister Helmut Rau

Mit dem Themenfeld Bildung und Arbeitsmarkt setzte sich unter der Federführung der Wirtschaftsförderung des Ostalbkreises am 28. Juli 2006 in Schwäbisch Gmünd das Forum IV auseinander. Kultusminister Helmut Rau wirkte aktiv bei dieser Veranstaltung im Casino der ZF Lenksysteme GmbH mit.



Abschlussveranstaltung des Forums Bildung und Arbeitsmarkt bei der ZFLS in Schwäbisch Gmünd

Da ein ganzheitliches Standortmarketing alle genannten Themenfelder mit einschließt, übernahm die WiRO, verantwortlich für das Forum V Standortmarketing, die Federführung bei der Präsentation der Gesamtergebnisse am 20. Oktober 2006 auf Schloss Kapfenburg. Als Ergebnis konnte dabei das Zukunftsprogramm Ostwürttemberg 2015 in Form einer Broschüre an Staatssekretär Rudolf Böhmler übergeben werden.

Die genannten Forums-Veranstaltungen wurden begleitet von zahlreichen Workshop- und Arbeitsgruppensitzungen, in denen von insgesamt 588 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus der Region Maßnahmen diskutiert und konkrete Projekte erarbeitet wurden. Die hohe Zahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer signalisiert gleich mehrere positive Aspekte:

- Die Zukunft der Region geht alle an und es interessieren sich zunehmend mehr Menschen aus allen Bereichen dafür.
- Die Region kann auf eine hohe Zahl an kreativen Köpfen verweisen. Dies ist für das Innen-

bild einer Region, das maßgeblich nach außen strahlt, enorm wichtig.

- Die Menschen in der Region geben sich mit dem Erreichten der letzten Jahre nicht zufrieden, sondern wollen den gelegten roten Faden aufnehmen, aktiv mitgestalten und „ihre“ Region noch erfolgreicher, lebenswerter und attraktiver machen.

Jede und jeder Interessierte konnte und kann auch weiterhin mitmachen. Ziel ist es nun, die erarbeiteten Projekte in den nächsten zehn Jahren konsequent anzugehen und umzusetzen. Sie dienen somit als Entscheidungs- und Handlungsgrundlage für Politik, Wirtschaft, Bildungseinrichtungen und sonstige Verbände und Organisationen in der Region.

Weitere Informationen unter www.zio.ostwuerttemberg.de.

TECHNOLOGIE-ORIENTIERUNG UND INNOVATIONSFÖRDERUNG IM LAND DER IDEEN

Deutschland ist das Land der Ideen: Erfinder, Künstler, Philosophen, Wissenschaftler und Unternehmer haben es über Jahrhunderte dazu gemacht. Im WM-Jahr 2006 präsentierte Deutschland der ganzen Welt seine aus dieser Tradition gewachsenen Vorzüge. Dafür wurden von der bundesweiten Initiative „Land der Ideen“ 365 Orte ausgewählt, die sich vor allem durch Kreativität und Innovationskraft auszeichnen. Jeder dieser Orte konnte sich an einem Tag der Öffentlichkeit vorstellen. Am 24. Mai 2006 gratulierte Landrat Klaus Pavel der Ellwanger VARTA Microbattery GmbH zur hohen Wettbewerbsauszeichnung als „Ort der Ideen“. Honoriert wurde damit die Entwicklung von neuartigen Scheckkarten-Microbatterien.



Landrat Klaus Pavel bei seiner Festansprache anlässlich der Preisverleihung an die VARTA Microbattery GmbH in Ellwangen

Von den 365 Tagen und den „Orten der Ideen“ wurden übrigens über 60 Projekte in Baden-Württemberg ausgezeichnet. Unser Wirtschaftsraum stand damit an der Spitze aller Bundesländer. Die zur Fußballweltmeisterschaft gestartete Initiative konnte auch in den Folgejahren erfolgreich weitergeführt werden. Im Jahr 2007 gehörte im Ostalbkreis die Internationale Musikschulakademie Schloss Kapfenburg zu den ausgezeichneten Wettbewerbssiegern.

INFOS AUS DER BOX – NEUER STUDIENFÜHRER INFORMIERT ÜBER DIE HOCHSCHULEN IN OSTWÜRTTEMBERG

Wo kann ich mein favorisiertes Fach studieren, welche Abschlüsse sind möglich, wie begleitet mich die Hochschule? Antwort auf diese und viele weitere Fragen gibt es im neuen Hochschulführer der Region Ostwürttemberg, der im Oktober 2006 von den Landräten Klaus Pavel und Hermann Mader präsentiert wurde. Die Box mit den Broschüren der fünf hier vertretenen Hochschulen und einem gleich gestalteten Flyer über die Region Ostwürttemberg wurde in einer Auflage von 10.000 Stück hergestellt und zwischenzeitlich an alle Abitursklassen in der Region und auch darüber hinaus verteilt. Weil außerdem viele Studierende über den zweiten Bildungsweg zum Studium finden, erfreuen sich die Hochschulführer auch in den beruflichen Schulen einer regen Nachfrage. Die

in deutsch und englisch getexteten Papiere informieren nach gleichem Layout über Studienbereiche, Studiendauer, Zahl der Studierenden, über Bewerbungsschluss und alle Studienangebote. Die Wirtschaftsregion Ostwürttemberg ist Heimat weltbekannter Großunternehmen und innovativer Mittelständler. Durch die unternehmerische Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen, Hochschulen und Technologiezentren erfolgt eine optimale Vernetzung von Forschung, Entwicklung und Produktion. Der Studienführer macht deutlich, dass davon auch Studierende in Ostwürttemberg enorm profitieren können.



Den neuen Studienführer präsentieren (von links): Prof. Dr. Dr. Ekbert Hering, Landrat Hermann Mader, Rektorin Cristina Salerno, Landrat Klaus Pavel und Rektor Prof. Dr. Hans-Jürgen Albers

Zum Redaktionsteam gehörte neben dem Regionalverband Ostwürttemberg und der Hochschule für Gestaltung Schwäbisch Gmünd auch die Wirtschaftsförderung des Ostalbkreises und des Landkreises Heidenheim. Gestaltet wurde das neue Produkt von den Diplom-Designerinnen Stefanie Baum und Sandra Nemela, beide erfolgreiche Absolventinnen der Gmünder Designschmiede HfG.

MEGAINVESTITION FÜR WACHSTUM UND BESCHÄFTIGUNG

Bis die größte Einzelinvestition in der Geschichte der Maschinenfabrik Alfing Kessler mit einem Volumen von über 75 Millionen Euro in trockenen

Tüchern war, mussten von der Verwaltungsseite einige Hürden aus dem Weg geräumt werden. Schnell und unbürokratisch waren dem Standort Vorteile zu verschaffen. Dass es geht, haben der Ostalbkreis und die Stadt Aalen an diesem Beispiel belegt.



Alfiing Kessler Firmengruppe in Aalen-Wasseralfingen. Rot umrandet das Areal der Maschinenfabrik Alfiing Kessler GmbH. Im Vordergrund wird auf der Parkfläche die neue Produktionshalle LF4 entstehen, daran anschließend folgt im hinteren Bereich die neue Pressenschmiede.

Der heutige Hightech-Standort Aalen-Wasseralfingen war durch den frühen Erzabbau und die Eisenverhüttung einst die Wiege der deutschen Metallindustrie. Ein Prädikat das heute noch verpflichtet. Die 1911 von Karl Kessler gegründete Maschinenfabrik Alfiing verankerte die starke Verbundenheit mit dem heimischen Wirtschaftsraum aber nicht nur im Firmennamen. Seit nahezu 100 Jahren produziert und expandiert das Unternehmen am Gründersitz. Das Werksareal in einem engen Seitental zur Kocherachse ist im Westen durch die Bahnlinie und die bahnparallele Trasse der B 29 Ortsdurchfahrt begrenzt. Die Lage ist dafür aber logistisch attraktiv. Im Norden entfalten sich öffentliche Infrastruktur, Misch- und Wohngebiete. Im Osten und Süden reichen landwirtschaftlich genutzte Flächen sowie Nadel- und Laubwälder dicht an die Werksanlagen heran. Das Gelände steigt erst sanft dann steiler zum Albrauf hin an. Ein in der Talauflage liegender Bachlauf ist seit Jahrzehnten verdolt und erfordert erhöhte Sorgfalt bei der Fundamentierung. Während des Zwei-

ten Weltkriegs blieb das Firmenareal von Luftangriffen verschont. Dieser glückliche Umstand spiegelt sich zum Teil noch in der Bausubstanz wider, bei der einzelne Produktionsstätten aus der Gründerzeit neben modernen Gebäudekomplexen stehen. Die spezifische Topographie und Flächenknappheit sowie der Schutz wichtiger Natur- und Kulturgüter stellten Investoren und Bauherren, Planer und Genehmigungsbehörden bis zum Startschuss vor besondere Herausforderungen. Landrat Klaus Pavel und Oberbürgermeister Martin Gerlach konnten seitens der Geschäftsführung kurz vor Weihnachten 2006 vor Ort über die geplante Megainvestition informiert werden. Im Hinblick auf die parallele Standort-Suchschleife in Magdeburg führten der Kreischef und der Aalener Oberbürgermeister als Alternativen auch sofort bebaubare Neubaufächen auf Markung Aalen und im Landkreis an. Die Entwicklung des bisherigen Standortes hatte für das Unternehmen und die beiden Behördenleiter aufgrund der hohen Arbeitsplatzzentralität aber klare Priorität. Gegenüber den Alfiing-Geschäftsführern Alexander Leon und Eberhard Funk formulierte Pavel dies so: „Wir werden Ihnen keine Argumente liefern, um sich gegen den Standort Aalen-Wasseralfingen entscheiden zu können.“ Die bislang umfangreichste Genehmigungskonferenz zur Erörterung eines Großprojekts durch rund 40 Experten wurde kurzerhand zur Chefsache erklärt und von Klaus Pavel gleich Anfang Januar 2007 persönlich moderiert. Die Maschinenfabrik musste spätestens Anfang April über erste Baugenehmigungen und Planungssicherheit für die Erweiterungsoptionen verfügen, um den Kundenanforderungen gerecht werden zu können. Dies definierte automatisch den kritischen Pfad. Für Planungen und Genehmigungen blieben nur knapp zweieinhalb Mo-

nate Zeit. Eine weitere Schwierigkeit bestand darin, dass große Teile der Projektfläche bislang noch nicht von einem Bebauungsplan erfasst wurden und das Baufenster in einen älteren Waldbestand ragte, der noch im Landeseigentum stand. Im Bereich der Baustellenzuwegung und der späteren Erweiterungsflächen war zudem ein hallstattzeitliches Grabhügelfeld kartiert, das archäologisch wichtige Keltenfunde vermuten ließ, die es nachhaltig zu sichern galt. Doch nicht nur für diese Hürden brauchte man schnelle Lösungen. Wobei das „Eilverfahren“ gerade im Interesse des Unternehmens nicht zu Lasten der Rechtssicherheit gehen durfte. Aufgaben- und Arbeitsteilung war dabei genauso angesagt, wie die tägliche Kommunikation der Hauptakteure und die pragmatische Zusammenführung der Ergebnisse beim wöchentlichen „Jour fixe“ der Steuerungsgruppe im Hause Alfiing. Stadtplanerin Ingrid Stoll-Haderer koordinierte im Aalener Rathaus die Baugenehmigungserteilung und das Verfahren für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan vom Aufstellungsbeschluss über die Beteiligungstermine der „Träger öffentlicher Belange“ bis hin zur Auslegung, Abwägung und abschließenden Feststellung. Dies erforderte einen restriktiven Terminplan. Denn parallel zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan musste auch der großräumigere Flächennutzungsplan geändert und fortgeschrieben werden. Die Beratung und Beschlussfassung darüber hatte nicht nur im Ortschaftsrat Wasseralfingen und im Aalener Gemeinderat zu erfolgen, sondern im Rahmen der Verwaltungsgemeinschaft waren auch die Gemeinderäte von Essingen und Hüttlingen beteiligt. Sondersitzungen während der Faschings- und Osterferien wurden sofort eingeplant. Das Unternehmen hatte gemeinsam mit dem Architekturbüro Isin und weite-

ren Fachingenieuren binnen weniger Wochen die planerischen und gutachterlichen Grundlagen für den vorhabenbezogenen Erschließungs- bzw. Bebauungsplan zu schaffen. Dabei wurden sie von Experten der Stadt und des Landkreises beraten. Aufgrund der winterlichen Vegetationspause und der Rodung einer ca. 3,7 ha großen Waldfläche mussten die Gutachter insbesondere beim Natur- und Artenschutz ein „Worst Case-Szenario“ zugrunde legen, welches umfangreiche Ausgleichs- und Renaturierungsmaßnahmen in die Genehmigung einfließen ließ. Da der Flächeneingriff aber deutlich unter 5 ha blieb, konnte auf eine Umweltverträglichkeitsprüfung und eine Fortschreibung des Regionalplanes verzichtet werden. Bei der Landkreisverwaltung koordinierte der stellvertretende Leiter des Geschäftsbereiches Umwelt und Gewerbeaufsicht, Josef Uhlirsch, die Stellungnahmen aller Fachbehörden und wurde damit zum zentralen Ansprechpartner der Firmenleitung mit wichtigen Tipps und Anregungen. Bodenschutz, Naturschutz und Denkmalschutz waren genauso einbezogen wie Immissionsschutz und Arbeitsschutz oder die Wasserrechtsbehörde und die Forstbehörde. Seit der großen Verwaltungsreform des Landes Baden-Württemberg im Jahr 2005 ist die Kompetenz dieser und weiterer Fachbehörden unter dem Dach der Landkreisverwaltung gebündelt und hat ihre Effizienz und Synergien nun voll entfaltet. So konnte beispielsweise Forstdezernent Johann Reck alle Maßnahmen im Staatswald vom Landratsamt aus regeln. Dies galt für den Eigentumsübergang ebenso wie für die Verhandlungen über Tausch- und Ausgleichsflächen oder den Einsatz der Forstwirte beim Holzeinschlag für einen termingerechten Baubeginn. Im Standortwettbewerb und zur Verfahrensbeschleunigung wurde Landrat Klaus Pavel kurzer-

hand auch bei der Task-Force-Unternehmensbetreuung des Landes Baden-Württemberg vorstellig und konnte das Projekt mit Unterstützung des Wirtschaftsministeriums den Amtschefs der Landesministerien nahe legen. Im Wege von Public-Private-Partnership wurde dabei auch das Modellprojekt zur Sicherung und Dokumentation der Keltengräber auf den Weg gebracht. Arbeitssuchende aus dem Vermittlungsklientel der Arbeitsgemeinschaft zur Beschäftigungsförderung im Ostalbkreis legen die Grabhügel auf dem Firmenareal sukzessive frei, ohne den Baufortschritt zu beeinträchtigen. Zuvor hatte noch der Kampfmittelbeseitigungsdienst des Landes alte Luftbilder ausgewertet, um Munitionslagerstätten oder Blindgänger zu lokalisieren bzw. auszuschließen. Egal ob Randbedingungen oder vermeintliche K.O.-Kriterien, bislang wurden Antworten auf alle Herausforderungen gefunden. Dazu gehörte auch ein kurzfristiges Parkierungskonzept für 600 Fahrzeuge, die Beschaffung von Ersatzflächen für die auf dem Firmenareal eingemieteten Betriebe und Deponieraum für rund 100.000 m³ Aushubmaterial.



Geschäftsführung und prominente Gäste beim Spatenstich v.l.n.r.: Vorsitzender der Geschäftsführung Alexander Leon, Gesellschaftervertreter Peter Fischer, Oberbürgermeister Martin Gerlach, Landrat Klaus Pavel, Geschäftsführer Eberhard Funk und Architekt Cemal Isin

Am 4. April 2007 konnte die Baugenehmigung überbracht werden und am 27. April 2007 erfolgte der erste Spatenstich. Bis 2015 sind durch das Unternehmen weitere Investitionen von 250 Millionen Euro geplant. Wie

sagte einst Henry Ford: „Das Geheimnis des Erfolges ist es, den Standpunkt des anderen zu verstehen“. So macht Zusammenarbeit Sinn!

KONTAKTSTELLE FRAU UND BERUF

frauundberuf
Kontaktstelle Ostwürttemberg

Als eine von landesweit neun gleichartigen Beratungseinrichtungen bietet die Kontaktstelle Frau und Beruf Ostwürttemberg seit dem Jahr 2002 wichtige Impulse rund um das Thema Frau und Beruf. Seit Januar 2007 ist die Kontaktstelle mit einer regionsweiten Beratungsarbeit direkt bei den Wirtschaftsförderungen der Landkreise Ostalbkreis und Heidenheim angesiedelt und verfügt damit über zwei Geschäftsstellen. Allein im Ostalbkreis wurden im Jahresverlauf 2007 über 170 Einzelberatungen zum beruflichen Wiedereinstieg oder zu Existenzgründungsprojekten von Frauen durchgeführt. Neben der Beratungsarbeit konnten durch spezielle Veranstaltungsreihen, Vorträge und Seminare zudem viele Unternehmen, Verbände, Vereine und andere gesellschaftliche Gruppierungen für die Themenstellungen Frau und Beruf sensibilisiert werden. Beispielsweise wurden beim Frauenwirtschaftstag am 26. Oktober 2007 im Ostalbkreishaus 50 Teilnehmerinnen in Workshops über Weiterbildungsangebote, Qualifizierungsmaßnahmen, Bewerbungstraining und Wiedereinstieghilfen informiert.



Workshopteilnehmerinnen beim Frauenwirtschaftstag 2007 im Ostalbkreishaus

BEISPIELHAFT CLUSTERSTRUKTUREN IM OSTALBKREIS

Wirtschaftsminister Ernst Pfister hat am 4. Dezember 2007 auf Baden-Württembergs 1. Cluster-Forum im Stuttgarter Neuen Schloss ein 7-Punkte-Sofortprogramm zur Förderung von Clusternetzwerken im Land vorgestellt. Der Minister hat damit einen Dialog angestoßen, um die Wissens- und Innovationskompetenzen in den Unternehmen, den Forschungseinrichtungen, Verwaltungen, Wirtschaftsförderagenturen sowie bei den Kammern und Verbänden in ihren Schnittbereichen zu bündeln und die interdisziplinäre Zusammenarbeit über Branchen und Technologiefelder hinweg zu stärken. Dabei stellten sich sechs namhafte Experten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik einer von SWR-Fernsehjournalistin Sabine Gaschütz moderierten Diskussionsrunde. Der Ostalbkreis und die Wirtschaftsregion Ostwürttemberg waren durch Landrat Klaus Pavel auf dem Podium vertreten, der vor allem die Be-

deutung der Clusterbildung für die Innovationskraft und die regionale Standortentwicklung unterstrich. Die global agierenden und vernetzten „Leuchtturm-Unternehmen der Ostalb“ geben in den Bereichen Photonik, Maschinenbau und Automotive gute Beispiele für Clusterstrukturen. Dr. Eberhard Veit, Sprecher des Vorstandes der Festo AG in Esslingen, illustrierte die Bedeutung von Clustern anhand von Erfahrungen aus dem Maschinenbau. Prof. Jörg



Landrat Klaus Pavel (2.v.r.) beim hochkarätig besetzten Wirtschaftstalk im Stuttgarter Neuen Schloss

Menno Harms, Geschäftsführer der Menno Harms GmbH und Vorsitzender der Wirtschaftsinitiative Baden-Württemberg-Connected, schilderte mit Blick auf dieses Clusterprojekt, was Unternehmensnetzwerke heute und in Zukunft leisten müssen. Im Rahmen der Veranstaltung referierte

auch Dr. Martin Leonhard als Leiter des Technologiemanagements der Karl Storz AG, Tuttlingen, über Innovationen und Clusternetzwerke im Bereich der Medizintechnik. Hubert Wandjo, Geschäftsführer der Popakademie Mannheim präsentierte diese kommunale Clusterinitiative der Musikszene als Zentrum landesweiter, nationaler und internationaler Branchennetzwerke. Unisono wurde deutlich, dass Cluster Innovationsprozesse beschleunigen, die Wettbewerbsfähigkeit eines Standortes erhöhen und daher von größter Bedeutung für die Stabilisierung und Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen sind. Cluster begünstigen aber auch die Gewinnung von Investoren und Kooperationspartnern und eröffnen so neue Chancen für die Auslandsmarkterschließung und für das internationale Standortmarketing. Nähere Informationen zum 1. Cluster-Forum Baden-Württemberg und zum 7-Punkte-Sofortprogramm zur Förderung von Clusternetzwerken gibt es unter www.rkw-bw.de/info.

ENTWICKLUNGSPROGRAMM LÄNDLICHER RAUM (ELR)

Seit 1995 besteht das Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum als zentrales Förderinstrument für den ländlichen Raum. Mit dem ELR unterstützt das Land Baden-Württemberg

die integrierte Strukturentwicklung ländlich geprägter Orte. Ziel des ELR ist es, in den Dörfern und Gemeinden die Lebens- und Arbeitsbedingungen durch strukturverbessernde Maßnahmen zu erhalten und fortzuentwickeln, der Abwanderung entgegenzuwirken, den

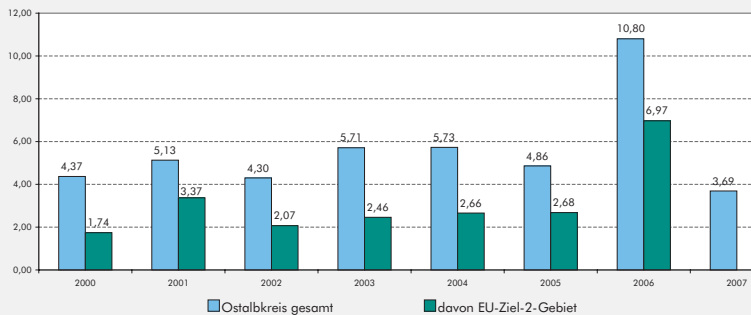
landwirtschaftlichen Strukturwandel abzufedern und dabei sorgsam mit den natürlichen Lebensgrundlagen umzugehen. Mit dem ELR soll die Vielfalt des ländlichen Raums bewahrt werden.

Besonders attraktiv waren die Förderchancen im EU-Ziel-2 Fördergebiet, zu dem 20 Städte und Gemeinden im westlichen Kreisgebiet in den Jahren 2000–2006 gehört haben. Hier wurden die Fördermittel des Landes Baden-Württemberg mit Mitteln der Europäischen Union kofinanziert. Das ELR war hier das ausschlaggebendste Programm aus dem Katalog der 13 Fachförderrichtlinien, über welche die EU-Ziel-2 Fördermittel ausgeben wurden.

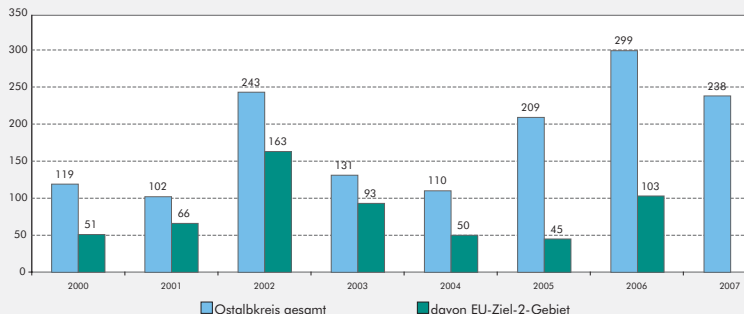
Über 550 Projekte konnten in den Jahren 2000–2007 im Ostalbkreis auf den Antragsweg gebracht und viele davon realisiert werden. Sofern alle Maßnahmen umgesetzt werden, entspricht dies einem Fördervolumen von rund 44,4 Mio. Euro und einer Gesamtinvestitionssumme von mehr als 349 Mio. Euro.

Seit 1996 konnten für Kommunen und Unternehmen im Ostalbkreis bereits über 55,6 Mio. Euro Fördermittel aus dem ELR-Programm einschließlich der Unterstützung von EU-Mitteln bereitgestellt werden. Eine Auswahl von erfolgreich umgesetzten Projekten ist auf den Internetseiten der Wirtschaftsförderung unter www.ostalbkreis.de abrufbar.

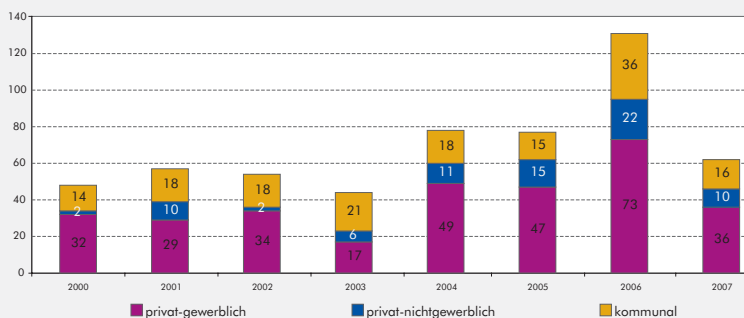
Fördersummen (in Mio. EUR) ELR 2000–2007
(insgesamt 44,4 Mio. EUR, davon 22,1 Mio. EUR im EU-Ziel-2-Gebiet)



Geschaffene Arbeitsplätze durch ELR-Förderung 2000–2007
(insgesamt 1.451, davon 571 im EU-Ziel-2-Gebiet)



Anzahl eingeplanter Projekte ELR 2000–2007 nach Förderkategorien
(insgesamt 551 Projekte)



EU-ZIEL-2- STRUKTURFÖRDERUNG IM OSTALBKREIS

Durch die EU-Ziel-2-Strukturförderung war der Ostalbkreis als einer von drei Landkreisen in ganz Baden-Württemberg mit 20 Städten und Gemeinden von 2000 bis 2006 in der europäischen Förderkulisse verankert. Die Ziel-2-Förderung konzentrierte sich auf zwei Schwerpunkte: Die Entwicklung der wirtschaftlichen Infrastruktur als Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum und die Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen, als tragende Säule der wirtschaftlichen Entwicklung in ländlichen Gebieten. Gleichzeitig wurden die Querschnittsaufgaben „Chancengleichheit von Frauen und Männern“, „Weiterentwicklung der Informationsgesellschaft“ und „Schutz der Umwelt und der natürlichen Ressourcen“ unterstützt, indem sie in den einzelnen Maßnahmen berücksichtigt wurden.

Beratungsoffensive und Veranstaltungen

Mit der gezielten Beratung durch die Wirtschaftsförderung zu Fördermöglichkeiten von Kommunen und Betrieben konnten zahlreiche Projekte auf den Antragsweg gebracht werden. Im Hinblick auf das Auslaufen der Ziel-2-Förderperiode im Jahr 2006 wurden in einer umfassenden Beratungsoffensive Infobriefe an über 4.000 kleine und mittlere Unternehmen im Ziel-2-Fördergebiet verschickt. In über 150 Telefon- und Vor-Ort-Beratungen konnte erörtert werden, wie geplante Projekte umgesetzt werden können und welche Chancen und Möglichkeiten durch EU-Ziel-2 in der Förderkulisse vorhanden sind. Zahlreiche Anschubimpulse für Projektüberlegungen von Firmen konnten durch diese offensive Informationskampagne gegeben werden. Entsprechend



Die EU-Ziel-2-Gebietskulisse im Ostalbkreis

hoch war die Zahl der ELR-Förderanträge, die im Jahr 2006 mit einer herausragenden eingeplanten Fördersumme von über 10 Mio. EUR im Ostalbkreis bedient werden konnten. Neben Maßnahmen kleiner und mittlerer Unternehmen konnten auch zahlreiche kommunale Projekte auf den Weg gebracht werden, die vor allem Gemeinschaftseinrichtungen zugute kamen.

Besuch der neuen Länderreferentin für Baden-Württemberg der Generaldirektion Regionalpolitik

Dass Fördermittel der Europäischen Union kleine und mittlere Unternehmen im Ostalbkreis voranbringen, davon konnte sich die neue Länderreferentin für Baden-Württemberg der Generaldirektion Regionalpolitik der EU-Kommission in Brüssel, Eva Lieber, bei Firmenbesuchen am

7. Februar 2006 im EU-Ziel-2-Fördergebiet überzeugen. Begleitet wurde sie dabei von ihrer Vorgängerin im Amt, Tamara Fischer, Vertreterinnen des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum sowie der Landesanstalt für Entwicklung der Landwirtschaft und der ländlichen Räume. Die Firmenbesuche in Heubach und Ruppertsheilmünster sowie die Besichtigung des EnergiekompetenzPLUS in Bötzingen wurden von der Wirtschaftsförderung des Landkreises koordiniert und begleitet. In Heubach wurde die Delegation von Bürgermeister Klaus Maier in den Räumlichkeiten der Firma MHG Fahrzeugtechnik GmbH begrüßt. Das Stadtoberhaupt ging dabei neben der konkreten Firmenförderung auch auf die Gesamtsituation der wirtschaftlichen Infrastruktur in Heubach ein und erläuterte die positiven Impulse durch die EU-Strukturförderung.

Besuch der EU-Regionalkommissarin Dr. Danuta Hübner

Mit dem Besuch der EU-Kommissarin für Regionalpolitik, Dr. Danuta Hübner, in Baden-Württemberg, fand am 4. Mai 2006 erstmals ein hochrangiges Mitglied der EU-Kommission den Weg in das EU-Ziel-2-Fördergebiet des Ostalbkreises. Begleitet wurde die Kommissarin vom baden-württembergischen Minister für Ernährung und Ländlichen Raum, Peter Hauk. Dr. Hübner konnte sich bei Firmenbesuchen in Ruppertshofen und Schwäbisch Gmünd sowie bei der Enthüllung eines Werbeschildes für die Erweiterung des Gewerbeparks Gügling davon überzeugen, dass die Fördermittel der EU im Ostalbkreis gut angelegt sind. Die Projekte wurden von Landrat Klaus Pavel, Oberbürgermeister Wolfgang Leidig und Bürgermeister Thomas Dörr vorgestellt. Auch dieses Besuchsprogramm wurde von der Wirtschaftsförderung des Ostalbkreises koordiniert und begleitet.



Besuch der Firma Pahling Kabelkonfektion in Ruppertshofen. Von rechts: Geschäftsführerin Angelika Pahling, Bürgermeister Thomas Dörr, Regionalkommissarin Dr. Danuta Hübner. Von links: Landrat Klaus Pavel, Minister Peter Hauk MdL.

Konferenz des Ausschusses der Regionen (AdR)

Am 9./10. März 2006 fand eine zweitägige Konferenz „International coordinators in europe“ des Ausschusses der Regionen (AdR) in Brüssel unter Beteiligung der Wirtschaftsförderung und der EU-Koordinierungsstelle des Ostalbkreises

statt. Im Anschluss daran konnten von der EU-Koordinierungsstelle verschiedenste persönliche Kontakte zu Ansprechpartnern, Institutionen und Verbänden in Brüssel geknüpft werden. Vom Leiter des Europabüros der baden-württembergischen Kommunen, David Linse, wurde ein Hospitationsprogramm zusammengestellt, in dessen Verlauf u. a. Gespräche mit Vertretern der Generaldirektionen Landwirtschaft, Regionalpolitik, Beschäftigung und Soziales, der Landesvertretung Baden-Württemberg und des Europabüros des Deutschen Landkreistags in Brüssel sowie mit verschiedenen Unternehmensverbänden geführt werden konnten.

EU-Strukturförderung 2007–2013 Auftaktveranstaltung EFRE-RWB in Donauessingen

Eine der Hauptaufgaben der Wirtschaftsförderung in den Jahren 2006 und 2007 war die strategische und operationelle Vorbereitung auf die neue EU-Förderperiode 2007–2013 sowie die damit verbundenen Wettbewerbsverfahren um die Akquise von Förderkulissen. Nach der EU-Ziel-2-Strukturförderung in den Jahren 2000–2006 werden Fördermittel der Europäischen Union von 2007–2013 über das neue Ziel „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung (RWB)“ ausgereicht. Dabei werden Fördermittel des Landes Baden-Württemberg aus dem Europäischen Fonds für Regionalentwicklung (EFRE) kofinanziert. Für welche Themenbereiche und in welchen Gebieten das Land EU-Mittel einsetzen will, wurde im Operationellen Programm (OP) für das Ziel RWB - Teil EFRE - Baden-Württemberg festgelegt, welches in der Fassung vom 24. Oktober 2007 von der Europäischen Kommission am 8. November 2007 genehmigt wurde. In mehreren Schreiben an die an der Erarbeitung des OP beteiligten Fachminister Peter Hauk und

Ernst Pfister sowie im Rahmen des offiziellen Konsultationsverfahrens zum Entwurf des Operationellen Programms hat die Landkreisverwaltung umfassend Stellung bezogen und sich für die Aufnahme aller Mittelbereiche im Ostalbkreis in die Förderkulisse eingesetzt. Die ursprüngliche Planung des Landes, ländliche Förderkulissen teilweise analog zu den bestehenden Kulissen der Regionalförderung auszuweisen, kam letztlich nicht zur Umsetzung. Die Förderung erfolgt nun verstärkt themenbezogen und landesweit. Die Auswahl von Förderkulissen zur innovativen Kommunalentwicklung soll im Rahmen eines Wettbewerbsverfahrens im Laufe des Jahres 2008 erfolgen.

Die Auftaktveranstaltung zur Umsetzung des Programms RWB-EFRE in Baden-Württemberg 2007–2013 fand am 28. November 2007 in



Auftaktveranstaltung EFRE-RWB in Donauessingen mit Beteiligung von Landrat Klaus Pavel, Wirtschaftsbeauftragtem Rainer Fünf-gelder und Andrea Hahn (Koordinierungsstelle EU-Strukturförderung). Im Vordergrund: Generaldirektor Dr. Dirk Ahner (rechts), Minister Peter Hauk und Minister Ernst Pfister (links).

Donauessingen statt. Mit einer Präsentation zum Thema „Best practice der Ziel-2-Förderung im Fördergebiet Ostalbkreis“ konnte Wirtschaftsbeauftragter Rainer Fünf-gelder die positiven Wirkungen anhand herausragender Unternehmensbeispiele und verschiedener Pilotprojekte im Beisein von Minister Peter Hauk, MdL (Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum), Wirtschaftsminister Ernst Pfister MdL und Generaldirektor Dr. Dirk Ahner (General-

direktion Regionalpolitik der EU-Kommission) darstellen.



Die vergrößerte Titelseite des Operationellen Programms Baden-Württemberg wird zum Dank für die konstruktiven Planungsverhandlungen an die EU-Kommission überreicht. Von links: Generaldirektor Dr. Dirk Ahner, Minister Peter Hauk, Minister Ernst Pfister.

Regio Stars 2008: EnergiekompetenzPLUS (EKP)

Das EnergiekompetenzPLUS hat sich mittlerweile zu einem europäischen Vorzeigeprojekt entwickelt. Dies zeigt sich an der Teilnahme des EKP am europaweiten Wettbewerb „REGIO STAR 2008“. Der Wettbewerb wurde 2007 erstmals von der EU-Kommission ausgeschrieben und will die innovativsten Regionalförderprojekte küren, die aus dem Europäischen

Fonds für Regionalentwicklung (EFRE) unterstützt werden konnten. Die europäischen Regionen, die in Deutschland den Bundesländern entsprechen, konnten sich jeweils mit einem Projekt am Wettbewerb beteiligen. Für Baden-Württemberg wurde das EKP ins Rennen geschickt. Am 14. Dezember 2007 waren daher Sabine Pfisterer als Vertreterin der Generaldirektion Regionalpolitik der EU-Kommission in Brüssel und Dr. Wolfgang Pöter vom Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum Baden-Württemberg zu Gast im EKP, um sich einen persönlichen Eindruck zu verschaffen. Die Vorsitzenden des Vereins EnergiekompetenzPLUS, Horst Beran und Ksenija Kreutz-Schiele, informierten die Delegation über die Projektentwicklung und die einzelnen Planungsschritte beim Bau des EKP. Erläutert wurden vor allem auch die vielfältigen Angebote des Beratungszentrums für Bauherren, Planer, Architekten, Bürgerinnen und Bürger aber auch für Kommunen und kommunale Mandatsträger. Von 71 Wettbewerbsprojekten aus

25 Mitgliedstaaten der EU befanden sich noch 26 Projekte in der Endauswahl, darunter auch das EKP. Wer es bis in die Endauswahl geschafft hat, kann auf jeden Fall mit einer öffentlichkeitswirksamen Publikation des Projekts in Broschüren und den Internetseiten der EU rechnen. In den vier Kategorien „Unterstützung von Clustern und Unternehmensnetzwerken“, „Technologietransfer von Forschungseinrichtungen zu kleinen und mittleren Unternehmen“, „Energieeffizienz und erneuerbare Energien“ sowie „Umwelttechnologien“ werden jeweils zwei Preise vergeben. Die Preisverleihung für die Sieger durch die EU-Kommissarin für Regionalpolitik, Dr. Danuta Hübner, fand am 25. Februar 2008 in Brüssel statt. Auf das Siegerpodest hat es das EKP leider nicht geschafft, es darf sich aber zu den 26 herausragenden europäischen Projekten der Finalrunde zählen. Die Bewerbung des EKP für den Wettbewerb wurde von der Wirtschaftsförderung operativ begleitet und unterstützt.



Besuch des EnergiekompetenzPLUS durch die Vertreterin der EU-Kommission. Von links: Sabine Pfisterer (EU-Kommission), Andrea Hahn (EU-Koordinierungsstelle Ostalbkreis), Otto Böstler (Energieberater), Horst Beran (1. Vorsitzender Verein EKP), Ksenija Kreutz-Schiele (2. Vorsitzende Verein EKP), Dr. Wolfgang Pöter (Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum Baden-Württemberg).

EU-GEMEINSCHAFTSINITIATIVE LEADER+

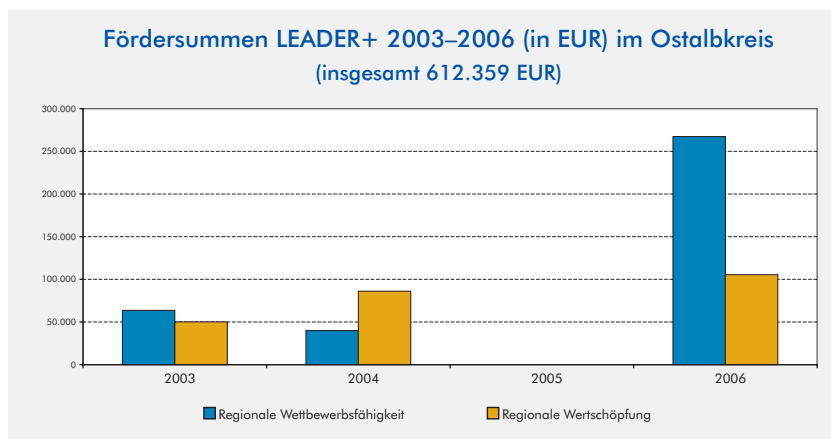


Von 2000 bis 2006 gehörte der Ostalbkreis zusammen mit den Landkreisen Heidenheim und Alb-Donau-Kreis in die Fördergebietskulisse im Rahmen der EU-Gemeinschaftsinitiative LEADER+. Begünstigte der LEADER+-Förderung waren so genannte Lokale Aktionsgruppen (LAG). In der LAG „Brenzregion“ war der Ostalbkreis mit den Gemeinden Bopfingen (ohne Stadtgebiet und Aufhausen), Ellenberg, Kirchheim, Neresheim, Riesbürg, Stöttlen, Tannhausen, Unterschneidheim und Wört und einem Bevölkerungsplafonds von 30.512 Einwohnern vertreten. LEADER+ konzentrierte sich vorrangig auf die Bereiche Tourismus und Regionalvermarktung. Auch Kulturgüter und archäologische Besonderheiten konnten über die Gemeinschaftsinitiative aufgewertet werden. Insgesamt standen in Baden-Württemberg für LEADER+ rund 10 Mio. EUR an Fördermitteln der EU zur Verfügung, die mindestens um denselben Betrag aus Mitteln des Landes sowie der Kreise und Gemeinden ergänzt werden mussten. Mit insgesamt 94 bewilligten Projekten, davon 17 im Ostalbkreis, und einer Fördersumme aus EU- und Landesmitteln von rund 4,8 Mio. Euro gehört die Brenzregion zu den erfolgreichsten LEADER+-Kulissen in Baden-Württemberg.

Im Jahr 2006 konnten im Ostalbkreis fünf gewerbliche Projekte im Maßnahmenbereich „Regionale Wertschöpfung“ im Gastronomie- und Beherbergungsbereich mit einer Förderung aus LEADER+ auf den Weg



Die Gebietskulisse der LAG-Brenzregion



gebracht werden. Das Angebot für Übernachtungsmöglichkeiten in der Brenzregion kann damit ausgeweitet und die bestehenden Räumlichkeiten durch umfangreiche Modernisierungsmaßnahmen für die Gäste noch ansprechender gestaltet werden. Die Maßnahmen sind darüber hinaus mit der Sicherung und Schaffung

von Arbeitsplätzen verbunden. Im Maßnahmenbereich „Regionale Wettbewerbsfähigkeit“ wurden seit Beginn der LEADER+-Förderung beispielsweise Radwegenetze ausgebaut oder mit der Erstellung eines Infopavillons und der Rekonstruktion keltischer Grabhügel das herausragende Leitprojekt „Frühkeltischer

Fürstensitz am Ries“ umgesetzt. 2006 konnten mit den Förderungen für den „Grünen Pfad Härtsfeld“ und für die Wiederherstellung der historischen Infrastruktur des Lokschuppens mit Sanierung des Bahnhofgebäudes wichtige Projekte zur Attraktivitätssteigerung des touristischen Angebots angegangen werden. Dem Leitprojekt „Härtsfeldschättere“, das in mehreren Teilabschnitten auf dem Gebiet des Ostalbkreises und des Landkreises Heidenheim umgesetzt wird, kommt dabei besondere Bedeutung zu.

VON LEADER+ 2000–2006 ZU LEADER 2007–2013

Wie in der EU-Strukturförderung nach Ziel RWB galt es auch, neue Förderkulissen in Baden-Württemberg für LEADER 2007–2013 als Nachfolgeprogramm von LEADER+ abzustecken. Über einen Kulissenwettbewerb, der am 23. Juli 2007 im Staatsanzeiger von Baden-Württemberg offiziell ausgeschrieben wurde, konnten sich interessierte Gebiete mit einem Regionalen Entwicklungskonzept (REK), das formellen und thematischen Vorgaben des Landes entsprechen musste, um die Aufnahme in die LEADER-Förderung bewerben. Bereits im Vorfeld der Ausschreibung konnten Grobkonzepte beim Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum eingereicht werden, die im weiteren Verlauf entsprechend vertieft und angepasst wurden. Die Erarbeitung des REK war stark vom bottom-up-Ansatz geprägt. Im engen Schulterschluss unterschiedlichster Akteure aus Wirtschaft und Verwaltung, Land- und Forstwirtschaft, Tourismus, Umwelt- und Naturschutz, Architektur sowie Jugend und Senioren wurde über rund neun Monate hinweg intensiv an Entwicklungskonzeptionen gearbeitet. Der Ostalbkreis hat sich erneut mit einem Regionalen Entwicklungskonzept um die Fortführung der Kulisse Brenzregion in leicht

modifizierter Abgrenzung beworben. Parallel dazu wurde versucht, auch den nördlichen Teil des Kreises, der im wesentlichen die Mittelbereiche Aalen und Ellwangen umfasst, in einer neuen LEADER-Kulisse „Schwäbische Limesregion“ zu platzieren. Diese Kulisse wurde zusammen mit den Landkreisen Rems-Murr und Schwäbisch Hall konzipiert. Beide Entwicklungskonzepte haben die formellen und thematischen Vorgaben des Landes erfüllt. Dennoch konnten in Baden-Württemberg maximal acht Kulissen in die LEADER-Förderung aufgenommen werden. Durch die Zusammenführung von Teilen der „Schwäbischen Limesregion“ mit der „Brenzregion“ in eine neu zu arrondierende Kulisse Brenzregion konnten fünf der insgesamt 14 für die Schwäbische Limesregion vorgesehenen Kommunen im Ostalbkreis in die Brenzregion integriert werden. Vor allem thematische Schwerpunkte wie Landnutzung, Flächenschonung, Baukultur, das UNESCO Welterbe Limes und die Verbesserung des sozialen und kulturellen Angebots im ländlichen Raum können so weiterverfolgt werden. Ferner konnte der bereits vorhandene Bevölkerungsanteil des Ostalbkreises in der Brenzregion noch erweitert werden. Insgesamt hat sich der Einwohneranteil des Ostalbkreises an der Brenzregion von ursprünglich 42.990 auf 74.914 erhöht. In der Förderperiode 2000–2006 belief sich dieser auf rund 30.000 Einwohner.

Am 14. Dezember 2007 wurde die Kulissenentscheidung für die LEADER-Förderung 2007–2013 offiziell im Rahmen einer Feierstunde im Stuttgarter Neuen Schloss bekannt gegeben. Minister Peter Hauk MdL überreichte dabei die Urkunden an die erfolgreichen Kulissen. Die Brenzregion ist in der Förderperiode 2007–2013 mit 42 Kommunen, davon 13 im Ostalbkreis, und rund

175.000 Einwohnern, davon 74.914 im Ostalbkreis, vertreten. Thematisch wird sich die Brenzregion folgenden vier Themenbereichen widmen:

- Stärkung des sanften Tourismus
- Förderung und Vermarktung regionaler Produkte
- Erhalt des natürlichen Erbes und
- Verbesserung der Lebensqualität

Im Rahmen von LEADER werden dem Land für die Förderperiode 2007–2013 EU-Mittel in Höhe von rund 30 Mio. Euro zur Verfügung stehen. Die eingesetzten EU-Mittel müssen im Rahmen der nationalen Kofinanzierung von Mitteln des Landes und der Kommunen oder privater Investoren aufgebracht werden. Seitens des Landes werden dafür insbesondere Fördermittel des seit vielen Jahren bewährten „Entwicklungsprogramms Ländlicher Raum“ (ELR) bereitgestellt werden. Daneben ist beabsichtigt, auch Projekte im Rahmen der Landschaftspflegerichtlinie zu fördern.



Die Vertreter der LEADER-Kulisse Brenzregion bei der Urkundenübergabe durch Minister Peter Hauk im Neuen Schloss. (3. von rechts: Landrat Klaus Pavel)

SOZIALES

EINRICHTUNG EINES BERATUNGSDIENSTES IM LEISTUNGSBEREICH EINGLIEDERUNGSHILFE FÜR MENSCHEN MIT BEHINDERUNGEN

Zum 1. Januar 2005 wurde der Ostalbkreis im Rahmen der Verwaltungsreform auch umfassend zuständig für die Eingliederungshilfe von Menschen mit Behinderungen. Mit der im Sommer 2006 fertig gestellten „Sozialplanung für Menschen mit Behinderungen im Ostalbkreis“ wurden Wege und Entwicklungsachsen für den Ostalbkreis aufgezeichnet. Ein Baustein war die Überlegung zur Schaffung eines Beratungsdienstes für behinderte Menschen und ihre Angehörigen, um besonders Entscheidungsprozesse im Hinblick auf Wohnversorgung, Tagesbetreuung, schulische Möglichkeiten und spezielle Betreuungsangebote zu unterstützen und frühzeitig Partner und Berater von Betroffenen zu sein. Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 12. Dezember 2006 auf Empfehlung des Sozialausschusses die Einstellung von zwei Mitarbeitern zur Einrichtung eines Beratungs- und Betreuungsdienstes beschlossen. Zum 1. März bzw. 1. April 2007 wurden zwei Mitarbeiterinnen für diesen neuen Aufgabenbereich eingestellt.



Die Mitarbeiterinnen des Beratungsdienstes für Menschen mit Behinderungen und deren Angehörigen: Margret Ullrich und Judith Feige

In der Sitzung des Sozialausschusses am 3. Juli 2007 haben die beiden Mitarbeiterinnen erstmalig über ihre Tätigkeit berichtet.

Der Beratungsdienst hat die Aufgabe, durch eine möglichst frühzeitige, bedarfsgerechte Beratung und Hilfeplanung Menschen mit Behinderungen ein möglichst selbstbestimmtes und selbstverantwortliches Leben zu ermöglichen.

Der Beratungsdienst ist Ansprechpartner für Menschen mit behinderten Kindern und behinderten erwachsenen Angehörigen, für erwachsene Menschen mit Behinderung und für die Sachbearbeiter der Eingliederungshilfe.

Ziel des Beratungsdienstes ist es, durch eine individuelle trägerübergreifende Beratung und Unterstützung eine passgenaue Unterstützung von Behinderten und ihren Familien in ihrem Lebensumfeld zu ermöglichen. Vorhandene Ressourcen sollen erkannt und gestärkt werden, um Menschen mit Behinderungen eine möglichst selbstständige Lebensführung zu ermöglichen. Leistungen der Eingliederungshilfe sollen so auf das im individuellen Bedarf erforderliche Maß beschränkt werden können.

Familien mit behinderten Angehörigen sollen gestärkt werden, die Kompetenzen ihrer behinderten Angehörigen zu fördern und sie in ihrer Selbstständigkeit zu unterstützen. Durch eine frühzeitige, umfassende neutrale Beratung und Unterstützung sollen Angehörige verschiedene Möglichkeiten der Unterstützung und gleichwertige Alternativen kennen lernen.

Weitere Aufgaben des Beratungsdienstes sind Öffentlichkeits- und Netzwerkarbeit, die Nutzbarmachung bestehender Dienstleistungen auch für Menschen mit Behinderungen und die Mitwirkung bei der Weiterentwicklung der Behindertenhilfe im Ostalbkreis.

Wichtiges Aufgabenfeld ist auch die Beratung von behinderten Menschen in Einrichtungen. Ziel ist es, möglichst vielen Personen, die aktuell stationär betreut werden, den Wechsel in ambulante Wohnformen zu ermöglichen. Der Auszug aus stationären

Einrichtungen ist eine schwierige Entscheidung, die von Bedenken und Ängsten der Betroffenen und ihrer Angehörigen begleitet werden. Der Beratungsdienst hat die Aufgabe, Anregungen zu geben, fachlich und menschlich zu begleiten und gemeinsam mit den Einrichtungsträgern die richtigen Rahmenbedingungen zu schaffen.

Direkte Unterstützung von Familien mit behinderten Angehörigen durch fachlich qualifizierte und menschlich kompetente Beratung sollen Möglichkeiten und Ansätze eröffnen, familiäre Problemkonstellationen wirkungsvoll zu begegnen. Das Angebot soll auch als zeitlich befristete Begleitung angelegt werden, die das Ziel hat, behinderten Menschen den Verbleib in ihrer Familie zu sichern.

Bei körperlich und geistig behinderten Menschen muss von einem lebenslangen Hilfebedarf ausgegangen werden. Es stellen sich regelmäßige Fragen nach Umfang und Art der Hilfe, nach den eigenen Ressourcen, nach den Ressourcen im Umfeld und nach der Notwendigkeit professioneller Hilfen. Eine Hilfeplanung nach dem personenzentrierten Ansatz wird diesen Zielen und Fragestellungen gerecht. Soweit Eingliederungshilfe und Maßnahmen notwendig sind, wird es in Zukunft selbstverständlich sein, erbrachte Leistungen zu reflektieren und ggf. Hilfepläne einem veränderten Bedarf anzupassen. Es sollen dadurch Stagnation von Entwicklungsprozessen und auch ineffektive und damit teure Hilfestellungen vermieden werden. Der Beratungsdienst soll hier die zuständigen Fallmanager begleiten und mit der dann vorhandenen Kombination von sozialpädagogischen, leistungsrechtlichen und menschlichen Kompetenzen die geeignetste bzw. beste Hilfe für den Betroffenen anbieten.



Landrat Klaus Pavel (Mitte) und der Leiter des Geschäftsbereichs Soziales, Günter Traub (links), mit dem Team der Schuldnerberatungsstelle

20 JAHRE SCHULDNERBERATUNGSSTELLE DES OSTALBKREISES

Am 1. Oktober 1987 hat der Ostalbkreis die Schuldnerberatungsstelle eingerichtet und gehört somit zu den Pionieren auf diesem Gebiet in Baden-Württemberg. 5.967 Einzelpersonen und Familien haben in den vergangenen 20 Jahren dieses kostenlose Hilfsangebot des Ostalbkreises wahrgenommen.

Von den Anfängen bis heute hat sich in der Tätigkeit der Schuldnerberatung viel geändert. War anfangs die Beratung in Fragen von Bürgschaften, Krediten und Haushaltsplanung sowie die Entschuldung Zug um Zug besonders wichtig, steht heute die Insolvenzberatung, auch für Regelinsolvenzen, sowie die Durchführung des außergerichtlichen Insolvenzverfahrens im Mittelpunkt der Schuldnerberatung. Durch das private Insolvenzrecht können zahlungsunfähige Privatpersonen nach einer 6-jährigen Wohlverhaltensphase eine Restschuldbefreiung erhalten. Leider hat sich nicht geändert, dass die betroffenen Personen erst sehr spät, wenn ihnen ihre Zahlungsverpflichtungen über den Kopf gewachsen sind, den Weg zur Schuldnerberatungsstelle finden. Deshalb ist die Sicherung des Lebensunterhalts des Schuldners, seiner Wohnung und seines Arbeitsplatzes nach wie vor eine wichtige Aufgabe der Schuldnerberatung.

In den Anfangsjahren wurde durch Mund-zu-Mund-Propaganda und eigene Öffentlichkeitsarbeit auf die Schuldnerberatungsstelle aufmerksam gemacht. Mittlerweile verweisen immer mehr Stellen und Personen wie z.B. Gerichte, Gerichtsvollzie-

her, Rechtsanwälte, soziale Einrichtungen und das Jobcenter der abo (Arbeitsgemeinschaft für Beschäftigungsförderung im Ostalbkreis) auf diese Dienstleistung. Auch in den Medien wird Schuldnerberatung thematisiert.

Seit Einrichtung der Stelle, insbesondere seit Einführung der Insolvenzordnung im Jahr 1999, ist die Nachfrage von Beratung ständig gestiegen. Dem hat der Ostalbkreis Rechnung getragen und mittlerweile 3,5 Stellen eingerichtet. In der Regel ist eine Terminvereinbarung notwendig. Um jedem Ratsuchenden schnell Hilfe bieten zu können, wurde bereits im April 1999 eine „offene Sprechstunde“ eingeführt, zu der jeder Einwohner des Ostalbkreises ohne vorherige Terminvereinbarung kommen kann und eine Erstberatung erhält.

Seit Februar 2006 wird an den Dienststellen Aalen, Schwäbisch Gmünd und Ellwangen des Landratsamtes jeden zweiten Montag im Monat auch eine spezielle Sprechstunde für Kunden der abo, d.h. Empfänger von Arbeitslosengeld II („Hartz IV“) angeboten. Die Termine für die „abo-Sprechstunde“ erhalten Betroffene über die Jobcenter.

Zu Beginn der Schuldnerberatung wurden nur private Schuldner beraten. Die Schuldnerberatung ist als „geeignete Stelle“ im Insolvenzverfahren tätig. Dadurch sind auch ehemals Selbstständige zum Klientel der Schuldnerberatung geworden. Auffällig ist, dass die Zahl der Schuldner mit gescheiterter Immobilienfinanzierung gestiegen ist

und ebenso die Anzahl der jungen Schuldner bis 25 Jahre.

Dieser bundesweite Trend, dass die Verschuldeten immer jünger werden, ist auch im Ostalbkreis zu erkennen. Deshalb setzt die Schuldnerberatungsstelle seit 2004 verstärkt auf Prävention bei Jugendlichen. Neben Unterrichtseinheiten in Schulklassen wurden sehr erfolgreich zwei Projekte mit dem Heilbronner Kinder- und Jugendtheater „Radelrutsch“ durchgeführt. Um möglichst viele Schüler im Umgang mit Geld fit zu machen, wurde im November 2007 im Landratsamt in Aalen eine Fortbildung zum Thema „Ohne Moos nix los – Auskommen mit dem Einkommen“ für Haupt- und Realschullehrer angeboten.

Die Tätigkeit der Schuldnerberatungsstelle ist aufgrund der Schwankungen am Arbeitsmarkt, insbesondere Arbeitslosigkeit, des Wandels der gesellschaftlichen Strukturen und Werte, des geänderten Konsumverhaltens heute und in Zukunft eine wichtige Dienstleistung des Ostalbkreises.

ENTWICKLUNG DER GRUNDSICHERUNG FÜR ARBEITSSUCHE NACH DEM SGB II

Zahl der Hilfebedürftigen und Bedarfsgemeinschaften rückläufig

Die Zahl der Hilfebedürftigen mit Anspruch auf Leistungen nach dem SGB II (Sozialgesetzbuch II – Grundsicherung für Arbeitssuchende) erreichte im März 2006 ihren Höchststand im Ostalbkreis. 10.457 erwerbsfähige

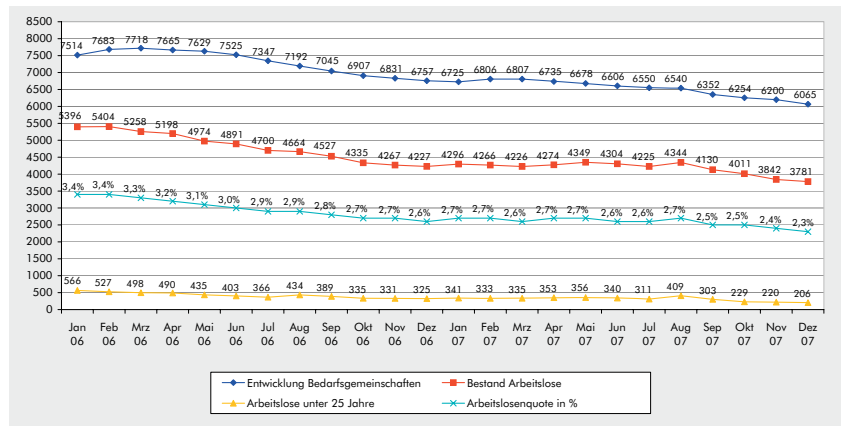
Hilfebedürftige und 4.347 nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige, also zusammen 14.804 Menschen in 7.718 Bedarfsgemeinschaften, bezogen in diesem Monat Leistungen zum Lebensunterhalt und Leistungen für Unterkunft und Heizung von der Arbeitsgemeinschaft zur Beschäftigungsförderung im Ostalbkreis (abo). Die Arbeitslosenquote im Bereich SGB II lag Anfang 2006 bei 3,4%, gemessen an allen zivilen Erwerbspersonen im Ostalbkreis. Die Jugendarbeitslosigkeit bei Personen unter 25 Jahren lag bei 2,6%.

Bei den Bedarfsgemeinschaften ist seit April 2006 ein beständiger Rückgang auf 6.065 Bedarfsgemeinschaften im Dezember 2007 (- 21%) eingetreten. Bis Ende 2007 konnte die Zahl der Arbeitslosen im Bereich SGB II um 30% auf eine Arbeitslosenquote von 2,3% reduziert werden. Bei den Jugendlichen unter 25 Jahren ist die Arbeitslosigkeit bis Dezember 2007 um 63,6% reduziert worden und hat mit 206 Personen eine Quote von 1,0% erreicht. Die Arbeitslosigkeit liegt damit in beiden Bereichen unter dem Durchschnitt von Baden-Württemberg im Dezember 2007.

Erreicht werden konnte dies unter anderem bzw. vor allem durch:

- den Ausbau des Vermittlungsbereichs und damit Intensivierung der Betreuung durch Einstellung von Personal in den Bereichen Jugendliche (unter 25 Jahre) und Erwachsene (über 25 Jahre),
- die Verstärkung und den Aufbau bzw. Ausbau von Maßnahmen zur Herstellung der individuellen Beschäftigungsfähigkeit und der Unterstützung beim Übergang von der Schule in den Beruf,
- Projekte wie z.B. das Hausmeistergehilfenprojekt, die Qualifizierungsoffensive und das Netzwerkprojekt ZUKUNFT 2013.

Entwicklung der Arbeitsmarktdaten im Rechtskreis SGB II
Januar 2006 – Dezember 2007



Der Rückgang der Bedarfsgemeinschaften und damit auch der Hilfebedürftigen hat sich auch auf die Leistungen für Hilfebedürftige im Ostalbkreis ausgewirkt. Für Leistungen zum Lebensunterhalt (Arbeitslosengeld II und Sozialgeld) mussten 2006 insgesamt 32.090.330€ aufgewendet werden. Bis Dezember 2007 ist die Zahlung um ca.14,4% auf 27.465.270€ zurückgegangen (vorläufiger Wert*).

Leistungen für Unterkunft und Heizung wurden 2006 in Höhe von 24.893.259€ gezahlt. Auch hier ist bis Dezember 2007 ein Rückgang um 5,62% auf 23.494.257€ (vorläufiger Wert*) eingetreten.

(* Der endgültige Wert steht erst nach Ablauf von drei Monaten fest.)

JUGEND UND FAMILIE

PILOTPROJEKT „COCHER MER MODELL“

Zielsetzung der Schlichtungspraxis in Familienrechtssachen nach dem Cochermer Modell ist es, dass die beteiligten Fachkräfte – Richter, Anwälte, Sozialarbeiter, Verfahrenspfleger, Beratungsstellen – sehr eng zusammenarbeiten, um betroffene Eltern möglichst zeitnah in die Lage

zu versetzen, eine einvernehmliche Lösung für ihre Kinder bei Trennung und Scheidung zu finden.

In Abstimmung mit dem Präsidenten des Landgerichts Ellwangen, Friedrich Unkel, wurde die Schlichtungspraxis im November 2006 als Pilotprojekt im Amtsgerichtsbezirk Aalen eingeführt. In mehreren Arbeitstreffen mit Familienrichtern, Fachanwälten, Fachkräften des Allgemeinen Sozialen Dienstes und der Psychologischen Beratungsstelle des Ostalbkreises wurde die notwendige fachliche Weiterentwicklung gemeinsam erarbeitet. Insbesondere wurde festgestellt, dass eine ausreichende und geschlechtsgemischte Personalausstattung der Beratungsstelle erforderlich ist, damit dort die Beratung bzw. Mediation innerhalb weniger Tage nach der gerichtlichen Anhörung beginnen kann.

Für die Weiterentwicklung von gemeinsamen Sichtweisen und methodischem Vorgehen veranstaltete der Ostalbkreis gemeinsam mit dem Landkreis Heidenheim eine Fachtagung für alle beteiligten Professionen. Die große Resonanz auf die Veranstaltung mit insgesamt 105 Teilnehmern und bundesweit anerkannten Referenten bestätigte die Bedeutung und das Interesse für die Schlichtungspraxis.

Insgesamt 92 familiengerichtliche Verfahren wurden zwischenzeitlich mit der neuen Schlichtungspraxis begleitet. In bisher 19 Fällen konnte beim Gericht keine einvernehmliche Lösung erreicht werden, so dass die Beratungsstelle einbezogen werden musste. In durchschnittlich fünf Beratungsterminen werden die Eltern gestärkt, ein einvernehmliches Konzept zu entwickeln. Nur in zwei Fällen gingen die Eltern ohne eine Lösung zum Familiengericht zurück.

Nach einem Jahr war eindeutig festzustellen, dass die erwarteten positiven Effekte sich bestätigten. Auf der Grundlage dieser Erfahrungen erhoffen sich die Fachkräfte der anderen Amtsgerichtsbezirke eine baldige kreisweite Umsetzung der Schlichtungspraxis nach dem Cochemer Modell.

MODELLPROJEKT „GUTER START INS KINDERLEBEN“

Bei diesem Projekt handelt es sich um ein Modellprojekt der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Rheinland-Pfalz und Thüringen zur Verbesserung des Kinderschutzes. Modellstandorte sind Erlangen, Gera, Kyffhäuserkreis, Ludwigshafen, Ostalbkreis, Pforzheim, Traunstein und Trier. Die wissenschaftliche Evaluation wird von der Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie/Psychotherapie des Universitätsklinikums Ulm durchgeführt und vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.

Grundgedanken des Modellprojekts sind die frühe Förderung und Stärkung der Beziehungs- und Erziehungs Kompetenzen von Eltern als wirksame Prävention gegen Vernachlässigung und Kindeswohlgefährdung sowie klar geregelte Verfahrenswege und Zuständigkeiten für einen wirksamen Kinderschutz.

Belastete Eltern, wie etwa sehr junge und allein erziehende Mütter, sollen früh unterstützt werden, um Überforderung in der Familie zu vermeiden. Damit soll Vernachlässigung und Misshandlung von Kindern entgegen gewirkt werden.

Für eine optimale Unterstützung und Versorgung junger Familien werden interdisziplinäre Kooperationsformen erprobt und Vernetzungsstrukturen entwickelt. Diese sollen ausdrücklich auf bestehenden Regelstrukturen aufbauen und in bestehende Regelstrukturen eingebunden werden. Das Modellprojekt wird im gemeinsamen Diskussions- und Abstimmungsprozess zwischen Praxis und Forschung durchgeführt. Nur so lassen sich tragfähige und nachhaltige Veränderungen umsetzen. Zudem wird Entwicklungspsychologische Beratung als Unterstützung für Eltern angeboten. Die Entwicklungspsychologische Beratung ist eine wissenschaftlich evaluierte, videogestützte Beratungsmethode zur Steigerung elterlicher Erziehungs- und Beziehungskompetenzen. Sie ergänzt bestehende allgemeine Unterstützungs- und Versorgungsangebote und wird in diese eingebunden.

Im Ostalbkreis sind bei über 1.000 erfassten Kooperationspartnern und drei großen Raumschaften besondere Projektdimensionen, vor allem hinsichtlich der Größe des Landkreises, vorhanden. Bei zwei Runden Tischen wurden die Projektinhalte mit den ca. 40 am Runden Tisch vertretenen Kooperationspartnern erörtert. Die Kooperationsbeziehungen wurden vom Universitätsklinikum Ulm zum Projektbeginn erfasst. Eine zentrale Funktion im Kooperationsnetz im Ostalbkreis wurde für das Jugendamt, gefolgt von Kinderkliniken, Kindertagesstätten, Hausärzten und Kinderärzten, festgestellt. Ob Hilfen für einen guten Start ins Kinderleben

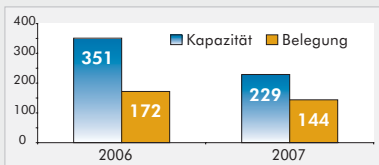
benötigt werden, wird nach Einführung eines Anhaltsbogens für ein vertiefendes Gespräch zur Zeit in den Kliniken des Ostalbkreises erprobt. Dabei wird, ausgehend von fünf erforschten Risikofaktoren, dann ein vertiefendes Gespräch geführt, wenn ein Risikofaktor bei der jungen Familie erkennbar ist. Im Rahmen des Modellprojektes werden 15 Fachkräfte verschiedenster Professionen zum Thema „Entwicklungspsychologische Beratung“ fortgebildet. Neben der Intensivierung der Kooperationsbeziehungen zwischen Jugend- und Gesundheitshilfe sollen nacheinander auch die Kooperationsbeziehungen in den Themenbereichen „Psychische Störungen“, „Sucht/Drogen“, „Behinderung“, „Menschen mit Migrationshintergrund“ und „Allgemeine Angebote zur Erziehung“ weiter optimiert werden.

INTEGRATION UND VERSORGUNG

FLÜCHTLINGE UND SPÄTAUSSIEDLER – AUFNAHME UND UNTERBRINGUNG

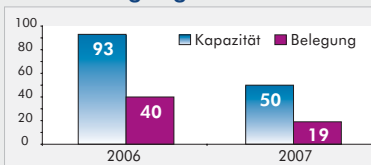
Aufgrund der zurückgehenden Zugangszahlen sowohl bei den Flüchtlingen als auch bei den Spätaussiedlern konnten insbesondere in den Jahren 2006 und 2007 zahlreiche Wohnheimplätze abgebaut werden. In Folge dessen wurden allein in den vergangenen beiden Jahren an sechs Standorten über 200 Übergangswohnheimplätze abgebaut. Die nebenstehenden Grafiken zeigen den Rückgang der Kapazität und Belegung der Gemeinschaftsunterkünfte und Übergangswohnheime im Ostalbkreis jeweils zum Jahresende 2006 und 2007.

Gemeinschaftsunterkünfte



Gemeinschaftsunterkunft Schwäbisch Gmünd

Übergangswohnheime



Gemeinschaftsunterkunft und Übergangswohnheim Aalen

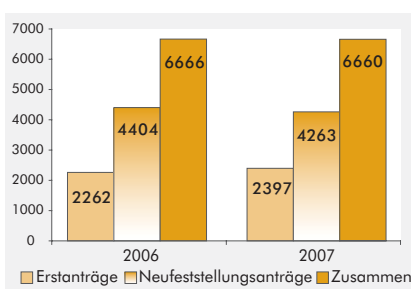
Die Zahl der in den Kommunen des Ostalbkreises untergebrachten Asylbewerber ist von durchschnittlich 495 Personen im Jahr 2006 auf durchschnittlich 353 Personen im Jahr 2007 gesunken. Dieser Rückgang spiegelt auch den Erfolg des Rückkehrprojektes „QUARK“

(Qualifizierung, Unterstützung, Arbeitsperspektiven, Reintegration und Kommunale Rückkehrhilfen) wider, das der Landkreis seit Anfang 2006 in Kooperation mit der Stadt Schwäbisch Gmünd durchführt.

SCHWERBEHINDERTENRECHT

Die Antragszahlen im Schwerbehindertenrecht befinden sich nach wie vor auf einem hohen Niveau.

Anträge zur Feststellung des Behinderungsgrades



Die Zahl der festgestellten behinderten Menschen im Ostalbkreis ist im Jahr 2007 von 43.541 auf 45.278 angestiegen. Dies entspricht einem Anteil von 14,3 % der Gesamtbevölkerung des Ostalbkreises mit 316.000 Einwohnern.

SOZIALES ENTSCHÄDIGUNGSRECHT

Am 31. Dezember 2007 erhielten 1.482 anerkannte Versorgungsbeneficiäre nach dem Sozialen Entschädigungsrecht laufende Rentenleistungen. Während im Bereich der Leistungsberechtigten rückläufig ist, sind im Bereich des Opferentschädigungsgesetzes Antragszuwächse zu verzeichnen.

BLINDENHILFE

Im Jahr 2007 erhielten 440 Menschen Hilfe nach dem Landesblindenhilfegesetz und dem Sozialgesetzbuch XII.

BERATUNG, PLANUNG, PRÄVENTION

SOZIALPLANUNG

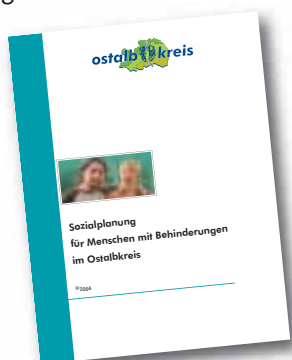
Erster Sozialplan für Menschen mit Behinderungen verabschiedet

Mit der Auflösung der Landeswohlfahrtsverbände Baden und Württemberg-Hohenzollern wurde zum 1. Januar 2005 unter anderem die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen als Aufgabe auf die Stadt- und Landkreise übertragen. Bereits im Frühjahr 2005 begann der Ostalbkreis als einer der ersten Landkreise in Baden-Württemberg, in Zusammenarbeit mit den Einrichtungen der Behindertenhilfe, Vertretern der Kreistagsfraktionen und dem Kommunalverband für Jugend und Soziales (KVJS) Baden-Württemberg, eine Sozialplanung für behinderte Menschen zu erstellen. Mit diesem Schritt sollte vermieden werden, dass die Weiterentwicklung

der Behindertenhilfe dem Zufall überlassen bleibt. Vielmehr soll künftig ein regional ausgewogenes, dezentrales und möglichst wohnortnahes Versorgungsangebot im Ostalbkreis geschaffen werden, das sich am Bedarf der behinderten Menschen orientiert. Dabei soll auch der Grundsatz „ambulant vor stationär“ berücksichtigt werden.

Zielgruppe der Planung sind geistig und geistig mehrfach behinderte Menschen. Auf der Grundlage einer umfangreichen und soliden Datenbasis wird in dem Bericht die Angebotsstruktur detailliert beschrieben und analysiert. Kernstück des Sozialplans ist die Bedarfsvorausschätzung bis zum Jahr 2015. Die Ergebnisse werden sowohl für den Ostalbkreis insgesamt als auch für verschiedene Planungsräume dargestellt. Ein Ausblick mit Fazit und Perspektiven bietet schließlich wichtige Impulse für die zukünftige Gestaltung der Behindertenhilfe im Ostalbkreis.

Der erste Sozialplan versteht sich als Grundinformation und Richtungs-vorgabe, der entsprechend der Entwicklung in den kommenden Jahren angepasst und fortgeschrieben werden soll. Der Sozialplan wurde am 17. Oktober 2006 im Kreistag eingebracht und in der Sitzung des Sozialausschusses am 30. November 2006 verabschiedet. In einem weiteren Schritt soll im Jahr 2008 die Sozialplanung für psychisch kranke und seelisch behinderte Menschen erfolgen.



Ausbau der Tagesbetreuung für Kinder unter drei Jahren

Im Januar 2005 ist das Gesetz zum qualitätsorientierten und bedarfsgerechten Ausbau der Tagesbetreuung für Kinder (Tagesbetreuungs-ausbaugesetz – TAG) in Kraft getreten. Die Städte und Gemeinden im Ostalbkreis sind seither bestrebt, auf der Grundlage einer möglichst realistischen Bedarfseinschätzung das Betreuungsangebot entsprechend auszubauen. Nach dem TAG ist spätestens ab 1. Oktober 2010 ein bedarfsgerechtes Angebot an Plätzen in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege vorzuhalten. Der Ostalbkreis ist verpflichtet, für den Übergangszeitraum jährliche Ausbaustufen zur Schaffung eines bedarfsgerechten Angebots zu beschließen und jährlich zum 15. März jeweils den aktuellen Bedarf zu ermitteln und den erreichten Ausbaustand festzustellen.

Vom ersten Erhebungstichtag im Jahr 2006 bis zum 15. März 2007 ergab sich eine Steigerung bei den Betreuungsplätzen um 57,5 %. Mit insgesamt 531 Plätzen konnten im Jahr 2007 6,2 % aller Kinder im Alter unter drei Jahren Betreuungsplätze angeboten werden.

Neuordnung der Erziehungsberatung im Ostalbkreis

Erziehungsberatungsstellen haben nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz die Aufgabe, Kinder, Jugendliche, Eltern und andere Erziehungsberechtigte bei der Klärung und Bewältigung individueller und familienbezogener Probleme und der zugrunde liegenden Faktoren, bei der Lösung von Erziehungsfragen sowie bei Trennung und Scheidung zu unterstützen. Im Ostalbkreis wird Erziehungsberatung schon seit vielen Jahren vom Landkreis in bewährter Partnerschaft mit den Trägern der freien Jugendhilfe angeboten.

Die vom Kreistag Ende 2003 beschlossenen Sparmaßnahmen hatten auch für die Erziehungsberatungsstellen eine Kürzung und Deckelung der Zuschüsse zur Folge, was wiederum in den Folgejahren zu einer Personalreduzierung führte. Erst Ende 2006 wurde dieser Beschluss wieder aufgehoben. In diesem Zusammenhang einigten sich die Träger der Erziehungsberatungsstellen mit dem Ostalbkreis auf eine neue Vertragsgrundlage. Den Auftakt der Beratungen bildete ein Klausurtag im April 2006 unter externer Moderation. Bis Februar 2007 folgten mehrere Abstimmungsgespräche.

	15.03.2006	15.03.2007
Betreute Spielgruppen	35 Plätze	107 Plätze
Kinderkrippen	55 Plätze	100 Plätze
Altersgemischte Gruppen	86 Plätze	206 Plätze
Tagespflege	161 Plätze	118 Plätze
Betreuungsplätze gesamt	337 Plätze	531 Plätze
Versorgungsquote	3,8 %	6,2 %

Der Mindestbedarf liegt nach Angaben der Städte und Gemeinden bei 911 Plätzen (10,6 %). In den kommenden Jahren soll das Betreuungsangebot schrittweise ausgebaut werden, um diesen Bedarf abzudecken.

Der neue Vertrag skizziert das Verständnis von Erziehungsberatung im Ostalbkreis. Er regelt unter anderem die Leistungen und den Leistungsumfang sowie die finanzielle Förderung durch den Ostalbkreis. Seit Januar

2007 wird die Ökumenische Psychologische Beratungsstelle in Aalen mit 1,5 Stellen, die Erziehungs- und Familienberatungsstelle der St. Canisius gGmbH in Schwäbisch Gmünd mit 3,5 Stellen und die Psychologische Beratungsstelle am Kinder- und Jugenddorf Marienpflege in Ellwangen mit 1,5 Stellen gefördert. Die neuen Verträge wurden am 20. März 2007 im Landratsamt in Aalen von Landrat Klaus Pavel und den Vertretern der Träger der Erziehungsberatungsstellen unterzeichnet.



Landrat Klaus Pavel mit Vertretern der Erziehungsberatungsstellen bei der Vertragsunterzeichnung

SUCHTPROPHYLAXE

PRÄVENTIONSPROJEKTE

Jugendschutz geht alle an



Das Kooperationsprojekt von Polizei, Kreisjugendring und Beauftragtem für Suchtprophylaxe wurde nach einer sehr positiven Resonanz aus der Bevölkerung und Folgeprojekten in ganz Baden-Württemberg fortgeführt und weiterentwickelt. Letzteres betraf insbesondere die Einbeziehung der Sportvereine, was sich im Hinblick auf die Fußball-WM 2006 nahezu aufdrängte. Gemeinsam mit dem Sportkreis Ostalb und den Großen Kreisstädten wurden Maßnahmen entwickelt, die auch bei Public-Viewing Veranstaltungen mit zum Teil mehreren Tausend Besuchern einen umfassenden Jugendschutz sicherstellen sollten.

Gleichzeitig wurde deutlich, dass Vereine eine zusätzliche Hilfestellung benötigen, wenn es um die Durchführung von Veranstaltungen geht. In der Folge wurde ein Handbuch ausgearbeitet, welches zum einen Fehlentwicklungen in der Vergangenheit aufzeigt, ganz wesentlich aber auf die sichere Durchführung von Vereinsveranstaltungen (Discos, Partys, Faschingsveranstaltungen) eingeht. Bei insgesamt sechs Abendveranstaltungen wurden diese Ergebnisse Vereinsverantwortlichen präsentiert. Eine Vorstellung erfolgte auch auf überregionaler Ebene bei der Herbsttagung des Württembergischen Landessportbundes.

Die kontinuierliche, jahrzehntelange Arbeit des Ostalbkreises im Bereich der Alkoholprävention wurde beim Bundeswettbewerb „Kommunale Alkoholprävention“ des Bundesministeriums für Gesundheit durch Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt gewürdigt. Der Ostalbkreis war einer von bundesweit fünf Landkreisen, der bei diesem Wettbewerb für seine Maßnahmen zur Alkoholprävention ausgezeichnet wurde. In der Laudatio wurde insbesondere das vernetzte Arbeiten mit unterschiedlichsten Partnern, der langfristige Ansatz sowie die Vorgehensweise nach einer schriftlichen Konzeption hervorgehoben.



von links: Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt mit Sozialdezernent Josef Rettenmaier und dem Suchtbeauftragten Berthold Weiß bei der Preisübergabe

Nichtraucherschutz

Eine einschneidende Veränderung ergab sich zum 1. August 2007 durch die Einführung des Landes-Nichtraucherschutzgesetzes. Aufgrund der sehr kurzfristigen Umsetzung durch das Land ergab sich für Kommunen und Betreiber von Gaststätten ein sehr hoher Beratungsbedarf. Auch im Hinblick auf die Jugendschutzbestimmungen mussten hier Änderungen eingearbeitet werden. Diese gesetzliche Änderung war von Präventionsfachkräften seit langem gefordert worden. Sie unterstützt maßgeblich die auch im Ostalbkreis auf der Ebene der Verhaltensprävention durchgeführten Maßnahmen strukturell. Ebenfalls trägt sie zur Glaubwürdigkeit der Präventionsmaßnahmen bei.

BZgA-Projekt „KlarSicht“

Als zweitem Landkreis in Baden-Württemberg überhaupt ist es dem Ostalbkreis gelungen, das Projekt „KlarSicht“ der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BzgA) in den Ostalbkreis zu holen. Dieses Projekt will vor allem älteren Jugendlichen vor Augen führen, was der Konsum von Alkohol und/oder Tabak für Folgen hat. Das Projekt folgt dem Motto „Klasse statt Masse“. Nur jeweils eine Schulklasse wird hier in Kleingruppen von zwei Betreuern durch die insgesamt fünf Stationen der Ausstellung geführt. Diese ist keine Ausstellung im eigentlichen Sinne, sondern eher ein Erlebnisparcours, in dem Jugendliche zum Teil selbst erfahren können, welche fatalen Folgen der Konsum gerade von legalen Suchtmitteln haben kann. „KlarSicht“ im Ostalbkreis wurde vom Institut für Medizinmanagement und Gesundheitswissenschaften der Universität Bayreuth evaluiert. Die Ergebnisse dieser Auswertung werden im bundesweiten Projektbericht der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung veröffentlicht.

SUCHTHILFE

Netzwerk Essstörungen e.V.

Bereits seit Mitte der 1990er Jahre wird der Behandlung von Menschen mit Essstörungen sowie der Prävention in diesem Bereich ein hoher Stellenwert eingeräumt. Dies wird durch das fest etablierte Behandlungsangebot an den Suchtberatungsstellen dokumentiert, das in ländlichen Kreisen Baden-Württembergs nach wie vor eine Ausnahme darstellt. Gemeinsam mit niedergelassenen Nervenärzten, Therapeutinnen, den psychiatrischen Tageskliniken, der Kinder- und Jugendpsychiatrie, der Klinik für Psychosomatik am Ostalb-Klinikum und den Suchtberatungsstellen ist es gelungen, ein „Netzwerk Essstörungen“ im Ostalbkreis zu knüpfen. Dieses Netzwerk, das sich in der Zwischenzeit als e. V. konstituiert hat, hat mit der AOK Baden-Württemberg einen Vertrag zur integrierten Versorgung insbesondere betroffener Frauen nach § 140 a SGB V geschlossen. Die Leistungserbringer stellen durch diesen Vertrag zum einen sicher, dass die einzelnen Behandlungsschritte gut aufeinander abgestimmt sind, zum anderen können aber auch Leistungen wie Qualitätszirkel, Fallkonferenzen und die Durchführung von Motivationsgruppen abgerechnet werden. Das ambulante Beratungs- und Behandlungsangebot an den Suchtberatungsstellen konnte dadurch zusätzlich abgesichert werden.



Substitution

Substitution von illegalen Drogenabhängigen wird im Ostalbkreis in einer guten Kooperation zwischen Ärzten, Beratungsstellen und Apotheken auf der Grundlage schriftlich fixierter Konzepte und Grundlagen durchgeführt. Schwierig hat sich in

der Vergangenheit die Kooperation mit Partnern herausgestellt, die nur in Ausnahmefällen eingebunden werden mussten. Insbesondere die Zusammenarbeit mit dem Jugendamt konnte hier auf eine ganz neue Basis gestellt werden. „S.U.S.I.“ (Schwangerschaft- und Sucht-Infos) regelt verbindlich die Zusammenarbeit zwischen psychosozialer Beratungsstelle, substituierendem Arzt und dem Jugendamt, wenn „der Suchthilfe“ bekannt wird, dass eine Substituierte ein Kind erwartet. Um möglichst vor der Entbindung eine drohende Kindeswohlgefährdung ausschließen zu können, wird durch „S.U.S.I.“ eine verbindliche Interventionskette ausgelöst. „S.U.S.I.“ dient aber auch der Information schwangerer Drogenabhängiger.

KOORDINATIONSTELLE PRÄVENTION

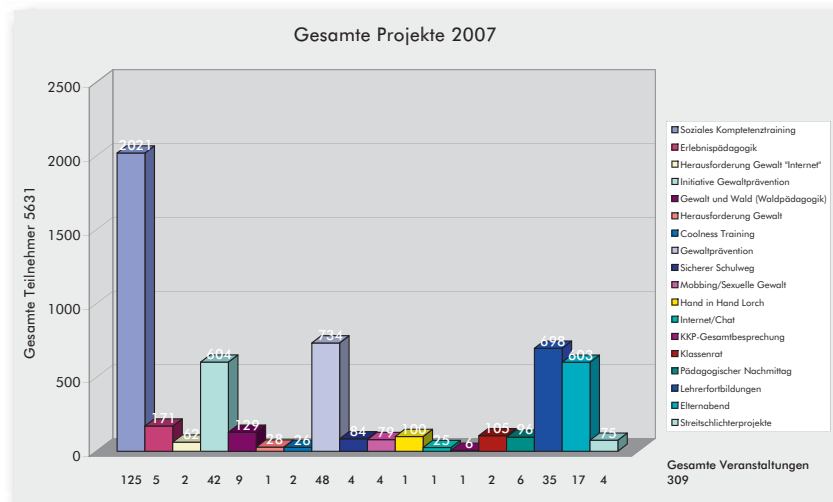
Prävention im Ostalbkreis

Der Ostalbkreis hat in den letzten Jahren enorme Anstrengungen unternommen, um Gewalt an den Schulen vorzubeugen. Die Statistik der Koordinationsstelle Prävention bestätigt den Erfolg der Arbeit. Allein im Jahr 2007 konnten mehr als 300 Veranstaltungen zum Thema Gewaltprävention durchgeführt und damit beinahe 6.000 Personen der Zielgruppe erreicht werden. Das Netzwerk Prävention wurde im

Ostalbkreis weiter ausgebaut. Im Jahr 2007 wurden unter anderem folgende Projekte durchgeführt:

Hand in Hand – El Ele, Lorch

Mit dem 2007 gestarteten Projekt verfolgte man das Ziel, bei auffälligen Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund eine Verhaltensänderung durch Motivation zu erreichen. Polizei, Schulen, türkischer Arbeitnehmerverein, Kirchen, die Moschee und der örtliche Sportverein sowie der Stadtjugendreferent arbeiteten zusammen an den Themenfeldern Integration, Gewalt und Sport sowie interreligiöse Verständigung und Zusammenarbeit. Gearbeitet wurde mit Kampfsportangeboten bzw. -aktivitäten sowie interkulturellem und sozialem Kompetenztraining. Alle Schulen in Lorch wurden durch Präventionsangebote unterstützt, bei denen eine demokratische und rechtsstaatliche Werte- und Normenvermittlung und geschlechtsspezifische Themen der Jugendlichen Inhalt waren.



heimat?LOS!



Hierbei handelt es sich um ein medienpädagogisches Projekt zur Sucht- und Gewaltprävention, das als eine pädagogische Handreichung für Schulen erarbeitet

wurde. Zielgruppe des Projekts sind neben einheimischen Jugendlichen erstrangig solche mit Migrationshintergrund. Bopfinger Jugendliche hatten unter Anleitung eines Theater- und eines Medienpädagogen ein komplettes Filmkonzept entwickelt und anschließend auch umgesetzt. Diese intensive Arbeit wurde in einer pädagogischen Handreichung zu den Themen „Heimat“, „Migration“ und „Zivilcourage“ dokumentiert.

Klassenrat



Der Klassenrat ist ein lebendiges Selbstbestimmungsorgan und soll es gleichberechtigt teilnehmenden Schülerinnen und Schülern

ermöglichen, Konflikte zu thematisieren. Dadurch werden die allgemeine Gesprächskultur und Kooperation unter den Schülern gefördert. Man will erreichen, dass die Schüler lernen, Eigenverantwortung zu übernehmen und Beschlüsse zu fassen, Sozialkompetenz zu entwickeln und das soziale Leben der Klasse zu planen. Zur Durchführung wurde eine pädagogische Lehrerhandreichung mit DVD erarbeitet.

Theaterpädagogische Multiplikatorenfortbildung Gewaltprävention



Ziel des Workshops ist es, Pädagogen und Lehrer mit Methoden, Übungen und Spielen vertraut zu machen, die der Förderung sozialer Kompetenz und somit der Gewaltprävention dienlich sind. Inhaltliche Schwerpunkte sind Übungen und Spiele zur Förderung der Selbst- und Fremdwahrnehmung, Rollenspiele und Übungen zur Stärkung des Selbstvertrauens und des Selbstwertgefühls sowie verschiedene gruppendynamische Übungen. Nach einer überwältigenden Resonanz wird der Workshop regelmäßig angeboten.

Konfrontative Pädagogik

Zu diesem Thema wurde eine Dokumentation eines Anti-Gewalt-Trainingskurses für Schulen erstellt. Sie gibt Einblick in die praktische Arbeit des Anti-Gewalt-Trainings und wichtige Impulse für die pädagogische Arbeit aus der konfrontativen Pädagogik.



ALTENHILFEFACHBERATUNG / BEHINDERTEN-KOORDINATION

Stärke durch Zusammenschluss – Fünf Jahre Initiative „Mit Herz, Hand und Verstand“

Vor über fünf Jahren wurde auf Anregung von Landrat Klaus Pavel eine Interessengemeinschaft zur Unterstützung der Altenpflege im Ostalbkreis gegründet – die Initiative „Mit Herz, Hand und Verstand“. Ziel dieser Initiative ist es, gemeinsam Maßnahmen zu ergreifen, um die stetig wachsenden Herausforderungen in der Altenhilfe zu bewältigen. Viele Erfolge sind seither durch den landesweit einmaligen Zusammenschluss von mittlerweile über 110 Kooperationspartnern erreicht worden. Daher ist diese auf Nachhaltigkeit angelegte Initiative ein herausragendes Beispiel für gute und konstruktive Partnerschaft zwischen den Einrichtungen und Institutionen der Altenhilfe im Ostalbkreis und der Altenhilfefachberatung. Die daraus entstehenden Synergien



Landrat Klaus Pavel im Gespräch

dieser Zusammenarbeit werden bis heute genutzt, um die Pflegequalität im Ostalbkreis aufrechtzuerhalten, weiter zu entwickeln, zu stärken und der Öffentlichkeit transparent zu machen.

Bei einer steigenden Anzahl älterer und pflegebedürftiger Menschen gelingt gute Pflege nur, wenn Maßnahmen ergriffen werden, um besonders motivierte und qualifizierte Menschen für diese anspruchsvolle Tätigkeit in der Pflege zu gewinnen. Dieser Zu-

sammenschluss der Partner möchte zudem das vorhandene Pflegepersonal für seine großen Leistungen, die es tagtäglich für unsere Gesellschaft erbringt, würdigen und es bei der Bewältigung der Herausforderungen in der Pflege stärken und unterstützen. Unter der Schirmherrschaft von Landrat Klaus Pavel wurden seither in diesem Sinne über 100 vielfältige Aktionen und Großveranstaltungen durchgeführt.

Aktuelles Projekt ist derzeit die Veranstaltungsreihe:



Ziel dieser Inforeihe ist es, durch gezielte Aufklärungsarbeit die Pflege der Betroffenen zu erleichtern. Seit der Auftaktveranstaltung des Landkreises wurden im Jahr 2007 über 40 Veranstaltungen von den Kooperationspartnern organisiert. Ebenso konnte durch die Ausbildung von 25 ehrenamtlichen Pflegebegleitern die häusliche Pflege wertvolle Unterstützung erfahren.

Von Anfang an haben die Verantwortlichen vorausschauend auf das Herzstück der Initiative, den Internetauftritt „www.herzhandverstand.de“, gesetzt. Neben den bekannten Werbemaßnahmen wie Printmedien, Wanderausstellung und Pressearbeit ist der Internetauftritt durch seine attraktive Gestaltung zum unersetzlichen „Marketinginstrument“ für eine gute realistische Darstellung der Pflege im Ostalbkreis geworden.

BERATUNG BEI HÄUSLICHER GEWALT

Platzverweis und häusliche Gewalt

Häusliche Gewalt bzw. Partnerschaftsgewalt ist auch im Ostalbkreis weiterhin ein aktuelles Thema. In Kooperation mit Polizei, Ordnungsämtern und dem Landratsamt wird mit den Instrumentarien „Platzverweishverfahren“ und „Beratung“ Partnerschaftsgewalt im sozialen Nahraum entgegengewirkt. Ziel ist es, durch die Herausnahme des Gewalttäters Schutz für die Opfer und gegebenenfalls Kinder zu schaffen.

Das Konzept gegen häusliche Gewalt beruht auf folgenden Bausteinen:

- Die Polizei übernimmt stellvertretend für das Opfer mit Hilfe des Instrumentes „Platzverweis“ die Initiative zum Ausstieg aus der Gewaltspirale.
- Inhalte und Ziele der Beratungsstelle sind als zweiter Baustein die Stabilisierung der Betroffenen in der akuten Krisensituation und Entwicklung von Strategien zur Krisenbewältigung.
- Das sozialtherapeutische Angebot im Bereich der Täterarbeit richtet sich an Täter, die eine Gewaltstraftat begangen haben. Ziel ist die Beendigung der körperlichen Gewalt und anderer Gewaltformen sowie das Erlernen konstruktiver Handlungsmöglichkeiten. Bis Ende 2007 wurden in der Beratungsarbeit insgesamt 438 Familien bekannt und begleitet. Davon wurde in 152 Fällen ein Platzverweis ausgesprochen. Betroffen waren hiervon auch 631 Kinder.

- Neu hinzugekommen ist als vierter Baustein seit der Verabschiedung des sogenannten „Anti-Stalking-Gesetzes“ im Jahre 2007 in Kooperation mit der Ökumenischen Psychologischen Beratungsstelle Aalen und der Polizei die Beratung von Stalkingopfern. Zum Ende des Jahres 2007 wurden sieben Stalkingopfer beraten.

Mit dieser Kombination hat der Landkreis auch im Sinne der Gewaltprävention für die Menschen im Ostalbkreis eine Vorreiterrolle eingenommen.

Jugendarbeit

Das Jugendreferat einschließlich der Geschäftsstelle des Kreisjugendring Ostalb e.V. ist weiterhin die Fachstelle für außerschulische Jugendarbeit für alle kreisangehörigen Städte und Gemeinden sowie für die Kreisverwaltung selbst. Seine Aufgabe erfüllt es durch die Beratungstätigkeit der Sozialpädagogen per Telefon und persönlich im Ostalbkreishaus in Aalen oder direkt vor Ort. Jährlich nehmen ca. zehn bis zwölf Kommunen diesen Service in Anspruch. Um diesen Beratungsdienst möglichst umfassend erfüllen zu können, hat der Geschäftsbereich ein engmaschiges Netzwerk geknüpft, zu dem u.a. der Suchtbeauftragte des Landkreises, der Sozialplaner, der Koordinator für Gewaltprävention, die Beratungsstellen, die Geschäftsbereiche „Bildung und Innovation“, „Jugend und Familie“, „Soziales“ und „Integration und Versorgung“ genauso zählen wie die Jugendsachbearbeiter der Polizei, die Agentur für Arbeit und nicht zuletzt natürlich der Kreisjugendring Ostalb und dessen gesamtes z. T. noch umfassenderes eigenes Netzwerk lokaler und überregionaler freier Träger.

Zur festen Größe im Geschäftsbereich sind mittlerweile Nachwuchskräfte geworden, die im Rahmen ihres Studiums zum Bachelor of Arts (Sozialwesen) oder früher Diplom-Sozialpädagogen an der Berufsakademie Heidenheim drei Jahre lang ihre praktische Ausbildung dort absolvieren. 2007 konnte bereits die dritte Absolventin mit sehr gutem Ergebnis ihre Ausbildung erfolgreich beenden.

Die Jahre 2006 und 2007 waren gekennzeichnet durch erhebliche personelle Veränderungen. Aus familiären und gesundheitlichen Gründen mussten zwei der vier hauptamtlich Beschäftigten ihre Tätigkeit relativ überraschend beenden. Zu Beginn des Jahres 2007 konnten glücklicherweise beide Stellen wieder dauerhaft besetzt werden. Zwei kompetente Kolleginnen, die beide zuvor ihre Ausbildung im Geschäftsbereich erfolgreich abgeschlossen hatten, verstärken seither das Team und bringen neuen Schwung und Elan.



Die neue Geschäftsführerin des Kreisjugendrings, Susanne Gauermann, Dipl.-Soz.-Päd.

Nach außen dokumentiert dies der Kreisjugendring auch durch ein moderneres Erscheinungsbild, das zugleich Ausdruck des neu erstellten Leitbildes ist.

Mit den drei markanten Aussagen wird neuerdings knapp, präzise und anschaulich das gesamte große Aufgabenspektrum des Kreisjugendrings beschrieben. Behindertensternfahrt, Politrundfahrt, Kinderzeltlager, Jugendfahrten nach Ravenna und – neu auch nach England – gehören weiterhin zum Standardprogramm.

Jugend verstehen
wir beraten, helfen und unterstützen in allen Fragen der Jugendarbeit

Jugend vernetzen
wir schaffen Orte und Gelegenheiten für Austausch und Zusammenarbeit, um gemeinsam in der Jugendarbeit mehr zu bewegen

Jugend vertreten
wir sind überparteilicher Ansprechpartner und Interessenvertreter von jungen Menschen und fördern ihre Mit- und Selbstbestimmung

Dabei sind regelmäßig rund 100 meist noch sehr junge Erwachsene ehrenamtlich im Einsatz. Dieses Engagement und das in weiten Teilen ebenfalls ehrenamtlich getragene Netzwerk machen den Geschäftsbereich auch weiterhin zu einem unverzichtbaren Ansprechpartner für die Jugendarbeit im Ostalbkreis.



Sternfahrt 2007 auf dem Flugplatz Elchingen

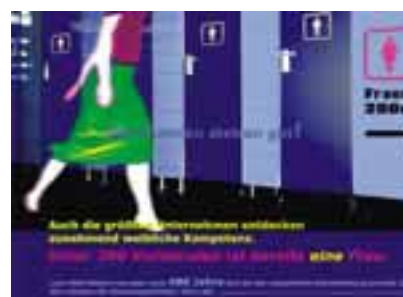
Gleichstellung von Mann und Frau

DIE CHANCEN STEHEN GUT –

Initiative der EU-Kommission

2007 war das europäische Jahr der Chancengleichheit. Ziel der von der Europäischen Kommission ausgerufenen Initiative ist es, Diskriminierungen wirksam zu bekämpfen, die Vielfalt als positiven Wert zu vermitteln und Chancengleichheit für alle zu fördern. Die Kampagne der Landesarbeitsgemeinschaft der Frauenbeauftragten, der auch

die Gleichstellungsbeauftragte des Ostalbkreises angehört, für das Jahr 2007 stand unter dem Motto „Die Chancen stehen gut“. Die Kampagne darf als außergewöhnlich bezeichnet werden, da nicht wie gewohnt die Forderungen und Versäumnisse in den Vordergrund gestellt werden, sondern das bislang Erreichte – mit leichtem Schmunzeln freilich – gewürdigt wird. Denn so richtig weit ist die Chancengleichheit in Baden-Württemberg und in Deutschland insgesamt noch nicht gediehen, aber: die Chancen stehen gut!



Kampagne zum Thema „Chancengleichheit“

TAG DER FAMILIE IM OSTALBKREIS

Das Thema Gleichberechtigung und Chancengleichheit ist inzwischen von vielen gewollt und gewünscht. Die gleichnamige Ausstellung wurde zum Tag der Familie am 15. Mai 2007 im Ostalbkreishaus präsentiert und erfreute sich guter Resonanz. Karten und Plakate zu den Themen Lohn-gleichheit, weibliche Führungskräfte, Sportliches und Politisches, Gesundheit fanden viele begeisterte Fans. In einer weiteren Veranstaltung in Schwäbisch Gmünd am 17. Juli 2007 wurden die Kampagne und besonders die Inhalte Familie und Politik mit den Frauen aus den Frauengruppen diskutiert. Am Beispiel der Kampagne zeigen sich die positiven Effekte des frauenpolitischen Netzwerkes, das über die Jahre im Ostalbkreis entstanden ist.



Der Tag der Familie – ein Ort der Begegnung im Aalener Landratsamt

Beim Tag der Familie gelang es, das Ostalbkreishaus für diesen Tag zu einem Ort der Begegnung der Familien und familienpolitisch Interessierten zu machen. Workshops, Informationen, Tanz und Essen machten den Tag der Familie zu einem

guten Tag der Familien im Ostalbkreis. Mit dem Vortrag von Jan-Uwe Rogge wurde das Thema Erziehung in der Familie „Ohne Chaos geht es nicht!“ auf vergnüglich-intelligente Art und Weise dargeboten und gab so manchen Denkanstoß.

KOMPETENT IN BERUF UND FAMILIE

Im Oktober 2006 startete das Familien-Bündnisprojekt „Kompetent in Beruf und Familie“. Bündnispartner waren die Kreissparkasse Ostalb, das Landratsamt Ostalbkreis, die Stadtverwaltung Schwäbisch Gmünd, das Klinikum Schwäbisch Gmünd und die Weleda AG. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Unternehmen konnten gemeinsam an der Fortbildung zur Stärkung ihrer Kompetenzen teilnehmen. Das Seminar war sehr erfolgreich und es ist geplant, Fol-

geseminare anzubieten. Das Thema Gewalt in den verschiedenen Erscheinungsformen ist weiterhin ein Schwerpunkt der Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten. Häusliche Gewalt wird von Staatsanwaltschaft, Polizei und Vereinen

engagiert bearbeitet. Auch hier haben sich gute Kooperationen ergeben, die sehr zum Nutzen der betroffenen Menschen sind. Besonderes Augenmerk wird inzwischen auf die Kinder in den Familien gelegt. Dies geschieht aus der Einsicht heraus, dass Kinder nicht die Verantwortung für das Geschehen haben, unschuldig sind und dass der Umgang mit Gewalt erlernt wird. Dieser Gewaltspirale kann so etwas Einhalt geboten werden.

BÜNDNIS GEGEN PROSTITUTION AM RANDE DER FUSSBALL-WM

Die Fußballweltmeisterschaft in Deutschland 2006 wurde von frauenpolitisch interessierten Menschen mit Sorge erwartet. Stand doch zu befürchten, dass im Umfeld des Sommermärchens 20.000 Prostituierte ins Land kommen würden, weil bei einer solchen Großveranstaltung die Nachfrage nach Prostituierten besonders hoch sei. Auch musste damit gerechnet werden, dass von diesen Prostituierten ein hoher Prozentsatz nicht freiwillig in Deutschland war, sondern von Frauenhändlern zur Prostitution gezwungen wurde. Es gelang ein Bündnis zu schmieden, eine Hotline von Solwodi als Hilfsangebot für die Prostituierten anzubieten und das Thema Prostitution wieder einmal in einer gesellschaftlichen Diskussion zu platzieren. Im Ostalbkreis war das Bündnis mit dem Kloster der Franziskanerinnen, Solwodi Ostalb, mit den Frauenbeauftragten und mit Schulen aktiv. Der Film „Lilja forever“, der sich mit dem Schicksal einer jungen Zwangsprostituierten befasst, wurde in diesem Zusammenhang vor vielen Schulklassen der Kaufmännischen Schulen gezeigt und hatte lebhafteste Diskussionen mit den jungen Frauen und Männern zur Folge.

KONTAKTSTELLE GEGEN SEXUELLEN MISSBRAUCH FEIERT 10-JÄHRIGES JUBILÄUM

Ein Jubiläumsjahr hatte die Kontaktstelle gegen sexuellen Missbrauch an Mädchen und Jungen im Jahr 2006. Dies war u.a. Anlass, im Schwäbisch Gmünder Kloster der Franziskanerinnen die Bilder-Ausstellung „Öffne die Augen“ zu zeigen. Umrahmt wurde die Ausstellung von Vorträgen mit therapeutischen Inhalten, die besonders für das Fachpublikum wichtig waren. Aus dieser Ausstellungsarbeit heraus kristallisierte sich ein weiterführendes Thema, das mit dem Satz „Krieg ist immer vor allem Krieg gegen die Frauen“ bezeichnet werden kann. Zum Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen 2007 war Margrit Spindeler, eine Mitarbeiterin der Organisation „medica mondiale“ eingeladen, die sich für Frauen in Kriegsgebieten einsetzt.

VEREINBARKEIT VON FAMILIE UND BERUF – EIN WICHTIGES ZIEL DER LANDKREISVERWALTUNG

Die Förderung familienfreundlicher Angebote stellt für das Landratsamt als Arbeitgeber mit einem hohen Frauenanteil ein wichtiges Thema dar. Gründe hierfür sind vor allem der fortschreitende gesellschaftliche Wandel, fehlende Betreuungsmöglichkeiten, vor allem bedingt durch die Auflösung großer Familienverbände, sowie der immer drängender werdende Wunsch, eine gute Balance zwischen Familie und Beruf zu schaffen. Bereits heute stellt die Landkreisverwaltung viele familienfreundliche Angebote bereit:

- Teilzeitarbeit und Elternzeit:
Derzeit gibt es bei der Landkreisverwaltung über 100 verschiedene Arbeitszeitmodelle. Die Palette

reicht hierbei von einem Beschäftigungsumfang von 25 % bis hin zu 90 %. Auf dieser Grundlage kann für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter größtmögliche Flexibilität geschaffen werden; familienbedingte Belange können dadurch optimal berücksichtigt werden. Neben der flexiblen Lage der täglichen Arbeitszeit umfassen diese Arbeitszeitmodelle auch flexible Regelungen zu Arbeitsbeginn und -ende sowie flexible Pausenregelungen außerhalb der festgelegten Korridore.

- Gewährung von Sonderurlaub:
Zur Betreuung pflegebedürftiger Angehöriger oder Kinder im Anschluss an die Elternzeit oder wenn nach dem Ende der Elternzeit kein bedarfsgerechter Kindergartenplatz zur Verfügung steht, kann Sonderurlaub gewährt werden.

- Schaffung von Heimarbeitsplätzen:
Derzeit erfüllen sechs Mitarbeiterinnen im Verwaltungsbereich ihre dienstlichen Aufgaben von Zuhause aus. Auf diese Weise bringen sie Familie und Beruf optimal miteinander in Einklang. Die notwendigen Arbeitsmittel (Schreibtisch, Stuhl, PC, Drucker, ...) werden durch die Landkreisverwaltung bereitgestellt. Bedingung ist lediglich, dass sich die Mitarbeiterinnen in ihrem Geschäftsbereich der Landkreisverwaltung zu einer „Lagebesprechung“ einfinden, die in der Regel wöchentlich stattfindet.

- Weitere Fördermaßnahmen zur Wiedereingliederung:
Bereits seit dem 1. November 1999 gibt es bei der Landkreisverwaltung interne Richtlinien über Fördermaßnahmen zur Wiedereingliederung von beurlaubten Beschäftigten. Ziel ist, beurlaubte

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch die Teilnahme an internen und externen Fortbildungen zur Vorbereitung des Wiedereinstiegs „fit zu machen“. Der aktuelle Wissensstand soll erhalten und nach Möglichkeit ausgebaut werden. Hierzu zählt auch, weiterhin Kontakte zu den Kolleginnen und Kollegen zu pflegen. Außerdem führt der Geschäftsbereich Personal und Organisation regelmäßige Informationsveranstaltungen („Treffen der Beurlaubten“) durch.

Weitere Einzelmaßnahmen sind die Weitergabe interner Stellenausschreibungen, so dass fristgerechte Bewerbungen auf interessante Stellen auch für die beurlaubten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter möglich sind. Ebenso ist die Teilnahme am Extranet der Landkreisverwaltung möglich; Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die zu Hause über einen Internet-Anschluss verfügen, erhalten einen persönlichen Zugangscode und können dann aktuelle Informationen aus der Landkreisverwaltung aus erster Hand abrufen.

Ebenso erhalten auch die beurlaubten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stets eine Einladung zum jährlich stattfindenden Mitarbeiterfest, damit sie auch in der Zeit der Beurlaubung Gelegenheit zur Pflege des persönlichen Kontakts mit den „aktiven“ Kolleginnen und Kollegen in zwangloser Atmosphäre bekommen. Außerdem ist auch die Teilnahme an Kursen des Projekts „Gesundheitsförderung“ möglich; hier gibt es ein vielfältiges Angebot insbesondere in den Bereichen „Bewegung“ und „Ernährung“. Die Buchung und Anmeldungen sind über das Extranet möglich.

AUS- UND FORTBILDUNG

AUSBILDUNGSVIelfALT BEIM OSTALBKREIS



Die Palette der Ausbildungsberufe beim Landratsamt Ostalbkreis umfasst mittlerweile neben klassischen Verwaltungsberufen auch Berufe im gewerblich-technischen Bereich, wie zum Beispiel Forstwirt(in), Straßenwärter(in) oder Vermessungstechniker(in). Im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik stellt der Ostalbkreis bereits seit mehreren Jahren Ausbildungsplätze für Fachinformatiker Systemintegration zur Verfügung. Seit September 2006 besteht beim Landratsamt erstmals die Möglichkeit, eine Ausbildung im Berufsbild Fachangestellte(r) für Medien- und Informationsdienste zu absolvieren. So stellte sich das Ausbildungsplatzangebot der Landkreisverwaltung in acht Ausbildungsberufen zum Herbst 2006 beispielsweise wie folgt dar:

- Fachangestellte für Bürokommunikation	33
- Beamte im mittleren Verwaltungsdienst	10
- Bachelor of Arts (Studienbereich Sozialwesen)	14
- Fachinformatiker Systemintegration	2
- Fachangestellte Medien- und Informationsdienste	1
- Forstwirte	17
- Straßenwärter	7
- Vermessungstechniker	4

Neben diesen 88 Ausbildungsplätzen werden Praktikumsplätze für den gehobenen vermessungstechnischen Verwaltungsdienst, den gehobenen

Forst- und Landwirtschaftsdienst, den allgemeinen gehobenen Verwaltungsdienst wie auch für die Laufbahnen des höheren Dienstes zur Verfügung gestellt. Zudem werden Praktikumsplätze im sozialen Bereich, so zum Beispiel für angehende Erzieher und Studenten, angeboten. Ferner können interessierte Schüler Praktika zur Berufsorientierung bei der Kreisverwaltung absolvieren.

Das Landratsamt bietet den Auszubildenden eine qualifizierte Ausbildung mit fachlich guter Betreuung. Deshalb werden die verantwortlichen Ausbilder bereits seit mehreren Jahren in speziellen Seminaren auf die Führungsaufgaben im Bereich der Ausbildung vorbereitet. Für die Persönlichkeitsentwicklung der Auszubildenden führt das Landratsamt seit März 2007 in Kooperation mit der Behinderteneinrichtung Rabenhof das Projekt „Soziales Lernen“ durch. Auszubildende des Landratsamtes



absolvieren dabei auf freiwilliger Basis ein einwöchiges Praktikum im Rabenhof und arbeiten gemeinsam mit Betreuern und behinderten Menschen in den Werkstätten. Ziel ist es, die Sozialkompetenz der Auszubildenden zu steigern. Seit Projektbeginn haben bereits 31 Auszubildende ein Praktikum beim Rabenhof absolviert.

FORTBILDUNG

Mit verschiedenen Fortbildungsveranstaltungen wurden die Beschäftigten auch in den Jahren 2006/2007 sowohl fachlich als auch im Bereich der Sozial- und Methodenkompetenz

für die Erfüllung ihrer Aufgaben fit gemacht. Ziel der Fortbildung im Landratsamt ist es, die Beschäftigten als kompetente und bürgerorientierte Dienstleister für die Bürger im Ostalbkreis zu schulen. Auf Grundlage der hausinternen Fortbildungsrichtlinien wurden auch in den Jahren 2006/2007 wieder zahlreiche externe Fortbildungen von Beschäftigten, vorwiegend im sozialen Bereich, bezuschusst.

GESUNDHEITSFÖRDERUNG

Trotz eines knappen Budgets konnten auch in den Jahren 2006/2007 wieder verschiedene Projekte zur Gesundheitsförderung durchgeführt werden.

Gemeinsam mit einer Mitarbeiterin des Landratsamtes, der AOK, und Ingrid Barth wurden verschiedene Gymnastikkurse in Aalen und Schwäbisch Gmünd zur aktiven Vorbeugung gegen Rückenbeschwerden durchgeführt. Die Kurse mit maximaler Teilnehmerzahl von 15 Personen erfreuten sich großer Beliebtheit und waren rasch ausgebucht. Neu im Angebot ist seit Herbst 2007 ein Pilateskurs, der ebenfalls von Ingrid Barth als zertifizierte DTB-Kursleiterin Pilates geleitet wurde.

Im Mai 2006 und im Juni 2007 fanden bereits zum 6. und 7. Mal die Blutspendeaktionen in Kooperation mit dem Deutschen Blutspendedienst Baden-Württemberg statt. An der Blutspendeaktion 2006 beteiligten sich insgesamt 99 Personen, im Jahr



Landrat Klaus Pavel beim Blutspenden

2007 lag die Zahl bei 102. Neben den Beschäftigten der Landkreisverwaltung nahmen auch Mitarbeiter der Stadtverwaltung Aalen und der AOK Ostalb an der Blutspendeaktion im Landratsamt teil. In bewährter Weise versorgte die AOK Ostalb mit einer reichhaltigen Salatbar die Spenderinnen und Spender. Auch für Kaffee und Kaltgetränke war reichlich gesorgt.

„Pfundsfrit in den Sommer“ und „Für Freunde und Zwischendurch“ waren Themen der Ernährungskurse, die in Aalen und in Schwäbisch Gmünd angeboten wurden. Leichte, fettarme und vitaminreiche Pfundsfrit-Gerichte, die schmecken und das Auge erfreuen, wurden unter fachkundiger Anleitung der Diätassistentinnen der AOK von den Teilnehmern zubereitet und dann in geselliger Runde verzehrt.

Der Herbst stand im Zeichen des Gesundheitschecks und der Grippe-schutzimpfung. In Aalen, Ellwangen und Schwäbisch Gmünd wurden 2006/2007 insgesamt 174/124 Cholesterinmessungen, 158/122 Blutdruckmessungen und 136/75 Sehtests durchgeführt. In Aalen konnten die Beschäftigten auch an einer Lungenfunktionsprüfung sowie einem Hörtest teilnehmen. In Zusammenarbeit mit den Beschäftigten des Geschäftsbereiches Gesundheit wurden von der Norm abweichende Werte im Einzelfall besprochen und eine fachkundige Beratung ermöglicht.

Zur Grippe-schutzimpfung in Aalen, Ellwangen und Schwäbisch Gmünd kamen 2006 insgesamt 126 Beschäftigte, 2007 waren es 122.

ALLGEMEIN BILDENDE SCHULEN UND SONDERSCHULEN IM OSTALBKREIS

LEHREREINSTELLUNG

Im Jahr 2006 wurden insgesamt 55 Lehrkräfte im Ostalbkreis neu eingestellt. 24 Lehrerinnen und Lehrer traten ihr Amt an Grund- und Hauptschulen, 15 an Realschulen und 16 an Sonderschulen an. Die Zahl der Neueinstellungen im Jahr 2007 lag bei insgesamt 54 Lehrkräften (16 an Grund- und Hauptschulen, 20 an Realschulen und 18 an Sonderschulen).

HAUPTSCHULPREIS

Der Ostalbkreis, die Kreissparkasse Ostalb und Südwestmetall haben im Schuljahr 2005/2006 erstmals einen Hauptschulpreis, dotiert mit insgesamt 5.000 Euro, mit dem Thema „Steigerung der Ausbildungsfähigkeit in Kooperation mit außerschulischen Partnern“ ausgeschrieben und verliehen. Der erste Platz ging an die Grund- und Hauptschule Aalen-Unterkochen, und Platz 2 erhielten die Hauptschule Bopfingen und die

Friedensschule Schwäbisch Gmünd. Im Schuljahr 2006/2007 lautete das Thema „Mein Berufswunsch wird wahr! – sinnstiftendes Lernen in Fächerverbänden“. Als Sieger gingen die Schillerschule Aalen, die Buchenbergsschule Ellwangen, die Grund- und Hauptschule Jagstzell und die Friedensschule Schwäbisch Gmünd aus dem Wettbewerb hervor.

Die jeweils besten Absolventen der Haupt-, Werkreal- und Realschulen erhielten in den Jahren 2006 und 2007 im Rahmen einer Feierstunde eine Urkunde sowie ein Ostalbkreisbuch von Landrat Pavel überreicht.

3. SCHULMUSIKTREFFEN IN OSTWÜRTTEMBERG 2007 AUF SCHLOSS KAPFENBURG

Zum dritten Mal fand das Schulmusiktreffen Ostwürttemberg vom 18. bis 20. Juni 2007 auf Schloss Kapfenburg unter dem Motto „Miteinander lernen, gemeinsam musizieren“ statt. Es wurde von den Regionalbetreuern für Schulmusik des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport und dem Fachbereich Bildung und Innovation des Landratsamtes veranstaltet.



Die besten Absolventen der Haupt-, Werk- und Realschulen 06/07 mit dem Lehrerkollegium



In fünf verschiedenen Workshops bestand an drei Tagen für angemeldete Schülerinnen und Schüler der Klassenstufen 3 bis 6 sowie für zahlreiche Lehrkräfte die Möglichkeit, neue Formen des Musizierens in der Grundschule und in der Unterstufe der weiterführenden Schulen zu erfahren und gemeinsam zu erproben. Dazu wurden verschiedene Themenbereiche angeboten.

Die außergewöhnliche Gestaltung dieses Schulmusiktreffens entstand nicht von ungefähr. Schon 2004 wurde mit dem neuen Bildungsplan der Grundschulen deutlich, dass der Themenbereich Musik im Fächerverbund „Mensch-Natur-Kultur“ andere Schwerpunkte verlangen würde. Für die Verantwortlichen der Anlaufstelle Fortbildung der Landkreise Heidenheim und Ostalbkreis lag es deshalb nahe, die Lehrkräfte nochmals in die Schule zu schicken, um die Möglichkeiten von Musik neu zu erleben und viele Anregungen an die eigene Schule mitzunehmen. Dies geht jedoch nicht ohne praktische Erfahrungen. 14 Schulklassen und Musikgruppen mit beinahe 300 Kindern haben an den drei Tagen „Musikunterricht pur“ erlebt.

Am Montag, 18. Juni 2007 war im Rahmen der „Offenen Bühne“ der Unterstufenchor des Werk-Gymnasiums Heidenheim zu Gast. Am Dienstag, 19. Juni 2007 hat die Tiersteinschule Oberkochen mit einer Musicalaufführung das Publikum beeindruckt. Die „Offene Bühne“ fand im Konzertsaal der Kapfenburg statt.

AUSBILDUNGSPATEN IM OSTALBKREIS

Betreuung, Erziehung, Bildung und Begleitung ins Berufsleben sind in erster Linie Aufgaben der Eltern. Diese Aufgaben verdienen jedoch die Unterstützung der ganzen Gesellschaft und können sowohl von schulischen als auch von außerschulischen Partnern ergänzend wahrgenommen werden. Hierzu sollen im Ostalbkreis engagierte, ehrenamtliche Einzelpersonen als „Paten“ in die Hauptschulen integriert werden, um die Jugendlichen auf dem Weg Übergang „Schule-Beruf“ zu begleiten.

Die Schulen sind bereit, sich für außerschulische Partner und für engagierte Bürgerinnen und Bürger weiter zu öffnen. Durch das ehrenamtliche Engagement können sich die Paten als ein zusätzliches Bindeglied beim Übergang „Schule-Beruf“ erweisen, damit sich die Chancen für die Jugendlichen auf eine realistische berufliche Zukunft erhöhen. Dieses Patenmodell wird in enger Kooperation des Landratsamtes mit der Agentur für Arbeit realisiert.

PROJEKT ZUKUNFT – MEHR AUSBILDUNGSVERTRÄGE FÜR HAUPTSCHÜLERINNEN UND HAUPTSCHÜLER

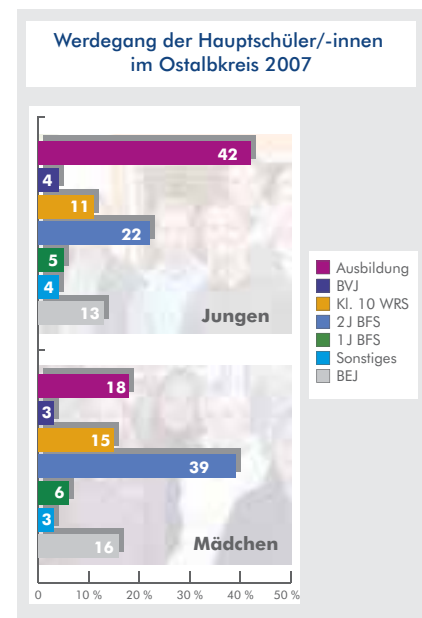
Jugendlichen fällt es häufig schwer, sich selbst realistisch einzuschätzen. Durch das Einholen und auch das Konfrontieren mit Fremdeinschätzungen von Eltern, Lehrern, Ausbildungsleitern oder außerschulischen Partnern können wichtige Eignungsfeststellungen und Impulse für die richtige Berufswahl gegeben werden.

Im Rahmen des gemeinsamen Projekts von Landkreisverwaltung, Agentur für Arbeit und der Arbeitsgemeinschaft für Beschäftigungs-

förderung im Ostalbkreis werden Schlüsselqualifikationen und Persönlichkeitsstärkung durch spezielle trainings- und handlungsorientierte Vorgaben entwickelt. So werden z.B. gezielt Telefon-, Benimm- und Präsentationseinheiten durchgeführt. Die Freizeit mit Hobbys sinnvoll zu gestalten und die Mitgliedschaft in Vereinen zu fördern, spielt ebenso eine wichtige Rolle.

Eltern, Lehrer, Berufsberater, Fallmanager, außerschulische Partner, Betriebe und sonstige regionale Verbände unterstützen als Netzwerk die Schüler zusätzlich bei der Entwicklung von Motivation und Handlungskompetenz im Berufswahlprozess.

Die Eltern werden vermehrt in diesen Prozess eingebunden. Die Bereitschaft, ihre Kinder beim Übergang von der Schule in den Beruf zu unterstützen und aktiv zu begleiten, wird in Elternverträgen eingefordert und festgehalten.



In enger Kooperation mit der Agentur für Arbeit und der Arbeitsgemeinschaft zur Beschäftigungsförderung im Ostalbkreis konnten die Übergangszahlen in die duale Ausbildung signifikant erhöht werden.

GRUNDSCHULE

Der Ostalbkreis trägt als Pilotstandort der Projekte „Schulreifes Kind“ und „Bildungshaus 3 – 10“ wesentlich zu einer Förderung frühen und individualisierten Lernens bei und damit zu einer gelingenden Schullaufbahn von Kindern.

Zum Schuljahr 2006/2007 wurde die Greutschule Aalen zusammen mit acht Kindergärten als einer von 50 Pilotstandorten in Baden-Württemberg ausgewählt. Zum Schuljahr 2007/2008 kamen weitere Standorte hinzu, so dass aktuell kreisweit 11

Schulen und 33 Kindergärten der unterschiedlichsten Träger an dem Modellprojekt beteiligt sind. Ziel des Projekts ist es, Kinder mit erhöhtem Förderbedarf in ihrem letzten Kindergartenjahr so zu unterstützen, dass eine Zurückstellung vermieden und dem Kind ein erfolgreicher Schulstart ermöglicht wird. Dieses Projekt wird vom Land sowohl mit Lehrerstunden als auch mit finanziellen Mitteln unterstützt.

Mit der Einrichtung von „Bildungshäusern 3 – 10“ werden neue Möglichkeiten der engen Verzahnung von Kindergärten und Grundschulen

erschlossen. In Bopfingen bekam die Grundschule Schlossberg mit Kindergarten den Zuschlag als einer von 23 Pilotstandorten im Land und konnte zum Schuljahr 2007/2008 die Arbeit aufnehmen. Bei der Standortauswahl haben die Ausgangslage in der Zusammenarbeit sowie die Qualität des eingereichten pädagogischen Kooperationskonzepts eine entscheidende Rolle gespielt. Ziel der Bildungshäuser ist es, Kindern eine kontinuierliche Entwicklung ihrer Bildungsbiografie zu ermöglichen. Auch dieses Projekt wird vom Land mit zusätzlichen Lehrerstunden unterstützt.

Kunst und Kultur

MUSEEN IM OSTALBKREIS

Die Museumslandschaft des Ostalbkreises hat auch 2006/2007 wieder wertvolle und attraktive Erweiterungen erfahren: Das Sammelsurium-Museum in Aalen-Hammerstadt hat 2006 eröffnet, ebenso ist im Schloss Heubach das Miedermuseum um die Heubacher „Geschichtssplitter“ ergänzt worden. Das Museum im Prediger in Schwäbisch Gmünd hat nach inhaltlicher und gestalterischer Neukonzeption 2007 seine Tore wieder geöffnet. In Waldstetten gibt es ein neues Heimatmuseum, ebenfalls auf Grundlage einer umfassenden Konzeption. Die Johanniskirche in Schwäbisch Gmünd bietet für ihre Besucherinnen und Besucher neben dem Lapidarium nun auch einen Rundblick vom Turm. Alle neuen und neu gestalteten Museen finden sich auch in der dritten Auflage (2007) des wiederum von der Kreissparkasse und der Sparkassenstiftung Ostalb geförderten Museumsführers.

Seit 2006 besteht mit dem Landkreis Heidenheim eine Zusammenarbeit auf Museumsebene, die sich sowohl auf die gegenseitige Bewerbung als auch die inhaltliche Arbeit positiv auswirkt. Zu den jeweiligen Treffen der Arbeitskreise wird gegenseitig eingeladen, um den persönlichen Kontakt und Austausch zu fördern. Zur Fortbildung des Museumspersonals wurden zwei Schulungen zu den Themen „Inventarisierung von Museumsgut“ und „Museumsdepot“ durchgeführt, außerdem vier Informationsforen im Besucherbergwerk Tiefer Stollen in Aalen-Wasseralfingen, im Sammelsurium-Museum in Aalen-Hammerstadt, auf Burg Katzenstein in Dischingen-Katzenstein (erstmalig in Kooperation mit den Museen im Landkreis Heidenheim) und im Limesmuseum in Aalen.

Um immer wieder auf besondere Weise auf die Museen im Ostalb-



kreis aufmerksam zu machen, gab es anlässlich des Internationalen Museumstages 2006 eine Museums-Rallye, die bis zum Ende der Sommerferien die Möglichkeit gab, beim Museumsbesuch Fragen zu beantworten und etwas zu gewinnen. Erstmals gab es 2007 im Internet einen Adventskalender mit Motiven aus den Ostalb-Museen, auch über die Grenzen des Ostalbkreises hinweg ein Novum in der Museumswelt. Der Adventskalender erfreute sich großartiger Nachfrage, wie die damit verbundene Gewinnfrage hervorbrachte. Unter www.ostalbkreis.de sind inzwischen auch zwölf virtuelle Museumsrundgänge zu finden, die einen Vorgeschmack auf den Besuch vor Ort geben sollen. Neu dabei sind die Härtsfeld-Museumsbahn in

Neresheim, die Sammlung optischer Phänomene in Abtsgmünd-Leinroden, das Heimatmuseum in Waldstetten und das Land- und Technikmuseum in Unterschneidheim-Zipplingen.

Mit der Partnerprovinz Ravenna konnte 2006 ein sehr erfolgreiches Projekt durchgeführt werden: Durch das von der EU geförderte Leonardo da Vinci Mobility Project kamen von Januar bis Juli 2006 fünf italienische

Praktikanten aus den Fachbereichen Kultur und Umwelt in den Ostalbkreis. Die jungen Hochschulabsolventen aus dem Kultursektor wurden in unterschiedlichen Museen des Landkreises eingesetzt und bekamen so einen Einblick in die Arbeitsweise der Museen. Umgekehrt konnten die Museen die Kenntnisse der italienischen Wissenschaftler nutzen und sie gezielt in ihrem Museumsbetrieb einsetzen.



Landrat Pavel begrüßt die Praktikanten des Leonardo da Vinci Mobility Projects aus der Partnerprovinz Ravenna im Ostalbkreis

AUSSTELLUNGEN IM LANDRATSAMT

In den beiden Berichtsjahren hat der Ostalbkreis im Rahmen seines Kunstengagements wiederum einige kulturelle Highlights präsentiert.

So wurde im Ostalbkreishaus ein breites Spektrum von der Radierung über Ölbilder, Skulpturen, Objekten bis hin zur Fotografie präsentiert. Regionale Künstlerpersönlichkeiten mit

zum Teil europaweitem Bekanntheitsgrad präsentierten ihre Kunstwerke in den Landratsämtern in Aalen und in Schwäbisch Gmünd. Hier sind insbesondere die Namen Josef A. Schaeble, Otto Nagel, Angela Vanini, Albrecht Vogel und Johannes Rodi zu nennen.

Auch außerhalb der Landkreisgebäude beteiligte sich der Ostalbkreis an Kunstausstellungen. So wurde im April 2006 eine Retrospektive über



Künstlerin Angela Vanini mit einer ihrer Arbeiten

den Künstler Karl-Heinz Knoedler in Ellwangen unter maßgeblicher Beteiligung des Ostalbkreises eröffnet.

JUNGE PHILHARMONIE OSTWÜRTTEMBERG (JPO)

Das Orchester wurde 1995 im Rahmen der „Zukunftsinitiative Ostwürttemberg“ gegründet. Seit her hat es zahlreiche Auftritte mit wechselnden Dirigenten absolviert und dabei große Erfolge erzielt. Die Junge Philharmonie Ostwürttemberg ist inzwischen ein Markenzeichen

der Region Ostwürttemberg und ein wichtiger Bestandteil der kulturellen Infrastruktur.

Höhepunkte und bleibende Erlebnisse für die Orchestermitglieder aber auch für die Öffentlichkeit waren 2007 die Auftritte am 25. und 26. August im Bundeskanzleramt in Berlin im Beisein von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel sowie auch die Konzertreise

vom 13. bis 16. September nach Szekszárd in Ungarn.

Mit einem professionellen Können versteht es Chefdirigent Uwe Renz das Orchester zu begeistern, musikalisch zu führen und großartige Auftritte auf höchstem Niveau zu präsentieren.

Impressionen des Auftritts der Jungen Philharmonie Ostwürttemberg im Garten des Bundeskanzleramtes

Die JPO vor dem Deutschen Bundestag



NEUE TOURISTISCHE ANGEBOTE – GESUNDHEIT UND WELLNESS

Tourismusbearbeitung ist Wirtschaftsförderung im ureigensten Sinne und hat deshalb auf der Ostalb einen hohen Stellenwert. Moderne Angebote in den Bereichen „Ferien auf Schwäbisch“, „Urlaub auf dem Bauernhof“, „Freizeit mit Sport, Kultur und Erholung“, „Motorrad-Genusstouren“ und der „OstalbCard“ haben sich in den vergangenen Jahren bestens bewährt. Daneben wurde mit Blick auf den Megatrend der Zukunft, den Gesundheits- und Wellnesstourismus, das Angebot „Gesunde Ostalb – gut für Körper, Geist und Seele“ mit Paketen für die Bereiche „Körper und Gesundheit, Seelische Gesundheit sowie Natur und Gesundheit“ entwickelt. Damit sollen die Übernachtungszahlen, die aktuell bei rund 600.000 liegen, auf der Ostalb weiter gesteigert werden.



Günter Höschle (l.) und Karl Trobbach (r.) werben auf der Stuttgarter CMT für die Ostalb

OSTALB-TEAMATHLON

Deutschlandweit erstmalig führte der Ostalbkreis am 20. Mai 2006 einen Team-Mehrkampf durch. An diesem „1. Ostalb-Teamathlon“ beteiligten sich 600 Aktive in 120 Teams. Im Mittelpunkt der Veranstaltung standen die Disziplinen Schwimmen, Nordic-Walking, Mountainbike fahren,



Rennrad fahren und Laufen. Durch diesen Wettbewerb fanden auch viele auswärtige Gäste den Weg auf die Ostalb und lernten dadurch die typische Ostalblandschaft kennen.

Aufgrund des großen Erfolges wurde ein Jahr später, am 19. Mai 2007, der „2. Ostalb-Teamathlon“ ausgetragen.

OSTALB-TAG AUF DER LANDESGARTENSCHAU

Darüber hinaus konnte durch verschiedene Sonderveranstaltungen die touristische Attraktivität auf der Ostalb weiter gesteigert werden. So beteiligte sich der Ostalbkreis am 18. Juni 2006 mit einem „Ostalb-Tag“ auf der Landesgartenschau in Heidenheim. Auf der großen Showbühne und an anderen Veranstaltungsorten im Brenzpark Heidenheim wurde Kultur aus den verschiedensten Sparten, von der Blasmusik über Chorvorträge und Theater, sportliche Vorführungen, ein Quiz, Showkochen und andere Präsentationen, dargeboten. ►

Der „Ostalb-Tag“ auf der Landesgartenschau Heidenheim wurde von den Besuchern begeistert angenommen.

KLEINKUNSTPREIS „SALZBURGER STIER“

Als kulturelles Highlight kann die Verleihung des „Salzburger Stiers“ im Mai 2007 genannt werden. Dieses dreitägige Festival fand vom 10. bis 12. Mai 2007 auf der Internationalen Musikschulakademie Schloss Kapfenburg statt. Für drei Tage war der Ostalbkreis Bühne für Auftritte von namhaften, internationalen Kabarettisten von Bozen über Österreich und der Schweiz bis nach Deutschland. Der „Salzburger Stier“, der renommierteste Kleinkunstpreis im deutschen Sprachraum, wird alljährlich an je einen Nachwuchskabarettisten aus Österreich, Deutschland und der Schweiz verliehen. Die Veranstaltung war für alle Beteiligten, aber auch für die Zuhörerinnen und Zuhörer des Sendegebietes des Südwestrundfunks und für den Ostalbkreis eines der vielen kulturellen Highlights.



KREISPARTNERSCHAFTEN

Die Jahre 2006 und 2007 waren geprägt durch die Begründung von drei weiteren kommunalen Partnerschaften. Im Oktober 2006 erfolgte die Unterzeichnung des Partnerschaftsvertrages zwischen den Gemeinden Hüttlingen und Cotignola. Im Mai des darauf folgenden Jahres erfolgte die Unterzeichnung der Partnerschaftsverträge zwischen Adelmansfelden und Bagnara und zwischen Abtsgmünd und Castel Bolognese. Im Mittelpunkt dieser Feierlichkeiten standen intensive Gespräche, gegenseitige Treffen der Bürgerinnen und Bürger und der Jugendlichen aus diesen Gemeinden.

Aus dem gegenseitigen Vertrauen zwischen der Provinz Ravenna und dem Ostalbkreis

sind neben der Kreispartnerschaft zwischenzeitlich insgesamt acht Gemeinde- und Städtepartnerschaften entstanden, die auf kommunaler Ebene „als Architekten für den Weiterbau am gemeinsamen Haus Europa“ betrachtet werden können. Diese Partnerschaftsdichte ist innerhalb einer Region einmalig in ganz Europa.

Ein weiterer Höhepunkt in den partnerschaftlichen Beziehungen zwischen der Provinz Ravenna und dem Ostalbkreis war die Ausstellung

„Die antiken Mosaiken von Ravenna“ im September 2007 in der Johanniskirche in Schwäbisch Gmünd, im Rathaus Aalen und im Landratsamt Aalen. Ravenna ist in der ganzen Welt für seine Mosaiken berühmt. Mit der Ausstellung kamen die Bürgerinnen und Bürger des Ostalbkreises in den Genuss, die jahrhundertealte Kunst der Provinz und der Stadt Ravenna bewundern zu können.



Landrat Klaus Pavel (ganz rechts) und Oberbürgermeister Wolfgang Leidig (2. v. r.), Schwäbisch Gmünd, mit dem Präsidenten der Provinz Ravenna Giangrandi bei der Ausstellungseröffnung in der Johanniskirche.

Dienstleister Geschäftsbereich Gesundheit

INFEKTIONS- KRANKHEITEN HABEN KONJUNKTUR

Die Infektionskrankheiten haben sich beim Geschäftsbereich Gesundheit zu einem Aufgabenschwerpunkt entwickelt. In den Jahren 2006 und 2007 sind verstärkt neue Infektionskrankheiten wie das durch die Rötelmaus übertragene Hanta-Virus aufgetreten, auch Magen-Darm-Erkrankungen mit Durchfall und Erbrechen, hervorgerufen durch den Noro-Virus waren besonders in den Winterhalbjahren zu beobachten. Außerdem ist der Ostalbkreis seit dem Sommer 2006 ein Endemiegebiet für die Früh-Sommer-Meningo-Enzephalitis (FSME), die durch Zecken übertragene Hirnhautentzündung. Deshalb wird die Impfung gegen FSME jetzt aktuell im Ostalbkreis allen empfohlen, die in Wald und Feld zu tun haben. Die Sorge vor einer großen Grippewelle, eine sogenannte Pandemie, sorgt für weitere Arbeit im Geschäftsbereich. Wie dieser gefährlichen Infektionskrankheit begegnet werden könnte, beschreibt der Pandemieplan für den Ostalbkreis. Ein ganz besonders interessantes und zukunftsweisendes Projekt ist das Gesundheitsnetz Ostalbkreis, eine Internet-Plattform zur Information über das Thema Gesundheit und die Anbieter von Dienstleistungen im Ostalbkreis.



Sehtest bei der Einschulungsuntersuchung
– Krankenschwester Jutta Wolf

Daneben sind die klassischen Themen eines Gesundheitsamtes wie Jugend- und Zahngesundheit der Ostalbkreis-Kinder sowie die Prävention und gesundheitliche Beratungen mit Aidsberatung, Tuberkulosefürsorge, Impfberatung und epidemiologische Gesundheitsberichterstattung zu erwähnen. Weiterhin werden zahlreiche ärztliche Gutachten für den öffentlichen Dienst, Gutachten nach dem Ausländer-, dem Unterbringungs- und dem Betreuungsgesetz erstellt. Wöchentliche Belehrungen nach dem Infektionsschutzgesetz werden in Aalen und Schwäbisch Gmünd für Personen im Umgang mit Lebensmitteln durchgeführt. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Hygiene und die Umweltmedizin, zu der auch die Überwachung der öffentlichen und privaten Wasserversorgungsanlagen sowie der Freibäder und Badeseen im Ostalbkreis gehört. Weitere Aufgaben sind die ärztlichen Gutachten für den Geschäftsbereich Versorgung und Integration (früher Versorgungsamt) sowie die Durchführung der zweiten Leichenschau in den Krematorien Aalen und Schwäbisch Gmünd.

NORO-VIREN

Nicht nur die Hanta-Viren sondern auch Erreger von Magen-Darm-Infekten waren in den letzten beiden Jahren ungewöhnlich aktiv. Das Noro-Virus, früher als Norwalk-like-Virus bezeichnet, treibt sein Unwesen und wurde sehr häufig nachgewiesen. Dieses Virus verursacht heftige Durchfälle und schwallartiges Erbrechen. Seine unangenehmste Eigenschaft ist allerdings seine leichte Übertragbarkeit. Schon wenige Viren lösen eine Infektion aus, somit stecken sich oft viele Menschen in kurzer Zeit an. Vor allem in Gemeinschaftseinrichtungen oder Altenheimen findet das Virus dann seine Opfer. Die Krankheit dauert

nur wenige Tage, eine ursächliche Therapie gibt es nicht.

Zur Vorbeugung ist eine gute Hygiene wichtig: häufiges Händewaschen und Händedesinfektion, Schutzkleidung, ggf. Mundschutz im Umgang mit Erkrankten, die erbrochen haben, weil ansonsten die Erreger durch die Luft den Weg zum nächsten Menschen finden.

In ganz Baden-Württemberg und darüber hinaus wurden vermehrt Fälle nachgewiesen. Im Jahr 2007 wurden alleine im Ostalbkreis etwa 500 Personen registriert, die an einer Magen-Darm-Erkrankung durch Noro-Viren erkrankt waren.

HANTA-VIREN

Zunahme von Erkrankungen durch Hanta-Viren

Hanta-Viren kommen weltweit vor. Sie sind nach einem Fluss in Korea benannt, wo in den 1950er Jahren während des Korea-Krieges Tausende Soldaten an einer besonderen Virusinfektion erkrankten. Die natürlichen Wirte der Hanta-Viren sind Mäuse und Ratten. Seit Beginn des Jahres 2007 wird in Süddeutschland ein starker Anstieg von Infektionen mit Hanta-Viren beobachtet. Waren in den letzten Jahren zwischen Null bis maximal 16 Fälle im Ostalbkreis jährlich gemeldet worden, so wurden im Jahr 2007 über 120 Fälle gezählt.

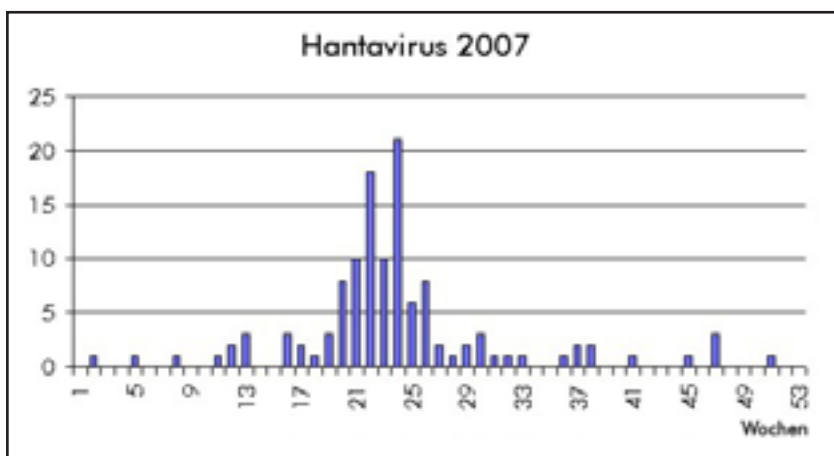


Rötelmaus (*Myodes glareolus*)

Die Viren werden mit Kot und Urin ausgeschieden und können über Tage und sogar Wochen ansteckend bleiben. Die Übertragung erfolgt durch Einatmen virushaltiger Aerosole, durch den Kontakt der verletzten Haut mit erregerehaltigem Staub oder durch Bisse. Die Inkubationszeit beträgt üblicherweise zwei bis vier Wochen; eine Übertragung von Mensch zu Mensch findet beim hier auftretenden Virentyp nicht statt. Hanta-Viren können beim Menschen

beim Ausfegen von Waldhütten, Gartenhäusern sowie von Garagen und Kellern in waldnahen Häusern. Denn diese werden im Winter gerne von Rötelmäusen aufgesucht. Bei solchen Tätigkeiten ist zuvor eine Sprühdesinfektion mit handelsüblichen Desinfektionsmitteln anzuraten und das Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes. Generell besteht jedoch kein Anlass, auf Spaziergänge oder Wanderungen auf Waldwegen zu verzichten.

Jahrhundert gab es drei Influenza-Pandemien: 1918, 1957 und 1968. Bei der großen Grippewelle im Jahr 1918 hatte sich die Hälfte der Weltbevölkerung mit dem Grippe-Virus infiziert, weltweit waren 20 Millionen Tote zu beklagen. Diese sogenannte „Spanische Grippe“ 1918/1919 forderte allein in Deutschland zirka 400.000 Todesopfer wie der Nationale Pandemieplan vom Mai 2007 feststellte. Die Grippewellen in den Jahren 1957 („Asiatische Grippe“) und 1968 („Hong-Kong-Grippe“) erreichten nicht diese Wucht, aber auch hier waren es noch jeweils rund eine Million Tote.



121 Erkrankungen durch Hantavirus im Ostalbkreis 2007

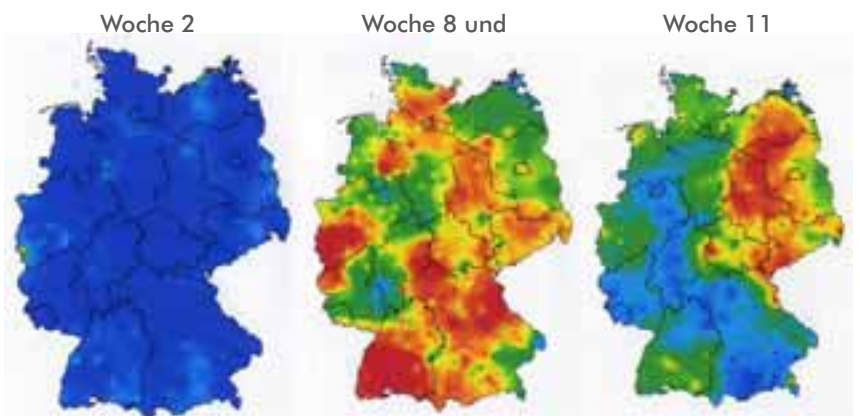
zu hoch fieberhaften Infekten mit Nierenversagen führen (Nephropathia epidemica). Jedoch kommt es nicht bei allen infizierten Personen zu einer derartig schweren Erkrankung. Häufig verläuft die Infektion auch ohne Symptome oder in Form eines grippalen Infektes. Die Schwäbische Alb und die angrenzenden Regionen sind als Endemiegebiete besonders betroffen, am meisten Gebiete und Landkreise, in denen Buchenwälder vorherrschen. Diese sind der Lebensraum der Rötelmaus, dem hierzulande wichtigsten Überträger dieser Erreger. Die aktuelle Häufung ist möglicherweise klimabedingt. Den milden Winter überlebten mehr Mäuse als sonst üblich.

PANDEMIE-PLAN DES OSTALBKREISES

Eine Influenza-Pandemie ist eine weltweite Grippe-Epidemie, die durch ein neuartiges Grippevirus verursacht wird und zu einer Erkrankungs- und Sterberate führt, die die üblichen Grippewellen um ein Vielfaches übertreffen. Im letzten

Obwohl das Ausmaß und der genaue Zeitpunkt einer zukünftigen Influenza-Pandemie nicht vorhergesagt werden können, gehen viele Experten davon aus, dass es deutliche Anzeichen gibt, die auf eine Pandemie in den nächsten Jahren hindeuten, wobei allerdings eine deutlich niedrigere Sterberate vermutet wird. Unkalkulierbar ist, welche Personengruppen besonders betroffen sind. Es spricht vieles dafür, dass es die chronisch Kranken, ältere Menschen und sehr kleine Kinder sind. Es kann aber auch ganz anders kommen, zum Beispiel, dass Menschen mit guter Immunitätslage schwer erkranken. Dies könnten auch Kinder und junge Erwachsene sein. Der Ostalbkreis hat deshalb einen Pandemieplan erar-

Influenza-Aktivität 2007



Stadien der Grippewelle 2006-2007 – Höhepunkt der Grippewelle in der 8. Kalenderwoche

Zum Schutz vor einer Infektion empfiehlt der Geschäftsbereich Gesundheit, das Aufwirbeln von erregerehaltigen Stäuben zu vermeiden, etwa

beitet, basierend auf den aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen, und will auf den Fall einer Influenza-Epidemie vorbereitet sein.

Jedes Jahr erkranken viele tausend Menschen an der Influenza, der „richtigen“ Grippe. Etwa 5.000 Menschen versterben jedes Jahr in Deutschland an dieser Krankheit, obwohl es gegen sie einen Impfstoff gibt. Jedes Jahr entstehen aus der Mischung verschiedener menschlicher und tierischer Grippe-Viren neue Erreger. Das genetische Material gruppiert sich neu und verändert dadurch die Eigenschaften des Erregers. Dies geschieht seit Tausenden von Jahren. Neu zu beobachten ist jedoch derzeit ein sehr aggressives und tödliches Vogelgrippevirus. Dessen Eigenschaften in einem menschlichen Virus wären eine hochbrisante Mischung.

Planung ist wichtig

Der Ostalbkreis plant für eine Pandemie-Situation, in der sich ca. 30% oder auch 50% der Bevölkerung mit einem Grippevirus anstecken. Viele werden dann erkranken und können ihre tägliche Arbeit nicht mehr verrichten, vermutlich werden sie sogar Hilfe von anderen benötigen oder in Kliniken behandelt werden. Aber dort werden schnell die Betten knapp werden, wenn die gleichen Maßstäbe angelegt werden wie in normalen Zeiten. Deshalb werden neue Modelle für ein solches Szenario benötigt. Krankenhaus- und Intensivbehandlung, Arztzugang, Medikamentenzugang – alles ist bei einer Vielzahl gleichzeitig auftretender Erkrankungen nur beschränkt verfügbar.

In einem solchen Fall muss die Gesellschaft mobilisiert werden. So kann als unterstützende Betreuung eine gute Nachbarschaftshilfe organisiert

werden. Eine hohe Anzahl Erkrankter innerhalb kurzer Zeit beeinflusst das tägliche Leben erheblich. Es fehlt überall an Personal, die Betriebe haben Probleme die Arbeitsfähigkeit in der Hochphase aufrecht zu erhalten, Schulen werden unter Umständen geschlossen, Kinder müssen betreut und Angehörige gepflegt werden.

Schutz durch Abstand und Kleidung

Schutz bietet eine Impfung. Der Impfstoff kann allerdings erst hergestellt werden, wenn das Virus bekannt ist, was rund sechs Monate dauern wird. In der Zwischenzeit muss ein Schutz durch mechanische Mittel geschehen wie Schutzkittel, Handschuhe, Mundschutz. Wichtig ist auch zu wissen, dass ein räumlicher Abstand zum nächsten Menschen die Übertragung erschwert. Viren können nicht sehr lange in der Luft überleben. Schutz kann auch ein Medikament bieten, das zur Prophylaxe eingenommen werden kann. Der Ostalbkreis ist sich seiner Verantwortung als Arbeitgeber bewusst und hat hier bereits Vorsorge getroffen.

ZAHNGESUNDHEIT IM OSTALBKREIS

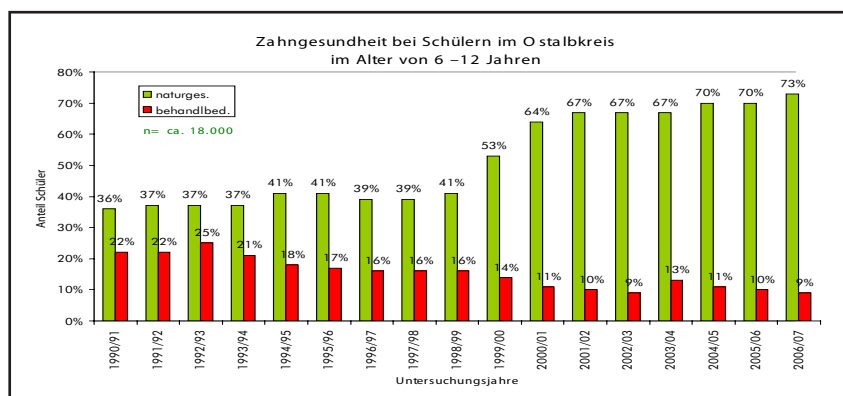
GESUNDE ZÄHNE BEI KINDERN – PROPHYLAXE FÜHRT ZUM ERFOLG

Gesunde Zähne bei Kindern sind eine Investition in die Zukunft. Im Schuljahr 2006/2007 wurden jeweils ca. 10.000 Kinder in Kindergärten und Schulen des Ostalbkreises zahnärztlich untersucht. Die Auswertung der Untersuchungsergebnisse bestätigte den erfreulichen Trend der letzten Jahre: Die Anzahl der naturgesunden Gebisse bei Kindern nimmt zu.



Zahnärztin Christina Fischer bei der Zahn-Fluoridierung

Allerdings profitieren nicht alle Kinder gleichermaßen von dieser positiven Entwicklung. Deshalb erhalten Schüler in Sonder- und Förderschulen und in einigen Schwerpunktgrundschulen neben der jährlichen Vorsorgeuntersuchung das Angebot, ihre Zähne durch das Auftragen eines Fluoridlackes vor Karies zu schützen. Der Geschäftsbereich Gesundheit begann vor einigen Jahren mit dieser Form der Intensivprophylaxe in der Martinusschule der Stiftung Lindenhof. Seit diesem Jahr wurde unter Beteiligung einiger niedergelassener Zahnärzte das Präventionsangebot auf alle Sonderschulen erweitert. Im vergangenen Schuljahr nahmen ca. 800 Schüler dieses spezielle Prophylaxeangebot an.





GESUNDHEITSNETZ OSTALBKREIS

ERSTES REGIONALES GESUNDHEITSPORTAL IM INTERNET

Unter www.gesundheitsnetz-ostalbkreis.de steht seit September 2007 das erste regionale Gesundheitsportal im Internet zur Verfügung. Der Ostalbkreis ist bereits seit 1998 mit einem umfassenden Auftritt im Internet präsent. Informationen rund um das Thema Gesundheit wie Auskünfte zum ärztlichen Notfalldienst, Tipps zur Ernährung, Empfehlungen für Impfungen und allgemeine Informationen über eine Vielzahl von Krankheiten sind hier schnell und übersichtlich als Angebot des Geschäftsbereiches Gesundheit abrufbar. Ergänzt wird dies durch den Pflegeführer Ostalb, einem eigenständigen Internetauftritt rund um das Thema Pflege im ambulanten, teilstationären und stationären Bereich. Dieses vielfältige Angebot wurde zum 1. September 2007 in das Gesundheitsnetz Ostalbkreis überführt und um zahlreiche Informationen rund um die Themen Gesundheit und Wellness angereichert.

Ein Projekt aus Media@KOMM- Transfer

Entstanden ist die Idee des Portals im Laufe der Zusammenarbeit des Landratsamtes mit der Stadt und dem Landkreis Rosenheim im bundesweiten und vom Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit geförderten Projekt Media@KOMM-transfer. Gemeinsam mit 19 weiteren Kom-

munen hatte der Kreis an diesem Projekt teilgenommen, um innovative Ideen zur Vereinheitlichung von IT-Standards zu entwickeln und in die Praxis umzusetzen.

Unter anderem sollte ein neues Angebot für die Bürgerinnen und Bürger und für alle Dienstleister im Bereich Gesundheit und Wellness, Handel und Gewerbe entstehen. Auch sollten alle Veranstaltungen und Fortbildungen im Ostalbkreis zum Thema Gesundheit und Wellness, alle Ärzte, Krankenkassen, Kliniken und medizinischen Dienste des Landkreises mit ihren Angeboten kompakt und übersichtlich dargestellt werden. Fragen wie „Wo kann man Einkäufe liefern lassen“, „Wo gibt es ein auch für ältere Menschen komfortables Kaufhaus“, „Wo eine barrierefreie Wohnung“ oder „Welche innovativen Gesundheitsprojekte gibt es im Kreis“? sollte das Gesundheitsnetz nach den Vorstellungen der Initiatoren in einer weiteren Ausbaustufe schnell beantworten können.

Auf der Grundlage eines gemeinsam von Rosenheim und dem Ostalbkreis erarbeiteten Spezifikationsberichtes entstand nach rund zweijähriger Vorbereitung unter der Federführung des Geschäftsbereiches Gesundheit das Gesundheitsnetz Ostalbkreis. Das Gesundheitsnetz soll sich in der Vollausbaustufe selbst tragen, weshalb sich Anbieter und Nutzer aktiv am Ausbau des Netzes beteiligen sollen.

Das Gesundheitsnetz Ostalbkreis ist eine Internetplattform, die alle verfügbaren Informationen rund um

das Thema Gesundheit für Gesunde, Kranke und Menschen mit Behinderungen bündelt und so den an Gesundheit und Gesundheitserhaltung interessierten Bürgerinnen und Bürgern komplexe Informationen zum Thema Gesundheit ohne längeres Suchen vollständig, bequem und unkompliziert zur Verfügung stellt. Nach der Anschubfinanzierung durch den Ostalbkreis haben maßgeblichen Anteil am laufenden Betrieb der Internet-Plattform die AOK, die GEK, die IKK, die Kreissparkasse Ostalb, das Lions-Hilfswerk e.V. und die Wahl-Druck GmbH Aalen als Gründungssponsoren.

Vielfältige und aktuelle Informationen

Ganz konkret finden sich im Gesundheitsnetz der Arzt-, Zahnarzt- und Apothekennotdienst und die Vergiftungszentralen. Alle Ärzte können dort gesucht und gefunden werden. Ein Teil der Ärzte stellt die Praxisleistungen, Ausbildungen von Ärzten und das Praxisteam mit Bildern und Artikeln dar und bietet den Patientinnen und Patienten einen besonders kundenfreundlichen Service. Selbstverständlich findet man auch alle Kliniken, einen wachsenden Teil von Apotheken und Pflegeeinrichtungen, Gesundheitsdienst- und Wellnessangebote, den Pflegeführer Ostalb oder den Internet-Auftritt von Herz-Hand-Verband. Neues wird in ständigem Wechsel auf der Home-Seite veröffentlicht – alle bislang eingestellten Artikel können in Gesundheitsinformation / Nachschlagewerk der Anbieter ein Jahr lang recherchiert werden. Wer weiß schon, was tun, wenn das Herz aus dem Takt kommt oder wie viele Frauen kennen das Forum Frauengesundheit Ostalb? Wer weiß, wie Depressionen erkannt und behandelt werden, und wer kennt die moderne Behandlung chronischer Wunden im

Netzwerk des Wundzentrums des Ostalb-Klinikums?

Auch viele interessante, stets aktuelle Informationen zu Infektionskrankheiten im Ostalbkreis und zu Impfungen, zu Badeseen des Landkreises und Hygienerichtlinien, zu Schimmelpilzbefall in Wohnungen, zu Sucht und Behinderungen und zu Gesundheit A-Z sowie zu Noro-, Hanta- oder Influenzavirus sind zu finden. Bei allen meldepflichtigen Erkrankungen des Ostalbkreises kann der neuste Stand abgerufen werden.

Kontrolle durch den Geschäftsbereich Gesundheit

Gesundheitsangebote im Ostalbkreis sind vom Geschäftsbereich Gesundheit auf Ausschlusskriterien Gesundheit geprüft und transparent gestaltet. Auf diese Weise können Bürgerinnen und Bürger die Qualität der Berichte selber einschätzen. So unterscheidet sich das Gesundheitsnetz von vielen anderen kommerziellen Informationsplattformen.

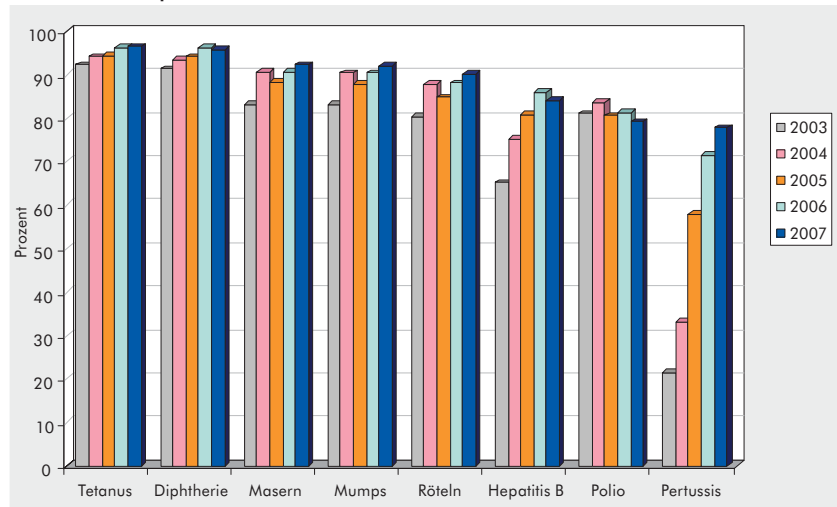
Das Gesundheitsnetz wächst beständig: Im Vollausbau sollen alle Gesundheitskurse und -vorträge im Terminkalender zu finden sein, damit der Interessierte auch unter den Angeboten wählen kann. „Schade, wenn ich gewusst hätte ...“ soll der Vergangenheit angehören. Auf diese Weise macht Prävention Spaß.

IMPFEN UND J1

Gute Zusammenarbeit mit den niedergelassenen Ärzten

Im Jahr 2007 wurde bereits zum fünften Mal vom Sachgebiet Jugend- und Zahngesundheit in Zusammenarbeit mit den niedergelassenen Kinder- und Jugendärzten und Hausärzten die Impfaufklärungsaktion mittels

Impfraten bei 7-Klässlern im Ostalbkreis 2003–2007



Fragebogen speziell für die Jugendlichen der 7. Klassen im Ostalbkreis durchgeführt. Ziel dieser Aktion ist es, über Impfungen zu informieren, die Durchimpfungsraten so zu erhöhen und die Inanspruchnahme der Jugendgesundheitsuntersuchung J1 bei den Jugendlichen zu steigern. Wie bereits in den Jahren zuvor nahmen auch 2007 fast ein Drittel aller Jugendlichen dieser Altersstufe an der Aktion teil.

Die Abfrage der Durchimpfung gegen die impfpräventablen Erkrankungen zeigte, dass sich die Durchimpfungsraten besonders gegen Keuchhusten (Pertussis) aber auch gegen Masern, Mumps und Röteln im Laufe der Jahre weiter gesteigert haben. Im Rahmen der Aktion wurden von den niedergelassenen Ärzten insgesamt 220 Impfungen verabreicht. Somit trägt die Aktion dazu bei, die Kinder und Jugendlichen im Ostalbkreis besser gegen Infektionskrankheiten zu schützen. Die Aktion stellt auch ein gutes Werkzeug da, die Jugendlichen und ihre Eltern an die Inanspruchnahme der Jugendgesundheitsuntersuchung J1 zu erinnern. Immerhin fast ein Fünftel der Jugendlichen ließen die J1 bei der Aktion durchführen, fast die Hälfte machte für einen späteren Zeitpunkt einen Termin für die J1 bei ihrem Arzt aus.

KOPFLÄUSE

Wenn es krabbelt ...

Kopfläuse sind eigentlich harmlose Parasiten, denn sie übertragen (im Gegensatz zu den Kleiderläusen) keine Krankheiten. Kopfläuse sind sehr gut an das Leben im Haar des Menschen angepasst, im Fell von Haustieren leben sie nicht. Kopfläuse sind sehr gute Eltern, das Weibchen legt ihre Eier (die sog. Nissen) nahe der Kopfhaut an den Haaren ab, an denen sie die Nissen mit einem wasserunlöslichen Klebstoff festklebt. Springen und fliegen können Kopfläuse nicht. Trotzdem verbreiten sie sich sehr leicht weiter, denn sie können flink krabbeln. Daher gilt nach wie vor: Jeder kann Kopfläuse bekommen! Daran ändert auch gute Körperhygiene nichts, vielmehr ist bekannt, dass sich Läuse in sauberem und gepflegtem Haar wohler fühlen als in ungepflegtem Haar. Auch durch häufiges Haare waschen bekommt man die Läuse nicht los.



Kopflaus stark vergrößert
- Originalgröße
ca. 2-3 mm

Wichtig ist es, einen Kopflausbefall frühzeitig festzustellen und dafür zu sorgen, die lästigen Parasiten rasch wieder loszuwerden. Dass das „Wieder-los-werden“ der Kopfläuse gar nicht so einfach ist, zeigte sich auch im letzten Jahren in einigen Schulen oder Kindergärten im Ostalbkreis, in denen Läuse z.T. erstmals nach den Pfingstferien auftraten und bis Weihnachten immer noch nicht verbannt waren.

Das „Wieder-los-werden“ der Läuse ist mit einem großen Arbeitsaufwand der betroffenen Familien verbunden. Der Geschäftsbereich Gesundheit berät alle Betroffenen, Eltern, Erzieher oder Lehrer. Jeder Kindergarten und jede Schule im Ostalbkreis erhielt vom Gesundheitsamt einen Hygieneordner, in dem auch der Umgang mit Läusen beschrieben ist. Der Ordner enthält Kopiervorlagen für Info-Zettel und vieles mehr. 2007 hat der Geschäftsbereich Gesundheit von ca. 400 Fällen Kenntnis bekommen und etwa 1.000 Läuse-Merkblätter bzw. Broschüren an Betroffene verteilt.

SELBSTHILFEGRUPPEN-TAG IN AALEN AM 4. MÄRZ 2006

Nach 2002 und 2004 fand Anfang März 2006 bereits zum 3. Mal der Tag der Selbsthilfegruppen im Ostalbkreis statt. Unter Mitwirkung von Landrat Klaus Pavel wurde zunächst mit allen Selbsthilfegruppen ein interessanter Abend gestaltet, bei dem vor allem die Zusammenarbeit der Selbsthilfegruppen mit den Krankenhäusern im Vordergrund stand. Vorbereitet wurde die Veranstaltung gemeinsam von den Selbsthilfegruppen im Ostalbkreis unter Moderation des Geschäftsbereichs Gesundheit.



VIP-Rundgang durch die Ausstellung beim Selbsthilfegruppen-Tag in Aalen von links: Ulla Hausmann MdL, Pfarrer Bernhard Richter, Erster Bürgermeister Dr. Eberhardt Schwerdtner, Landrat Klaus Pavel, Kreisrat Dr. Dieter Bolten, Bürgermeister Dr. Joachim Bläse, Rainer M. Gräter

Am Wochenende danach fand eine Ausstellung in der Stadthalle Aalen statt, bei der sich die weit über 50 Selbsthilfegruppen mit Infoständen und zahlreichen Angeboten präsentierten. Begleitet wurde die Veranstaltung durch einen bunten Reigen von informativen Vorträgen, Kabarett-Präsentationen und natürlich live dargebotener Musik.



HAUTAKTION SCHWÄBISCH GMÜND – „HAUT UNTER DER LUPE“

Die Haut ist unser größtes Organ. Sie hält den Regen ab, sie schützt uns vor der Sonne und das zuverlässig ein ganzes Leben lang. Unsere Haut kann aber auch Krankheiten bekommen. Besonders gefürchtet sind bösartige Hautkrankheiten wie der „Schwarze Hautkrebs“, das Melanom, das in den letzten Jahren weltweit und auch in Deutschland deutlich häufiger zu beobachten ist. Wegen dieser Entwicklung führt der Geschäftsbereich Gesundheit im Landratsamt Ostalbkreis gemeinsam mit den Hautärzten in Schwäbisch Gmünd seit nunmehr zehn Jahren die Aktion „Haut unter der Lupe“ durch. An diesen Aktionstagen, die vom Geschäftsbereich Gesundheit organisiert werden, besichtigen die

Hautärzte von Schwäbisch Gmünd kostenlos die Haut der Bürgerinnen und Bürger des Landkreises und suchen den gefürchteten Hautkrebs.



Bei der Hautaktion aktiv: Ärztin Claudia Ulmer und Dr. Klaus Walter (rechts) vom Geschäftsbereich Gesundheit sowie die Gmünder Hautärzte Dr. Tiedemann, Dr. Reinhard, Dr. Winker mit einem Probanden (Bild: Remszeitung)

Bei der letzten Aktion im Juli 2007 wurden 155 Personen von Kopf bis Fuß hautärztlich untersucht. Seit Beginn der Aktion 1996 nahmen mittlerweile über 2.500 Personen teil. Viele gefährliche Hautveränderungen wurden in dieser Zeit entdeckt. Bei der letzten Aktion wurden etliche Hautveränderungen gefunden, bei denen eine weitere Abklärung oder eine chirurgische Therapie erfolgen sollte. Ein Melanom, also ein schwarzer Hautkrebs, war nicht darunter, aber einige sogenannte Basaliome oder Spinaliome. Das sind auch Hautkrebse, die aber nicht so bösartig sind wie Melanome, jedoch ebenfalls behandelt oder chirurgisch entfernt werden müssen.

Die Bevölkerung nimmt den Hautschutz sehr ernst und lässt auch zwischen diesen Aktionen die Haut besichtigen, das sollte einmal im Jahr geschehen. So wurden in Schwäbisch Gmünd in den letzten Jahren deutlich mehr Hautkrebse gefunden als anderswo, allerdings waren sie kleiner als sonst in Deutschland und somit weniger gefährlich. Dieser Erfolg konnte nur durch die große Aufmerksamkeit gelingen, das dieses Thema seit Jahren durch die Haut-Aktionen und das begleitende Medien-Echo erregt.

Die Kliniken des Ostalbkreises

OSTALB-KLINIKUM AALEN

DER ARBEITGEBER OSTALB-KLINIKUM AALEN

Das Ostalb-Klinikum ist einer der größten Arbeitgeber in der Region. Es bietet über 1.000 hochqualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern attraktive Arbeitsplätze und gehört zu den Arbeitgebern in der Region mit dem größten Frauenanteil. Über alle Berufsgruppen beträgt der Frauenanteil 83 %, im Ärztlichen Dienst ist er von 20 % vor wenigen Jahren auf mittlerweile 60 % gestiegen. Gerade im Pflegedienst bietet das Klinikum vielfältige Teilzeitmodelle an, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern. Auch als Ausbildungsbetrieb kommt es mit knapp 90 Auszubildenden der Verantwortung für die Region nach und bildet 50 % über den eigenen Bedarf aus.

MEDIZINISCHE HIGHLIGHTS

Eröffnung des zweiten Herzkatheterlabors



Privat-Dozent Dr. Solzbach präsentiert den neuen Herzkathedermessplatz

Um den steigenden Bedarf nach Herzkatheteruntersuchungen zu erfüllen und zudem auch bei Ausfall und Wartungszeiten eine reibungslose und lückenlose Versorgung für die Patienten gewährleisten zu können, die mit akutem Koronarsyndrom (Herzinfarkt) ins Klinikum eingeliefert werden, war eine Aufrüstung des bisherigen Herzkatheterlabors durch ein zweites modernes Gerät notwendig. Insgesamt verfügt das

Ostalb-Klinikum nun über zwei Herzkathedermessplätze (erstes Gerät Baujahr 1999 und zweites Gerät Baujahr 2006). Das neue Gerät arbeitet mit dynamischen Flachdetektoren und erzielt so eine bestechende Bildqualität.

Zertifizierung Aalen DarmCentrum

Als zweites Zentrum in Baden-Württemberg ist das Aalen DarmCentrum von der Deutschen Krebsgesellschaft Ende 2006 zertifiziert und Ende 2007 bereits erfolgreich rezertifiziert worden. Seit August 2006 war eine Arbeitsgruppe unter Leitung der Chefärzte der Medizinischen Klinik I und der Chirurgischen Klinik I mit der Einrichtung des DarmCentrums beschäftigt. Bis zum Dezember 2006 wurden alle Diagnose- und Behandlungsarten einer Qualitätsevaluation unterzogen und etwa 150 Standards zu zertifizierbaren Patientenpfaden entwickelt. Das Darmzentrum arbeitet in einem interdisziplinären Netz mit Partnern einer Vielzahl von Bereichen zusammen. Seine Aufgabe ist die Verbesserung von Vorsorge, Diagnose und Therapie des Darmkrebses. Mit dem Aalen BrustCentrum und dem Aalen DarmCentrum verfügt das Ostalb-Klinikum nun über zwei von der Deutschen Krebsgesellschaft zertifizierte Zentren.



Eröffnung Chirurgische Praxis Dr. Holtz

Die Chirurgische Praxis Dr. Klaus Holtz ist seit Oktober 2006 Mieter im Me-

dizinischen Dienstleistungszentrum am Ostalb-Klinikum Aalen. Neben der ambulanten Patientenversorgung in den Praxisräumen bietet die Chirurgische Praxis Dr. Holtz ambulante Operationen in den Operationsälen des Klinikums an. Schwerpunkte der Praxis sind die Gefäßdiagnostik, die Venenchirurgie und Verödungsbehandlungen. Dr. Holtz ist darüber hinaus H-Arzt der Berufsgenossenschaft und damit zur ambulanten Behandlung von chirurgischen Notfällen berechtigt.



Dr. Holtz mit seinem Praxisteam

Einrichtung von Sterbeziimmern – Beispielhafte Kooperation des Pflegedienstes mit dem Hospiz- dienst Aalen

Das Krankenhaus ist nicht nur ein Ort der Heilung, in unserer Gesellschaft ist es auch häufig der Ort des Sterbens. Etwa die Hälfte der Menschen versterben im Krankenhaus. Dort ist man häufig nicht darauf eingerichtet, sowohl was die räumliche Situation betrifft als auch die Ausbildung der Pflegepersonen. Um diese Situation zu verbessern, hat das Ostalb-Klinikum eine Kooperation mit dem Hospizdienst Aalen vereinbart. Durch die Einrichtung von speziellen Zimmern



ist ein Sterben im Kreis der Familie in einer Atmosphäre möglich, die

anders ist als ein karges Krankenzimmer. Die Pflegedirektion hat zudem eine Qualifizierungsoffensive für Mitarbeiter in der Zusatzqualifikation „Palliative Care“ angestoßen, um die Hospiz-Mitarbeiter zu unterstützen.

Baubeginn Praxis für Strahlentherapie

Ende Januar 2007 wurden die Verhandlungen über einen Miet- und einen Kooperationsvertrag mit zwei niederlassungswilligen Strahlentherapeuten erfolgreich abgeschlossen. Die Planungsarbeiten für den Neubau südlich des Klinikums dauerten etwa ein Quartal. Mit dem Bau konnte Anfang Juli 2007 begonnen werden. Die Übergabe des veredelten Rohbaus an die Praxis ist für Mitte Januar 2008 terminiert. Nach Einbau der Medizingeräte kann der Praxisstart Anfang März 2008 erfolgen. Mit der Praxis für Strahlentherapie erhält der Ostalbkreis eine wichtige Ergänzung des medizinischen Leistungsspektrums. Bisher mussten Patienten für die Strahlentherapie Kliniken außerhalb des Kreises aufsuchen. Auch für die onkologische Kompetenz des Ostalbklinikums ist die Strahlentherapie ein wichtiger Mosaikstein. So fordert die Deutsche Krebsgesellschaft z. B. bei der Zertifizierung von onkologischen Zentren im Idealfall eine Strahlentherapie vor Ort, mindestens aber eine Kooperationsvereinbarung mit einem Strahlentherapiezentrum. Mit den beiden Ärzten Dr. Röddiger und Dr. Kurek konnten zwei ausgewiesene Fachleute für Aalen gewonnen werden.



Team der Strahlentherapie

Neuer Chefarzt in der Radiologie

Seit dem 1. Januar 2007 ist Dr. Holger Nissen neuer Chefarzt der Klinik für Radiologie im Ostalb-Klinikum Aalen. Dr. Nissen kommt vom Diakonie-Krankenhaus in Rotenburg/Wümme. Er ist ausgewiesener Fachmann für interventionelle Radiologie und wird diesen Bereich im Ostalb-Klinikum ausbauen. Mit der gegen Ende 2007 auf den Weg gebrachten Neugestaltung der Kooperation mit der Radiologischen Praxis Dres. Schmidberger, Heuchemer, Kolb, Fröhlich ist der Weg frei für die Anschaffung eines zweiten Kernspintomographen am Standort Ostalb-Klinikum unter der Regie des Klinikums. Ende 2008 werden am Standort Ostalb-Klinikum zwei MRT Geräte, drei CTs (Krankenhaus, Praxis Radiologie, Praxis Strahlentherapie), eine hochmoderne digitale Mammographie (Praxis Radiologie) sowie eine neue Gammakamera in der Nuklearmedizin (Praxis Radiologie) für die ambulanten und stationären Patienten verfügbar sein.



Chefarzt Dr. Nissen

Neuer Schwerpunkt „Elektrophysiologische Untersuchungen“

Seit gut acht Jahren wird der kardiologische Schwerpunkt des Ostalb-Klinikums konsequent weiterentwickelt. In den beiden Herzkatheterlaboren können Patienten mit koronarer Herzerkrankung oder einem Herzinfarkt zeitnah und nach den aktuellen medizinischen Leitlinien behandelt werden. Auch die Implantation von allen gängigen Herzschrittmachern und Defibrillatoren hat sich zu einem

wichtigen Standbein entwickelt. Es blieb bislang jedoch noch eine Versorgungslücke: die elektrophysiologische Untersuchung (EPU). Sie ist das Mittel der Wahl bei Patienten mit bestimmten Herzrhythmusstörungen, z.B. Vorhofflattern/-flimmern, AV-nodalen Reentry-Tachykardien und anderen supraventrikulären Herzrhythmusstörungen. Bisher konnten Patienten mit diesen teilweise lebensbedrohlichen Erkrankungen nur in weiter entfernten Herzzentren untersucht und gegebenenfalls therapiert werden. Nun ist auch diese letzte kardiologische Versorgungslücke auf der Ostalb geschlossen.



Elektrophysiologische Untersuchung

Neuer Chefarzt in der Frauenklinik

Seit dem 1. August 2007 ist Dr. Karsten Gnauert neuer Chefarzt der Klinik für Frauenheilkunde und Geburtshilfe im Ostalb-Klinikum Aalen. Er wird in fünf Schwerpunkten die gute Positionierung der Frauenklinik in der Region festigen und ausbauen.

1. Zertifiziertes Aalen BrustCentrum
2. Perinatalzentrum
3. Gynäkologische Onkologie
4. Endoskopische Operationen
5. Allgemeine Gynäkologie



Chefarzt Dr. Gnauert

Neuer Schwerpunkt „Kinderdiabetes“

Aktuell sind über 20.000 Kinder und Jugendliche bis zum 19. Lebensjahr von dieser Stoffwechselerkrankung allein in Deutschland betroffen, Tendenz steigend. Das Ostalb-Klinikum hat diese Situation aufgegriffen und unter der Leitung von Oberarzt Dr. Markus Krüger in der Kinderklinik einen neuen Schwerpunkt aufgebaut. Das interdisziplinäre Diabetesteam bietet unter anderem:

- Diagnostik und Therapie aller möglichen Diabetesformen im Kindes und Jugendalter
- Alle Insulintherapieformen (bedarfsorientiert) mit allen auf dem Markt befindlichen Insulinarten
- Behandlung und Neueinstellung bei Stoffwechsellentgleisung

- Schulung und Betreuung von Kindern und deren Angehörigen bei Diabetes-Manifestation



Kinderdiabetes-Oberarzt Dr. Krüger

Integrierte Versorgung „Netzwerk Essstörungen“

Im Ostalbkreis hat sich 2002 ein Kreis aus Ärzten, Psychologen und Sozialpädagogen gebildet, die mit essgestörten Patienten arbeiten, das „Netzwerk Essstörungen im Ostalbkreis“. Es soll den Betroffenen einen niedrigschwelligen Zugang zu den Behandlungsangeboten über Bera-

tungsstellen, Haus- und Fachärzten ermöglichen.

Ziel ist es, bestehende Hilfsangebote für anorexie- und bulimieerkrankte Patientinnen besser aufeinander abzustimmen sowie vorhandene Lücken zu schließen. Dabei geht es auch um die abgestufte Verzahnung der Angebote Prävention, Beratung, Diagnostik, Motivation, Psychoedukation, ambulante und stationäre Psychotherapie, Krisenintervention sowie Nachsorge. Um die sektorenübergreifende und interdisziplinäre Versorgung der Betroffenen zu gewährleisten und zu verbessern, wurde Ende März 2007 ein Vertrag zur Integrierten Versorgung mit der AOK Ostalb und der AOK Schwäbisch Gmünd abgeschlossen.

ST. ANNA-VIRNGRUND-KLINIK ELLWANGEN

BAUMASSNAHMEN UND ZUSAMMENSCHLUSS MIT DER ST. ANNA-KLINIK

Exakt zum Jahreswechsel 2006/2007 wurde die strategische Neupositionierung der Ellwanger Kliniklandschaft nicht nur im neuen Kliniknamen St. Anna-Virngrund-Klinik Ellwangen sichtbar, sondern vielmehr im erweiterten Leistungsspektrum einer Abteilung für Frauenheilkunde und Geburtshilfe. In den hochmodernen und schön gestalteten Räumen des Neubaus nahm diese Abteilung für Frauenheilkunde und Geburtshilfe zum Jahresbeginn 2007 ihren Betrieb auf; gleichzeitig wurde mit diesem Schritt die Integration der St. Anna-Klinik in die Virngrund-Klinik vollzogen. Dieser Fachbereich ergänzt mit der operativen Gynäkologie hervorragend das bereits seit vielen Jahren etablierte koloproktologisch-

urologische Leistungsspektrum. Im nichtoperativen Segment rundet die Geburtshilfe hervorragend das Leistungsspektrum der St. Anna-Virngrund-Klinik ab.



Belegarztteam der Abt. für Frauenheilkunde und Geburtshilfe im Kreißsaal (v.l.n.r.): Dr. Hock, Dr. Kurz, Dr. Mickan-Januszewski, Dr. Mickan, Dr. Nikolajek, Dr. Beuttler

Die bauliche Innovation wurde auch in den Jahren 2006/2007 zum Zukunftsmotor der St. Anna-Virngrund-Klinik. Mit der baulichen Fertigstellung des Betten- und Behandlungsbaus Operative Fachbereiche (BA 3 - Bauteil D) und dem Umzug der Inneren

Abteilung in den Interimsneubau (BA 2a) sind alle Patientenzimmer zu Beginn des Jahres 2007 erstmalig nach fast fünfzig Jahren in einem baulichen Topzustand.



Luftbild der St. Anna-Virngrund-Klinik



Patientenzimmer



Aufenthaltbereich

Die Bedeutung dieses Neubaus für die St. Anna-Virngrund-Klinik wurde mit zahlreichen Großveranstaltungen gewürdigt. Einen besonderen Höhepunkt bildete der Informationsbesuch von Sozialministerin Dr. Monika Stolz am 10. November 2007. In Anwesenheit von Landrat Klaus Pavel, Winfried Mack MdL, Oberbürgermeister Karl Hilsenbek, den Vertreterinnen der St. Anna-Ordensgemeinschaft und zahlreichen Kreisrätinnen und Kreisräten stellten die Vertreter der St. Anna-Virngrund-Klinik das Leistungsspektrum, die bauliche Situation und die Zukunftsperspektiven der Klinik vor. Abgerundet wurde der Besuch mit einem Rundgang durch alle Gebäudeteile der Klinik einschließlich dem kurz vor der Fertigstellung stehenden Neubau.



Besuch der Sozialministerin Dr. Monika Stolz (1. Reihe v.l.n.r.):

PD Dr. Jung, Winfried Mack MdL, Sozialministerin Dr. Stolz, Prof. Dr. Ultsch, Oberbürgermeister Hilsenbek, Landrat Pavel, Klinik-Direktor Luft

Die offizielle Eröffnung der neuen St. Anna-Virngrund-Klinik mit der Segnung des Neubaus am 15. Dezember 2006 bildete ein weiteres Highlight in der Inbetriebnahme des Betten- und Behandlungsneubaus.



Offizielle Eröffnung der St. Anna-Virngrund-Klinik am 15.12.2006 – Bildübergabe der Architektin Frau Eggert-Muff für den Wartebereich Kreißsaal (v.l.n.r.): Landrat Pavel, Generaloberin Sr. Veronika Mätzler, Frau Eggert-Muff

Der breiten Öffentlichkeit wurde der Neubau am Tag der Offenen Tür am 17. Dezember 2006 präsentiert. Tausende von Besuchern nutzten die Gelegenheit, sich an mehr als 100 Informationsständen und Vorführungen über das Leistungsspektrum der St. Anna-Virngrund-Klinik umfassend zu informieren. Gleichzeitig konnten sämtliche Neubauteile in einem Rundgang besichtigt werden; hierbei bestand die einmalige Gelegenheit, in ansonsten der Öffentlichkeit nicht zugänglichen Bereiche einen intensiven „Blick hinter die Kulissen“ eines Krankenhauses zu werfen.



Tag der Offenen Tür am 17.12.2006 – Innere Abteilung in neuen Räumen – Blick ins Atrium

Praktisch nahtlos wurde die Gesamtbaumaßnahme bereits zum Jahresbeginn 2007 mit dem Neubau des Eingangsbereiches (BA 3 - Bauteil E) fortgesetzt. Mit der Fertigstellung dieses Bauteils im Jahr 2008 und dem sich zeitlich unmittelbar anschließenden Neubau für Innere Medizin und weitere Funktionsbereiche wird die bauliche „Zielgerade“ nach mehr als zehn Jahren erreicht sein.

NEUE KOOPERATIONEN

Neue medizinische Kooperationsmodelle bestimmten auch die Jahre 2006 und 2007. Während mit der konzeptionellen Präsentation für die Ansiedlung eines interdisziplinären Arzt- und Therapiezentrum (ATZ) ein mittelfristiges Projekt der St. Anna-Virngrund-Klinik am 14. März 2006 angestoßen wurde, wurde mit der Ansiedlung der Praxis für Schmerztherapie von Jürgen Langer ein langfristiges Projekt am 1. August 2006 bereits erfolgreich gestartet. Langer war seit vielen Jahren als Anästhesist an der St. Anna-Virngrund-Klinik tätig. Die einjährige Zusatzausbildung in „Spezieller Schmerztherapie“ wurde von ihm als gemeinsames Projekt im Schmerztherapiezentrum Bad Mergentheim absolviert. Mit der Praxisniederlassung von Jürgen Langer wird die schmerztherapeutische ambulante Unterversorgung im Ostalbkreis geschlossen. Die St. Anna-Virngrund-Klinik verspricht sich von der Kooperation eine wichtige Ergänzung in der angestrebten Etablierung eines stationären Zentrums für Schmerztherapie.

Mit der Wahl von Privat-Dozent Dr. Prengel zum Chefarzt für Anästhesie, Intensivmedizin und Schmerztherapie am 19. Juli 2005 wurde vom Krankenhausausschuss bereits die richtungsweisende Grundsatzentscheidung für diese zusätzliche Schwerpunktbildung getroffen. Nachdem ein weiterer Facharzt der Abteilung die einjährige schmerztherapeutische Zusatzausbildung im Jahr 2007 erfolgreich abgeschlossen hat, wird mittelfristig die Etablierung einer stationären Schmerzklinik mit fünf Betten angestrebt.

Die Ansiedlung von weiteren medizinischen Kooperationspartnern fand mit einer Logopädie-Praxisgemeinschaft und einer Zweitpraxis

für Ergotherapie Mitte des Jahres 2007 ihre erfolgreiche Fortsetzung. Beide Bereiche ergänzen gleichermaßen das vorhandene stationäre Versorgungsangebot der St. Anna-Virngrund-Klinik als auch das ambulante Therapieangebot der Raumschaft Ellwangen. Mit der räumlichen Anbindung an die Klinik in der ehemaligen Urologie entstanden optimale Voraussetzungen für eine zukunftsorientierte Vernetzung ambulanter und stationärer Leistungsangebote.

Neben diesen Kooperationsprojekten wurde auch das klinikeigene ambulante Versorgungsangebot der Abteilung für Kinder- und Jugendpsychiatrie im Jahr 2006 innovativ erweitert. Mit der offiziellen Eröffnung der Psychiatrischen Institutsambulanz (PIA) – Außenstelle an der Jugendhilfeeinrichtung St. Canisius in Schwäbisch Gmünd wurde am 17. Januar 2006 ein weiteres landesweit einmaliges Modellprojekt erfolgreich auf den Weg gebracht. Der besondere Vorteil dieser Außenstelle liegt in einer familienfreundlichen und wohnortnahen Patientenversorgung.

Mit dem Ausbau der im Jahr 2005 begonnenen Kooperation mit der Chirurgischen Gemeinschaftspraxis Bair, Dr. Laskowski, Dr. Wiest aus Neu-Ulm wurde die endoprothetische Versorgung im Knie- und Schulterbereich fester Bestandteil des Leistungsspektrums der St. Anna-

Virngrund-Klinik Ellwangen. Durch die auf dieses Indikationsspektrum spezialisierten Ärzte ist eine hervorragende Versorgungsqualität garantiert. Aus Patientensicht bestätigte sich der Vorteil einer lückenlosen prä-, inter- und poststationären Behandlungskette in heimatnaher stationärer Versorgung in der St. Anna-Virngrund-Klinik.

Neben den vielfältigen Kooperationen bestimmten auch zahlreiche Großereignisse die Jahre 2006 und 2007. Zum Jahresbeginn 2006 wurde der langjährige Chefarzt der Abteilung für Anästhesie und Intensivmedizin, Dr. Karl-Ludwig Eckstein, nach mehr als 30 Jahren erfolgreicher Tätigkeit in den wohlverdienten Ruhestand verabschiedet. In der offiziellen Feierstunde am 12. Januar 2006 wurde gleichzeitig Privat-Dozent Dr. Andreas Prengel als Nachfolger der Abteilung für Anästhesie, Intensivmedizin und Schmerztherapie offiziell in sein Amt eingeführt.

Die St. Anna-Virngrund-Klinik hat im Zuge ihrer umfassenden Neubaumaßnahmen nicht nur die Gebäudestruktur, sondern auch die medizinische Ausstattung konsequent erneuern können. Darüber hinaus investiert die Klinik alljährlich in Maßnahmen für den medizinischen Fortschritt. Die Einführung der Kapselendoskopie (Minikamera) Mitte des Jahres 2007 komplettiert das diagnostische Behandlungsspektrum bei bestimmten Darmerkrankungen.

PRÄVENTION IST WICHTIG

Neben der Behandlung und Heilung vielfältiger Krankheitsbilder betrachtet die St. Anna-Virngrund-Klinik auch die Prävention von Erkrankungen als eine ihrer Hauptaufgaben. In den Jahren 2006 und 2007 fanden zahlreiche Fachvorträge aller Disziplinen für die interessierte Öffentlichkeit in der Klinik statt. Hierbei reichte die Themenpalette von Herz-Kreislaufkrankungen, Schlaganfall, urologischen (z.B. Erkrankungen der Prostata) und gynäkologischen Krankheitsbildern (z.B. Mammatumore), Darmerkrankungen mit dem Chirurgeschen Symposium „20 Jahre Koloproktologie“ an der Virngrund-Klinik Ellwangen am 21. Oktober 2006, Notfallmedizin und Schmerztherapie, Hämatologie-Onkologie, Demenzerkrankungen bis hin zu Fachvorträgen aus dem Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie. Bei den Fachvorträgen legt die St. Anna-Virngrund-Klinik einen besonderen Wert auf eine gleichermaßen interdisziplinäre als auch gemeinschaftliche Vorbereitung und Durchführung mit den Kooperationspartnern der Klinik (z.B. Selbsthilfegruppen, niedergelassene Ärzte und Therapeuten, Spezialkliniken, Krankenkassen etc.).

KLINIKUM SCHWÄBISCH GMÜND

BAUMASSNAHMEN UND ERWEITERTES LEISTUNGSSPEKTRUM

Margaritenhospital wird in die Stauferklinik integriert

Einstimmig fiel im Kreistag im Juli 2006 der Beschluss aus, an der Stauferklinik Mutlangen eine neue Frauen- und Kinderklinik zu bauen. Das Margaritenhospital wird dann räumlich integriert. Ein zentraler Standort bietet effizientere Behandlungsmöglichkeiten und erhöhte Wirtschaftlichkeit. Zudem sollen die Eingangshalle und die Intensivstation saniert und OP-Säle und die Sterilisation erneuert werden. Auch ein Neubau der Klinikapelle ist vorgesehen. Fördermittel des Landes wurden im Oktober zugesagt.

Schon am 9. Februar 2007 erfolgte durch Kinder der Grundschule Mutlangen der erste Spatenstich für das 37,2 Mio. Euro Projekt, das mit 23 Mio. Euro vom Land gefördert wird. Die Bettenzahl des Klinikums Schwäbisch Gmünd wird sich von 507 auf 401 reduzieren. Statt der aufgegebenen 10.000 m² Fläche im Margaritenhospital umfasst der Neubau 2.500 m².

Nach neunmonatiger Bauzeit konnte am 23. November 2007 Richtfest gefeiert werden. Landrat Pavel dankte allen am Baufortschritt Beteiligten für ihre gute Arbeit. Für den Freundeskreis des Klinikums Schwäbisch Gmünd überreichte Alt-Bürgermeister Heinz Hartmann einen Scheck über 30.000 Euro, der für den Bau der Klinikapelle verwendet werden soll.



Spatenstich zum Neubau

Digitale Radiologie

Im März 2007 wurde die Digitalisierung der Radiologie erfolgreich abgeschlossen. Für stationäre und ambulante Patienten werden jährlich ca. 55.000 Röntgenbilder angefertigt, die z. T. 30 Jahre aufbewahrt werden müssen. Um die Archivierung „papierlos“ zu vereinfachen und für alle Nutzer schnelle Zugriffe am PC zu ermöglichen, wurde mit einem Kostenaufwand von 800.000 Euro das Radiologie-Informationssystem (RIS) und das Bildarchivierungssystem (PACS), das digitale Röntgenbilder archiviert, installiert.

Palliativstation für Schwerstkranke

Am 12. Juni 2007 übergab Landrat Klaus Pavel die im Ostalbkreis einmalige Palliativstation (Leitender Arzt Dr. med. Wolfgang Grimminger) an der Stauferklinik ihrer Bestimmung. Unheilbar Kranken werden hier mit einem Netzwerk aus Ärzten, Palliativpflegekräften, Seelsorgern, dem Sozialdienst sowie den Sozialstationen, der Brückenpflege und dem Hospizdienst Schmerzen gelindert, Ängste genommen und die Gelegenheit gegeben, Konflikte zu lösen und Vorsorge zu treffen. Die Tage der Kranken werden wieder mit Leben gefüllt.

Neues Herzkathederlabor geht in Betrieb

Der Freundeskreis des Klinikums Schwäbisch Gmünd hatte im Juni 2006 der Klinikleitung eine Spende über 100.000 Euro für die Einrich-

tung eines Linksherzkathetermessplatzes zukommen lassen. Weitere 50.000 Euro folgten in 2007. Am 7. November 2007 ging das neue Herzkatheterlabor mit Gefäßmedizinischem Messplatz in Betrieb. Das kardiologische Aufgabenspektrum (Leitender Arzt Dr. med. Mirko Kriwokuca) ist am Klinikum Schwäbisch Gmünd damit komplettiert. Der neue Arbeitsplatz wird neben der Kardiologie auch von den Abteilungen Radiologie und Gefäßchirurgie genutzt. Die interdisziplinäre Nutzung war mit ausschlaggebend für die Förderung durch das Land Baden-Württemberg (600.000 Euro) bei einer Gesamtinvestitionssumme von 1,3 Mio. Euro.



Klinik-Direktor Hees (links) und PD Dr. Hebart (3. v. rechts) mit dem Ärzteteam am neuen Arbeitsplatz

Radiologie geht auf Gemein- schaftspraxis am Klinikum über

Zum Ende des Jahres 2007 ging der langjährige Chefarzt der Zentralen Radiologischen Abteilung, Priv.-Doz. Dr. med. Hendrik Treugut, in den Ruhestand. Die Betriebsleitung und Landrat Pavel haben dem Krankenhausausschuss vorgeschlagen, die Chefarztstelle nicht neu zu besetzen, sondern die Verantwortung für die radiologische Versorgung der stationären und ambulanten Patienten

vollständig der am Klinikum angesiedelten Gemeinschaftspraxis Dr. Görner/Dr. Hartmann/Dr. Kosin zu übertragen. Der Krankenhausausschuss stimmte dem zu. Mitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung dürfen nur im Rahmen der Notfallbehandlung oder nach Überweisung durch niedergelassene Fachärzte zur ambulanten Behandlung die Leistung einer Klinik in Anspruch nehmen. Für die stationäre Versorgung der Patienten müssen aber ein moderner Gerätepark, Räumlichkeiten und rund um die Uhr Personal vorgehalten werden. Dies führte im althergebrachten Chefarztmodell zu unzureichender Auslastung.



v. l. n. r.: Landrat Pavel, Dr. med. Josef Hartmann, Dr. med. Claus Görner und Klinik-Direktor Hees mit dem Kernspintomographen

Durch die Gründung der Praxis im Januar 1998 konnte der niedergelassene radiologische Bereich abgedeckt werden. So erhöhten sich Auslastung und Wirtschaftlichkeit. Heute steht zur radiologischen Befundung eine qualitativ hochwertige Geräteausstattung mit zwei Computertomographen und zwei Kernspintomographiegeräten zur Verfügung.

Im November 2007 konnten die neuen Räumlichkeiten des Kernspintomographischen Zentrums mit einem Hightech-Gerät, wie es sonst nur in Universitätskliniken zu finden ist, der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Die Klinik hatte im Rahmen der Sanierungsarbeiten durch die sogenannte Innenhofüberbauung die räumlichen Voraussetzungen für einen zentralen

Diagnostikbereich geschaffen. Die Gemeinschaftspraxis wird nach Erwerb des modernen Gerätes in Kürze auch das betriebene Zweitgerät auf hohem Niveau ersetzen.

Schwäbisch Gmünder Klinik wird „Zertifiziertes Darmzentrum“

Am 26. und 27. November 2007 erfolgte das Zertifizierungsaudit des Darmzentrums Schwäbisch Gmünd durch die TÜV Süd Management Service GmbH. Das Klinikum Schwäbisch Gmünd ist bis zum 19. Dezember 2010 zertifiziert für den Geltungsbereich „Interdisziplinäres Darmzentrum“ nach DIN ISO 9001:2000. Leiter des Darmzentrums sind PD Dr. med. Holger Hebart (Chefarzt am Zentrum für Innere Medizin) und Prof. Dr. med. Rudolf Roscher (Chefarzt der Visceral- und Gefäßchirurgie). Das Darmzentrum ist ein Netzwerk aus kompetenten Kooperationspartnern im fachärztlichen-stationären und fachärztlichen niedergelassenen Bereich und im nichtärztlichen Bereich (Selbsthilfegruppen, Stoma-Versorgung, Ernährungsberatung, Beratung bei Sondenernährung, Physiotherapie, Sozialdienst, Seelsorge, Brückenpflege und Hospizdienst).

Das Darmzentrum Schwäbisch Gmünd arbeitet im Verbund mit dem Onkologischen Schwerpunkt Ostwürttemberg.



v. l. n. r.: Prof. Roscher, Landrat Pavel, PD Hebart, Klinik-Direktor Hees

PERSONALIEN

Privatdozent Dr. med. Holger Hebart

trat zu Beginn des Jahres 2006 die Nachfolge von Prof. Dr. med.



Albert als Vorstandssprecher des Onkologischen Schwerpunkts Ostwürttemberg an. Der Onkologische Schwerpunkt wurde 2002 gegründet und wird gemeinsam von den Kliniken der Landkreise Ostalbkreis und Heidenheim getragen. Er hat die Aufgabe, interdisziplinär die Voraussetzungen für Diagnose und Therapie von Tumorpatienten zu optimieren.

Hebart ist seit 2005 Chefarzt des Zentrums für Innere Medizin und spezialisiert auf Diagnostik und Therapie von Blut- sowie Tumor-erkrankungen. Im Juni 2006 wurde Hebart zum außerplanmäßigen Professor der Universität Tübingen ernannt. Hebart habilitierte sich im Juli 2001 mit der Habilitationsschrift „Neue Strategien in der Behandlung der CMV-Infektion nach Stammzelltransplantation“.

Dr. med. Erik Schlicht

bisher kommissarische Leitung der Abteilung für Geburtsmedizin im Margaritenhospital, wurde zum 1. April 2006 zum Chefarzt der Abteilung ernannt. Schlicht ist zugleich Chefarzt der Abteilung Frauenheilkunde an der Stauferklinik.



Am 1. Mai 2006 ging **Dr. med. Peter Holzrichter** nach 25 Jahren als Chefarzt der Abteilung für Anästhesiologie und Intensivmedizin an der Stauferklinik und seit 16 Jahren Ärztlicher Direktor des Klinikums Schwäbisch Gmünd in den Ruhestand.



VERANSTALTUNGEN, PROJEKTE UND KOOPERATIONEN

Onkologischer Patiententag

Am 20. Mai 2006 fand der 1. Onkologische Patiententag am Klinikum Schwäbisch Gmünd statt. Initiator der Veranstaltung war PD Dr. med. Holger Hebart, Chefarzt am Zentrum für Innere Medizin. Vorträge aus dem onkologischen Themenbereich, Expertenfragerunden und Workshops sowie Informationen von zahlreichen Tumor-Selbsthilfegruppen machten den Patiententag für Betroffene und behandelnde Ärzte zu einem großen Gewinn. So fand im Juni 2007 der 2. Onkologische Patiententag statt.

Klinisches Ethik-Komitee

Für den Bereich Geburtsmedizin/Perinatalmedizin wurde im Juni 2006 ein „Klinisches Ethik-Komitee“ etabliert. Der medizinische Fortschritt besonders in der Geburtsmedizin stellt Eltern, Ärzte und Pflegekräfte immer öfter vor rechtliche und ethische Fragen im Hinblick auf Fortsetzung oder Abbruch einer Behandlung. Nur ein Team qualifizierter Mitarbeiter, bestehend aus einem Perinatalmediziner, einem Neonatologen, einer Leitenden Hebamme, dem Pflegedirektor, einem Psychiater und einem Seelsorger kann bei wichtigen Entscheidungen einen fachgerechten, alle Aspekte umfassenden Rat erteilen, der die moralischen Grundwerte mit einbezieht.

Tag der offenen Tür

Am 30. Juli 2006 und am 8. Juli 2007 fanden im Margaritenhospital Tage der offenen Tür statt, die jeweils mit einem ökumenischen Familiengottesdienst begannen. Präsentationen und Demonstrationen zum Thema Schwangerschaft, Geburt

und Kinder, Fachvorträge und ein buntes Unterhaltungsprogramm für die Kleinen machten beide Tage zum Erlebnis für junge Familien. Sie zeigten, dass das Margaritenhospital bis zum voraussichtlichen Umzug im Sommer 2009 optimale ärztliche Betreuung und qualifizierte Pflege vor Ort bietet.

Patientenbefragung

„Ihre Zufriedenheit ist uns wichtig“ war das Motto der Patientenbefragung, deren Ergebnis im Juli 2006 präsentiert wurde. Schwachstellen abklopfen, Kriterien für die Qualitätsentwicklung ableiten – die Ergebnisse stellten die Klinikleitung sehr zufrieden. Den Patientenfragebogen hatte eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe des Klinikums entwickelt. Es wurden Fragen zur ärztlichen Behandlung und pflegerischen Versorgung, der Organisation im Klinikum und den räumlichen Gegebenheiten gestellt.



Demonstration gegen Gesundheitsreform

Im Oktober 2006 veranstaltete das Klinikum Schwäbisch Gmünd eine Demonstration gegen die Gesundheitsreform auf dem Gmünder Marktplatz. In einmaliger Geschlossenheit demonstrierten Mitarbeiter der Stauferklinik, des Margaritenhospitals und des Rettungsdienstes Seite an Seite mit Landrat Klaus Pavel, dem DRK-Kreisverbandschef Prof. Dr. Reinhard Kuhnert, dem damaligen AOK Geschäftsführer Thomas



Seine Nachfolge als Chefarzt trat **Dr. med. Erhard Trompisch**, bisher Chefarzt der Anästhesie im Margaritenhospital, an.

Dr. med. Manfred Wiedemann, Chefarzt der Abteilung Unfall- und Orthopädische Chirurgie, ist neuer Ärztlicher Direktor. Sein Stellvertreter ist Dr. med. Erik Schlicht, Chefarzt der Abteilung Frauenheilkunde und Geburtsmedizin.



Schneider, der Betriebsleitung und den Chefärzten des Klinikums Schwäbisch Gmünd. Tenor der Demonstration war, dass die Gesundheitsreform mit ihren drohenden Mehrbelastungen für die Klinik, die Rettungsdienste und den einzelnen Patienten nicht mehr tragbar ist. Alle Einsparpotentiale sind in den Kliniken des Ostalbkreises längst ausgeschöpft. Die wohnortnahe Versorgung ist gefährdet.

Kooperation mit Arbeitsgemeinschaft Hospiz



Im Oktober 2007 wurde ein Kooperationsvertrag zwischen dem Klinikum

Schwäbisch Gmünd und der Arbeitsgemeinschaft Hospiz unterzeichnet. Er schreibt die Definition von Aufgaben und Zielen, die inhaltlichen und organisatorischen Strukturen, Vernetzung, Qualitätssicherung, Supervision und Fortbildung fest. Er ist Grundlage der Unterstützung der medizinisch-pflegerischen Versorgung des Klinikums durch psychische Betreuung.



Demonstration gegen die Gesundheitsreform auf dem Marktplatz in Schwäbisch Gmünd

Förderverein Onkologie

Die Diagnose „Krebs“ verändert das Leben der Betroffenen dramatisch. Um ihnen neben der medizinischen Versorgung auch psychologische Hilfe anbieten zu können, wurde der gemeinnützige Förderverein Onkologie Schwäbisch Gmünd gegründet und im Januar 2007 der Öffentlichkeit vorgestellt. Dr. med. Martin Redenbacher, Chefarzt a. D. am Zentrum

für Innere Medizin, und PD Dr. med. Holger Hebart wissen, dass allein die medizinische Therapie nicht ausreicht. Mit Spendengeldern wird nun eine



psychoonkologische Beratungsstelle am Klinikum Schwäbisch Gmünd für Patienten aus dem gesamten Ostalbkreis eingerichtet.

v. l. n. r.:
Dr. Martin Rechtenbacher, Chefarzt a. D.,
Landrat Klaus Pavel und
PD Dr. Holger Hebart

DAS KONZEPT VOM STALL BIS ZUM TISCH

Sichere Lebensmittel und Bedarfsgegenstände für die Verbraucher im Ostalbkreis auf allen Stufen der Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung zu gewährleisten, charakterisiert die Kernaufgabe des Geschäftsbereichs Veterinärwesen und Verbraucherschutz. Nur gesunde und ihrer Art und ihren Bedürfnissen entsprechend gehaltene Tiere liefern gesunde, rückstandsfreie und hochwertige Lebensmittel und nur durch sorgfältige Handhabung und Verarbeitung wird sichergestellt, dass sich die Qualität von Lebensmitteln auch auf dem Teller des Verbrauchers wiederfindet.

Dem trägt das Konzept der Überwachung „vom Stall bis zum Tisch“ Rechnung und fasst dabei alle Aufgabenbereiche von der Tiergesundheitsüberwachung, über Tierschutz, Fleischhygiene, Lebensmittelüberwachung, bis zur Überwachung des Verkehrs tierischer Nebenprodukte und der Überwachung des Verkehrs mit Arzneimitteln zu einem sinnvollen Ganzen zusammen.

UMSETZUNG DES EU-LEBENSMITTEL-HYGIENEPAKETS –

1. VERBRAUCHERSCHUTZTAG IM OSTALBKREIS

Das neue Konzept der Überwachung vom Stall bis zum Tisch wurde zum 1. Januar 2006 EU-weit eingeführt. Zur Kommunikation und Verbreitung der damit verbundenen Anforderungen wurden mit den betroffenen Kreisen, z.B. Lebensmittelunternehmern, Betreibern von Gaststätten und Gemeinschaftsverpflegungen aber auch Lobbygruppen und Verbrauchern, zahlreiche Informations- und Vortragsveranstaltungen durchgeführt.

Beim 1. Verbraucherschutztag des Ostalbkreises unter dem Motto „Essen – Aber sicher!“ konnte Landrat Pavel zahlreiche interessierte Verbraucher begrüßen, welche sich rund um das Thema Lebensmittelüberwachung informierten. Ein Informationsabend bot für über 200 in Schul- und Kindergartenküchen und anderen Verpflegungseinrichtungen Tätige ein aufschlussreiches Informations- und Diskussionsforum.



Landrat Pavel (r.) mit den Referenten des 1. Verbraucherschutztages

EU-ZULASSUNG VON LEBENSMITTELBETRIEBEN

Nach dem neuen EU-Lebensmittelhygienerecht und den bundes- und landesrechtlichen Folgeregelungen wird für viele Betriebe, die Lebensmittel tierischen Ursprungs in Verkehr bringen, eine Zulassung erforderlich. Im Ostalbkreis befinden sich derzeit über 100 Betriebe im Zulassungsverfahren beim Geschäftsbereich Veterinärwesen und Verbraucherschutz. Den größten Anteil daran haben selbstschlachtende Metzgereien, aber auch Verarbeitungsbetriebe, große Gemeinschaftsverpflegungen und Lager für kühlpflichtige Lebensmittel sind betroffen. Die ersten Verfahren sind bereits abgeschlossen, eine Übergangsfrist für die Zulassung läuft noch bis 31. Dezember 2009.

SICHERE LEBENSMITTEL DURCH FLÄCHENDECKENDE LEBENSMITTEL-ÜBERWACHUNG

Der Ostalbkreis zeichnet sich durch einen außerordentlichen Reichtum an überwachungspflichtigen Betrieben, welche Lebensmittel produzieren, verarbeiten und vermarkten, aus. In jährlich etwa 2.500 Kontrollen sind die Mitarbeiter des Geschäftsbereichs Veterinärwesen und Verbraucherschutz auf allen Stufen und in allen Arten von Betrieben vor Ort. In etwa 50 Fällen wurde auf Grund von Feststellungen bei Kontrollen und Probenahmen ein Ordnungswidrigkeits- oder Verwaltungsverfahren eingeleitet. Drei Betriebe mussten wegen gravierender Hygienemängel vorübergehend geschlossen werden. Bei der überwiegenden Anzahl der kontrollierten Betriebe waren jedoch keine oder lediglich geringfügige Mängel feststellbar. Die Auswahl der kontrollierten Betriebe erfolgt risikoorientiert nach Produktart, Verteilungsbreite, Hygienestatus bzw. Eigenkontrollsystem und Zuverlässigkeit des Betreibers.



Lebensmittelkontrolleur bei der Betriebskontrolle

Zur Sicherstellung der Qualität der Lebensmittel und Bedarfsgegenstände werden im Ostalbkreis jährlich über 1.400 Proben entnommen und am Chemischen und Veterinäruntersuchungsamt in Fellbach untersucht. Die Art der Proben reicht dabei von der Rohmilch beim Landwirt, über das Grillwürstchen beim

Metzger und die Gemüseprobe vom Marktstand oder aus dem Supermarkt bis hin zu Kosmetika und Bedarfsgegenständen jeglicher Art wie Spielzeug oder Haushaltsartikel. Die Art der Untersuchung umfasst mögliche Keimbelastung, Untersuchung auf Rückstände, wie Arzneimittel oder Pestizide ebenso wie Kennzeichnungsmängel oder zur Täuschung des Verbrauchers geeignete Aussagen. Um dabei die richtigen Proben zu entnehmen, werden in Abhängigkeit von Betriebsart und -struktur und den Erkenntnissen aus den Betrieben Schwerpunktuntersuchungen durchgeführt.

FLEISCHHYGIENE – DAS BINDEGLIED ZWISCHEN HERKUNFTSBESTAND UND LEBENSMITTEL

Nach wie vor stellt die Anforderung, dass grundsätzlich jedes geschlachtete Tier einer Schlachttier- und Fleischuntersuchung unterliegt, die Grundlage für sichere Lebensmittel dar. Auf Grund des Viehreichtums im Ostalbkreis und der großen Anzahl an selbstschlachtenden Betrieben, ist die flächendeckende Untersuchung aller Schlachttiere durch die Amtlichen Tierärzte und Fleischkontrolleure des Geschäftsbereichs Veterinärwesen und Verbraucherschutz eine logistische Herausforderung.



Fleischhygieneüberwachung im Schlachtbetrieb

So werden im Ostalbkreis im Schlachthof in Aalen und in über 100 über das gesamte Kreisgebiet verteilten selbstschlachtenden handwerk-

lichen Betrieben jährlich etwa 75.000 Schweine, 6.000 Rinder, 1.200 Kälber, 3.000 Schafe, 200 Ziegen und 100 Stück Gehegewild geschlachtet und entsprechend untersucht.

TIERHALTUNGEN – „DIE KEIMZELLE FÜR GESUNDE LEBENSMITTEL“

Für einen der viehreichsten Kreise Baden-Württembergs ergeben sich im Ostalbkreis zahlreiche Aufgaben bei der Betreuung der Tierhalter. Die Registrierung aller Tierhalter, die Überwachung der Kennzeichnung der Tiere und deren Verwaltung in Bestandsregistern und Datenbanken ebenso wie die Überwachung des Gesundheitsstatus dieser Betriebe und die Ausstellung von Gesundheitsbescheinigungen für das Verbringen von Tieren sind Routineaufgaben des Geschäftsbereichs Veterinärwesen und Verbraucherschutz. Durch die konsequente Umsetzung dieser Aufgaben werden die Grundlagen geschaffen, damit im Ernstfall einer Tierseuche ein rasches konsequentes Handeln sichergestellt und eine flächendeckende Ausbreitung verhindert werden kann.

Für die Kennzeichnung von Schafen und Ziegen wurden neue Vorschriften eingeführt, welche nun eine individuelle Kennzeichnung auch dieser Tierarten sicherstellen. Durch die Tierimpfstoffverordnung wurden auch in diesem Bereich neue Vorgaben und Maßnahmen wirksam, die einen verantwortungsbewussten Umgang mit Impfstoffen regeln. Durch Kontakt und Dialog bei Beratung und Kontrollen in den Betrieben, werden durch die Tierärzte des Geschäftsbereichs Veterinärwesen und Verbraucherschutz die Inhalte vermittelt und deren Einhaltung überprüft.

CROSS COMPLIANCE – VERKNÜPFUNG VON ZAHLUNGSANSPRÜCHEN AUS EU-MITTELN MIT DER EINHALTUNG VON MINDESTSTANDARDS

Die Zahlungsansprüche von Landwirten aus EU-Mitteln sind daran gekoppelt, dass auf den Betrieben die relevanten Bestimmungen eingehalten werden. Zur Überprüfung dieser Verpflichtung werden sogenannte systematische Cross Compliance-Kontrollen durchgeführt. Diese Kontrollen wurden mit Kennzeichnung, Tierseuchen, Lebensmittel- und Futtermittelproduktion und Tierschutz zwischenzeitlich auf alle Bereiche ausgedehnt. Die Auswahl und Zuteilung der zu kontrollierenden Betriebe erfolgt dabei nach zentraler Risikoanalyse.

Neben diesen Stichproben müssen sogenannte „Cross Checks“ durchgeführt werden. Dabei wird in Betrieben die Einhaltung der rechtlichen Anforderungen überprüft, wenn sich anlässlich anderer Kontrollen oder durch sonstige Informationen Erkenntnisse über Unregelmäßigkeiten ergeben.

TIERSCHUTZ

Durch die Aufnahme des Tierschutzes als Staatsziel in das Grundgesetz hat die Überwachung in diesem Bereich weiter an Bedeutung gewonnen. Hier nimmt der Geschäftsbereich Veterinärwesen und Verbraucherschutz eine breite Palette von Aufgaben wahr. Alle tierhaltenden Betriebe unterliegen grundsätzlich der Überwachung durch Tierärzte des Geschäftsbereichs. Von der Hobbyzucht mit Papageien über die Hunde- und Heimtierhaltung bis zur landwirtschaftlichen Haltung von Schweinen, Rindern oder anderen Tierarten werden jährlich mehrere

hundert Kontrollen durchgeführt. Neue Haltungsvorgaben der Tier-schutz-Nutztierhaltungs-Verordnung ergaben einen Schwerpunkt der Über-wachung in diesem Bereich.

Die EU-Verordnung 1/2005, welche am 1. Januar 2007 in Kraft trat, beinhaltet eine weitgehende Neurege-lung des Tiertransportrechts. Damit wurden alle Transporteure, die Tiere über mehr als 65 km transportie-ren, unabhängig ob Landwirt oder Viehhändler, zulassungspflichtig. Vor-aussetzung für die Zulassung sind ausreichende Sachkenntnisse und Erfahrung. In diesem Zusammen-hang wurden vom Geschäftsbereich Veterinärwesen und Verbraucher-schutz etwa 300 Transporteure zur neuen Rechtslage geschult und bis-her mehr als 100 Zulassungen erteilt.



Fahrzeugabnahme im Rahmen der Zulassung

Zur Sicherstellung der Anforderungen an den Tiertransport wurden zahl-reiche Kontrollen in Schwerpunktak-tionen gemeinsam mit Polizei und Autobahnpolizei durchgeführt. Erfreulicherweise gab es bis auf kleinere Mängel keine Beanstandungen.

MONITORING-PROGRAMME ZUR ÜBERWACHUNG DER TIERGESUNDHEIT

Als allgemeine vorbeugende Maß-nahmen zum Schutz vor Tierseuchen werden vom Geschäftsbereich Vete-rinärwesen und Verbraucherschutz jährlich Monitoring-Programme zur Untersuchung von Füchsen auf Toll-wut und von Wildschweinen auf Klas-

sische Schweinepest veranlasst. Auf Grund des aktuellen Seuchengesche-hens wurden im Rahmen von Moni-toring-Programmen im Hinblick auf Vogelgrippe stichprobenartige Un-tersuchungen sowohl bei Wildvö-geln als auch in Nutztierbeständen durchgeführt. Das Vogelgrippevirus konnte dabei bisher im Ostalbkreis erfreulicherweise nicht nachgewie-sen werden.



Blutentnahme im Rahmen des Vogelgrippe-Monitorings

BLAUZUNGENKRANKHEIT – EINE FOLGE DES KLIMAWANDELS?

Das vermutlich infolge des Klima-wandels erstmalige Auftreten der Blauzungenkrankheit und deren flä-chendeckende Verbreitung in Nord-europa erforderte Maßnahmen zur Eindämmung der Schäden. Diese Krankheit wird durch einen soge-nannten Vektor, eine Stechmücken-art der Gattung Culicoides, übertra-gen. Auf Grund der Anforderung, im Falle des Ausbruchs Restriktionsge-biete einzurichten, musste der Ost-albkreis zur 20 km Sperrzone erklärt werden. Dadurch war der Tiertran-sport zunächst stark eingeschränkt. In fünf Beständen im Ostalbkreis war die Blauzungenkrankheit in einer milden Verlaufsform ausgebrochen. Bevor die Sperrmaßnahmen wieder aufgehoben werden konnten, wur-den in den betroffenen Betrieben die entsprechenden Untersuchungen und Maßnahmen durchgeführt.

TIERSEUCHENÜBUNG – EINRICHTUNG EINES LOGISTIKZENTRUMS IM OSTALBKREIS

Im Rahmen einer länderübergrei-fenden Tierseuchenübung des Re-gierungsbezirks Stuttgart, bei der über zwei Tage hinweg das Szenario eines Ausbruchs der klassischen Schweinepest geübt wurde, bewäl-tigte der Ostalbkreis Aufgaben mit Pilotcharakter. Zum ersten Mal in Baden-Württemberg wurde vom Geschäftsbereich Veterinärwesen und Verbraucherschutz zur Vorbe-reitung auf den Ernstfall ein Logistik-zentrum vollständig eingerichtet und im praktischen Betrieb erprobt. Im Probebetrieb des Logistikzentrums wurden in Zusammenarbeit mit Feuerwehr, Technischem Hilfswerk und Polizei Einsatzpersonal geschult, Fahrzeuge mit Material ausgestattet, Abläufe von Probenannahme und -versand geübt sowie Fahrzeuge und Personen dekontaminiert.



Fahrzeugdekontamination im Rahmen der Tierseuchenübung



Personendekontamination

Bei einer anschließenden Presse-konferenz konnten die Abläufe und die Einrichtungen der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Dabei konnte das

Fazit gezogen werden, dass auf Grund der hervorragenden Zusammenarbeit aller Beteiligten die Anforderungen der Übung mit durchdachter

Planung, schlagkräftiger, effizienter Umsetzung und logistisch optimaler Kooperation aller Betroffenen sehr gut bewältigt wurden. Im Hinblick



auf die Beherrschung eines realen Seuchengeschehens wurden daher wertvolle Erfahrungen gemacht und wichtige Grundlagen geschaffen.

Demonstration von Desinfektionsmaßnahmen im Rahmen der Pressekonferenz

VERWALTUNG IM WANDEL – EINFÜHRUNG EINES QUALITÄTSMANAGEMENT-SYSTEMS

Mit dem Einstieg in die Einführung eines Qualitätsmanagementsystems (QMS) beschreitet der Geschäftsbereich Veterinärwesen und Verbraucherschutz neue, innovative Wege im Verwaltungsbereich. Mit Hilfe der Instrumente des QMS werden Aufgaben und Prozesse nachvollziehbar abgebildet, um durch die Verbesserung der Transparenz, der Wirtschaftlichkeit und der Kundenfreundlichkeit eine Optimierung der Abläufe in allen Bereichen zu erreichen.

Vermessung und Geoinformation

AUSSTELLUNG LANDKARTEN GESTERN UND HEUTE

Form vor und werden mit Hilfe der EDV aktualisiert.



Prahlsche Karte (1746)

Vorgelegt wurden bei der Ausstellung Kartenkunstwerke wie beispielsweise die des fürstlich ellwangischen Landbaumeisters Arnold Friedrich Prahls der Fürstprobstei Ellwangen (1746) oder flächendeckende Kartenwerke wie etwa die Schmitt'sche Karte

(1797) des österreichischen Militärs bis hin zum Vorreiter der heutigen Topografischen Karte, dem Topografischen Atlas (1820) im Maßstab 1:50.000.

Ende Oktober 2006 eröffnete Landrat Klaus Pavel die Ausstellung „Landkarten gestern und heute“ im Beisein von Präsident Hansjörg Schönherr vom Landesvermessungsamt Baden-Württemberg. Anlass war die Beendigung der zeichnerischen Kartenfortführung der seit 1827 bestehenden Flurkarte 1:2.500 im Ostalbkreis. Sämtliche Daten der Flurkarte liegen jetzt in digitaler

Geschäftsbereichsleiter Hans Kolb stellte die heutigen Geobasisdaten und Geobasisinformationen vor, die die bisherigen analogen Kartenwerke schrittweise ablösen. Dieser digitale

Datenbestand umfasst allein im Ostalbkreis über 270.000 Flurstücke, mehr als 173.000 Gebäude und über 1,2 Mio. Grenzpunkte.

Wolf-Rainer Fechner präsentierte die Karten im Freizeitbereich Wandern und Radfahren. Ein besonderes Highlight war die Darstellung eines virtuellen Globus durch die Software Google-Earth, womit vom Weltall auf den Ostalbkreis heruntergezoomt werden konnte mit anschließendem Rundflug auf Basis einer Freizeit-CD des Landesvermessungsamts und ein Ostalb-Puzzle, bei dem die Gemeindeflächen zuzuordnen waren.



Landrat Pavel, Notar Henkel und Präsident Schönherr (links) beim Versuch, das Ostalb-Puzzle zu lösen.

RADWANDERKARTEN-SET DES OSTALBKREISES

Zu Beginn der neuen Radsaison stellen am 8. Mai 2007 im Ostalbkreishaus in Aalen Landrat Klaus Pavel und Hansjörg Schönherr, Präsident des Landesvermessungsamtes Baden-Württemberg, die neue Radwanderkarte für den Ostalbkreis vor.

Schönherr betonte, weit über die Hälfte der Landkreise in Baden-Württemberg habe sich bislang bei der Herausgabe einer Landkreiskarte für das Landesvermessungsamt als Partner entschieden. „Ich freue mich, dass wir jetzt auch den Bürgern und Besuchern des Ostalbkreises mit den beiden Blättern präzise und ganz aktuelle Karten anbieten können“, so Schönherr. Landrat Klaus Pavel bedankte sich für die gute Zusammenarbeit mit dem Landesvermessungsamt, die es ermöglicht habe, zu einem günstigen Preis ein attraktives Kartenwerk zu erstellen. Durch den landesweiten Vertrieb erhofft sich der Kreischef einen weiteren Impuls für den Tourismus im Kreis.



Präsident Schönherr und Landrat Pavel bei der Vertragsunterzeichnung

Das Karten-Set wurde in enger Zusammenarbeit mit dem Landesvermessungsamt Baden-Württemberg erstellt. Bei der Präsentation der Karten wurde deutlich, dass der Ostalbkreis mit seinen beeindruckenden Kulturdenkmälern, seiner abwechslungsreichen und intakten Naturlandschaft am Rande der Schwäbischen Alb und mit seinen historisch gewachsenen Städten und

Gemeinden vielfältige Möglichkeiten für Wanderer und Radfahrer bietet. Das Karten-Set soll mit einer Vielzahl von Ausflugsvorschlägen Anregung für eine Entdeckungsreise durch den Ostalbkreis geben. Die ausgewiesenen Strecken sind sowohl für Familien mit Kindern als auch für sportlich engagierte Tourenradler geeignet.

In den beiden Karten, unterteilt in ein Ost- und ein Westblatt, sind die Landesfernradwege wie der Kocher-Jagst-Radweg, der Hohenlohe-Ostalb-Weg oder der Schwäbische-Alb-Weg, touristische Radwege wie der Deutsche Limes-Radweg, die Remstal-Radrouten oder der Leintal-Radweg dargestellt. Die Karten enthalten den Verlauf von mehr als 30 speziell ausgeschilderten Rad-Rundtouren innerhalb des Ostalbkreises. Zu allen Strecken sind Länge, Höhenunterschied, Fahrzeit und Schwierigkeitsgrad angegeben. Besonders hilfreich sind die Karten, um während des Radfahrens bei der Vielzahl von ähnlichen Beschilderungen den Überblick zu behalten.

Für einen Ausflug zu Fuß enthält das Karten-Set die Hauptwanderwege des Schwäbischen Albvereins sowie die Ausgangspunkte der Glaubenswege rund um Schwäbisch Gmünd und die Mühlenwege. Ergänzt werden die Rad- und Wanderwege durch Symbole für viele touristische Einrichtungen und Sehenswürdigkeiten.

GEOPORTAL FÜR KOMMUNEN

Das vom Ostalbkreis und der EnBW ODR entwickelte web-basierte GIS GeoPortal wird sowohl vom Landratsamt als auch von Kommunen eingesetzt. Mit einem GIS (Geografisches Informationssystem) können raumbezogene Daten wie z.B. Grundstücke, Eigentümer, Leitungen, Straßen, erfasst und bearbeitet, gespeichert und verwaltet, analysiert

und recherchiert sowie anschaulich dargestellt werden. Bereits 2005 war das web-basierte System GeoPortal für die bereichsübergreifende Datennutzung im Landratsamt eingeführt worden. In den Jahren 2006 und 2007 wurde neben dem weiteren Ausbau des Systems im Landratsamt der Fokus insbesondere auf eine gemeinsame Lösung mit den Kommunen gerichtet.

Interkommunale Zusammenarbeit

Gerade zwischen Landratsamt und Kommunen besteht ein großer Bedarf an Datenaustausch, der durch den GIS-Einsatz entscheidend verbessert werden kann.

Wie Landrat Klaus Pavel betont, können sowohl Landkreisverwaltung als auch Kommunen als Bindeglieder zwischen Bürger, Wirtschaft und Staat in Zeiten von Haushaltskonsolidierung und Personaleinsparung ihre Leistungsfähigkeit nur erhalten, wenn durch interkommunale Zusammenarbeit GIS-Ressourcen redundanzfrei vorgehalten und gebündelt werden und es zu kreisweiten Lösungen kommt. Wettbewerbsfähigkeit kann mittelfristig nur gewährleistet werden, wenn Aufgaben mit hoher Qualität, Transparenz und Effizienz zeitnah erledigt werden.

Gerade kleine Kommunen haben zwar weitgehend das gleiche Aufgabenfeld wie große Kommunen zu bearbeiten, aber für den Betrieb eines GIS weder geeignetes Fachpersonal noch ausreichende Ressourcen. Die Betreuung über einen Dienstleistungsvertrag mit dem Landratsamt als Kompetenzzentrum stellt dabei eine ideale Lösung dar.

GeoDatenInfrastruktur (GDI) im Ostalbkreis

Im Jahr 2006 fand ein intensiver und langwieriger Abstimmungsprozess mit den Kommunen unter Berück-

sichtigung der unterschiedlichen Konstellationen und Voraussetzungen statt. Im Ergebnis entschied sich der Ostalbkreis für eine zweigleisige Strategie:

Der Kreis schließt mit den Kommunen einen Dienstleistungsvertrag ab, bei dem die web-basierte GIS-Lösung des Kreises eingesetzt wird. Die Bereitstellung der Geobasis- und Geofachdaten, Mitarbeiterschulung und Hotline erfolgt durch den Geschäftsbereich Vermessung und Geoinformation.

Um den Einstieg in eine kreisweite, kommunale GDI zu fördern, wird Kommunen, die sich bereits für andere GIS-Lösungen entschieden haben, über Internet der Zugriff auf die web-basierte GIS-Lösung des Kreises ermöglicht. Dieser ist dabei auf die Fachthemen Baulücken/Brachflächen, Bodenrichtwerte, Jagdbezirke beschränkt, die betrachtet und teilweise auch editiert werden können. So wird für diese Fachthemen kreisweit eine redundante Datenhaltung vermieden und die Geofachdaten werden in einheitlichen Formaten mit abgestimmten Attributen erstellt und in einer einheitlichen Form präsentiert.

GIS-Dienstleistung für Kommunen



Eingangsbild GeoPortal Unterschneidheim

Mittlerweile haben zehn Kommunen mit einer Größe von 1.800 bis 8.200 Einwohner einen Dienstleistungsvertrag mit dem Landratsamt unterzeichnet. Die Geobasisdaten werden dabei den Kommunen über eine Rahmenvereinbarung

mit dem Landesvermessungsamt bereitgestellt.

Mit der Sicht auf das jeweilige Gemeindegebiet erhalten die Kommunen Zugriff auf Geofachdaten der Landratsamtes. An erster Stelle stehen dabei Bebauungspläne, die zunächst vom Landratsamt aus analogen Vorlagen als georeferenzierte Rasterpläne für die eigene Nutzung erstellt wurden und nun auch den Kommunen zur Verfügung stehen. Neben der Rasterkarte werden zudem Gesamtplan, Textteil, Legende und Verfahrensvermerke zum download als PDF bereitgestellt. Von großem Interesse sind aber auch die Daten des Landratsamtes aus den Bereichen Umwelt (z.B. Natur- und Landschaftsschutzgebiete, FFH-Gebiete, Wasserschutzgebiete, Altlasten), Flurbereinigung sowie Applikationen zu den Themen Baulücken-Brachflächenkataster, Bodenrichtwerte und Jagdbezirke. Außerdem gibt es für Kommunen noch spezifische Themen wie Kanal, Wasser, Einwohner, Friedhof, Räum- und Streuwege.

Kreisweite Lösung am Beispiel Baulücken-Brachflächenkataster

Im Rahmen des Agenda 21-Prozesses wurden von der Initiative zur Reduzierung des Flächenverbrauchs im Ostalbkreis Empfehlungen und Handlungsansätze für ein nachhaltiges Flächenmanagement erarbeitet. Zentrale Forderung der Initiative im Bereich der Gewerbe- und Wohnbebauung war die Erhebung von Baulücken und Brachflächen und deren Bereitstellung in einem kreisweiten, digitalen Kataster.

Um sicher zu stellen, dass die Datenerfassung durch die Kommunen in einheitlicher Form erfolgt, formulierte das Landratsamt in Zusammenarbeit mit den Kommunen ein Anforderungsprofil, in dem Daten-

inhalte, Attribute und Präsentation definiert wurden. Kommunen, die die Applikation nicht innerhalb der GIS-Dienstleistung nutzen, da sie ein anderes oder kein GIS-System haben, können nun über den bereits genannten Internetzugang in der GIS-Lösung des Landratsamtes auf die Baulücken/Brachflächen zugreifen. Über ein einfaches Editierwerkzeug können die Daten standardisiert erfasst und aktualisiert werden. So kann für Landratsamt und Kommunen ein stets aktuelles Baulücken- und Brachflächenkataster sichergestellt werden.



Baulücken-Brachflächen im GeoPortal

Bei einem ersten Anwendertreffen der Kommunen und des Landratsamtes im November 2007 wurde deutlich, dass die interkommunale Zusammenarbeit durch ein GIS-Kompetenzzentrum Landratsamt eine zukunftsweisende Lösung darstellt. Interkommunale Zusammenarbeit bedeutet nicht nur, Daten an einer zu Stelle erheben und multivalent zu nutzen, sondern die enge Aufgabenverzahnung zwischen Landratsamt und Kommunen durch die Abbildung von weiteren Geschäftsprozessen in der bestehenden GIS-Lösung dynamisch weiter zu entwickeln.

Unterstützungsleistung für den Fachbereich Flurneuordnung und Landentwicklung

Bereits seit mehreren Jahren unterstützt die Vermessungsverwaltung die Flurneuordnung bei vermessungstechnischen Arbeiten in Flurbereinigungsverfahren. Mit der

Verwaltungsreform und Zusammenführung der beiden Bereiche Vermessung und Flurneuordnung unter dem Dach des Landratsamtes wurde die Unterstützung nach der Zielvorgabe, die Verfahrensdauer der Flurneuordnungsverfahren zu verkürzen, verstärkt. Die Mitarbeiter der Flurneuordnung können so von Vermessungsarbeiten entlastet werden und sich auf ihre Kernaufgaben im Flurbereinigerungsverfahren konzentrieren. Waren im Jahre 2005 noch acht Vermessungstechniker mit einer Unterstützungsleistung von 2,3 Personenjahren im Einsatz, so waren es 2007 bereits 10 Mitarbeiter mit 4,5 Personenjahren.

Hauptaufgabe dabei ist, die Gebietsgrenzen der einzelnen Verfahren festzustellen. Dabei handelt es sich um umfangreiche Arbeiten, die hohes katastertechisches Fachwissen und viel Erfahrung von „Spezialisten“ erfordern, da häufig auf Unterlagen zurückgegriffen werden muss, die bis zur Landesvermessung aus dem Jahre 1830 zurückreichen. Neben der „Kopfarbeit“ erfordert dies auch große körperliche Belastbarkeit, da die Arbeiten oft unter schwierigen topografischen Bedingungen und bei jedem Wetter zu erledigen sind.

Neben weiteren Vermessungsarbeiten, wie Grenzfeststellung in den Ortslagen, Absteckung von Planungskoordinaten und die Aufmessung von Waldlagen, ist vor allem die Absteckung der neuen Grenzen in den Flurbereinigungsgebieten eine sehr wichtige Aufgabe. So wurden z.B. im Zeitraum Juli bis September 2007 ca. 1.300 neue Grenzpunkte im Flurbereinigerungsverfahren Lauchheim-Röttingen abgesteckt, abgemarkt und aufgemessen, so dass eine termingerechte Besitzeinweisung der neuen Eigentümer im Herbst 2007 möglich war. Zum Einsatz dabei kam neueste Satellitentechnik, bei der die

Koordinaten der Grenzpunkte quasi „vom Himmel fallen“.

Unterstützungsleistung für den Fachbereich Landwirtschaft

Im „Gemeinsamen Antrag“ beantragen die landwirtschaftlichen Betriebe beim Fachbereich Landwirtschaft jährlich die angebotenen Agrarbeihilfen. Für die Bearbeitung und Kontrolle der Beihilfen wurde in Baden-Württemberg das „Integrierte Verwaltungs- und Kontrollsystem“ (InVeKoS) eingeführt. Seit der Verwaltungsreform 2005 hat das Landratsamt die Kontrollen im Ostalbkreis durchzuführen. Der Fachbereich Vermessung und Geoinformation stellt mit einer Projektgruppe die erforderliche Anzahl Vermessungstechniker.

Das Geografische Informationssystem Entwicklung Landwirtschaft (GISELa) ist Bestandteil von InVeKoS zur Darstellung der Referenzparzellen (Flurstücke des amtlichen Liegenschaftskatasters). Wesentliche Grundlagen des Systems sind automatisierte Liegenschaftskarte und Liegenschaftsbuch, digitales Geländemodell, Orthofotos aus Befliegungen und Karte des Neuen Bestands aus Flurneuordnungen. Die Vermessungstechniker bereiten anhand der in GISELa gespeicherten Daten und anhand des Gemeinsamen Antrags die Vor-Ort-Kontrolle vor. Es werden die Luftbilder interpretiert und mit den Antragsdaten verglichen. Die beantragten Schläge werden am Bildschirm vorvermessen (digitalisiert). Widersprüche werden vor Ort besichtigt und geklärt, Abweichungen und Veränderungen mit elektrooptischem Tachymeter oder einem GPS-Empfänger aufgemessen und in GISELa eingespeichert.

Das Kontrollteam besteht aus einem Bediensteten des Fachbereichs Land-

wirtschaft und einem Vermessungstechniker. Sind Flächen der Landschaftspflege und Wald betroffen, werden Bedienstete der Fachbereiche Naturschutz und Forst hinzugezogen.

Außerhalb der Kontrollzeiträume bearbeitet die Projektgruppe die Referenzfläche für alle landwirtschaftlich nutzbaren Flurstücke im Ostalbkreis. Im Programmsystem GISELa werden anhand der Luftbilder sämtliche nicht landwirtschaftlich nutzbaren Flächen (Hof, Wege, Wald, Gewässer usw.) eines Flurstücks ermittelt und von der Katasterfläche abgezogen. Ist die Referenzfläche nicht aus den Luftbildern ermittelbar, so wird sie vor Ort eingemessen.

In den festgelegten Wasserschutzgebieten des Ostalbkreises sind jeden Herbst die Nitratwerte durch Bodenproben festzustellen. Die zu beprobenden Standorte werden im Juli/August vor Ort vom Wasserschutzbeauftragten des Ostalbkreises festgelegt, von einem Vermessungstechniker eingemessen und in Karten eingetragen. Anhand dieser Einmessungen werden die Standorte ab 15. Oktober bis Mitte November aufgesucht und die Bodenproben bis auf eine Tiefe von 0,90 Meter entnommen. Unter Leitung und Kontrolle des Vermessungstechnikers führt ein Lohnunternehmer die Probenentnahme durch. In den Jahren 2005 und 2006 waren je 250 Standorte zu beproben, 2007 waren es bedingt durch die Erklärung des Härtsfeldes zum Wasserschutzproblemgebiet 1.250 Standorte.

Die Unterstützungsleistung für den Fachbereich Landwirtschaft betrug 2005 mit fünf Bediensteten 2,1 Personenjahre, 2006 mit sechs Bediensteten 2,5 Personenjahre, 2007 mit acht Bediensteten 5,3 Personenjahre.

STRASSENBAU

In den Jahren 2006 und 2007 stand im Geschäftsbereich Straßenbau neben originären Aufgaben wie zum Beispiel Planung, Bau und Erhaltung der Kreisstraßen vor allem die Optimierung des Straßenbetriebsdienstes im Vordergrund. Dabei wurde besonders auf eine bessere Auslastung der vorhandenen Ressourcen und steigende Motivation der Mitarbeiter durch Übertragung von Aufgaben mit zunehmend höherer Verantwortung geachtet, um so ein gesteigertes Kostenbewusstsein, wirtschaftliches Handeln und vor allem eine bessere Kundenorientierung zu erreichen.

Neue Wege beschreitet der Ostalbkreis im Bereich des Winterdienstes. Als landesweit erster Landkreis wurde das Datenerfassungssystem Mobidat flächendeckend eingeführt.

PLANUNG, BAU UND ERHALTUNG DER KREISSTRASSEN UND RADWEGE

Grundlage für eine vorausschauende Entwicklung des Kreisstraßen- und Radwegenetzes im Ostalbkreis ist eine fundierte Finanzplanung. Sie dient der Planungssicherheit und ist zugleich die Basis für den Geschäftsbereich, um rechtzeitig die Planungen und Bauvorbereitungen der anstehenden Maßnahmen durchzuführen. Die Unterzeichnung der Eisenbahnkreuzungsvereinbarung für die Maßnahme „Kreisstraße 3228, Beseitigung Bahnübergang Eichkapelle Ellwangen“ am 31. Mai 2007 durch Landrat Pavel und Oberbürgermeister Hilsenbek war eine wichtige Weichenstellung, so dass einer baldigen Realisierung nichts mehr im Wege steht.

In den Jahren 2006 und 2007 wurden folgende Maßnahmen mit einem

Gesamtvolumen von 5,3 Mio. Euro (davon Um-/Ausbau ca. 3,5 Mio. Euro, Beläge ca. 1,8 Mio. Euro) fertiggestellt:

Um-/Ausbaumaßnahmen:

- K 3322 Ortsdurchfahrt Jagstzell
- K 3238 Dewangen – Treppach
- K 3275 Waldstetten – Unterbettringen
- K 3296 Dorfmerkingen – Weilermerkingen
- K 3320 Schwabsberg, Mühlkanalbrücke

Belagsmaßnahmen:

- K 3200 B 29 Röttinger Höhe – Zufahrt Tanklager
- K 3206 Nordhausen – Ziplingen
- K 3209 und K 3206 Ortsdurchfahrt Nordhausen
- K 3217 Pfahlheim – Beersbach
- K 3240 Reichenbach – Riegelhof
- K 3253 Schlechtbach – Gschwend
- K 3275 Straßdorf – Waldstetten
- K 3276 Waldstetten – Abzweigung L 1160
- K 3284 von L 1080 bis Rauental
- K 3317 Aalen-Ebnat – Kreisgrenze
- K 3319 Einmündung GVS Saverwang – Einmündung B 290
- K 3320 Ortsdurchfahrt Schwabsberg

Zustandserfassung der Kreisstraßen

Wie auch bei den Bundes- und Landesstraßen wurde im Jahre 2006 im Ostalbkreis erstmals eine Zustandserfassung der Kreisstraßen durchgeführt. Diese systematische Erfassung ermöglicht auf der Basis von sogenannten Gebrauchs- und Zustandswerten eine Kategorisierung der Kreisstraßen von sehr gut bis sehr schlecht und zeigt damit auf, wo dringende Sanierungsmaßnahmen erforderlich werden. Festgestellt wurde, dass ca. 51 % der Kreisstraßen in einem schlechten Zustand sind. Die erforderlichen Erhaltungsmaßnahmen sollten innerhalb fünf bis

maximal acht Jahren durchgeführt werden.

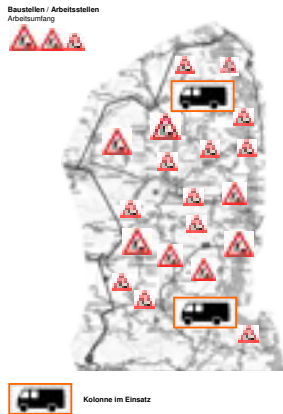
Um einen Überblick über die Kosten eines Kreisstraßensanierungsprogramms zu erhalten, wurde zunächst für jede Maßnahme der Prioritätenliste auf der Grundlage des festgestellten Schadensbildes eine überschlägige Kostenschätzung vorgenommen. Ein gut ausgebautes Kreisstraßennetz und die Erhaltung der Straßen ist die Grundvoraussetzung für einen funktionierenden ÖPNV (z. B. Schülerbeförderung) und Individualverkehr. Leistungsfähige, bedarfsorientierte und verkehrsgerechte Kreisstraßen sind vor allem im ländlichen Raum von enormer strukturpolitischer Bedeutung.

Im Zuge der Haushaltsplanberatungen 2008 hat der Kreistag dem Antrag der CDU-Fraktion zugestimmt, in den Haushaltsjahren 2008 bis 2012 ein Sonderprogramm für Beläge und Deckenverstärkungen an Kreisstraßen einschließlich Radwegen mit zusätzlich 2 Mio. Euro (Gesamtumfang 10 Mio. Euro) zu realisieren.

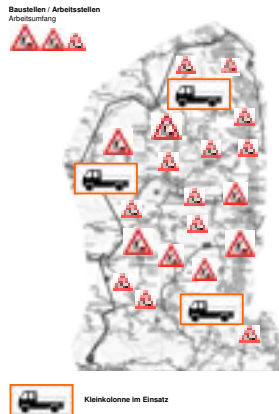
Pilotprojekt Straßenmeisterei Bopfingen

Die Verwaltungsreform 2005 hat Veränderungen im Zuständigkeitsbereich der Straßenmeisterei Bopfingen verursacht und zu einer Verkürzung des zu betreuenden Bundes-, Landes- und Kreisstraßennetzes auf ca. 215 km geführt. Überlegungen zur Umorganisation des Betriebsdienstes der Straßenmeistereien mit dem Ziel, etwa gleiche Betreuungslängen aller Straßenmeistereien zu erreichen, waren nicht zielführend im Sinne einer verbesserten Wirtschaftlichkeit. Aufgrund der topografischen und räumlichen Lage der vier Straßenmeistereien im Ostalbkreis ist unter den derzeitigen Bedingungen

Schema Kollonnenbetrieb alt



Schema Kollonnenbetrieb neu



eine Verschiebung der Zuständigkeitsgrenzen nicht sinnvoll, ebenso wenig wie eine Reduzierung der Straßenmeistereistandorte.

Um trotzdem den Betriebs- und Unterhaltungsdienst bei der Straßenmeisterei Bopfingen wirtschaftlich organisieren zu können, hat der Geschäftsbereich Straßenbau für die Straßenmeisterei Bopfingen ein neues Konzept entwickelt, das den Titel „Pilotprojekt Straßenmeisterei Bopfingen 2006/2007“ trägt und Teil der Überlegungen für den zukünftigen Straßenbetriebsdienst darstellt. Dieses Konzept wurde 2006 umgesetzt und sieht vor, sogenannte Kleinkolonnen zu bilden und den Streckenkontrolldienst neu zu orga-

nisieren. Sofern es sich bewährt, soll es auch auf die anderen Straßenmeistereien in gleicher oder ähnlicher Form übertragen werden.

Bei der Neuorganisation wurde besonderer Wert auf die Beibehaltung des seitherigen Standards gelegt.

Aufgabe der Streckenwartung ist es, durch regelmäßige Kontrollfahrten Schäden an den Straßen oder Verkehrszeichen, wie zum Beispiel Schlaglöcher oder Unfallschäden festzustellen, soweit dies möglich ist, zu beheben oder abzusichern und die Beseitigung zu veranlassen. Oberstes Ziel dieser Leistungen ist die ständige Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit auf den Straßen im Landkreis.

Datenerfassungssystem Mobidat

Bereits zur Winterperiode 2005/2006 konnten die ersten zwei Straßenmeistereien mit insgesamt 20 Systemen ausgerüstet werden. Vor der darauffolgenden Winterperiode 2006/2007 folgten die verbliebenen zwei Straßenmeistereien mit insgesamt weiteren 19 Systemen. Die Gesamtkosten der Einführung der mobilen Datenerfassung im Winterdienst beliefen sich auf rund 190.000 Euro.

Die mobile Datenerfassung im Winterdienst erfolgt über ein internet-basierendes System und ermöglicht dem Anwender ohne Installation zusätzlicher Software auf den Rechnern der Nutzer eine vollautomatische, fehlerfreie Datenerfassung und Archivierung. Mit Hilfe dieses Systems können die gesammelten Daten sofort nach dem Winterdiensteinsatz abgerufen und zum Beispiel hinsichtlich der im Einsatz benötigten Streumittel analysiert werden. Dies wiederum gibt dem Betriebspersonal die Möglichkeit, notwendige Organisationsveränderungen vorzunehmen oder z. B. den Abruf von Streumitteln beim Lieferanten zeitnah zu veranlassen.



Karl-Heinz Rieger vom Geschäftsbereich Straßenbau mit Landrat Pavel und Geschäftsbereichsleiter Heiko Engelhardt bei der Übergabe des Datenerfassungssystems „Mobidat“

Auch für die beim Ostalbkreis unter Vertrag stehenden Winterdienst-Unternehmer hat das neue Datenerfassungssystem große Vorteile. Sie können zum Beispiel ihre Einsatzkosten über die im System gespeicherten Daten auf sehr einfache Art und Weise ermitteln und mit nur wenigen zusätzlichen Handgriffen die Abrechnung erstellen. Durch die Validität und Manipulationssicherheit der Daten wird sowohl für den Ostalbkreis als auch für den Unternehmer eine größtmögliche Transparenz erreicht.

Für die Mitarbeiter des Straßenbetriebsdienstes übernimmt das Mobidatsystem durch die zeit- und positionsgenaue Protokollierung der Räum- und Streueinsätze die bis zur Einführung des Systems erforderliche manuelle Dokumentation der Fahrtroute. Auf diese Weise können Unzulänglichkeiten in den Einsatzberichten nahezu ausgeschlossen und gerichts-feste Nachweise der Tätigkeit des Betriebsdienstes erstellt werden.

BUNDES- UND LANDESSTRASSEN

Wie bereits in den Vorjahren wurde auch in den Jahren 2006 und 2007 dem Ausbau der Bundesstraßen viel Aufmerksamkeit und Einsatz gewidmet. Ein Hauptaugenmerk lag dabei auf der für die gesamte Region äußerst wichtigen Bundesstraße 29.

Nach dem Beginn der Vorarbeiten zum Tunnel in Schwäbisch Gmünd im Zuge der Bundesstraße 29 im Jahr 2006, der Ausschreibung der Tunnelarbeiten im Jahr 2007 und der zwischenzeitlich erfolgten Vergabe gilt es nun, den längst überfälligen Bau der Ortsumfahrung Mögglingen und des bereits planfestgestellten Abschnittes zwischen Essingen und Aalen einzufordern.

Um auch in Zukunft ein leistungsfähiges Bundesstraßennetz als Grundlage für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung im Ostalbkreis gewährleisten zu können, wird sich die Landkreisverwaltung in Bezug auf den bisher unbefriedigenden Stand des Südzubringers Unterkochen und der Ortsumfahrungen Trochtelfingen und Pflaumloch im Zuge der Bundesstraße 29 weiterhin stark engagieren, um diese Maßnahmen voranzubringen.

Unter den o. g. Verkehrsproblemen auf der Bundesstraße 29 leiden auch die Landesstraßen, vor allem ist die Landesstraße 1060 zwischen Benzenzimmern und Rosenberg betroffen. Durch die häufigen Verkehrsstaus auf der Bundesstraße 29 verlagert sich der Verkehr zunehmend auf die Landesstraße 1060, was wiederum zu weiteren Problemen in den Ortsdurchfahrten entlang der Landesstraße führt.

Ein großer Schritt in die richtige Richtung wäre neben einem verkehrsgerechten Ausbau der Bundesstraße 29 zwischen Schwäbisch Gmünd und der Landesgrenze bei Nördlingen eine Aufnahme der Ortsumfahrungen in den Generalverkehrsplan Baden-Württemberg im Rahmen der für 2010 geplanten Fortschreibung. Erste Schritte hierzu wurden im November 2007 auf Anregung von Staatssekretär Köberle bereits in die Wege geleitet.

Der Zustand der Landesstraßen ist äußerst besorgniserregend. Die Landesstraßen leiden, wie im Übrigen in vielen anderen Landkreisen, auch im Ostalbkreis unter einem riesigen Nachholbedarf was sowohl die Erhaltung als auch den Um- und Ausbau anbelangt. Dies lässt sich mit Hilfe der im Jahre 2004 durchgeführten und noch gültigen Zustandserfassung der Landesstraßen (Neuaufgabe 2008) aufzeigen. Demnach liegt der überfällige Sanierungsbedarf auf den Landesstraßen bei 18 %, der vordringliche Bedarf ebenfalls bei 18 % und der kurzfristige Bedarf bei 26 %. Das bedeutet, dass rund 2/3 der Landesstraßen akut sanierungsbedürftig sind. Die Landkreisverwaltung hat sich mit der Bitte an das Land Baden-Württemberg gewandt, im Interesse der regionalen Wirtschaftsunternehmen das Landesstraßennetz zeitnah auszubauen.

STRASSENVERKEHR

VERKEHRSSICHERUNG – EINE DAUERAUFGABE

Die Durchführung von regelmäßigen Verkehrsschauen ist fester Bestandteil der Verkehrssicherheitsarbeit der Polizei, der Straßenverkehrsbehörde, des Straßenbaulastträgers und der Kommunen. Sie dienen der Erhöhung der Sicherheit auf den Straßen. Zählungen des Verkehrs und des Geschwindigkeitsverhaltens führen in der Regel zu einer besseren, objektiveren Gesamteinschätzung eines zu überprüfenden Verkehrsabschnitts.

Sonderverkehrsschauen

Sämtliche Bahnübergänge wurden im Herbst 2006 unter Beteiligung der Vertreter der Bahn bzw. der Bahnaufsicht auf Verkehrssicherheit begutachtet und festgestellte Mängel beseitigt. Im Jahr 2007 wurden die von der Polizei gemeldeten acht Unfallhäufungsstellen des Jahres 2006 gesondert begutachtet. Dabei wurden im Rahmen von Sonderterminen die Unfälle im Einzelnen analysiert und Vorschläge zur Entschärfung dieser Gefahrenstellen beraten und umgesetzt. Außerdem wurde 2007 eine Nachtverkehrsschau in zwei Gemeinden durchgeführt, um die Wirkung der Verkehrszeichen und Verkehrseinrichtungen bei Dunkelheit im Zuge der stark befahrenen B 29 zu untersuchen.

Aktion „Schilderwald“

Das Innenministerium hat im Frühjahr 2006 die Aktion „Weniger Verkehrszeichen“ gestartet. Ziel dieser Aktion war es, verzichtbare Verkehrszeichen abzubauen und die Anzahl der Verkehrszeichen auf das unbedingt notwendige Maß zu beschränken.

Von April bis September 2006 konnten insgesamt 82 entbehrliche Verkehrszeichen zur Beseitigung angeordnet werden. Bezogen auf den untersuchten Bereich vorhandener Verkehrszeichen entsprachen die beseitigten Verkehrszeichen einem Anteil von ca. 3 %.

KFZ-ZULASSUNGSSTELLEN

Neue Fahrzeugzulassungsverordnung

Am 1. März 2007 ist die Fahrzeugzulassungsverordnung (FZV) in Kraft getreten. In dieser Verordnung wurden teilweise die bisherigen Regelungen der Straßenverkehrszulassungsverordnung (StVZO) sowie anderer Vorschriften zusammengefasst, unter anderem mit dem Ziel der Vereinfachung der Zulassungsvorschriften.

Zu den wichtigsten Änderungen zählt, dass ausschließlich die Zulassungsbehörde des Hauptwohnsitzes des Fahrzeughalters für die Zulassung der Fahrzeuge zuständig ist. Damit ist eine Zulassung auf Nebenwohnsitze oder einen anderen Standort des Fahrzeugs entfallen. Eine für Kunden wesentliche Veränderung dürfte der Wegfall der bisherigen Stilllegung und endgültigen Löschung sein,

die durch die Außerbetriebsetzung ersetzt wurden. Für Fahrzeughalter entfällt dadurch die Verpflichtung, für Fahrzeuge, die mehr als 18 Monate stillgelegt oder endgültig abgemeldet waren, vor einer Wiederezulassung ein Vollgutachten erstellen zu lassen. Rote Oldtimerkennzeichen können nur noch Fahrzeuge erhalten, wenn sie vor mindestens 30 Jahren erstmals zugelassen wurden und durch ein Oldtimer-Gutachten nachgewiesen ist, dass diese Fahrzeuge ein fahrzeugtechnisches Kulturgut darstellen. Bisher genügte es, wenn das Fahrzeug 20 Jahre alt war und sich in einem guten Allgemeinzustand befand.

Weiter steigende Kfz-Zulassungen

Die Zulassung von Kraftfahrzeugen hält im Ostalbkreis unvermindert an. Insgesamt setzt sich damit der seit Jahren anhaltende Zulassungstrend auch in 2007 fort.

Kennzeichnung emissionsarmer Kraftfahrzeuge

Zum 1. März 2007 trat die Verordnung zur Kennzeichnung der Kraftfahrzeuge mit geringem Beitrag zur Schadstoffbelastung – 35. BImSchV – in Kraft. In Schwäbisch Gmünd wird die Umweltzone zum 1. März 2008 eingerichtet, ebenso in Ilsfeld, Leon-

Kraftfahrzeugbestand im Ostalbkreis 2006/2007

Stichtag 1. Januar		2006	2007	Veränderungen in %
	PKW	191.934	192.789	+ 0,44 %
	Kraftomnibusse	305	305	0,00 %
	Lastkraftwagen	8.750	8.636	- 1,30 %
	Zugmaschinen	14.137	14.202	+ 0,46 %
	Krafträder	18.479	18.944	+ 2,52 %
	Anhänger	27.089	27.838	+ 2,76 %
 (sonstige)	Sonstige Kraftfahrzeuge und Arbeitsmaschinen	3.063	3.084	+ 0,69 %
	Insgesamt	263.757	265.798	+ 0,77 %

berg, Ludwigsburg, Mannheim, Reutlingen, Stuttgart und Tübingen.

Halter emissionsarmer PKW, LKW, Omnibusse haben die Möglichkeit, den Emissionsgrad ihres Fahrzeuges durch Anbringen einer Plakette auszuweisen, um so bei Beschränkungen des Verkehrs innerhalb einer von Städten und Gemeinden eingerichteten Umweltzone fahren zu dürfen. Diese Feinstaub-Plaketten sind erhältlich bei den Zulassungsbehörden, bei den anerkannten Abgasuntersuchungswerkstätten und bei den technischen Überwachungsorganisationen wie TÜV, DEKRA und GTÜ.

Die Feinstaub-Plakette wird von den Zulassungsstellen auch nach Überweisung einer Gebühr von 5.- Euro auf das Konto des Landkreises übersandt. Umfangreiche Informationen wurden auf der Homepage des Ostalbkreises eingestellt.



Eine weitere Änderung ist ab 1. Juli 2007 in Kraft getreten. Die Neuzulassung bzw. Umschreibung eines Kraftfahrzeuges ist seither nur noch gegen Abgabe einer Einzugsermächtigung möglich.

Zulassungsverweigerungsgesetz

Seit der Einführung des Gesetzes über die Verweigerung der Zulassung von Fahrzeugen bei rückständigen Gebühren und Auslagen im Oktober 2007 kann bei den Zulassungsstellen des Landratsamtes ein Fahrzeug nur

dann zugelassen werden, wenn alle etwaigen rückständigen Gebühren und Auslagen bezahlt sind und ein entsprechender Nachweis vorgelegt wird. Beauftragt der Fahrzeughalter eine dritte Person, zum Beispiel Autohändler, Zulassungsdienste, Familienangehörige usw. mit der Zulassung des Fahrzeugs, so hat er schriftlich sein Einverständnis zu erklären, dass die Zulassungsbehörde die dritte Person über die Höhe der Schulden und die vorausgegangenen Zulassungsvorgänge unterrichten darf. Seitdem das Fahrzeugzulassungsverweigerungsgesetz vom Landtag beschlossen wurde und in Kraft ist, konnten die Gebührenrückstände deutlich verringert werden.

Die Zulassungsstellen im Vergleich

Das Landratsamt Ostalbkreis nimmt seit Jahren mit seinen Zulassungsstellen am Vergleichsring Baden-Württemberg, an dem sich 21 Zulassungsbehörden beteiligen, teil, um seine Leistungsfähigkeit mit anderen Landkreisen vergleichen zu können. Daneben wird auch die Wirtschaftlichkeit der Organisation verglichen. Besonderes Augenmerk gilt dabei dem Kundenservice. Durch die Möglichkeiten des Online-Services und die immer weiter entwickelten technischen Möglichkeiten konnte dieser deutlich verbessert werden, so dass der Ostalbkreis seit Jahren im oberen Drittel des Rankings vertreten ist.

Die Wartezeiten der Zulassungsstellen im Test

Ein guter Service ist die Visitenkarte eines Hauses. Gerade in Bereichen mit intensivem Publikumsverkehr, wie in den Zulassungsstellen, wird dieser im Sinne des Kunden immer wieder überprüft. In den letzten Jahren wurde hier viel getan, um die Verwaltung noch kundenfreundlich zu gestalten.

So lag die durchschnittliche Wartezeit von Januar 2007 bis Dezember 2007 im Schnitt bei rund 10 Minuten, wie die Auswertung der elektronischen Aufrufanlage ergibt.

Leider lassen sich aufgrund saisonaler Schwankungen die Wartezeiten nicht immer vermeiden. So lag im Frühjahr durch die vermehrten Zulassungen von Neufahrzeugen und die Wiederzulassungen von z. B. Zweirädern, Wohnmobilen und Cabriolets die Wartezeit bei rund 18 Minuten.

GÜTERKRAFTVERKEHR, SCHWERTRANSPORTE

Für im Ostalbkreis ansässige Firmen sind zurzeit 1.094 Ausfertigungen der EU-Lizenz für den internationalen Güterverkehr und 719 Genehmigungen für den nationalen Güterverkehr erteilt. Im Bereich Schwertransporte werden vom Landratsamt pro Jahr ca. 350 Genehmigungen ausgestellt und zu ca. 1.100 Transporten, die von außerhalb des Zuständigkeitsbereiches des Landratsamtes in oder durch das Kreisgebiet hindurchgeführt werden, die Zustimmung erteilt.

Bundeseinheitliches Verfahrensmanagement

Im Dezember 2007 wurde ein bundeseinheitliches Verfahrensmanagement für Groß- und Schwertransporte -VEMAGS-, welches auf einer Internetplattform basiert, eingeführt. Die Unternehmer können ihre Anträge für diese Transporte digital erfassen, der für sie zuständigen Erlaubnisbehörde mailen und den jeweiligen Bearbeitungsstand abfragen. Der von der Erlaubnisbehörde erstellte Genehmigungsbescheid wird dem Antragsteller mit digitaler Signatur übermittelt und kann vom Unternehmer an jedem Ort über das Internet ausgedruckt werden.

ORDNUNGSWIDRIGKEITEN-VERFAHREN

Innerhalb der Landkreisverwaltung kommt der Zentralen Bußgeldstelle die Aufgabe zu, Ordnungswidrigkeiten zu ahnden, welche auf dem Gebiet des Ostalbkreises oder in bestimmten Rechtsbereichen von Bewohnern des Ostalbkreises auch außerhalb begangen wurden.

Anzeigen der Polizei und der Fachämter

Darunter fallen, zahlenmäßig hervorzuheben, Verkehrsordnungswidrigkeiten wie die Verstöße gegen das Straßenverkehrsgesetz, die Straßenverkehrsordnung, die Straßenverkehrszulassungsordnung und die Fahrzeugzulassungsverordnung.

Die Anzahl der bearbeiteten Verfahren:

2006	6.056
2007	7.035

Die Anzahl der bearbeiteten Ordnungswidrigkeitenverfahren aus den übrigen zahlreichen Verwaltungsbereichen (z.B. Abfall- oder Ausländerrecht, Waffen- oder Wasserrecht):

2006	890
2007	908

Eigene Verkehrsüberwachung

Die Zentrale Bußgeldstelle führt neben der Polizei, welche ihre Überwachungsmaßnahmen überwiegend auf den Bereich außerorts konzentriert, eigene Verkehrsüberwachungsmaßnahmen, weitaus überwiegend im innerörtlichen Bereich, in Form der stationären und mobilen Geschwindigkeitsüberwachung sowie der Rotlichtüberwachung durch.

Stationäre Überwachung

Im stationären Bereich werden sieben Kameraeinschübe wechselweise in

36 Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen, welche über das gesamte Kreisgebiet in 20 Gemeinden verteilt sind, eingesetzt.

Wegen Überschreitung der zulässigen Geschwindigkeit wurden geahndet:

2006	27.446 Verstöße
2007	27.805 Verstöße

Rotlichtverstöße

Wegen Missachtung des Rotlichts wurden insgesamt im Jahr 2006 680 und im Jahr 2007 606 Ordnungswidrigkeitenverfahren durchgeführt.

Mobile Überwachung



Blitzgerät mit Auto

In nahezu allen Gemeinden des Ostalbkreises, also flächendeckend, wird eine mobile Geschwindigkeitsüberwachung mit angemieteten Fahrzeugen eines privaten Dienstleisters an weit über 100 Messstellen durchgeführt. Die festgestellten Verstöße haben sich auf gleichem Niveau eingependelt:

2006	8.108 Verstöße
2007	8.165 Verstöße

Anordnung von Fahrverboten

Bei bestimmten Verkehrsordnungswidrigkeiten wie z.B. Fahren unter Alkohol- oder Drogeneinfluss, Überschreitung der zulässigen Geschwindigkeit innerorts um mehr als 30 km/h bzw. außerorts um mehr als 40 km/h, Missachtung von Rotlicht bei einer Dauer der Rotphase über

einer Sekunde wird neben der Festsetzung einer Geldbuße ein Fahrverbot mit einer Dauer von ein bis zu drei Monaten angeordnet.

Im Jahr 2006 waren 396 und im Jahr 2007 473 Verkehrssünder betroffen, die ihren Führerschein abgeben mussten.

FÜHRERSCHEINSTELLEN

Entzüge

Die Zahl der Entzüge blieb annähernd gleich. In den Jahren 2006 und 2007 wurden durch die Führerscheinstelle rund 450 Führerscheine wegen Betäubungsmittelkonsum im Straßenverkehr entzogen. Wegen Alkoholkonsum im Straßenverkehr mussten aufgrund von Gerichtsurteilen ca. 600 Fahrerlaubnisinhaber ihre Führerscheine abgeben.

Umtausche

Die Nachfrage nach dem Führerschein im Scheckkartenformat hält weiter an, so dass die Anzahl des „alten grauen Lappens“ weiter zurückgeht. In den vergangenen zwei Jahren wurden insgesamt 8.500 Führerscheine umgetauscht.

**OSTALBMOBIL
ERFOLGREICH GESTARTET**

In den Jahren 2006 und 2007 drehte sich beim Geschäftsbereich Nahverkehr fast alles um die kreisweite Fahrpreiskoooperation „OstalbMobil“. Dank des Engagements der Verkehrsunternehmen im Ostalbkreis und der Mitarbeiter des Geschäftsbereichs Nahverkehr konnte der Startschuss für OstalbMobil am 9. Dezember 2007 fallen. Eine öffentlichkeitswirksame Auftaktveranstaltung mit Staatssekretär Rudolf Köberle und über 150 Teilnehmern läutete die breit angelegte Marketingkampagne ein. Damit ist ein neues Zeitalter für den Nahverkehr im Ostalbkreis angebrochen.



v. r. n. l.: Landrat Pavel, Staatssekretär Köberle, Ulrich Rau (OVA Aalen) und Albert Abt (Stadt-Bus Schwäbisch Gmünd)

Mit OstalbMobil wird der Nahverkehr im Ostalbkreis für die Kunden einfacher und attraktiver. Im gesamten Kreisgebiet gilt nun: Ein Fahrschein oder eine Chipkarte, egal ob man umsteigt oder nicht, egal ob man Bus und/oder Bahn fährt. Über 100 Linien mit mehr als 350 Bussen und Bahnen stehen für die Kunden bereit.



Ein Fahrpreis und ein gemeinsamer Zonenplan für den gesamten Ost-

albkreis ermöglichen eine einfache Ermittlung des Fahrpreises für jede beliebige Fahrtstrecke. Fahrgastbezogene Zuschüsse des Ostalbkreises und des Landes Baden-Württemberg führen bei einer Reihe von Fahrscheinen zu günstigeren Preisen und zu einer deutlichen Verbilligung für Umsteiger.



OstalbMobil ist bei der technischen Ausstattung Vorreiter. Es kann mit einem zukunftssicheren System der neuesten Generation aufwarten, das unter anderem eine Systemkompatibilität mit den Anforderungen der VDV-Kernapplikation erfüllt. Hierbei handelt es sich um einen technologischen Standard zum verbundübergreifenden Einsatz von Zahlungsmedien und deren sicheren Verrechnung. Dies bedeutet, dass ein auch über die Landkreisgrenzen hinaus nutzbares Zahlungsmedium für den ÖPNV eingeführt wurde. Die verbundübergreifenden Zahlungs- und Abrechnungssysteme haben landesweit große Bedeutung.

**VERKEHRSSICHERHEITS-
AKTION „fiftyFIFTY-TAXI“**

Auch 2006/2007 war die Verkehrssicherheitsaktion „fiftyFifty-Taxi“ ein durchschlagender Erfolg. Das „fiftyFifty-Taxi“ ermöglicht es jungen Erwachsenen, im Alter von 14 bis 25 Jahren an Freitag- und Samstagabenden bzw. an Abenden vor gesetzlichen Feiertagen ab 22:00 Uhr bis zum nächsten Morgen (6:00 Uhr) im gesamten Ostalbkreis Taxen für beinahe den halben Fahrpreis zu benutzen. Zu diesem Zweck wer-

den sogenannte „fiftyFifty-Bons“ im Wert von 10,00 € zu einen Preis von 6,00 € durch die fast 100 Toto-Lotto-Verkaufsstellen im Ostalbkreis verkauft.



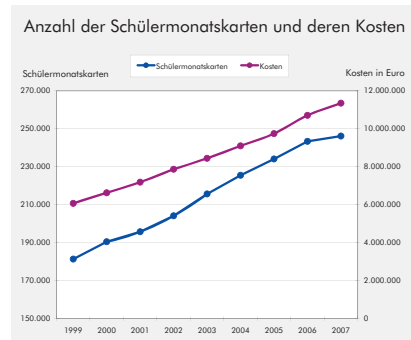
Dieses Projekt ist nur Dank der Unterstützung von zahlreichen

Sponsoren, vor allem der Aktionspartner TRW Automotive, Triumph International, Kreissparkasse Ostalb, Daimler AG Schwäbisch Gmünd, M+S Zeitarbeit sowie einer finanziellen Beteiligung des Landkreises möglich.

2006 wurden 7.277 Bons und im Jahr 2007 7.052 Bons an die jungen Erwachsenen verkauft.

OSTALB-ABO

Über 22.500 Schülermonatskarten werden im Ostalbkreis monatlich ausgegeben. Hierbei erfreut sich das 1997 eingeführte Ostalb-Abo mit seinen vielen Vorteilen nach wie vor sehr großer Beliebtheit. Nahezu 98% aller eigenanteilspflichtigen Schüler nutzen dieses Angebot von Landkreis und Verkehrsunternehmen, das montags bis freitags nach 13:30 Uhr, an Samstagen, Sonn- und Feiertagen sowie in den Ferien ganztags eine volle Mobilität im Ostalbkreis bietet. Lediglich der Eigenanteil von derzeit 21,50 € bzw. 31,00 € ist zu entrichten, in den Monaten Januar und Juli ist nur die Hälfte fällig.



BAURECHT

BAUANTRAGSFLUT WEGEN WEGFALL DER EIGENHEIMZULAGE

Über den Erhalt oder die Abschaffung der Eigenheimzulage wurde Ende 2002, 2003 und intensiv nochmals Ende 2005 eine landesweite Debatte geführt. Die Annahme, bei Antragseinreichung bis zum 31.12.2005 „sei man noch dabei“, führte zunächst bei den Landkreisgemeinden und anschließend bei der Unteren Baurechtsbehörde der Kreisverwaltung zu einem für die Winterzeit außergewöhnlichen „Bauantragsboom“.



Mehrweckhalle in Gschwend mit noch im Bau befindlicher Innenansicht

Schon im November und Dezember des Vorjahres war erkennbar, dass viele Bürgerinnen und Bürger nicht auf die Eigenheimzulage verzichten wollen. Bis Jahresfrist wurden bei den Landkreisgemeinden eine Vielzahl von Bauanträgen eingereicht. Nach der gemeindlichen Vorprüfung wurden diese Bauanträge noch im alten, verstärkt zu Beginn des Jahres 2006 an die Untere Baurechtsbehörde weitergeleitet. Erst in den Monaten November und Dezember 2006 ging die Antragsflut erkennbar zurück.

KOMMUNALE UND GEWERBLICHE VORHABEN GEBEN IMPULSE

Trotz der allgemeinen Rückgänge im Baubereich konnten doch größere kommunale und auch gewerbliche Vorhaben zum Bau freigegeben werden. Insbesondere können hier der Bau der Sport- bzw. Mehrweckhallen in Rosenberg, Lorch, Ruppertshofen und Gschwend, der Rathausneubau in Neuler und Kirchheim, der Bauhof und das Feuerwehrgebäude in Waldstetten angeführt werden.



Mehrweckhalle Lorch im Rohbau



Mehrweckhalle Ruppertshofen im Rohbau

NATURSCHUTZ

EUROPÄISCHES SCHUTZGEBIETSNETZ NATURA 2000

Konsultationsverfahren zur Nachmeldung von Vogelschutzgebieten

Die Europäische Union hat während der Rio de Janeiro-Konferenz vom 3.–14. Juni 1992 mit Zustimmung aller Mitgliedstaaten mit der Vogelschutzrichtlinie aus dem Jahre 1979 und der FFH-Richtlinie aus dem Jahre 1992 rechtlich verbindliche Regelungen für den Aufbau des europäischen Schutzgebietsnetzes Natura 2000 geschaffen, um die biologische Vielfalt in Europa zu erhalten. Die Mitgliedstaaten sind verpflichtet, für die in diesen Richtlinien festgelegten Arten und Lebensraumtypen Gebiete an die Europäische Kommission zu melden.

Bereits im Jahr 2005 hat das Land Baden-Württemberg nach der Durchführung eines Konsultationsverfahrens eine abschließende FFH-Gebietsmeldung an die Europäische Kommission vorgenommen. Für den Ostalbkreis wurden 16 Gebiete gemeldet.

2005 wurde zur Schaffung des Netzwerks Natura 2000 durch das Land Baden-Württemberg das Nachmeldeverfahren für Vogelschutzgebiete eingeleitet. Im Ostalbkreis tangiert die Gebietskulisse mit dem vorgeschlagenen Vogelschutzgebiet „Mittlere und östliche Schwäbische Alb“ die Stadt Oberkochen und die Gemeinden Bartholomä und Essingen. Das vorgenannte Vogelschutzgebiet umfasst im Ostalbkreis ca. 2.100 ha, dies entspricht ca. 1,4% der Landkreisfläche.

Bei der Auswahl und Abgrenzung der Vogelschutzgebiete dürfen nach

den Vorgaben des europäischen Naturschutzrechts nur ornithologische Kriterien herangezogen werden. Infrastrukturelle, wirtschaftliche oder andere Gründe dürfen dagegen nicht berücksichtigt werden.

Der Nachmeldung von Vogelschutzgebieten war ein zweistufiges Beteiligungsverfahren vorausgegangen, bei dem zunächst in der ersten Stufe die Kommunen, Verbände und Planungsträger Gelegenheit zur Stellungnahme erhielten. In der zweiten Stufe des Beteiligungsverfahrens konnten sich bis Ende Januar 2007 auch betroffene Privatpersonen zu den Nachmeldevorschlägen äußern.

Die eingegangenen Stellungnahmen mussten durch die Untere Naturschutzbehörde mit einer Stellungnahme an das Regierungspräsidium Stuttgart weitergeleitet werden. Nach sorgfältiger Prüfung der eingegangenen Stellungnahmen/Einwendungen durch das Regierungspräsidium Stuttgart sowie der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz und teilweise auch unter Einschaltung des Ministeriums für Ernährung und Ländlicher Raum wurde die zweite Stufe des Beteiligungsverfahrens im September 2007 abgeschlossen und die Betroffenen über das Ergebnis informiert.

Im Ostalbkreis hat das o.g. Beteiligungsverfahren aufgrund einer Überschneidung mit rechtskräftigen Bebauungsplänen zu einer Verkleinerung der Gebietskulisse um ca. 2 ha geführt. Im November 2007 hat die Landesregierung das Ministerium für Ernährung und Ländlicher Raum beauftragt, die Nachmeldekulisse der Vogelschutzgebiete an das Bundesumweltministerium und die Europäische Union weiterzuleiten.

Pflege- und Entwicklungsplan „Rotachtal“

Grundlage für die Sicherung/Erhaltung und Weiterentwicklung von Natura 2000-Gebieten sind Pflege- und Entwicklungspläne (PEPL), die unter Beteiligung der Öffentlichkeit erarbeitet werden. Die Einbindung der Öffentlichkeit hilft den planenden Behörden, das örtliche Wissen zu nutzen und frühzeitig Probleme bei der späteren Umsetzung des Planes zu erkennen. Zu Beginn der Erarbeitung der Pflege- und Entwicklungspläne wird vor Ort kartiert, in welchen Bereichen des Natura 2000-Gebietes Lebensraumtypen und Arten nach den vorgenannten Richtlinien vorkommen. Die Ergebnisse werden zusammen mit den Erhaltungszielen des Natura 2000-Gebietes öffentlich ausgelegt. Innerhalb von sechs Wochen nach Auslegung des PEPL kann schriftlich eine Stellungnahme zu den ersten Ergebnissen beim Regierungspräsidium abgegeben werden. Diese Stellungnahmen werden nach fachlicher Prüfung bei der weiteren Bearbeitung der Pläne berücksichtigt. In der zweiten Planungsphase werden in Zusammenarbeit mit dem Beirat (bestehend aus Fachbehörden, Grundstückseigentümern, Kommunen, Interessenverbände) die Erhaltungsziele weiter konkretisiert. Darüber hinaus wird im Beirat über die erforderlichen Maßnahmen zur Erhaltung und Entwicklung der zu schützenden Lebensräume, Tier- und Pflanzenarten sowie über die Möglichkeit zur Umsetzung der Maßnahme vor Ort beraten. Die Ergebnisse werden in den PEPL eingearbeitet. Dieser Entwurf der Endfassung wird wiederum öffentlich ausgelegt.

Im Dezember 2005 wurde im Ostalbkreis mit der Erstellung des Pflege- und Entwicklungsplans für das Natura 2000-Gebiet „Rotachtal“ begonnen. Schutzzweck ist die

Erhaltung und Weiterentwicklung verschiedener Lebensräume, der Schutz von Biber und dem Dunklen



Wiesenknopf-Ameisen-Bläuling (Schmetterling). Im November 2007 wurde der Pflege- und Entwicklungsplan Rotachtal in seiner Endfassung bekannt gemacht.

Der Biber im Ostalbkreis



Etwa 1990 ist der Biber – von Bayern kommend – in den Ostalbkreis zurückgekehrt. Er hat sich hier erfolgreich niedergelassen und ausgebreitet. Inzwischen sind die Gewässer der östlichen Landkreishälfte weitgehend erobert. Durch seine Fähigkeit, seinen Lebensraum nach eigenen Vorstellungen und Ansprüchen zu verändern und zu gestalten, tritt er in Konkurrenz zu anthropogenen Nutzungsansprüchen und verursacht teilweise Konflikte. In naturnahen Gewässern mit ausreichend breiten, ungenutzten, der Natur überlassenen Gewässerrandstreifen verursacht der Biber i.d.R. keine Probleme.

Der Biber ist besonders und streng geschützt. Daher ist es verboten, ihm u.a. nachzustellen, ihn zu fangen, zu verletzen, zu töten oder ihn während der Fortpflanzungs- und Aufzuchtzeit erheblich zu stören oder seine Fortpflanzungs- und Ruhestätten aus der

Natur zu entfernen, zu beschädigen oder zu zerstören.

Im Naturschutzrecht gibt es (im Gegensatz zum Jagdrecht) keinen Entschädigungsanspruch bei Schäden, die durch wildlebende Tiere verursacht werden. Um die mit der Rückkehr der Biber teils verbundenen Konflikte (Untergrabung der Uferböschungen,

Biberfraß an Bäumen oder Überflutung von Wiesen durch Aufstauung der Flüsse) im Sinne der Betroffenen und der Tiere zu lösen, wurden zur Aufklärung und Beratung im Jahr 2006 vier Biberberater bestellt.

Für diese Tierart müssen auch besondere Schutzgebiete ausgewiesen werden. Im Ostalbkreis ist der Biber

in den FFH-Gebieten „Rotachtal“, „Härtsfeld“, „Virngrund und Ellwanger Berge“ und „Crailsheimer Hart und Reusenberg“ als zu schützende Tierart aufgenommen worden. Hier sollen die vorhandenen Biber-Lebensstätten erhalten, gegebenenfalls weiterentwickelt werden (s. PEPL Rotachtal).

Umwelt und Gewerbeaufsicht

GEWERBEAUF S I C H T

Nachdem im Jahr 2005 zahlreiche organisatorische Aufgaben zu bewältigen waren, bedingt durch die Eingliederung der Gewerbeaufsicht in die Landkreisverwaltung, konnten sich die neun technischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter 2006 und 2007 wieder in vollem Umfang auf die fachlichen Angelegenheiten konzentrieren.

Tätigkeiten 2006 und 2007	
Außendiensttage	793
Fachtechnische Stellungnahmen	2.046
Beschwerden	84
Bebauungspläne	158
Beurteilung von Messberichten und Abwasseranalysen	224
Schwere Arbeitsunfälle (davon 3 tödlich)	28
Ausnahmegenehmigungen nach Arbeitszeitgesetz	218

Neben diesem sogenannten Alltagsgeschäft widmete sich die Gewerbeaufsicht verstärkt einzelnen Themenschwerpunkten.

BAUSTELLENÜBERWACHUNG

Auf Baustellen ereignen sich mehr als doppelt so viele Arbeitsunfälle als in allen anderen gewerblichen Wirtschaftszweigen zusammen. Häufigste Ursachen sind Verhaltensfehler (z. B. fehlende persönliche Schutzausrüstung), arbeitsorganisatorische Mängel (z. B. fehlender Verbau) oder technische Mängel (z. B. schadhafte Stromleitungen). Den Auftakt zu diesem Themenschwerpunkt, der auch 2008 fortgeführt wird, bildete eine mehrtätige Fachdienstbesprechung des Umweltministeriums. Danach überprüften die beiden im Baustellenbereich tätigen Mitarbeiter im Zeitraum Oktober bis Dezember 2007 51 Baustellen. Dabei wurden insgesamt 306 Beanstandungen festgestellt. Große Defizite ergaben sich bei den nach Arbeitsschutzgesetz erforderlichen Gefährdungsbeurteilungen, bei Absturzsicherungen, Hygieneeinrichtungen sowie im Umgang mit Gefahrstoffen.



Großbaustelle in Schwäbisch Gmünd

OPTOELEKTRONISCHE SCHUTZEINRICHTUNGEN

Lichtschranken, Lichtgitter haben eine vielfältige Verbreitung und dienen insbesondere der Absicherung der Gefahrstellen an Maschinen gegen Zugriff oder Zutritt, wenn konstruktive Maßnahmen nicht getroffen werden können. Von den Bediensteten des Sachgebiets Gewerbeaufsicht wurden 37 Anlagen bzw. Maschinen in den Branchen Metall, Holzverarbeitung, Elektrotechnik, Kunststofftechnik, Getränkeherstellung und Druckerei vor Ort überprüft. Die Kontrolle erstreckte sich dabei auf eine formale Prüfung der erforderlichen Dokumente wie EG-Konformitätserklärung, Gefährdungsbeurteilung, Dokumentation der wiederkehrenden Prüfungen sowie einer Inaugenscheinnahme der Anlage selbst und einer Funktionsprüfung.



Schmalganglager mit Lichtschranke

Gefährdungsbeurteilungen

Nach dem Arbeitsschutzgesetz gehört es zu den Grundpflichten des Arbeitgebers, für jeden Arbeitsplatz eine Gefährdungsbeurteilung zu erstellen. Die Gefährdungsbeurteilung dient dem Zweck für jeden Beschäftigten die mit seiner Arbeit verbundenen Gefahren zu ermitteln und festzustellen, welche Maßnahmen des Arbeitsschutzes erforderlich sind. Damit ist die Gefährdungsbeurteilung Grundlage für Prävention zur Verhütung von Unfällen, Berufskrankheiten und arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren und somit Voraussetzung für qualitativ hochwertigen Arbeitsschutz. Im Ostalbkreis wurden stichprobenhaft 31 Betriebe des produzierenden Gewerbes sowie dem Handel aufgesucht und u.a. Prüfungen hinsichtlich Arbeitsschutzorganisation, Sicherheitsfachkraft und Betriebsarzt durchgeführt. Insgesamt zeigte sich ein positives Bild. Dies darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass es nach wie vor Betriebe ohne jegliche Arbeitsschutzorganisation und ohne Gefährdungsbeurteilungen gibt.

Industrielle Abwasserbehandlungsanlagen

Bei vielen Produktionsprozessen fällt Abwasser an, welches vor Einleitung in die Kanalisation behandelt werden muss. Diese Anlagen gilt es regelmäßig zu überprüfen. Dazu gehört die visuelle Prüfung, die Einsichtnahme in das Betriebstagebuch sowie eine Beprobung des Abwassers vor Einleitung in die Kanalisation. Im Ostalbkreis werden 55 genehmigte Anlagen betrieben. In den Jahren 2006/2007 wurden 117 Beprobungen durchgeführt und von chemischen Instituten auf die Abwasserinhaltsstoffe analysiert.

Arbeitszeitkontrollen in Krankenhäusern und bei Discountern

Die Regelungen für die Arbeitszeit von Arbeitnehmern sind im Arbeitszeitgesetz und darauf aufbauenden tarifrechtlichen Vereinbarungen festgeschrieben. In den letzten Jahren gab es tiefgreifende Änderungen, insbesondere auf Grund der Umsetzung bestimmter EU-Richtlinien sowie diverser Urteile des Europäischen Gerichtshofes (z. B. Bereitschaftsdienst = Arbeitszeit).

Darüber hinaus haben Änderungen des Ladenschlussgesetzes mit sich gebracht, dass im Einzelhandel oftmals bis 22.00 Uhr oder darüber hinaus gearbeitet wird. Diese Veränderungen hat das Sozialministerium zum Anlass genommen, durch die Gewerbeaufsicht stichprobenhaft Überprüfungen durchführen zu lassen.

Kontrolliert wurden die drei Kliniken des Ostalbkreises sowie die Filialen von zehn namhaften Discountern.

Die Überprüfung der vorgelegten Dienstpläne in den Kliniken ergab keine Abweichungen zu den erfassten Arbeitszeiten. Die Dienstpläne waren plausibel und entsprachen dem Tarifvertrag. Auch bei den Discounterfilialen wurden wider Erwarten nur kleinere Mängel festgestellt. Die Einleitung von Verwaltungsmaßnahmen war daher nicht erforderlich.

Hautschutzkampagne in Friseurbetrieben

2007 führten die Arbeitsschutzbehörden in Deutschland eine Hautschutz-Präventionskampagne durch. In Baden-Württemberg beteiligten sich hieran 17 Stadt- und Landkreise, u. a. auch der Ostalbkreis. Nach einer eintägigen Auftaktveranstaltung im Landesgesundheitsamt in Stuttgart wurden vier Friseurbetriebe im Ostalbkreis, die auch Jugendli-

che Auszubildende beschäftigten, ausgewählt. Die sich daran anschließenden Betriebsbegehungen erfolgten gemeinsam mit der für den Ostalbkreis zuständigen Gewerbeärztin des Landesgesundheitsamtes. Ziel der Aktion war es, den Arbeitsschutz an Arbeitsplätzen mit Hautgefährdung zu verbessern und dadurch berufliche Hauterkrankungen abzubauen. Überprüft wurden u.a. Gefährdungsbeurteilungen, Hautschutzplan, Betriebsanweisungen, Unterweisungen der Beschäftigten, Einsatzstoffe und persönliche Schutzausrüstungen.

Die Aktion wurde von den Friseurbetrieben positiv aufgenommen. Im Jahr 2008 sollen dann im Rahmen einer erneuten Begehung der Friseurbetriebe die positiven Veränderungen begutachtet werden.

IMMISSIONSSCHUTZ

Erneuerbare Energien

Die steigenden Energiepreise und der Boom bei den erneuerbaren Energien hatte in den Jahren 2006 und 2007 bei der Unteren Immissionsschutzbehörde im Ostalbkreis zahlreiche und umfangreiche Genehmigungsverfahren zur Folge. So wurden zahlreiche Windkraftanlagen mit einer Gesamtnennleistung von 46 Megawatt (MW) sowie Biomassekraftwerke und Biogasanlagen mit einer Gesamtfeuerungswärmeleistung von 26 Megawatt (MW) immissionsschutzrechtlich genehmigt und überwiegend in Betrieb genommen.

Windenergienutzung

Was an der Nordseeküste schon seit langem der Fall ist, wurde nun auch im Ostalbkreis in den vergangenen Jahren zunehmend geplant und

auch verwirklicht: die wirtschaftliche Nutzung der Windkraft als umweltfreundliche Art der Energiegewinnung. Windkraftanlagen mit einer Gesamthöhe von mehr als 50 m sind immissionsschutzrechtlich genehmigungspflichtig. In der seit 16. August 2002 rechtskräftigen Teilfortschreibung des Regionalplans Ostwürttemberg 2010 – Kapitel 3.2.7 Windenergie – sind für den Ostalbkreis fünf „vorsorglich freizuhalten Bereiche für die Nutzung der Windenergie“, die für den Bau von raumbedeutsamen Windkraftanlagen geeignet und somit freizuhalten sind, ausgewiesen. Im einzelnen sind dies die Vorranggebiete „Freihof“ bei Stöttlen (max. 3), „Striethof“ zwischen Eschach und Ruppertshofen (max. 5), „Waldhausen“ bei Aalen-Waldhausen (max. 8), „Weilermerkingen“ bei Neresheim-Weilermerkingen (max. 3) und „Lauterburg“ bei Essingen-Lauterburg (max. 8). Nachdem im Jahr 2004 immissionsschutzrechtliche Genehmigungen zur Errichtung und zum Betrieb von drei Windfarmen auf diesen Vorrangflächen durch den Geschäftsbereich Umwelt und Gewerbeaufsicht erteilt wurden, kamen hiervon jedoch lediglich im Vorranggebiet „Striethof“ zwei Windkraftanlagen des Typs Vestas V 80 mit einer Gesamthöhe von 140 m und einer Nennleistung von 2 MW im Jahr 2004 zur Errichtung. Die weiteren Genehmigungen wurden nicht in Anspruch genommen bzw. es erfolgten hier im Jahr 2006 entsprechende Umplanungen. So wurden in den Jahren 2006 und 2007 insgesamt acht immissionsschutzrechtliche Genehmigungen, denen jeweils sehr umfangreiche Zulassungsverfahren vorausgingen, für die Errichtung und den Betrieb von insgesamt 23 Windkraftanlagen erteilt. Zwischenzeitlich wurden hiervon 18 Windkraftanlagen (Freihof: 3, Waldhausen: 7, Weilermerkingen: 3 und Lauterburg 5) des Typs REpo-

wer 92 mit einer Gesamthöhe von 146 m und einer Nennleistung von 2 MW errichtet und in Betrieb genommen.



Biomasse

Die Biomassekraftwerke werden in der Regel mit Holzhackschnitzeln oder Pflanzenresten aus der Landschaftspflege befeuert. Abhängig von der Art der Anlage dienen sie der Wärme- oder der Stromerzeugung unter Verwendung der dabei entstehenden Abwärme. Biomassekraftwerke, in denen unbelastetes Holz verbrannt wird, sind i.d.R. ab einer Feuerungswärmeleistung von 1 MW immissionsschutzrechtlich genehmigungspflichtig.

In den Jahren 2006 und 2007 wurden im Ostalbkreis insgesamt fünf immissionsschutzrechtlich genehmigungspflichtige Biomassekraftwerke mit einer Feuerungswärmeleistung von 23,25 MW genehmigt, wobei vier dieser Anlagen errichtet und in Betrieb genommen wurden. Diese vier Anlagen dienen ausschließlich der Erzeugung von Wärme, die überwiegend zur Holz Trocknung eingesetzt wird. Mit einer Anlage soll Strom erzeugt werden, wobei die dabei entstehende Abwärme einerseits zu Trocknungsprozessen genutzt und andererseits den umliegenden Nachbarn als Fernwärme zur Verfügung gestellt werden soll.

Biogasanlagen

In Biogasanlagen werden Abfälle und nachwachsende Rohstoffe, wie Mais- und Grassilage aber auch Getreide, zu Methangas vergärt, das in einem Blockheizkraftwerk zur Stromerzeugung verwendet wird. Biogasanlagen sind ab einer Feuerungswärmeleistung des Blockheizkraftwerkes von 1 MW immissionsschutzrechtlich genehmigungspflichtig. In den vergangenen beiden Jahren wurden zwei bestehende immissionsschutzrechtlich genehmigte Biogasanlagen erweitert und eine Anlage neu errichtet und in Betrieb genommen; die Anlagen haben zusammen eine Feuerungswärmeleistung von 2,88 MW. Zwei der Anlagen dienen nur der Stromerzeugung und die dritte Anlage versorgt zusätzlich mit der Abwärme des Blockheizkraftwerkes die umliegenden Haushalte mit Wärme. Neben den immissionsschutzrechtlich genehmigungspflichtigen Anlagen werden im Ostalbkreis derzeit noch acht lediglich baurechtlich zugelassene Anlagen mit einer Feuerungswärmeleistung von 1,42 MW betrieben.

EnBW Regional AG erweitert und modernisiert das 380/110 kV Umspannwerk Goldshöfe

Damit auch künftig die Versorgung des Ostalbkreises mit elektrischer Energie gesichert ist, hat die EnBW Regional AG das Umspannwerk Goldshöfe mit erheblichem Kostenaufwand erweitert und modernisiert. Die hierzu erforderliche immissionsschutzrechtliche Genehmigung konnte am 4. September 2007 erteilt werden. Das Umspannwerk Goldshöfe, welches einen zentralen Knotenpunkt im Regionalnetz der Energieversorgung des Ostalbkreises darstellt, wurde hierbei u. a. um eine 380 kV Schaltanlage mit Transformator 380/110 kV 300 MVA inklusive Trafefeld, zwei Sammelschienen und zwei Leitungsfelder erweitert.

Mit elektrischer Energie versorgt wird das Umspannwerk über das Hochspannungsleitungsnetz des Stromkreises Kupferzell-Rotensohl, das in unmittelbarer Nähe vorbeiführt. Der Aufbau der 110 kV und 380 kV Schaltanlagen erfolgte im Baukastensystem mit normierten Fundamenten, Tragkonstruktionen und Geräten in Freiluftbauweise.

BODENSCHUTZ UND ALTLASTEN

Altstandort Lederfabrik



Im Stadtgebiet Bopfingen befindet sich die zur Zeit umfangreichste Altlast im Kreis. Auf dem Gelände der früheren Lederfabrik Bopfingen ist in einem zentralen Bereich der Boden und auch bereits das obere Grundwasserstockwerk sehr stark mit leichtflüchtigen chlorierten Kohlenwasserstoffen kontaminiert. Auch das in mehreren Metern Tiefe anstehende und großflächig bedeutsamere zweite Grundwasserstockwerk ist bereits stark in Mitleidenschaft gezogen. In den letzten Jahren wurde im Rahmen einer sogenannten Ersatzvornahme die Altlast durch das Landratsamt genau erkundet, und auf dieser Grundlage wurde die Sanierung im Wege des Aushubs des kontami-

nierten Bodenmaterials festgelegt. Die Ausführung der Sanierung erfolgt ebenfalls im Rahmen der Ersatzvornahme durch das Landratsamt.

Nachdem hierzu Mitte/Ende des Jahres 2007 umfangreiche Vorbereitungsmaßnahmen, wie die detaillierte Planung der Sanierung und die Ausschreibung der Baumaßnahmen, durchgeführt wurden, erfolgt nun im Frühjahr 2008 der Aushub des stark kontaminierten Bodens bis in eine Tiefe von ca. 6 m.

BODENSCHUTZ

Neben den Altlasten ist das Landratsamt als Untere Bodenschutzbehörde auch dafür zuständig, dass der Boden in seiner Leistungsfähigkeit als Bestandteil des Naturkörpers erhalten bleibt. Hier muss insbesondere der Erhalt der forst- und landwirtschaftlichen Flächen genannt werden; aber auch als Filter und Puffer, sowie als Ausgleichskörper im Wasserkreislauf ist der Boden sehr wichtig. Insbesondere in den vergangenen beiden Jahren wurden den Unteren Bodenschutzbehörden vom Land flächendeckende Daten über die verschiedenen Bodenfunktionen und deren Schutzwürdigkeit sowie Handlungshilfen zur verwaltungsmäßigen Umsetzung des Bodenschutzes zur Verfügung gestellt. Auf dieser Grundlage war es in der jüngeren

Vergangenheit deshalb möglich, die Belange des Bodenschutzes differenzierter in Planungen und Zulassungsverfahren einzubringen. Dass auch der Naturschutz (Flora und Fauna) existentiell von gesunden Böden abhängt, ist unbestritten. Der Boden ist aber auch ein nicht vermehrbares Schutzgut, ebenso wie Wasser und Luft. Konfliktpunkte ergeben sich daraus, dass, anders als die Gemeingüter Luft und Wasser, der Boden oft einen (privaten) Eigentümer hat. Der Schutz der möglichst uneingeschränkten Nutzung von Privateigentum konkurriert hier mit dem gesetzlich verankerten und geschützten Gemeingut.

Der zunehmende Flächenverbrauch ist bereits seit dem Lokale Agenda-Prozess im Jahr 2003 im Landkreis ein wichtiges Thema. Es wurde ein Leitfaden „Flächen schonen“ als Handlungshilfe für ein nachhaltiges Flächenmanagement erstellt. Leider findet, trotz bereits rückläufiger Einwohnerzahlen im Kreis, weiterhin noch viel zu häufig eine bauliche Entwicklung auf der sog. grünen Wiese statt. Die Aufgabe des Bodenschutzes wird deshalb verstärkt auf eine Reduzierung dieser Expansion hinwirken müssen, damit der vielerorts bereits als Flächenfraß titulierte Verbrauch an wertvollen Böden eingedämmt wird.



Starke Erosionsgefahr durch baulichen Eingriff in den Boden

FACHKRÄFTE FÜR ARBEITSSICHERHEIT

Neuordnung des Arbeitsschutzes

Durch die Verwaltungsreform kamen technisch geprägte Verwaltungsbe- reiche wie z.B. der Forst oder der Straßenbau zur Landkreisverwal- tung. Die Anforderungen an den Arbeitsschutz sind dadurch deutlich gewachsen, da die Tätigkeiten z.T. sehr unfallträchtig sind. Dies machte eine Neuordnung des Arbeitsschutzes notwendig. Es wurden drei Personen bestimmt, die sich zur Fachkraft für Arbeitssicherheit ausbilden lassen. Die Ausbildung in Form eines Fern-

studiums an der Fachhochschule des Bundesverbands der Unfallkassen in Bad Hersfeld begann im Okto- ber 2005.

Zum 1. März 2006 wurden die drei Fachkräfte nach erfolgreich abge- legter Zwischenprüfung offiziell als Fachkraft für Arbeitssicherheit beim Landratsamt Ostalbkreis bestellt.

Wolfgang Kienzle zeichnet für die Geschäftsbereiche Wald und Forst- wirtschaft, Gesundheit und Ver- braucherschutz sowie die Abo verantwortliche. Die Geschäftsbereiche Straßenbau, Vermessung und Geo-

information, Geschäftsbereich Flur- neuordnung und Landentwicklung sowie Landwirtschaft betreut Armin Ganzenmüller. Johannes Pfister ist Ansprechpartner für die Allgemeine Verwaltung.

Im Januar 2007 schlossen Kienzle, Ganzenmüller und Pfister ihre Aus- bildung erfolgreich ab. Seit Februar betreuen sie in vollem Umfang mit einer Einsatzzeit von jeweils rund 350 Stunden im Jahr die Geschäftsbe- reiche. Vordringliche Aufgabe ist es, die Arbeitssicherheit im Landratsamt Ostalbkreis fest zu etablieren und stetig weiterzuentwickeln.

Flurneuerung und Landentwicklung

FLURNEUORDNUNGS- VERFAHREN FÜR LANDWIRTSCHAFT UND NATURSCHUTZ

Derzeit bearbeitet der Geschäfts- bereich Flurneuerung und Land- entwicklung 20 laufende und ein geplantes Flurneuerungsverfahren. Hierbei sind rund 6.000 Grund- stückseigentümer mit über 50.000 Grundstücken und 24.000 ha Fläche beteiligt, was einen großen Arbeitsauf- wand und eine enge Bürgerbeteiligung erfordert. Hauptzielsetzungen in den Verfahren sind die Verbesserung der Situation in der Landwirtschaft, die Förderung von Maßnahmen des Naturschutzes und zum Teil auch die Realisierung von Straßenbau- oder Wasserrückhalteprojekten.

In den Jahren 2006 und 2007 konnten zwei neue Flurneuerungsverfah- ren in Böbingen an der Rems und in Kirchheim am Ries angeordnet werden, in denen die Arbeiten nun zügig angegangen werden. Ein weiterer wichtiger Meilenstein stellt die Genehmigung des Wege- und Gewässerplans in Aalen-Beuren

dar; in den Verfahren Iggingen und Jagstzell (Radweg) wurde bereits mit dem Ausbau begonnen. Den Eigentümern der Flurneuerung in Lauchheim-Röttingen konnten 2007 ihre neuen Grundstücke zugeteilt werden, sodass sie nun von den Zu- sammenlegungsvorteilen profitieren können. Abgeschlossen wurden die Verfahren in Westhausen (A7), Aalen- Waldhausen (A7), Aalen-Ebnat (A7) und Tannhausen-Riepach.

Events und Ausstellungen

Neben der effektiven Bearbeitung der laufenden Flurneuerungs- verfahren ist auch die Nähe zu den

Teilnehmern und die Veranschauli- chung der Arbeit für die Bevölkerung ein wichtiger Aspekt. So wurde der Geschäftsbereich Flurneuerung und Landentwicklung im März 2006 bei der Gewerbeausstellung in Unterschneidheim und im Juni 2007 beim Grünlandtag der Land- wirtschaftsverwaltung in Aufhausen der interessierten Öffentlichkeit vorgestellt.

Bereits im September 2006 konnte Landrat Klaus Pavel im Zuge der Fertigstellung und Übergabe des Feldwegenetzes in Bopfingen-Baldern zusammen mit vielen begeisterten



Bei schönstem Wetter konnten die Balderner ihr neues Wegenetz erwandern

Wanderern die neuen Wege erkunden. Der stellvertretende Geschäftsbereichsleiter Martin Reustlen veranschaulichte den Teilnehmern die verschiedenen Ausbauarten der landwirtschaftlichen Erschließung und die geplanten Pflanzungen.

Die Exkursion mit den Vorsitzenden der Teilnehmergeinschaften führte 2006 in die Gemeinden Unterschneidheim und Tannhausen und im Jahr darauf nach Ellwangen-Ost. Die rund 20 Vertreter der Vorstandschaften erhielten durch den Geschäftsbereichsleiter Rainer A. Zoglmeier und die Projektleiterin Brigitte Winkler einen Einblick in den Wegebau in Unterschneidheim und die Zuteilung in Riepach. Projektleiter Hans-Peter Helmle ging besonders auf die Realisierung der drei Projekte Autobahn A 7 und Landesstraßen L 1060 und L 2220 ein.



v.l.n.r.: Erster Landesbeamter Götz, Ministerialrat Dr. Ris (MLR), Ministerialrat Berendt (MLR), Landrat Pavel, Ministerialdirektor Munding (MLR), Ministerialrat Jakob (MLR), Geschäftsbereichsleiter Flurneueordnung Zoglmeier, stellvert. Abteilungsleiter des Landesamts für Flurneueordnung beim RP Stuttgart Funk

In den Verfahren Unterschneidheim-Zöbingen, Lauchheim, Ellwangen/Rainau und Ellwangen-Ost konnten die landschaftspflegerischen Anlagen an die betroffenen Gemeinden übergeben werden. Zusammen mit Vertretern des amtlichen und privaten Naturschutzes wurde eine Vielzahl von ökologischen Maßnahmen begutachtet und ein speziell entwickeltes Pflegekonzept erörtert.



Mit Begeisterung waren die Radler in Neuler auf den neuen Wegen unterwegs

Schließlich fand im Oktober die Baustellenbesichtigung in Iggingen statt. Regierungsvizepräsident Josef Kreuzberger und Landrat Klaus Pavel fuhren auf einem Pferdegespann den ersten neu gebauten Weg entlang und verschafften sich einen Überblick über den geplanten Ausbau. Projektleiterin Brigitte Winkler erläuterte den geladenen Gästen und Bürgern die Entwicklung der Wege- und Gewässerplanung und die vorgesehenen landschaftspflegerischen Anlagen.



Die Vorsitzenden informieren sich zusammen mit Landrat Klaus Pavel und Geschäftsbereichsleiter Rainer A. Zoglmeier über die Arbeiten in Riepach und Unterschneidheim



Landespfleger Axel Moon (4. v.l.) gibt Auskunft über das Pflegekonzept in Lauchheim. v.l.n.r.: Projektgenieur Bernd Sorg, Bauhofleiter Horst Herpich, Bürgermeister Werner Kowarsch, Vertreter des privaten und amtlichen Naturschutzes: Helmut Gehweiler, Brigitta Frey und Vorsitzender Josef Brenner



Regierungsvizepräsident Josef Kreuzberger, Bürgermeister Klemens Stöckle, Vorsitzender Alfons Maier, Projektleiterin Brigitte Winkler und Landrat Klaus Pavel (von links) werden von Hans Wälder über die neu gebauten Wege kutschiert

Im Mai 2007 stattete Ministerialdirektor Max Munding vom Ministerium für Ernährung und Ländlicher Raum dem Geschäftsbereich Flurneueordnung und Landentwicklung einen Besuch ab. Neben einer Rundfahrt durch die Verfahren in Unterschneidheim und Zöbingen standen wichtige politische Themen wie die Verwaltungsreform und die Personalsituation auf der Tagesordnung.

Zum Abschluss des Wegebbaus in Neuler konnten der Regierungsvizepräsident Dr. Udo Andriof und Landrat Klaus Pavel im September zu einer Radtour durch das Flurneueordnungsgebiet laden, der einige interessierte Bürger gefolgt sind. Projektleiter Bernd Schindler und Bürgermeister Manfred Fischer erläuterten den Ablauf der Bauarbeiten und die besonderen Erfordernisse der teilweise sehr schwierigen Topografie in Neuler.

GEWÄSSERSCHUTZ UND REGELUNG DER NUTZUNG SIND SCHWERPUNKTE

Im Geschäftsbereich Wasserwirtschaft arbeiten Angehörige des technischen und nichttechnischen Dienstes für die Flüsse und Bäche, die Weiher und Seen und das Grundwasser des Ostalbkreises. Schwerpunkte der Tätigkeiten liegen im Schutz und in der Nutzung dieser Gewässer, in wasserwirtschaftlicher Beratung und im Vollzug der Wassergesetze in der Funktion als Untere Wasserbehörde.

OBERFLÄCHENWASSER

Der Ostalbkreis, Städte und Gemeinden haben sich zu den Wasserverbänden Obere Jagst, Kocher-Lein, Sechta-Eger und Rems zusammengeschlossen. Diese betreiben zum Schutz der Ortslagen von Ellwangen, Abtsgmünd, Bopfingen, Lorch und vieler weiterer Orte des Ostalbkreises Hochwasserrückhaltebecken. Viele dieser Becken haben dauernd aufgestaute Wasserflächen und sind zugleich Erholungs- oder Natur- und Landschaftsschutzgebiete. Für die drei ersten Verbände leitet der Geschäftsbereich den technischen Betrieb und sorgt für die Erhaltung der Verbandsanlagen.

Jubiläum des Wasserverbandes Obere Jagst

Auf Markung Rainau hat sich früher die Jagst durchs Wiesental geschlängelt.



Jagst im Wiesental 1966

Hier gibt es seit 1982 den von der Jagst durchflossenen Bucher Stausee

des Wasserverbandes Obere Jagst. Er verbindet Hochwasserschutz, Badesee, Naturschutzgebiet und römische Ausgrabungen.



Den See hat im September 2006, als der Verband sein fünfzigjähriges Bestehen begangen hat, die baden-württembergische Umweltministerin Tanja Gönner besucht, begleitet von Landrat Klaus Pavel, der auch Vorsitzender des Zweckverbandes Erholungsgebiet Rainau-Buch ist, Oberbürgermeister Karl Hilsenbek, Vorsteher des Wasserverbandes, Landtagsabgeordnetem Winfried Mack, dem Rainauer Bürgermeister Achim Kraft und den Mitarbeitern des Geschäftsbereiches Wasserwirtschaft, die den technischen Stauseebetrieb leiten. Umweltministerin Tanja Gönner eröffnete einen Jagstlehrpfad.



Umweltministerin Gönner (3. v.l.) mit Landrat Pavel, Bürgermeister Krafft und Oberbürgermeister Hilsenbek

Eine seiner Tafeln zeigt die Funktionen des Stauseevorbeckens: Reinigung des zufließenden Wassers von darin enthaltenen Keimen, Rückhaltung eingeschwemmter Kiese, Sande und Schlämme und turnusmäßige Rückführung ins Jagsteinzugsgebiet, neuer Lebensraum von Wasservögeln (bisher sind 102 durchziehende und 34 hier brütende Wasservogelarten gezählt worden bei etwa 430 europäischen Vogelarten). Auch durch seine reichen Wasserpflanzen ist das Becken ein

ökologischer Ausgleich für den Verlust der alten natürlichen Jagst.



(Zeichnungen: Ute Schmidpeter)

Jubiläum des Wasserverbandes Kocher-Lein

Im März 2007 feierte der Wasserverband in Abtsgmünd sein fünfzigjähriges Bestehen. Verbandsvorsteher Bürgermeister Ruf begrüßte Ministerialdirektor Bauer vom Umweltministerium Baden-Württemberg, Landrat Klaus Pavel für den Ostalbkreis und stellvertretend für die zwei weiteren Mitgliedskreise Schwäbisch Hall und Rems-Mur-Kreis, den Aalener Altlandrat Gustav Wabro, Verbandsmitarbeiter und Verbandsfreunde.



v.l.n.r.: Bürgermeister Ruf, Landrat Pavel, Ministerialdirektor Bauer und Altlandrat Wabro (Foto: Eva Gaida, Schwäbische Post)

Verbandsvorsteher Ruf berichtete: Ein schadbringendes Leinhochwasser vom März 1956 war letzter Auslöser der Verbandsgründung im Jahr 1957. Neben den drei Landkreisen gehören dem Verband 18 Gemeinden an Lein und Kocher an. Verbandsaufgaben sind Hochwasserrückhaltung, Umweltschutz, Naherholungs- und Landschaftspflegemaßnahmen. Technisch betreut den Verband auf Vertragsgrundlage das Landratsamt. Ein Kompliment des Verbandsvorstehers an den Landrat: „Dies funktioniert hervorragend.“

**Wasser- und Bodenverband
Sechta-Eger und
Sechtaerenaturierung**

Auch diesen 1988 gegründeten Wasserverband leitet technisch der Geschäftsbereich Wasserwirtschaft des Landratsamtes. Die Geschäftsbereiche Baurecht und Naturschutz, der Geschäftsbereich Flurneuordnung und der Landschaftserhaltungsverband des Ostalbkreises arbeiten eng mit ihm zusammen. Das Landratsamt erstellt Pläne, um die in den 1920er und 1950er Jahren begradigte Sechta zu renaturieren. Auf Tannhäuser Markung sind die Renaturierungsarbeiten 2006 und 2007 bereits ausgeführt worden.



Auf Kirchheimer und Bopfinger Markung soll die Sechta in Kürze von Itzlingen bis an den Fuß des Ipfs in ihren gewundenen Lauf zurückgeschlängelt werden, ähnlich dem der Urflurkarte von 1829. Statt des begradigten Sechtakanals wird man vom Gipfelplateau des Ipfs wieder den natürlichen Fluss fließen sehen. Wasserwirtschaftliche Zwecke dabei sind die Rückführung in doppelte Lauflänge, folglich halbes Flussgefälle, Erhöhung der Flusssohle und die Reduzierung der Fluss- und Abflussquerschnitte auf natürliche Größen mit dem Ziel, dass die Grundwasserspiegel steigen. Hochwasser treten wieder ins Wiesental aus, überschwemmen Wiesengründe, füllen Senken und Gumpen mit Wasser, laufen langsamer ab. Durch die Schaffung neuen Lebensraums besucht schon ein Storchenpaar das renaturierte Sechtatal.

**GRUNDWASSERSCHUTZ UND
WASSERVERSORGUNG**

Wasser ist das wichtigste Lebensmittel. Der Schutz des Grundwassers vor Beeinträchtigungen sichert eine qualitativ und quantitativ gute Trinkwasserversorgung und nimmt einen hohen Stellenwert im Geschäftsbereich Wasserwirtschaft und im Landratsamt ein. Das Landratsamt berät technisch, wasserwirtschaftlich und wasserrechtlich und trifft wasserrechtliche Entscheidungen.

Grundwassererschließung

In den zurückliegenden Jahren gibt es immer wieder länger anhaltende Perioden mit sonnigem, heißem und trockenem Wetter, Spitzenwerte im Wasserbedarf stellen sich ein. Dabei bewährt sich unspektakulär der bestehende Verbund zwischen kommunalen, regionalen und Fernwasserversorgungsunternehmen als Garant einer jederzeit gesicherten Wasserversorgung. Klimaerwärmung und Trockenperioden rücken auch ins Bewusstsein der Bürger, wie wertvoll das Lebensmittel Trinkwasser ist, mengenmäßig, qualitativ und finanziell. Besonders aus Kostengründen gibt es einen Trend bei Aussiedlerhöfen, landwirtschaftlichen Betrieben, Sportvereinen oder Kommunen, aus neu erschlossenen eigenen Brunnen Brauchwasser zu gewinnen. Diese Grundwassererschließungen bedürfen einer Erlaubnis der Wasserbehörde des Landratsamtes. Sie wird oft erteilt, ausgenommen sind Standorte in geplanten oder rechtskräftig festgesetzten Wasserschutzgebieten



der öffentlichen Wasserversorgung oder wenn überwiegende öffentliche Gründe entgegenstehen. Die nötigen Bohrungen und die eigentlichen Wasserentnahmen können das Grundwasser beeinträchtigen, falls sie unvorsichtig oder unfachlich ausgeführt werden. Der Geschäftsbereich Wasserwirtschaft berät und entscheidet aus seinen langjährigen Erfahrungen.

**Wasserfassungen im Egautal
und Nitratproblemgebiet**

Der Zweckverband Landeswasserversorgung bezieht aus der Buchbrunnenquelle bei Dischingen, einem im Kreis Heidenheim gelegenen Karstausbruch des Egautals, jährlich zwischen 16 und 17 Mio. m³ Wasser und versorgt damit etwa 600.000 Bürger mit Trinkwasser. Das Einzugsgebiet der überregional bedeutenden Quelle umfasst einen großen Teil des Härtsfelds, von seinen 280 km² liegen 190 km² im Ostalbkreis, der andere Teil im Kreis Heidenheim. Zum Schutz des Quellwassers ist 1967 ein kreisübergreifendes Wasserschutzgebiet ausgewiesen worden. Es gelten die Bestimmungen einer speziellen Wasserschutzgebietsverordnung und daneben die allgemeinen Bestimmungen der baden-württembergischen Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung (SchALVO) für den Schutz des Rohwassers dieser Quelle. Aus dem Quellwasser werden plangemäß Proben entnommen, die Nitratwerte gemessen und deren Trend über mehrere Jahre betrachtet. Damit stuft die Wasserbehörde des Landratsamtes dieses und alle anderen Wasserschutzgebiete jährlich in Nitratklassen ein. Das Rohwasser der Buchbrunnenquelle überschreitet seit 2007 erstmals einen durchschnittlichen Nitratwert von 31 mg pro Liter bei seit Jahrzehnten nahezu gleichförmigem Anstieg. Das Gebiet musste nach der SchALVO ab 2007

als Nitratproblemgebiet eingestuft werden. Beide Landratsämter haben diese Einstufung vorgenommen, die Landwirte und Bürger davon bei mehreren öffentlichen Veranstaltungen informiert und ihnen die zu ergreifenden besonderen Schutzmaßnahmen mitgeteilt, welche die SchALVO von nun an für die ordnungsgemäße Landbewirtschaftung verlangt: Regelungen zur Stickstoffdüngung bei Einsatz von Wirtschafts- und Sekundärrohstoffdüngern, Begrünung der Felder, Einarbeitung von Begrünungspflanzen, Regeln zur Bewässerung, zur Einhaltung von Fruchtfolgen und anderes mehr. Zum Ausgleich erhalten Landwirte jährlich eine Pauschale von 165 Euro pro Hektar.

ABWASSERBESEITIGUNG

Der Ostalbkreis liegt im Quellgebiet und Oberlauf der zum Rhein und zur Donau fließenden Flüsse und Bäche. Diese führen verhältnismäßig wenig Wasser und werden leicht geschädigt, falls zu viel oder ungenügend gereinigtes Abwasser in sie einfließt. Die Aufrechterhaltung der guten, schon erreichten Gewässergüte (Geschäftsbericht 2003-2005, Seite 129) stellt weiterhin hohe Anforderungen an die Abwasserbeseitigung in Ortskanalisationen, Regenwasserbehandlungen, Kläranlagen und bei der Beseitigung des am Schluss verbleibenden Schlammes. Die Beseitigung des in den Anlagen anfallenden und behandelten häuslichen Schmutzwassers und des auf Bauflächen niedergehenden Regenwassers ist Aufgabe der Städte und Gemeinden des Ostalbkreises. Sie erfüllen diese Aufgabe mit hohem finanziellen Einsatz. Auch hier berät der Geschäftsbereich und trifft wasserrechtliche Entscheidungen.

Zentrale und dezentrale Abwasserbeseitigung

Eine zentrale Einrichtung ist in jeder Gemeinde eine möglichst große und besonders leistungsfähige Sammelkläranlage unter fachkundiger Betreuung des Gemeindepersonals. Möglichst viele, auch entfernte Orte, Ortsteile und Anwesen werden an diese angeschlossen. Bedeutend ist der Anschluss des Abwassers der zur Stilllegung anstehenden Kläranlage Tiefes Tal. Sie reinigt derzeit noch das Abwasser eines Teilgebiets der Stadt Neresheim. Ihr Ablauf geht in das Karstgrundwasser der vorher erwähnten Buchbrunnenquelle und wird künftig der Hauptleitung des Abwasserzweckverbands Härtsfeld und in dieser Leitung der zentralen Verbandskläranlage bei Dattenhausen zugeführt werden. Dafür ist 2007 nach großer Anstrengung und vielfältiger Beratung durch den Geschäftsbereich Wasserwirtschaft ein Zuschuss des Landes bewilligt worden.

Für kleinere Abwasserproduzenten gibt es neue Techniken, um mit Pumpen und Druckschläuchen Abwasser zu befördern (kostengünstige Verlegung mit geländesparenden Fräs-, Einpflüge- und Spülbohrverfahren). So ist der Ellwanger Wohnplatz Buchhausen an die Ortskanalisation Pfahlheim und somit an die Sammelkläranlage Haisterhofen angeschlossen worden, der Gschwender Ortsteil Honkling mit einem pneumatischen Pumpwerk an die Gschwender Kläranlage. Da ein Zentralanschluss unmöglich war, haben in Lorch-Klotzenhof Eigentümer mehrerer Anwesen auf Beratung des Geschäftsbereichs Wasserwirtschaft hin eine dezentrale Kleinanlage errichtet – bei geringeren, auf jeden Eigentümer entfallenden Bau- und Betriebskosten, als wenn jeder von ihnen eine eigene Anlage hätte bauen und betreiben müssen.

EDV im Abwasserwesen

Oft erweisen sich bestehende Regenüberlaufbecken nach heutigen Regeln der Technik oder bei hinzukommenden Baugebieten als zu klein. Eine neu installierte Fernwirktechnik auf der Sammelkläranlage des Abwasserzweckverbands Lauter-Rems in Böbingen stimmt den Betrieb der einzelnen Regenüberlaufbecken des Verbandsgebiets aufeinander ab, nutzt deren Volumen optimal aus und erkennt frühzeitig Störungen an diesen Becken. Regenwasser und mit ihm vermisches Schmutzwasser läuft seltener in die Rems und ihre Zuflüsse über, sondern fließt nach Böbingen in die Zentralkläranlage. Bei der Planung dieses Projekts hat der Geschäftsbereich Wasserwirtschaft mitgewirkt und damit die Betriebsaufgabe des Verbandes unterstützt.

VERWALTUNGSVERFAHREN UND WASSERWIRTSCHAFT

Bürger und Firmen reichen beim Geschäftsbereich wasserrechtliche Anträge ein, die Wasserbehörde des Landratsamtes bearbeitet und genehmigt sie unter Berücksichtigung wasserwirtschaftlicher Belange. Dabei waren viele Anträge zu Erdwärmesonden und anderen Geothermieanlagen. Bei übergreifenden Genehmigungsverfahren leistet der Geschäftsbereich Wasserwirtschaft eingebunden in das Team des Landratsamtes seinen Beitrag zu Betriebserweiterungen und Betriebsneubauten der Firma Alfinger in Wasseralfingen, der Firma Rettenmaier in der Holzmühle und vieler weiterer Firmen. Er trägt so auch zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen bei. Ein Hochwasserschutzplan wird die Ortslage von Mögglingen von Überschwemmungen der Rems befreien, er ist zum Jahreswechsel 2007/2008 vom Geschäftsbereich planfestgestellt worden.

PILOTPROJEKT ZUR RUNDHOLZ- MOBILISIERUNG IM OSTALBKREIS

Der Kleinprivatwald in Baden-Württemberg, so auch im Ostalbkreis, hat zunehmend mit strukturellen Problemen zu kämpfen. Rund 17.000ha zersplitterter Waldbesitz im Ostalbkreis, das ist ein knappes Drittel der Gesamtwaldfläche, verteilen sich auf über 10.000 private Eigentümer. Die durchschnittliche Parzellengröße beträgt deutlich unter 1 ha. Erbgang und eine gewisse Entfremdung vom eigenen Waldbesitz lassen zunehmend negative Wirkungen auf die nachhaltige Bewirtschaftung und Pflege des Waldes erwarten.

Gleichzeitig haben die bundesweit durchgeführten Waldinventuren (Bundeswaldinventur – BWI I und II) der letzten Jahre noch Nutzungsreserven im Kleinprivatwald ausgemacht. Es liegt im volkswirtschaftlichen Interesse, diese Ressourcen zu nutzen. So kann insbesondere die ortsansässige Sägeindustrie mit zusätzlichem Rundholz versorgt und den örtlichen Waldbesitzern eine zusätzliche Einkommensquelle erschlossen werden.

Am 18. Oktober 2006 gaben Landrat Klaus Pavel, Forstminister Peter Hauk und Dr. Josef Rettenmeier (Holzindustrie Rettenmeier Wilburgstetten) den Anstoß für ein Pilotprojekt zur Rundholzmobilisierung im Ostalbkreis.



Die Initiatoren des Modellprojekts (v. l.)
Dr. Rettenmeier, Minister Hauk und Landrat Pavel

Unter der Federführung des Forstdezernats wurden mit den neun Forstbetriebsgemeinschaften im Kreis folgende Projektziele erarbeitet:

- Professionalisierung der Holzvermarktung im Kleinprivatwald
- Zusammenschluss der Forstbetriebsgemeinschaften zu einer Forstwirtschaftlichen Vereinigung mit professioneller Geschäftsführung
- Erhöhung des Organisationsgrades durch Integration bislang unorganisierter Kleinwaldbesitzer in Forstbetriebsgemeinschaften
- Mobilisierung von Rundholz im Kleinprivatwald

Aus der Erkenntnis heraus, dass die Aktivierung der Waldbesitzer vor der Mobilisierung von Holz steht, wurde als erster und wichtigster Umsetzungspunkt die Gründung der Forstwirtschaftlichen Vereinigung „Schwäbischer Limes“ vorbereitet. Intensive Abstimmungen mit allen Projektbeteiligten, nämlich den Waldbesitzern, Holzkunden und der Forstverwaltung, fanden im Verlauf des Jahres 2007 statt. Partner, mit denen das Projekt abgestimmt werden muss, sind darüber hinaus das Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum, Abteilung Waldwirtschaft und Naturschutz, die Forstdirektion Tübingen, die Forstbetriebsgemeinschaften im Ostalbkreis und die Forstkammer Baden-Württemberg. Die Gründung der Forstwirtschaftlichen Vereinigung ist für das erste Halbjahr 2008 vorgesehen.



Informationsgespräch im Landratsamt

Die Gründung wird als eine strategische Maßnahme verstanden, die sicherstellen soll, dass künftig ein Instrument zur wirksameren Wahrnehmung von Eigenverantwortung im Kleinprivatwald zur Verfügung steht. Mittel- und langfristig sollen so strukturelle Nachteile überwunden werden. Eine der größten Herausforderungen wird das dauerhafte Bestehen am Holzmarkt sein. Konzentrationsprozesse im Sägewerksbereich erfordern auch Konzentrationsprozesse auf Anbieterseite, um weiterhin auf Augenhöhe agieren zu können. Die Vereinigung soll grundsätzlich für alle nichtstaatlichen Waldbesitzarten und über den Landkreis hinaus offen sein. Fachleute sehen forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse künftig vermehrt in der Rolle des Motors regionaler Wertschöpfungsketten im Bereich Holz.

Der Ostalbkreis mit seinem Forstdezernat leistet Hilfe zur Selbsthilfe durch personelle und organisatorische Unterstützung. Alle Beteiligten sind sich einig, dass zumindest für die Übergangszeit von drei bis vier Jahren ein Kooperationsmodell Anwendung finden soll, um die „junge“ Forstwirtschaftliche Vereinigung sukzessive auf ihre Zukunftsaufgaben vorzubereiten. Darüber hinaus wird das Forstdezernat sein Dienstleistungsangebot hinsichtlich Beratung und Betreuung im Kleinprivatwald aufrechterhalten und vor allem mit seinem Revierdienst auf der Fläche präsent bleiben. Durch das besondere Vertrauensverhältnis zwischen Waldbesitzern und Forstbeamten und deren Unabhängigkeit von Firmeninteressen wird hierin auch der Schlüssel zur wirksamen Mobilisierung zusätzlicher Holz mengen gesehen.

Das Projekt ist Pilotprojekt im Sinne der Anforderung des Bundeskartellamtes an die Landesforstverwaltung Baden-Württemberg und hat landesweiten Beispielcharakter.

DIE BOPFINGER WERTHOLZSUBMISSION 2007

Zum 13. Mal wurden 2007 die edelsten Hölzer aus der Umgebung bei der Bopfinger Wertholzsubmission zum Verkauf angeboten. Vier Wochen lang konnten die Holzkäufer auf dem Submissionsplatz das präsentierte Holz bewerten und für jedes der fast 1.500 Lose ein schriftliches Gebot abgeben. Am 8. Februar 2007 wurden die Gebote schließlich geöffnet und die Zuschläge erteilt. Das erfreuliche Ergebnis: Der Durchschnittserlös je Festmeter betrug 421 Euro und war damit gegenüber 2006 um gut 40 % gestiegen.

Die Veranstalter, die Forstaußenstelle Bopfingen des Landratsamtes und die Fürst Wallerstein Forstbetriebe, waren mit dem Ergebnis hochzufrieden.



Präsentation der Werthölzer

Obwohl alle wichtigen Baumarten im Preis zulegen konnten, war dieses positive Ergebnis hauptsächlich der enormen Steigerung bei der Eiche zuzuordnen. Sie stellte über die Hälfte der angebotenen Holzmasse. Der Durchschnittspreis der Eiche erhöhte sich gegenüber 2006 von 400 auf 550 Euro/Fm. Verantwortlich für diesen enormen Preisanstieg bei der Eiche war die besonders gute Qualität sowie die insgesamt starke Nachfrage, die das Angebot bei weitem überstieg. Die teuerste Eiche erreichte 1.480 Euro/Fm.

Das höchste Gebot fiel jedoch auf einen geriegelten Bergahorn aus der Graf Rechberg'schen Verwaltung mit 9.150 Euro/Fm bzw. 25.000 Euro für den ganzen Stamm. Ein weiterer Riegelahorn erreichte 6.900 Euro/Fm bzw. 13.000 Euro für den Stamm. Diese Spitzenergebnisse sowie die gegenüber dem Vorjahr verbesserte Qualität und die Verknappung der Baumart hoben den Durchschnittserlös beim Bergahorn gewaltig an.

Einen deutlichen Aufwärtstrend zeigten auch die Baumarten Esche, Roteiche und Rotbuche. Spitzahorn und Linde hatten sich hingegen preislich verschlechtert. Unerwartet war die deutliche Steigerung bei der Lärche auf durchschnittlich fast 240 Euro/Fm.

Auch die Douglasien und Kiefern legten jeweils um 50 Euro/Fm zu und erreichten damit ein für Submissionen geeignetes Preisniveau. Die deutliche Verbesserung bei der Fichte war wohl einer verbesserten Qualitätssortierung zuzuschreiben.

Insgesamt beteiligten sich 19 Forstbetriebe, davon sieben größere Privatforstverwaltungen, drei Landkreise, sechs Forstbetriebsgemeinschaften und drei größere Gemeinden aus Ostwürttemberg und Schwaben an dieser Veranstaltung. Ein Viertel der Masse wurde vom Ostalbkreis geliefert. 67 verschiedene Käufer, davon einige aus den Nachbarländern Frankreich, Italien und Österreich, gaben insgesamt über 15.000 Gebote auf 1.450 Lose ab. 59 Kunden erhielten einen Zuschlag. Bis auf einen Stamm wurde alles beboden und nur 40 Fm letztlich nicht zugeschlagen.

	Fm	2006 Beträge in Euro	2007 Beträge in Euro	Preis- änderung
Eiche	1.110	393,00	550,00	+ 40 %
Esche	245	133,00	191,00	+ 44 %
Bergahorn	192	326,00	599,00	+ 84 %
Lärche	168	185,00	237,00	+ 32 %
Douglasie	88	118,00	170,00	+ 44 %
Kiefer	68	83,00	133,00	+ 60 %
Fichte	32	103,00	193,00	+ 87 %
Kirsche	31	221,00	251,00	+ 14 %
Spitzahorn	29	304,00	195,00	- 36 %
Linde	25	167,00	136,00	- 22 %
Tanne	24	139,00	124,00	- 11 %
Buche	21	134,00	205,00	+ 53 %
Birke	16	110,00	125,00	+ 14 %
Erle	13	103,00	137,00	+ 33 %
Roteiche	11	140,00	259,00	+ 85 %
∅		298,00	421,00	+ 40 %

LEISTUNGSBILANZ DES FORSTDEZERNATS

	2006				2007			
Waldfläche im Ostalbkreis	59.000 ha (39 % der Gesamtfläche)							
Mitarbeiterzahl (Beamte, Angestellte, Waldarbeiter)	191				178			
Holzzuwachs im Ostalbkreis	650.000 m ³ im Jahr (Würfel mit 800 m Kantenlänge) bzw. 1,24 m ³ in der Minute (Würfel mit 1,11 m Kantenlänge)							
	Gesamt-wald	Staats-wald	Körper-schafts-wald	Privat-wald ¹	Gesamt-wald	Staats-wald	Körper-schafts-wald	Privat-wald
Gesamtumsatz (in Mio.)	26,38	13,95	8,21	4, 21	25, 24	12,70	8,05	4,49
	Gesamtumsatz seit der Verwaltungsreform am 1.1.2005: 75 Mio.							
Holzerlös (in Mio.)	17,89	11,72	3,21	2,96	15,77	10,00	2,63	3,14
Holzeinschlag gesamt (in Tsd. m ³)	475	216	72	187	343	179	61	103
	Gesamtholzeinschlag seit der Verwaltungsreform am 1.1.2005: 1,4 Mio. m ³							
Holzeinschlag wegen Insekten (in Tsd. m ³)	149	67	29	53	48	19	9	21
verkaufte Brennholzmenge (in Tsd. Raummeter)	55	25	8	22	44	25	9	10
CO ₂ -Einsparung durch energetische Holznutzung ²	21.400 t				16.300 t			
	Die durchschnittliche CO ₂ -P roduktion eines Deutschen beträgt 12 t im Jahr							
Holzverkauf über Forstdezernat	1.278 Privatwaldbetriebe, 75 kommun. und kirchl. Betriebe				624 Privatwaldbetriebe, 75 kommun. und kirchl. Betriebe			
Beratungsgespräche für Privatwaldbesitzer	6100				5700			
Förderprogramm „Nachhaltige Waldwirtschaft“	110 Anträge, 288.000				101 Anträge, 232.000			
Ausbildung zum Forstwirt	17 besetzte Ausbildungsstellen				15 besetzte Ausbildungsstellen			
Veranstaltungen für die Öffentlichkeit	Waldtage am Orrotsee (15.000 Gäste), Ausbildungsplatzbörse im Kreishaus				Kindertag Gschwend (3.500 Gäste), Erntedankmarkt Lorch, Eröffnung Erlebniswaldpfad Naturatum Schwäbisch Gmünd, SWR 4-Schlossgärten-Tour Ellwangen, Ausbildungsplatzbörse und Energietag im Kreishaus			
Waldpädagogische Veranstaltungen	222 mit 3039 Teilnehmern				270 mit 3738 Teilnehmern			
Forstwege im öffentl. Wald	13.000 km, die auch den Erholungssuchenden zur Verfügung stehen							
Wiederaufforstungen ³	332.000 Pflanzen auf 138 ha				246.000 Pflanzen auf 475 ha			
Waldzustand	ungeschädigte Bäume: 22% deutlich geschädigte Bäume: 45 %				ungeschädigte Bäume: 22% deutlich geschädigt Bäume: 40 %			
Schutzgebietsfläche im Wald ⁴	35.000 ha (Flächen teilweise überlagernd)							

¹ Privatwald ohne Großprivatwald

² bezogen auf die verkaufte Brennholzmenge im Vergleich zur Nutzung fossiler Energieträger

³ Staatswald, Körperschaftswald und Privatwald mit Betriebsplan

⁴ Natura 2000, Naturschutzgebiet, Landschaftsschutzgebiet, geschütztes Biotop oder Biotopschutzwald

„WALDTAG STATT ALLTAG!“

Die Waldtage 2006 im Ostalbkreis trafen bei den Besuchern voll ins Schwarze

Am 8. und 9. Juli 2006 fanden die ersten Waldtage des Ostalbkreises statt. 15.000 Besucher ließen sich vom vielfältigen Programm im Staatswald rund um den Orrotsee begeistern. Die Rückmeldungen auf das „Großereignis“ am schön gelegenen Orrotsee zwischen Jagstzell und Rosenberg waren durchweg positiv. Angesprochen waren vor allem Familien, aber auch Waldprofis und Waldamateure, Stadt- und Landmenschen. Für jeden wurden die Waldtage ein außergewöhnliches Ereignis gemäß dem Motto „Waldtag statt Alltag!“

Ziel der Waldtage war die Darstellung der Bedeutung des Waldes für die Gesellschaft und die Rolle der Forstverwaltung. Denn Forstwirtschaft ist mehr als nur Bäume fällen. Vor allem die Abwägung und Vermittlung zwischen den unterschiedlichen Ansprüchen der Gesellschaft an den Wald ist dabei das tägliche Brot aller in der Forstverwaltung.

Ein Großteil der fast einhundert verschiedenen Stationen und Informationspunkte im Wald rund um den Orrotsee lud zum Mitmachen ein. Dabei bot der Bereich „Erlebnisraum Wald“ vor allem Kindern ein außergewöhnliches Programm: Vom Bogenschießen über Basteln in der Märchenwerksstatt, Zapfenwerfen und einem Sägefahrrad war alles dabei. Besondere Publikumsmagneten waren die Riesenschaukel, die Schluchtüberquerung auf einem Baumstamm und das gesicherte Klettern im Baum.

Den Besuchern wurde der Wald auch als Lebensraum für zahllose Pflanzen und Tieren vorgestellt. Spechthöhlen, Nester von Rossameisen,

Lebensraum von Dachs und Sperber und die Bedürfnisse verschiedener Baumarten und Waldpflanzen wurden erklärt.

Der Forstliche Teil der Veranstaltung glänzte vor allem durch die Vorführungen. Neben der Holzernte mit historischen Handsägen, modernen Kettensägen und vollmechanisch mit den neuesten High-Tech-Vollerntern konnten sogar Spezialfällungen mit Hilfe von Seilklettertechnik und Hubsteigern gezeigt werden. Kraftvoll präsentierten sich Forstspezialschlepper und Rückepferde beim Holzurücken.



Moderne Holzernte-Technik im Einsatz

Ob historische Schlepper aus den 1950er Jahren, Jagdhundevorführungen, ein Fällsimulator, ein künstlicher Fischteich, eine Ausstellung von Forstgeräten, Borkenkäferbäume, Pflanztechniken, ein Pirschpfad mit Wildtieren, Wertästung, Mobilsägewerk, Instrumentenbauer oder Bienen beim Waldhonig sammeln – die Palette der Angebote war schillernd und an jeder Station standen kompetente Fachleute mit zusätzlichen Erläuterungen bereit.



Professionelle Motorsägenkunst

Das gesamte Programm wurde noch ergänzt durch kulturelle Beiträge auf einer Waldbühne. Flötengruppen, Jagd- und Alphornbläser, eine Didge-ridoo-Gruppe und die Kindertruppe „tanzenden Trolle“ fanden viele begeisterte Zuschauer.

Die Waldtage am Orrotsee wären ohne das außerordentliche Engagement vieler Nicht-Förster undenkbar gewesen. Der Wald bewegt jedoch viele und ist die Begeisterung erst einmal geweckt, zeigt sich, wie viel Potenzial in diesem Thema steckt. Die unglaublich hohe Bereitschaft zur Mithilfe aller, vor allem der Bürger der Gemeinden Rosenberg und Jagstzell, waren der beste Beweis dafür.

Allein zur Organisation der Verköstigung der Waldtage-Besucher hatten sich über dreißig Rosenberger und Jagstzeller Vereine zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen. Weitere 60 Organisationen, Firmen, Vereine und Privatpersonen gestalteten das Programm oder unterstützten die Kreisforstverwaltung bei der Logistik. Durch die Beteiligung der Geschäftsbereiche Naturschutz, Wasserwirtschaft, Gesundheit, Straßenverkehr und der Straßenmeisterei des Kreises bot der Wald auch innerhalb der Kreisverwaltung Gelegenheit zur Zusammenarbeit in einem außergewöhnlichen Rahmen. Der Geschäftsbereich Wald und Forstwirtschaft selbst war mit 80 Kolleginnen und Kollegen bei der Betreuung vor Ort. Insgesamt waren über 300 Helfer und Helferinnen im Einsatz.

BERATUNG UND EINZELBETRIEBLICHE FÖRDERUNG

In den letzten beiden Jahren wurde durch die Anpassung der Förderrichtlinien versucht, die gekürzten Fördermittel konkreter auf größere Fördermaßnahmen zuzuschneiden. Die Vielzahl kleiner Förderanträge wurde durch die Anhebung der Mindestkosten auf 30.000 Euro netto und durch den Wegfall der Förderung von Maschinen für den Außenbereich und Biomasseöfen deutlich herabgesetzt. Die unternehmerische Handlungsfreiheit der Landwirte wurde deutlich gestärkt, da die Förderung auf die Gewährung von Zuschüssen begrenzt wurde und keine verbilligten Darlehen mehr ausgereicht werden. Dadurch ist nun der Landwirt bei der Verhandlung über die Kreditkonditionen völlig frei und nicht mehr an die Vorgaben der Landeskreditbank gebunden.

Es ist sehr erfreulich, dass die Fördergelder stark auf Stallerweiterungen gebündelt werden konnten. Damit werden die strukturellen Nachteile bei den Landwirten im Ostalbkreis gemindert und die Produktivität der Betriebe deutlich gesteigert. Als zweiter Förderschwerpunkt ist in den beiden Jahren der Güllegrubenaufbau (Verbesserung der Umweltbedingungen) hervorzuheben. Dies liegt überwiegend daran, dass die Landwirte ab 2009 eine 6-monatige Lagerkapazität für anfallenden Wirtschaftsdünger nachweisen müssen und daher der Nachholbedarf in diesen Jahren gedeckt wurde.

Ab dem Jahr 2007 wurde in Folge der knapper werdenden Fördermittel landesweit eine Priorisierungsliste für Fördermaßnahmen eingeführt. Erweiterungsmaßnahmen von Milchvieh- und Schweineställen sollen bevorzugt gefördert werden, während sonstige Ställe und Maschinenhallen

Zuschüsse trotz knapper werdender Mittel gegenüber den Vorjahren wieder deutlich gesteigert werden.

	2006 in Euro	2007 in Euro	Summe in Euro
Investitionsvolumen	6.541.400	7.071.076	13.612.476
direkte Zuschüsse	633.063	1.405.705	2.038.768
Zinszuschüsse	910.552		910.552
Summe Fördermittel	1.543.615	1.405.705	2.949.320

Insbesondere im Jahr 2007 lässt sich eine Trendwende in der Investitionsbereitschaft der Landwirte ablesen. Das Vertrauen in die Zukunftschancen eines landwirtschaftlichen Betriebes mit guten Leistungen ist deutlich gestiegen. Im laufenden Jahr stieg durch den Preisanstieg bei Milch erstmals seit vielen Jahren der Deckungsbeitrag je Milchkuh so an, dass in vielen Betrieben eine Vollkostendeckung möglich wird.

Folgende Förderanträge wurden bewilligt:

	2006	2007
Anzahl der Förderfälle insgesamt	70	48
davon große Investitionen	8	20
davon Rinderställe	2	7
Schweineställe	4	11
Legehennenställe		1
Fischverarbeitung		
Biogasanlagen		
Gärtnerei	2	1
davon kleine Investitionen	62	28
davon Erweiterung der Kapazitäten	17	7
Verbesserung der Umweltbedingungen	24	12
Direktvermarktung	2	2
Hallen, baul. Anlagen, Technik	7	4
Darlehen wegen Trockenschäden		
Beratung für Cross Compliance	12	3

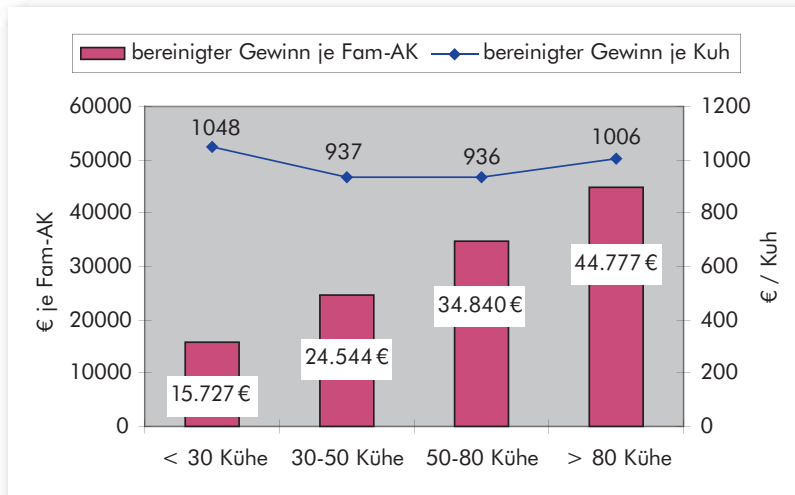
Die vorstehende Tabelle zeigt deutlich, dass die Zahl der geförderten Betriebe zwar zurückgegangen ist, dass aber die Zahl der „großen Förderverfahren“ deutlich gestiegen ist.

nachrangig in der Förderung berücksichtigt werden. Da im Ostalbkreis fast ausschließlich Milchvieh- und Schweineställe beantragt wurden, konnte die Summe der bewilligten

Die Auswertungen des Rinderreports zeigen, dass die Bestandsgröße positive Auswirkungen auf die ökonomischen und arbeitswirtschaftlichen Ergebnisse der Betriebe haben. Die Rationalisierungseffekte und die Verteilung der Festkosten auf einen höheren Umsatz schlagen sich deutlich in den Gewinnen nieder.

Wenn es auch ungewiss ist, wie lange das momentane Preisniveau anhalten wird, so zeigt es doch, dass auch weiterhin Milchviehbetriebe mit guten Leistungen und ordentlichen Kapazitäten erfolgreich wirtschaften können. Daher wird das Bemühen des Geschäftsbereichs Landwirtschaft in der Beratung weiterhin darauf zielen, Investitionen in die Strukturverbesserung der Milchviehhaltung anzuregen.

Einfluss der Bestandsgröße auf den bereinigten Gewinn je Familien-AK



Quelle: Testbetriebsbuchführung BW 2006/07, LEL Schwäbisch Gmünd

KOMPETENZZENTRUM HAUSWIRTSCHAFT UND ERZIEHUNG

Erste Erfahrungen mit neuem Modulsystem im Ostalbkreis



Unter dem Motto „Fit für den Alltag – Kompetenzen aus einer Hand!“

ist im September 2007 das Kompetenzzentrum Hauswirtschaft und Erziehung an der Justus-von-Liebig-Schule am Aalener Berufsschulzentrum gestartet. Gemeinsam mit den

Landfrauenvereinen (LFV), dem Deutschen Hausfrauenbund (DHB) und der Justus-von-Liebig-Schule bietet das Landratsamt Ostalbkreis, Geschäftsbereich Landwirtschaft (LRA/LWS) ein durchgängiges, modular aufgebautes Lehrgangssystem an. Das Bildungsangebot erstreckt sich von Lehrgängen mit Berufsabschlüssen über Seminare bzw. sogenannte Führerscheine bis hin zu Vorträgen. Ziel des Kompetenzzentrums ist es, die Alltagskompetenzen in den Bereichen Ernährung, Erziehung, Finanz- und Haushaltsmanagement, Gartenbau, Pflege und Konsumentenkunde zu stärken. Zielgruppen sind

junge Erwachsene und Familien, Landfrauen, Schüler und Studenten und alle an Hauswirtschaft und Erziehung Interessierten aus dem gesamten Ostalbkreis.

Neben den Lehrgängen „Hauswirtschaftler/-in“ (DHB) und „hauswirtschaftliche Familienbetreuerin“ (LFV) können alle Interessierten an Führerscheinen teilnehmen. Diese untergliedern sich in einzelne Module zu unterschiedlichen Themen.

Beim Gartenführerschein Modul 1 zum Beispiel haben sich die Teilnehmer mit der Anlage eines Gemüsegartens, den Anbaumethoden verschiedener Gemüsekulturen befasst. Wissbegierig folgten sie den Ausführungen über biotechnische Maßnahmen zur Reduzierung des chemischen Pflanzenschutzes. Neben der Planung eines neuzeitlichen Obstgartens waren auch die Anlage und Kultur von Beeren-, Stein- und Kernobst sowie Wildobstarten Thema.

Das Kompetenzzentrum hat bereits folgende Kurse angeboten (siehe Tab.). Der weitere Ausbau des Bildungsangebotes ist in Planung.

Angebot	Träger	Dauer	Teilnehmerzahl
Hauswirtschaftler/-in	DHB	Sept. 07 bis Juli 08	34
Hauswirtschaftliche Familienbetreuerin	LFV	Nov. 07 bis März 08	14
Ernährungsführerschein	LRA/LWS	Nov. 07 bis Juni 08	8
Gartenführerschein	LRA/LWS	Jan. 08 bis Juni 08	60
Studentenführerschein	LRA/LWS	Jan. 08 bis April 08	8
EDV-Kurse			
PC-Einsteigerkurs I + II	LFV	Nov./Dez. 07 u. Jan./Febr. 08	21
PC-Aufbaukurs	LFV	Jan. 08 bis Febr. 08	11
Vorträge			
„Dampfgaren und -bügeln“	LFV	Sept. 07	18
„Hygieneschulung“ für Direktvermarkter und Urlaub auf dem Bauernhof	LRA/LWS	Okt. 07	60
„Die wertvolle Knolle aus heimischer Scholle“ – fachpraktisches Seminar	LRA/LWS	Nov. 07 und Jan 08	38
„Hygieneschulung“ für ehemalige Fachkräfte	LRA/LWS	Jan. 08	11

Die Führerscheine und Vorträge werden überwiegend mit Pressemitteilungen beworben. Zusätzlich ist auf der Homepage des Landratsamtes ein Bereich für das Kompetenzzentrum beim Geschäftsbereich Landwirtschaft eingerichtet, damit Teilnehmer online Termine, Inhalte und Gebühren abfragen sowie einen Newsletter abonnieren können. Aktuelles wird laufend eingearbeitet. Plakate und Tausende von Broschüren wurden verteilt. In naher Zukunft erscheint ein neuer Flyer mit dem aktuellen, erweiterten Kursangebot.

Vorläufige Evaluierung

Die letzten Monate wurden für intensive Werbung genutzt. Diese hat sich gelohnt: Es zeichnet sich eine steigende Nachfrage nach den Lehrgängen und Seminaren ab. Die

Mund-zu-Mund-Propaganda beginnt zu wirken. Alle Träger müssen aber aufgrund des immer noch zu geringen Bekanntheitsgrades und vor allem wegen des einzigartigen Charakters des Kompetenzzentrums weiterhin kräftig Öffentlichkeitsarbeit betreiben.

Ausblick

In Zukunft werden vermehrt ganz spezifische Module angeboten. Dies erhöht die Flexibilität und schafft die Möglichkeit, besser auf die Bedürfnisse der recht unterschiedlichen Zielgruppen zu reagieren. Neben einer Reihe von Vorträgen werden beispielsweise zusätzliche Erziehungsmodule und ein Rhetorikkurs für Frauen, ein Schnupperkurs rund um den Haushalt für junge Mütter, das Seminar „Das Bauernhofbüro optimieren“

und weitere PC-Kurse angeboten. Die Kurszeiten, der Veranstaltungsort und die Inhalte der Seminare werden laufend an die Ansprüche der Teilnehmer angepasst. Zusätzlich greift der Geschäftsbereich Landwirtschaft Seminare mit hauswirtschaftlichen Themen verstärkt auf und wird in Zusammenarbeit mit den anderen Trägern einige werbewirksame Events organisieren.

Das Kompetenzzentrum Hauswirtschaft und Erziehung hat sich zu einem nachgefragten Weiterbildungsangebot entwickelt und wird sich weiter als Bildungsangebot im Ostalbkreis etablieren. Für alle Träger stellt das Kompetenzzentrum eine wertvolle Plattform dar, auf der die Kompetenzen gebündelt werden und damit die Schlagkraft erhöht wird.

Sicherheit und Ordnung

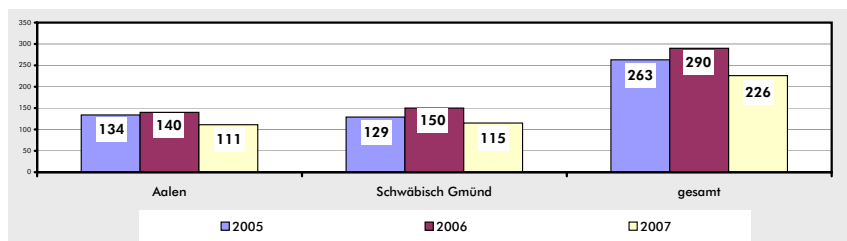
EINBÜRGERUNGEN UND AUSLÄNDERRECHT

Der Aufgabenschwerpunkt des Geschäftsbereichs Sicherheit und Ordnung lag auch in den Jahren 2006 und 2007 im Einbürgerungs- und Ausländerrecht.

Gesprächsleitfaden als Hilfsmittel

Anfang 2006 sorgte der Leitfaden für Einbürgerungsgespräche für Schlagzeilen. Bereits mit der Novellierung des Staatsangehörigkeitsgesetzes im Jahr 2000 wurde das Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung als Einbürgerungsvoraussetzung verlangt. Dieses Bekenntnis zu den Grundwerten unserer Verfassung setzt natürlich Mindestkenntnisse dazu voraus. Diese wurden in der Vergangenheit von den Einbürgerungsbehörden höchst unterschiedlich geprüft. Das Land Baden-Württemberg hat

Entwicklung der Einbürgerungszahlen



deshalb im Januar 2006 mit einem Gesprächsleitfaden den Einbürgerungsbehörden ein Hilfsmittel an die Hand gegeben. Dieser war wegen einiger Fragen z.B. zur sexuellen Orientierung und zu Terrorangriffen höchst umstritten. Die Einbürgerungsbehörde des Ostalbkreises hat diesen Gesprächsleitfaden nicht pauschal bei allen Einbürgerungsbewerbern angewandt, sondern nur wenn sich Zweifel an der freiheitlich-demokratischen Orientierung des Bewerbers ergaben. In zwei Fällen haben sich durch das Gespräch die Zweifel bestätigt, die Einbürgerung wurde abgelehnt.

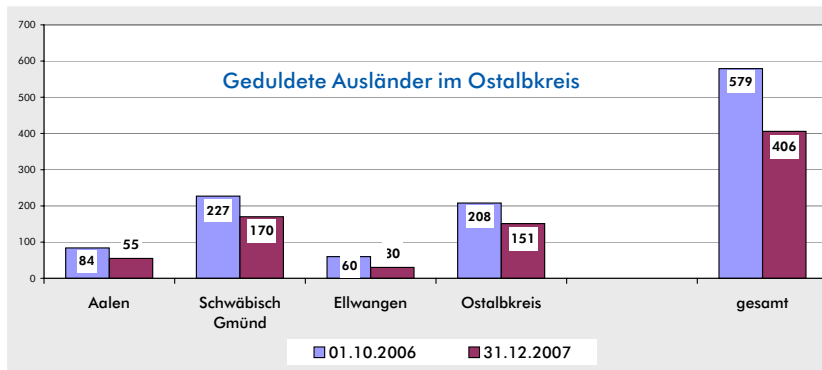
Die Einbürgerungszahlen sind nach wie vor rückläufig. Hauptursache dafür sind die erhöhten Anforderungen an die Sprachkenntnisse der Einbürgerungsbewerber, die mit der Novellierung des Zuwanderungsgesetzes erneut angehoben wurden. Seit 28. August 2007 müssen Einbürgerungsbewerber die Anforderungen zur Sprachprüfung zum Zertifikat Deutsch (B1 des gemeinschaftlichen europäischen Referenzrahmens für Sprachen) in mündlicher und schriftlicher Form erfüllen. Auch die Anforderungen bezüglich der Straffreiheit wurden drastisch verschärft. Blieben seither

Verurteilungen mit Tagessätzen bis zu 180 oder Freiheitsstrafen bis zu sechs Monaten außer Betracht, sind es nunmehr 90 Tagessätze und drei Monate. Erschwerend kommt hinzu, dass geringere Einzelstrafen im Gegensatz zum alten Recht zusammenzuzählen sind.

EU-Beitritte, Bleiberechtsbeschluss und neues Zuwanderungsgesetz

Ausländer eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden, wenn er grundlegende Integrationsvoraussetzungen wie Sprachkenntnisse, Straffreiheit, Wohnraum nachweist und keine Täuschung der Ausländerbehörde, z. B. durch falsche Personalangaben, erfolgte.

Die Zahl der geduldeten Ausländer im Ostalbkreis hat sich durch die



Der EU-Beitritt von Bulgarien und Rumänien blieb im Ostalbkreis ohne spürbare Auswirkungen. Es sind aus diesen Ländern nur 41 Personen zugezogen, überwiegend Arbeitnehmer, die zuvor schon als Saisonarbeiter im Kreis tätig waren.

Von erheblicher Bedeutung für zahlreiche seither geduldete Ausländer war der lang erwartete Bleiberechtsbeschluss der Innenministerkonferenz vom 17. November 2006.

Aufgrund dieser Bleiberechtsregelung wurden im Ostalbkreis 102 Anträge auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis gestellt, 31 Personen konnten Aufenthaltserlaubnisse erteilt werden.

Eine weitere Verbesserung für die Situation der geduldeten Ausländer im Ostalbkreis hat die Novellierung des Zuwanderungsgesetzes im August gebracht. Durch den neu eingeführten § 104 a Aufenthaltsgesetz – Altfallregelungen – kann jetzt kraft Gesetz einem geduldeten

Bleiberechtsregelung und die gesetzliche Altfallregelung stark verringert. Vielen konnte eine Perspektive gegeben werden.

Spürbar ausgewirkt hat sich auch die Erschwerung des Ehegattennachzuges durch die seit September 2007 verlangten Grundkenntnisse der deutschen Sprache. Die Zahl der Ehegattennachzüge ging um über 75% zurück

HEIMRECHT

Neue Wohnformen für pflegebedürftige Menschen und behinderte Volljährige waren zentrale Themen für die Heimaufsichtsbehörde. Der Wunsch der betroffenen Menschen, auch in einer für sie schwierigen Lebenssituation eine Form der Betreuung zu finden, die auf Alltagsnormalität, Selbstständigkeit, individuelle Lebensgestaltung aber auch Versorgungssicherheit ausgerichtet ist, kommt hier immer mehr zum Ausdruck. Die Heimaufsicht

des Ostalbkreises sieht daher neue Wohnformen positiv und begleitet potenzielle Anbieter konstruktiv bei ihren Bemühungen, neben der klassischen Pflegeeinrichtung alternative Betreuungs- und Versorgungskonzepte zu etablieren.

Auch in den vergangenen zwei Jahren wurden neue Pflegeeinrichtungen eröffnet, in die Jahre gekommenen Häuser wurden saniert, so dass insgesamt der bauliche Standard der Pflegeeinrichtungen im Ostalbkreis erheblich verbessert werden konnte. Bei den vorgenommenen Überprüfungen, die immer unangemeldet durchgeführt wurden, mussten erfreulicherweise nur vereinzelt gravierende Mängel festgestellt werden. Betroffene Einrichtungen wurden intensiv beraten und vermehrt überprüft, um das Auftreten weiterer Mängel zu verhindern. Insgesamt ist die Heimaufsicht im Ostalbkreis mittlerweile für 69 Pflege- und Behinderteneinrichtungen zuständig.

NEUER KREISBRANDMEISTER

Zum 1. April 2007 hat der neue Kreisbrandmeister Otto Feil sein Amt angetreten. Feil war vom Kreistag am 27. Februar 2007 für die Dauer von fünf Jahren als Nachfolger von Werner Prokoph zum Kreisbrandmeister des Ostalbkreises gewählt worden. Prokoph war zuvor zehn Jahre lang als Chef der Feuerwehren im Ostalbkreis tätig. Der Kreisbrandmeister hat die Aufsicht über 42 Gemeindefeuerwehren mit 102 Abteilungen und acht Werkfeuerwehren. Zu seinem Aufgabenbereich zählen unter anderem auch die fachliche Beratung von Städten und Gemeinden in feuerwehrtechnischen Angelegenheiten, die Einsatzleitung bei Großeinsätzen sowie die Ausbildung der Feuerwehrangehörigen auf Kreisebene.



Landrat Klaus Pavel, Kreisbrandmeister Otto Feil und Erster Landesbeamter Hubert Götz bei der Übergabe der Ernennungsurkunde

KATASTROPHENSCHUTZSTAB ARBEITET NACH NEUEM STABSMODELL

Zum 1. Januar 2006 trat der neue Katastropheneinsatzplan des Ostalbkreises in Kraft. Dieser war an das neue Stabsmodell Baden-Württemberg angepasst worden. Gleichzeitig wurde innerhalb der Landkreisverwaltung auch die Kommunikation im Katastrophenfall neu geregelt. Wurden Meldungen bislang noch mit Hilfe von Durchschreibesätzen erfasst und per Fax versandt, so werden seit 2006 alle Informationen mittels E-Mail mit

Microsoft Outlook über ein spezielles Meldesystem abgewickelt.

Bei einer Stabsrahmenübung im Beisein von Schulungskräften der Landesfeuerwehrschule Bruchsal am 5. April 2006 konnten die Stabsbereiche innerhalb der Landkreisverwaltung anhand verschiedenster Szenarien das neue System testen, Schwachstellen ausloten und in anschließenden vertiefenden Schulungen verbessern. Die auf Anregung der Übungsteilnehmer vorgenommenen EDV-seitigen Modifizierungen wurden bei einer Kommunikationsübung am 20. April 2007 weiter vertieft und kamen schließlich bei der länderübergreifenden Tierseuchenübung des Regierungsbezirks Stuttgart am 27. und 28. Juni 2007 in der Praxis zum Einsatz. Am Beispiel eines Ausbruchs der klassischen Schweinepest hatte der Ostalbkreis unter Federführung des Geschäftsbereichs Veterinärwesen und Verbraucherschutz neben der Kommunikationsübung auch praktische Teile zu bewältigen.

Abfallwirtschaft



Anlagenleiter Markus Launer erläutert Landrat Klaus Pavel die Nahinfrarotspektroskopie (NIR)

GEWERBEABFALL-AUFBEREITUNGSANLAGE GAA ELLERT NIMMT OFFIZIELL BETRIEB AUF



Blick in die laufende Gewerbeabfallaufbereitungsanlage

Nach erfolgreichem Probetrieb nahm die Abfallwirtschaftsgesellschaft GOA ihre Gewerbeabfallaufberei-

tungsanlage auf der ehemaligen Deponie Ellert am 18. Mai 2006 offiziell in Betrieb. In der Anlage

werden Gewerbeabfälle so aufbereitet, dass die Gesamtabfallmenge reduziert wird und Ersatzbrennstoffe in definierten Qualitäten hergestellt werden können.

Mehr als fünf Millionen Euro hat die GOA in die Anlage investiert, um fit für den Wettbewerb zu sein. Das Ziel dabei war, durch das Angebot eigener Entsorgungswege ein weiteres gewerbliches Standbein zu schaffen. Der Aufsichtsratsvorsitzende der GOA, Landrat Klaus Pavel, begrüßte in seiner Eröffnungsansprache diese Investition in die Zukunft. Er gehe davon aus, dass angesichts ständig steigender Preise für Öl, Kohle und Gas die Ersatzbrennstoffe für die

Zementindustrie, für Kraftwerke und industrielle Feuerungsanlagen eine wirtschaftliche Alternative seien.

Für die Abfallaufbereitungsanlage konnten die Gebäude der ehemaligen Kompostanlage Ellert komplett genutzt werden. Schon im Sommer 2005 hatten die ersten Umbauarbeiten begonnen. Im Dezember des selben Jahres startete der Probebetrieb. Für GOA-Geschäftsführer Herbert Roth stellt die Gewerbeabfallaufbereitungsanlage die Möglichkeit dar, in der Region eine gesetzeskonforme und ökologisch wie ökonomisch sinnvolle Entsorgungsmöglichkeit anzubieten. Das investierte Geld hält er deshalb für gut angelegt.

HAUSMÜLLTONNEN IM OSTALBKREIS MIT CHIP ZUR ELEKTRONISCHEN ZÄHLUNG DER LEERUNGEN AUSGERÜSTET

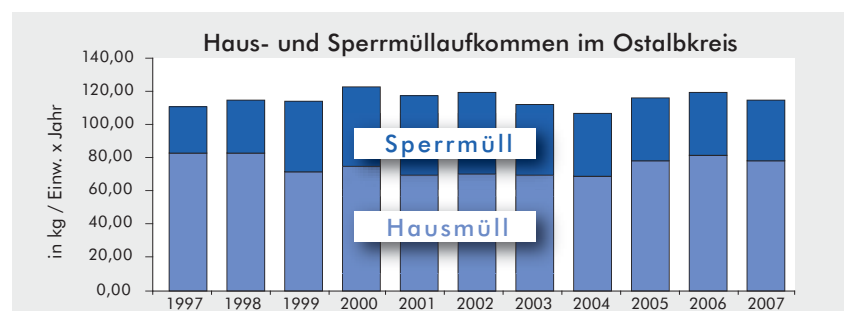
In seiner Sitzung am 16. Mai 2006 hat der Kreistag des Ostalbkreises beschlossen, ab dem 1. Januar 2007 die Behälterleerungen bei der Hausmüllabfuhr im Ostalbkreis mit Hilfe eines elektronischen Identifikationssystems zu zählen.

Das Chipsystem stellt im Vergleich zum störanfälligen Banderolensystem für die Haushalte eine Serviceverbesserung dar. Sie müssen keine Banderolen oder Wertmarken mehr einkaufen und rechtzeitig am Müllbehälter anbringen. Auch das Aufkleben der Gebührenmarke entfällt. Der Chip, einmal montiert, ist diebstahlsicher und kann nicht mutwillig zerstört werden. Auch für das Abfuhrpersonal bringt der Chip Verbesserungen. Banderolen müssen nicht mehr abgerissen oder gar gesucht werden. Es entfällt außerdem das Überprüfen von Wert- und Gebührenmarken sowie die schriftliche Dokumentation von Sonderfällen.

Mehr als 100.000 Restmüllbehälter wurden nach den Sommerferien 2006 mit einem Chip ausgerüstet. Planmäßig konnte zum 1. Januar 2007 mit der elektronischen Erfassung der Behälterleerungen begonnen werden.

Im Zusammenhang mit der Chipeinführung steht auch die neue Form des Gebührenbescheids. 2007 hatte der Bescheid erstmals ein anderes als das bis dahin gewohnte Format.

Statt des einen, großen Bogens gibt es nun mehrere Seiten im Format A4. Zählten bislang die Haushalte für die Entsorgung ihres Restmülls einmal mit dem Gebührenbescheid und dann beim Kauf der Banderolen, so ist ab 2007 diese Zweiteilung aufgehoben. Die Leerungen werden über den Gebührenbescheid, zusammen mit den Jahresgebühren, abgerechnet. Die Zahlung der Gebühren ist jetzt außerdem auf zwei Termine verteilt.



Abfallentsorgung XXL – wir machen das!



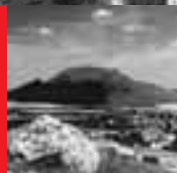
Das ganze Spektrum der Abfallentsorgung aus einer Hand:

- Containergestellung/Transport
- Sonderabfall-/Gefahrguttransporte
- Abfallverwertung/Abfallbehandlung/Abfallbeseitigung
- Werksentsorgungen (auch Firmenaufösungen)
- Entsorgungs- und Logistikkonzepte
- Service (z.B. Umzüge, Entrümpelungen, Demontage und Entsorgung von Nachtspeicheröfen)

Infoline: (0 71 71) 18 00-701
www.goa-online.de

DESIGN HAUS

Kreissparkasse Ostalb. Gut für die Region.



 **Kreissparkasse
Ostalb**

Der Ostalbkreis, seine Bürgerinnen und Bürger, die Unternehmen, Kommunen und Vereine zeichnen sich durch außergewöhnliche Qualitäten und Leistungen aus. Die Kreissparkasse Ostalb engagiert sich auch in Zukunft als verlässlicher Partner für die weiterhin positive Entwicklung der Region.
Kreissparkasse Ostalb. Gut für die Region.

IMPRESSUM

Herausgeber

Landratsamt Ostalbkreis
Stuttgarter Straße 41
73430 Aalen
Fon 07361 503-312
Fax 07361 503-437
E-Mail info@ostalbkreis.de
www.ostalbkreis.de

Redaktion

Susanne Dietterle, Pressereferentin

Layout und Gestaltung

Antje Zimmermann

Fotos Umschlag

Dr. Bernhard Hildebrand
Landratsamt Ostalbkreis
Peter Kruppa

Fotos

Klinikum Schwäbisch Gmünd
Kontaktstelle Frau und Beruf
Landratsamt Ostalbkreis
LEL Schwäbisch Gmünd
Maschinenfabrik ALFING KESSLER GmbH
MLR Stuttgart
Ostalb-Klinikum Aalen
Remszeitung
RKW Baden-Württemberg GmbH
Schwäbische Post
St. Anna-Virngrund-Klinik Ellwangen
VARTA Microbattery GmbH
ZIO 2015

Druck und Verarbeitung

Druckerei Opferkuch GmbH, Ellwangen

